

**Interzionales Zivilprozeßrecht:
Anerkennung und Vollstreckung
von Entscheidungen der Zivilgerichte**

von

E r n s t W i t t s t a t t

aus Erlangen

1959 №131

I n t e r z o n a l e s Z i v i l p r o z e ß r e c h t :

A n e r k e n n u n g u n d V o l l s t r e c k u n g

v o n E n t s c h e i d u n g e n

d e r Z i v i l g e r i c h t e .

Inaugural-Dissertation
der Juristischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen,



vorgelegt von
Ernst Wittstatt
aus Erlangen.

Approbiert am 17. 11. 1958

Druck: Omnia-Drucke Hans Müller KG, Nürnberg, 1959

Referent : Professor Dr. K. H. Schwab,
Dekan : Professor Dr. H. Hubmann.

V o r w o r t .

Die Spaltung Deutschlands in zwei Staatsgebilde, die "Bundesrepublik Deutschland" und die "Deutsche Demokratische Republik", hat nicht nur die Lehre des Völkerrechts vor Probleme gestellt, die mit den überkommenen Formulierungen nicht zu lösen sind, sie hat auch auf dem Gebiete des Zivilrechts und Zivilprozeßrechts zum Entstehen von Sachverhalten geführt, die mit bloßer Analogie zu den vorhandenen Rechtsnormen nicht geklärt werden können.

Besonders beim Fragenkomplex der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen der Zivilgerichte der anderen deutschen Republik versagen die in der Zivilprozeßordnung von 1877 enthaltenen Kollisionsnormen völlig; sie lassen sich größtenteils nicht einmal analog anwenden. Eine Lösung kann nur durch Entwicklung aus den staatsrechtlichen Grundlagen der prozessualen Kollisionsnormen gefunden werden. Dabei muß wegen der durch die Sowjetische Militäradministration eingeleiteten Sozialisierungsmaßnahmen und der sich daraus ergebenden Folgen für die Anerkennung oder Nichtanerkennung der Urteile der Deutschen Demokratischen Republik auch auf die Grundsätze des Kollisionsverwaltungsrechts eingegangen werden.

Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	S. III
<u>Literaturverzeichnis</u>	S. X
<u>Abkürzungsverzeichnis</u>	S.XXIX
§ 1 <u>Grundlagen einer kollisionsrechtlichen Würdigung</u>	S. 1
I. Vorbemerkung: die staats- und völkerrechtliche Situation (Untergang des Deutschen Reiches im Jahre 1945 ? - Auslands- oder Inlandseigenschaft des anderen deutschen Staatsgebildes ? - Anspruch beider Republiken auf Gesamtdeutschland - Unmöglichkeit einer abschließenden Klärung der Situation - Nebeneinander zweier selbständiger Staatsgewalten)	S. 1
II. Die Grundlagen für ein interzonales Kollisionsrecht (Rechtsverschiedenheit begründet nicht die Anwendbarkeit von Kollisionsnormen - Konstruktion eines besonderen Auslandsbegriffes der ZPO ? - Begründung der kollisionsrechtlichen Würdigung aus dem Nebeneinander zweier selbständiger Hoheitsgewalten)	S. 3
III. Bedenken gegen eine kollisionsrechtliche Würdigung im Interzonenrecht (keine Ablehnung fremder Urteile wegen Nichtanerkennung des fremden Staatsgebildes - Faktizität - keine Imparität der Teilrechtsordnungen - keine Mißachtung fremder Urteile wegen Verschiedenheit der Gerichtsverfassung - kein Vorrang des aufgehobenen Reichsrechts)	S. 7
IV. Anwendbarkeit der §§ 328, 722, 723 ZPO, 24 4.DVO EheG ? (Setzung von Kollisionsnormen als Hoheitsaufgabe - §§ 328, 722, 723 ZPO, 24 4.DVO/EheG nicht, analog oder direkt anwendbar ?)	S.10
§ 2 <u>Anerkennung von Entscheidungen der Zivilgerichte der anderen deutschen Republik</u>	S.12
I. "Interzonenrecht" als eigenartige Erscheinungsform des Kollisionsrechts (keine direkte Anwendung von § 328 ZPO - Interzonenrecht ein interlokales Recht eigener Prägung - keine Gleichsetzung von interzonalem und internationalem Kollisionsrecht - Auffinden der interzonalen Kollisionsnormen anhand eines vorsichtigen Fallrechts - allzu intensive Abwehr des Rechts der anderen Republik unangebracht - grundsätzliche Anerkennung)	S.12

II. Ungeeignete Gründe für eine Nichtanerkennung	S.15
A. Verbürgung der Gegenseitigkeit	S.15
B. Falsche Rechtsanwendung des fremden Gerichts	S.16
III. Die kollisionsrechtliche Vorbehaltsklausel	S.16
A. Die allgemeine ordre-public-Klausel (keine Begründung ihrer Anwendbarkeit aus der Verschiedenheit des materiellen Rechts - keine Subsidiarität der eigenen Rechtsordnung - Territorialhoheit verpflichtet zu Abwehr fremden Rechts bei Gefahr der Erschütterung des eigenen Rechtsgefüges - Vorbehaltsklausel jedem Staatswesen zuzubilligen)	S.16
B. Anwendungsbereich der allgemeinen ordre-public-Klausel (zwei Tatbestände - Tatbestand des Sittenverstoßes - Tatbestand des Verstoßes gegen ein Zweckgesetz - maßgeblich ist allein das Ergebnis der Anerkennung)	S.19
C. Das Erfordernis vorsichtiger Anwendung der ordre-public-Klausel (Subsidiarität - Gefahr des Einbruchs politischer Erwägungen - keine Korrektur allen "Unrechts" - besondere Zurückhaltung bei Familienstandssachen)	S.20
D. Sonderfälle der Vorbehaltsklausel	S.22
1. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs	S.22
2. Art.21 Halbs.2 EGBGB (Art.21 Halbs.2 EGBGB ein "Zweckgesetz" der allgemeinen Vorbehaltsklausel - keine direkte Anwendung dieser Norm - Gleichstellung von ehelichen und unehelichen Kindern in der DDR - Zweck des Art.21 Halbs.2 EGBGB - Unanwendbarkeit im Interzonenrecht - Sittenverstoß nur ausnahmsweise bei Wegfall der exceptio plurium)	S.23
3. Die in § 328 Abs.1 Nr.3 ZPO aufgezählten Zweckgesetze der Vorbehaltsklausel (Tatbestände dieser Zweckgesetze - mißliche Folgen der in diesen Normen enthaltenen Überbewertung des eigenen Familienrechts - Unanwendbarkeit des § 328 Abs.1 Nr.3 ZPO im Interzonenrecht - Abwehr von Familienstandsurteilen im Einzelfall durch die allgemeine Vorbehaltsklausel)	S.26
E. Der ordre public der Bundesrepublik (Verschiedenheit des ordre public in beiden deutschen Teilstaaten - Verstoß gegen ordre public durch Verletzung von Grundrechten - Beispiele - die ostdeutsche Interpretation des Wesens der Ehe - Zurückhaltung bei der Nichtanerkennung ostdeutscher Statusurteile - die besondere Vorbehaltsklausel des § 21 Abs.4 UmstG - keine generelle Abwehr der Kassationsurteile - Abwehr bei Widerspruch mit einer eigenen rechtskräftigen Entscheidung)	S.28

- F. Der ordre public der DDR (keine ausdrückliche Nichtanerkennung westdeutscher Urteile in der DDR - Abwehr gegen die sozialistische Auffassung vom Wesen der Ehe verstoßender Urteile - Abwehr bei Verstoß gegen die sozialistische Gesellschaftsstruktur - Abwehr von den Wechselstubenkurs anwendenden Urteilen - Abwehr bei Eingriff in die Struktur des Volkseigentums - Sittenwidrigkeit von Kriegslieferungsverträgen)

S.32

- IV. Abwehr von Urteilen bei fehlender Jurisdiktionsgewalt der anderen Republik

S.33

- A. Ablehnung bei Verletzung eines ausschließlichen Gerichtsstandes (Abwehr wegen Mißachtung der Ausschließlichkeit der eigenen Territorialhoheit)

S.33

- B. Konkurrenzen der Gerichtsstände im Hinblick auf § 23 ZPO

S.34

- C. Konkurrenzen der Gerichtsstände in Familienstandssachen

S.35

- D. Keine Abwehr wegen "ungesetzlicher Errichtung" des fremden Gerichts

S.37

§ 3 Das Territorialitätsprinzip des Kollisionsverwaltungsrechts

S.37

- I. Die Sequestrationen und Enteignungen in der sowjetischen Besatzungszone (Kontrollratsgesetz Nr.10 - Konfiskationen vor Konstituierung der DDR - Enteignungen als "originärer" Erwerb ohne Übernahme der Belastungen - konfiskatorische Maßnahmen nach Konstituierung der DDR)

S.37

- II. Anspruch der DDR auf gesamtdeutsche Geltung ihrer Enteignungsgesetze

S.41

- III. Das Territorialitätsprinzip ("Undurchdringlichkeit" eines Staatswesens - Kollisionsverwaltungsrecht als selbständige Disziplin - dualistische Struktur des Verwaltungsrechts - territoriale Beschränkung der "klassischen" Verwaltungsakte - Anknüpfung des Kollisionsverwaltungsrechts an den Ort des "bestmöglichen Zugriffs" - völlige Loslösung von den Anknüpfungen des Kollisionsprivatrechts - keine Verweisung - Anwendbarkeit des Territorialitätsprinzips auch im Interzonenrecht - Territorialitätsprinzip für alle "artfremden Eingriffe")

S.42

- IV. Anwendbarkeit des Territorialitätsprinzips auch zur Ablehnung fremder Zivilurteile

S.47

V. Verhältnis des Territorialitätsprinzips zur Vorbehaltsklausel (Selbständigkeit des Territorialitätsprinzips - Vorbehaltsklausel als letzte, schärfste Waffe des Kollisionsrechts - Vorbehaltsklausel nur zur Abwehr der Auswirkungen abgeschlossener Enteignungen in Ausnahmefällen)	S.47
VI. "Überwirkungen" fremder Hoheitsakte	S.49
VII. Die Anknüpfungspunkte des Kollisionsverwaltungsrechts	S.50
A. Belegenheit von Sachen	S.50
B. Belegenheit von Forderungen (Belegenheit am gewöhnlichen Aufenthaltsort des Schuldners - Belegenheit von Forderungen auf Herausgabe am Ort der Sache - mehrfache Belegenheit von Forderungen gegen Gesamtschuldner - Belegenheit von Forderungen gegen Handelsgesellschaften am Ort der Verwaltung)	S.51
C. Belegenheit von hypothekarisch gesicherten Forderungen (keine Belegenheit am Verwahrungsort des Hypothekenbriefes - grundsätzlich getrennte Belegenheit von Hypothek und Forderung ? - Gefahr der Doppelinanspruchnahme - einheitliche Belegenheit von Hypothek und Forderung am Grundstücksort)	S.53
D. Auswirkung der Forderungsentziehung auf die Bürgschaft	S.56
E. Belegenheit von verbrieften Forderungen	S.56
VIII. Wirkungen des Territorialitätsprinzips bei Enteignung von Handelsgesellschaften und juristischen Personen	S.57
A. Territorial begrenzte Vernichtung der Rechtspersönlichkeit (ostdeutsche Rechtsmeinung - verwaltungskollisionsrechtliche Anknüpfung an das Personalstatut ? - Auswirkungen des Territorialitätsprinzips - Immunität der auf Grund Reichsrechts verliehenen Rechtsform ? - Anknüpfungsmomente der Belegenheit der Rechtsform einer juristischen Person - Anknüpfungsmomente der Belegenheit der Rechtsform einer Handelsgesellschaft - Fortbestand ohne Sitzverlegung und Registereintrag - Verzicht auf Ordnungsvorschriften des Handelsrechts für die Sitzverlegung - Bestellung von Abwesenheitspflegern - keine "Spaltung" des Unternehmens)	S.57
B. Die Enteignung von Patenten und Warenzeichen (kollisionsverwaltungsrechtliche Belegenheit der gewerblichen Schutzrechte - Auswirkungen des Territorialitätsprinzips - keine "Spaltung")	S.63

- C. Die Enteignung von Immaterialgüterrechten mit persönlichkeitsrechtlichem Einschlag (Unbehelflichkeit der Erörterung ihrer Enteignungsfähigkeit - Lösung aus dem Territorialitätsprinzip) S.65
- D. Die Enteignung von Mitgliedschaftsrechten (keine Belegenheit am Verwahrungsort des Papiers - Belegenheit am Verwaltungssitz der Gesellschaft - Belegenheit gekoppelt mit der Belegenheit der Rechtsform der Gesellschaft) S.66
- E. Sonderregelung für Banken und Versicherungsunternehmen S.67
- IX. Weitere Auswirkungen der Enteignungsmaßnahmen auf die Ablehnung von Urteilen der ostdeutschen Gerichte (volle Haftung des Enteigneten - Aufstellung von Grundsätzen für Ablehnung mit der Vorbehaltsklausel - venire contra factum proprium bei Leistungsurteilen zugunsten des VEB - - besondere Vorbehaltsklausel des § 88 BVFG - - Sittenwidrigkeit bei Inanspruchnahme eines persönlich haftenden Gesellschafters nach Enteignung der OHG - Inanspruchnahme einer in der DDR enteigneten, in der BRG aber fortbestehenden juristischen Person) S.68

- § 4 Das Verfahren bei der Nichtanerkennung von Urteilen der anderen deutschen Republik S.71
 - I. Unanwendbarkeit der §§ 722, 723 ZPO, 24 4.DVO EheG S.71
 - II. Ausblick auf das Westberliner Gesetz über die Vollstreckung von Entscheidungen auswärtiger Gerichte S.72
 - III. Ungeeignetheit der §§ 766, 767 ZPO S.72
 - IV. Ungeeignetheit des Devisengenehmigungsverfahrens für die Anerkennung von Urteilen der DDR S.73
 - V. Nichtanerkennung auf Feststellungsklage gem. § 256 ZPO bzw. §§ 638, 640 ZPO S.73
 - A. Streitgegenstand einer solchen Feststellungsklage S.73
 - B. Zulässigkeit der Feststellungsklage, insbesondere Feststellungsinteresse des Klägers S.74
 - C. Einrede der Rechtskraft ? S.75
 - D. Der Gerichtsstand bei vermögensrechtlichen Feststellungsklagen S.75
 - E. Der Gerichtsstand bei familienrechtlichen Feststellungsklagen S.76
 - F. Vollstreckungsschutz vor Klärung der Anerkennungsfähigkeit S.76

§ 5	<u>Währungsrechtliche Fragen in der Zwangsvollstreckung</u>	S.77
	I. Vollstreckung ostdeutscher Urteile in der Bundesrepublik	S.77
	A. Zwangsvollstreckung gem. §§ 803ff ZPO, 244 BGB	S.77
	B. Umrechnung nach Wechselstubenkurs	S.78
	C. Umrechnung bei Unterhaltsrenten	S.79
	1. Fehlen einer legalen Transfermöglichkeit	S.79
	2. Das Unterhaltsclearing der Jugendämter	S.80
	3. Verwendung des Sperrkontoguthabens für Lebensmitteleinkäufe im Westen	S.81
	4. Der "Warenkorbvergleich"	S.81
	5. Umrechnung im Vollstreckungsverfahren stets nach Wechselstubenkurs	S.82
	D. Umrechnung bei Anwaltsgebühren	S.83
	II. Vollstreckung westdeutscher Titel in der DDR	S.83
	III. Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse (Anwendbarkeit des § 828 Abs.2 ZPO - § 12 EntlVO)	S.84
§ 6	<u>Devisenrechtliche Fragen in der Zwangsvollstreckung</u>	S.84
	I. Devisenrecht der Bundesrepublik	S.84
	II. Devisenrecht der DDR	S.85
§ 7	<u>Territorialität des Konkurses</u>	S.86
§ 8	<u>Zusammenfassung</u>	S.87

l i t e r a t u r

- Artzt, Eine westdeutsche Bestätigung des spekulativen Charakters des Wechselstubenkurses, NJ 51/265;
- Baumbach-Lauterbach, Zivilprozeßordnung, 24.Aufl., München und Berlin 1956;
- Beil, Spaltbarkeit deutscher Warenzeichenrechte ?, BB 48/592;
- Beitzke, Probleme der Enteignung im Internationalprivatrecht, Festschrift Leo Raape, 1948, S.93;
- Beitzke, Gesellschaftsrechtliche Folgen der Enteignung in der russischen Zone, BB 49/519;
- Beitzke, (Besprechung einiger Urteile), RabelsZ 15/145;
- Beitzke, Unterhaltszahlung und Zonengrenze, ZBlJugR 50/16;
- Beitzke, Unterhaltszahlungen von West nach Ost, NJW 50/928;
- Beitzke, Haftung für Ostschulden bei Vermögensverlusten in der sowjetischen Besatzungszone, DB 51/12;
- Beitzke, Interzonale Wirkungen der Forderungsentzug, JR 51/705;
- Beitzke, Hauptprobleme des interzonalen Privatrechts, JR 52/1, 141, 419;
- Beitzke, Bürgschaft für totalenteignete Handelsgesellschaften, NJW 52/841;
- Beitzke, Fragen des interlokalen Verfahrensrechts, LDR 54/321;
- Beitzke, Internationales und Interlokales Privatrecht, Festschrift Kipperdey, 1955, S.41;
- Beitzke, Nochmals zur Konfiskation von Mitgliedschaftsrechten, JZ 56/673;
- Beitzke, Zur Anerkennung sowjetzonaler Urteile, FamRZ 56/36;
- Beitzke, Zur Vollstreckung ostzonaler Titel, JZ 58/53;
- Hilde Benjamin, Zum Dessauer Prozeß, NJ 50/145;
- Hilde Benjamin, Referat auf der 1.Arbeitstagung des OG DDR vom 2./3. 3.1951, NJ 51/150;
- Benkard, Der Einfluß der Zwangsentzug auf juristische Personen des Handelsrechts mit Betrieben in verschiedenen Zonen, DRZ 47/356;
- Benkard, Ultrazonale Beschlagnahmewirkung, BB 48/29;
- Benkard, Der Einfluß der Entzugungen in der Ostzone auf juristische Personen des Handelsrechts, DRZ 48/127;
- Benkard, Trennung gewerblicher Schutzrechte, DRZ 49/320;
- Bettermann, Akzessorietät und Sicherungszweck der Bürgschaft, LDR 53/1817;
- Beuck, Interzonales Privatrecht, Köln 1951;
- Beuck, Zur ultrazonalen Wirkung des Konkurses in der russischen Zone, BB 50/632;
- Beuck, Handels- und steuerrechtliche Lage der ostenteigneten Unternehmen vor und nach der Sitzverlegung in die Bundesrepublik, DB 55/829;

- Bierbach, Festsetzung der Kosten eines Ostverkehrsanzwalts bei Gerichten der BRD, Rpfleger 55/61;
- Bieringer, Grundsätzliches zur Enteignung in der russischen Zone, BB 50/926;
- Arwed Blomeyer, Vortrag vor dem Rechtsausschuß des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, hrsg.vom BDI, 1951;
- Arwed Blomeyer, Zur Richtlinie des Obersten Gerichts der SBZ über die Voraussetzungen der Ehescheidung, ROW 58/7;
- Brodmann, Zu § 244 BGB, JW 21/441;
- Brox, Anerkennung sowjetzonaler Urteile ?, FamRZ 54/52;
- Brüggmann, Vollstreckung von DM-Ost-Unterhaltstiteln in der Bundesrepublik, LDR 57/21;
- Brunn, Anerkennung von Sowjetzonenurteilen, NJW 56/171;
- Brunn, Das neue Eherecht der Sowjetzone, FamRZ 56/3;
- Buchholz, Währungs- und devisenrechtliche Probleme in interzonalen Unterhaltstreitigkeiten, DRiZ 52/71;
- Bussmann, Unternehmenskennzeichen zwischen Ost und West, GRUR 50/93;
- Cartellieri, Das neue Volljährigkeitsalter und die Gleichberechtigung der Frau im russischen Besatzungsgebiet als Zonenproblem, BB 51/71;
- Dölle-Zweigert, Gesetz Nr.52, Kommentar, Stuttgart 1947;
- Dölle, Betrachtungen zum ausländischen, internationalen und interzonalen Privatrecht im besetzten Deutschland, Festschrift Leo Raape, 1948, S.149;
- Dölle, Vorläufige Stellungnahme des Max-Planck-Institutes für ausländisches und internationales Privatrecht: Gleichberechtigung der Geschlechter und internationales Privatrecht, RabelsZ 18/119;
- Drobnig, Extrritoriale Reflexwirkungen ostzonaler Enteignungen, RabelsZ 18/659;
- Drobnig, Interzonale Kollisionsnormen in der Gesetzgebung Deutschlands, RabelsZ 19/463;
- Duden, Welches Währungsrecht gilt für die Kaufpreisschulden von Westabnehmern an Ostlieferanten ?, BB 49/172;
- Eichel, Probleme zur Unterhaltspflicht des im Westen lebenden Vaters gegenüber unehelichen Kindern in der Ostzone, NJW 52/450;
- Eichel, Die Anerkennung von Entscheidungen ostzonaler Gerichte und anderer Behörden, NJW 53/1172;
- Ficker, Grundfragen des deutschen interlokalen Rechts, Berlin und Tübingen 1952;
- Fischer, Das Recht zur Fortführung alter Firmen durch den bisherigen Inhaber, ZHK 111/18;
- Forsthoff, Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 4.Aufl., München und Berlin 1954;
- Friedrich, Enteignung und Löschung von Unternehmen in der Ostzone mit Vermögen in den Westzonen, SJZ 48/24;

- Gentzmann, Devisenrechtliche Fragen im Interzonenverkehr, ROW 58/
/110;
- Geßler-Hefermehl-Hildebrand-Schröder, Handelsgesetzbuch, 2.Aufl.,
Berlin und Frankfurt 1950;
- Julius v.Gierke, Handelsrecht und Schiffahrtsrecht, 7.Aufl., Ber-
lin 1955;
- Julius v.Gierke, Firmenuntergang und Firmenverlegung, ZHK 112/1;
- Nahnenfeld, Ost-West-Unterhaltsansprüche, NJW 55/528;
- Nahnenfeld, Sowjetzone - Inland oder Ausland ?, NJW 56/164;
- Harnening-Duden, Die Währungsgesetze, München und Berlin 1949/50;
- Hartmann, Die Zwangsvollstreckung aus Zivilurteilen sowjetzonaler
Gerichte in der Bundesrepublik Deutschland, Dissertation,
München 1954;
- Hatschek, Lehrbuch des deutschen und preußischen Verwaltungsrechts,
7./8.Aufl., Leipzig 1931;
- Heinze, Das neue Eherecht in der Sowjetzone, NJW 56/658;
- Henn, Zur interzonalen Anwendung des § 244 BGB, NJW 58/733;
- Hoffmann, Die Vollstreckung von Entscheidungen auswärtiger Gerichte,
JR 53/158;
- Hoffmann, Über Rechtsbeziehungen zwischen Ost und West, JR 55/10;
- Hollôs, Zur Kontroverse über den gegenwärtigen Status Deutschlands,
Erlangen 1948;
- Hueck, Das Recht der offenen Handelsgesellschaft, 2.Aufl., Berlin
1951;
- Jacobsohn, Getrennte Währungsreform in Ost und West, NJW 47/48/679;
- Jacobsohn, Zur Zwangsenteignung in der Ostzone, BB 48/219;
- Jaeger, Kommentar zur Konkursordnung, 6./7.Aufl., Berlin und Leip-
zig 1931/36;
- Jansen, Universalität oder Territorialität des Konkurses im inter-
zonalen Privatrecht, NJW 53/1132;
- Jarck, Abänderung und Aufhebung sowjetzonaler gerichtlicher Entschei-
dungen durch Gerichte der Bundesrepublik, FamRZ 56/296;
- Walter Jellinek, Verwaltungsrecht, 3.Aufl., Berlin 1931;
- Walter Jellinek, Neue Probleme des Kompetenzkonfliktes, Festschrift
Kiesselbach, 1947, S.125;
- Kegel, Zum Unterhaltsanspruch des unehelichen Ostkindes gegen den
Westvater, NJW 53/615;
- Kelsen, The Legal Status of Germany, AmJIntL 45/518;
- Köster, Die Haftung für Ostverbindlichkeiten, JR 52/9;
- Kuhn, Die Enteignung deutscher Beteiligungen an österreichischen
Aktiengesellschaften mit deutschem Vermögen, WM IV B 56/2;
- Kühne, Die Durchsetzung von Ostmarkforderungen im westdeutschen
Bundesgebiet, NJW 50/729;
- Kurt v.Laun, Zur Anwendung des Rechts der Ostzone, DV 49/548;
- Otto v.Laun, Die Abwälzung der Enteignung ostzonaler Hypotheken,
VersR 51/62 u.92;
- Letschert, Dinglich gesicherte Forderungen als Passiva der DN-Eröff-
nungsbilanz, NJW 51/217;

- Hans Lewald, Wirkungen der Enteignung durch einen fremden Staat, Deutsche Landesreferate zum III. Internationalen Kongreß für Rechtsvergleichung in London 1950, S.416;
- Walter Lewald, Zum Problem der interzonalen Geldschulden, Festschrift Hans Lewald, 1953, S.515;
- Walter Lewald, Konfiskation von Mitgliedschaftsrechten und Spaltungstheorie, NJW 58/281;
- Lieberknecht, Die Enteignung deutscher Mitgliedschaftsrechte an ausländischen Gesellschaften mit in Deutschland belegenem Vermögen, NJW 56/571 und 931;
- Lüders, Das Währungsstatut interzionaler Geldverbindlichkeiten, LDR 48/384;
- Luther, Das Ehehindernis des Ehebruchs im interzonalen Recht, FamRZ 57/6;
- Lutz, Das Schicksal der Firmen- und Warenzeichenrechte enteigneter Betriebe, GRUR 48/84;
- Lampel, Wie sind Verpflichtungen zu erfüllen, wenn Gläubiger und Schuldner in verschiedenen Währungsgebieten wohnen ?, JR 49/30;
- Larquardt, Zum heutigen interlokalen Privatrecht in Deutschland, LDR 49/5 u.135;
- Larquardt, Unterhaltsansprüche und Währungstrennung, LDR 50/8;
- Larquardt, Zum interzonalen Währungs- und Unterhaltsrecht, LDR 51/390;
- Laßfeller, Zur Behandlung sowjetzionaler Ehescheidungsurteile, StAZ 54/281;
- Lechior, Die Grundlagen des deutschen internationalen Privatrechts, Berlin und Leipzig 1932;
- Lentzel-Kuhn, Kommentar zur Konkursordnung, 6.Aufl., Berlin und Frankfurt 1955;
- Ernst Leyer, Der Abschluß der Sequestrierung und die Handelsregister- und Grundbuchführung, NJ 48/149;
- Lohrbutter, Aufgebot westdeutscher Hypotheken der in der Ostzone enteigneten Aktiengesellschaften, DB 54/714;
- Lühlen, Auswirkungen der Eheverordnung vom 24.11.1955, ROW 57/163;
- Müller, Vernichtung von Aktiengesellschaften durch Enteignungsmaßnahmen in der Sowjetzone ?, BB 52/903;
- Nathan, Unterhaltsanspruch des nichtehelichen Kindes nach § 17 des Gesetzes vom 27.September 1950, NJ 51/320;
- Nathan, Der Pseudo-Zeiß-Skandal, NJ 54/340;
- Hilde Neumann, Auswirkungen der Spaltung der Berliner Justiz, NJ 49/246;
- Neumeyer, Internationales Verwaltungsrecht, Band III, München, Berlin und Leipzig 1930; Band IV, Zürich und Leipzig 1936;
- Niederer, Einführung in die allgemeinen Lehren des internationalen Privatrechts, Zürich 1954;
- Fritz Niethammer, Ein Beitrag zur "Objektivität" der bürgerlichen Rechtswissenschaften, NJ 52/119;
- Nußbaum, Deutsches internationales Privatrecht, Tübingen 1932;

- Nußbaum, Juristische Valutafragen, JW 20/13;
- Nußbaum, Zwangsvollstreckung wegen Valutaforderungen, JW 20/891;
- Oppenheim-Lauterpacht, International Law, Band I, 8.Aufl., London, New York und Toronto 1955;
- Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, 15.Aufl., München und Berlin 1956;
- Paterna, Schicksal der Warenzeichen bei Enteignung von Ostbetrieben, MDR 48/462;
- Pfuhl, Die sowjetzonale Rezeption des sowjetischen Zivilprozeßrechts, JR 58/129;
- Polak, A.J.Wyschinskis Lehren und seine Praxis, NJ 55/65;
- Preuß, Über das Scheidungsrecht in der Deutschen Demokratischen Republik, JR 57/8;
- Prölß, Versicherungsvertragsgesetz, 10.Aufl., München und Berlin 1957;
- Raape, Internationales Privatrecht, 2.Aufl., Berlin 1945;
- Raape, Internationales Privatrecht, 4.Aufl., Berlin und Frankfurt 1955;
- Rabeling, Neue Rechtsentwicklung zur Auswirkung ostzonalen Verfügungen über westliches Vermögen - Einwand der Verwirkung, MDR 51/715;
- Reich, Die Bankenschließung in Mitteldeutschland, NJW 49/652;
- Remmert, Zur Frage der Aufspaltung der Patente, NJW 49/81;
- Reuß, Zum gegenwärtigen Stande des interzonalen Verfahrensrechts in Deutschland, MDR 51/205;
- Reuß, Zum Begriff des "Inlands" im Sinne von § 606 I 2 ZPO und § 328 ZPO, FamRZ 56/39;
- Rewoldt, Zur Haftung der Banken für Ostverbindlichkeiten, LDR 51/653;
- Riezler, Fragen des interzonalen Zivilprozeßrechts, SJZ 47/233;
- Rodig, Die Ehescheidung in der sowjetischen Besatzungszone, ein Problem des interzonalen Rechts, MDR 53/460;
- Rosenberg, Lehrbuch des deutschen Zivilprozeßrechts, 7.Aufl., München und Berlin 1956;
- Walther Rosenthal, Zivil- und strafrechtliche Probleme zwischen Sowjetzone und Bundesrepublik, ROW 57/1;
- Saalfrank, Wertpapierbereinigung und Verfügung über Wertpapiere in der russischen Zone, BB50/805;
- Samson, Der gegenwärtige Rechtszustand in der Sowjetzone Deutschlands, BB 55/485;
- Schindler, Besitzen konfiskatorische Gesetze außerterritoriale Wirkung ?, SchweizJahrbIntR 46/65;
- Schlegelberger-Quassowski-Herbig-Geßler-Hefermehl, Aktiengesetz, 3. Aufl., Berlin 1939;
- Schlichting, Zum interzonalen Familienrecht, MDR 51/138;
- Schmidt, Ostzonenhypotheken westdeutscher Versicherungsunternehmen, VersR 50/153 u.173;

Schnorr v. Carolssfeld, Internationalrechtliche Fragen zur Dogmatik des deutschen Zivilprozeßrechts, Festschrift Lent, München und Berlin 1957, S.245;

Schöne, Interzonale Auswirkungen des Unehelichenrechts der Sowjetzone, NJW 51/697;

Schreiber, Der Einfluß der Enteignungen in der Ostzone auf juristische Personen des Handelsrechts, DRZ 48/127;

Schulze, Prozeßkosten bei Wohnsitz der Parteien in verschiedenen Währungsgebieten, NJW 49/99;

Schumacher, Die Auswirkungen der Herabsetzung des Volljährigkeits- und Zehnjährigkeitsalters in der russischen Zone auf Westdeutschland, NJW 51/169;

Schütz, Unterstützungszahlungen über die Zonengrenze, BB 54/730;

Schweckendiek, Unterhaltsansprüche unehelicher "Ost"-Kinder gegen "West"-Väter, JR 52/463;

Seeger, Ultrazonale Auswirkungen von Enteignungsmaßnahmen im Ostwährungsgebiet auf das Rechtsverhältnis zwischen Hypothekengläubiger und Schuldner-Eigentümer, JR 51/359;

Seeger, Zur Doppelinanspruchnahme von Hypothekenschuldnern, NJW 52/210;

Seidl-Hohenveldern, Internationales Konfiskations- und Enteignungsrecht, Tübingen 1952;

Seidl-Hohenveldern, Getarnte Konfiskation von Auslandsvermögen, BB 53/837;

Serick, Zur Enteignung juristischer Personen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, RabelsZ 20/86;

Serick, Zur Konfiskation von Mitgliedschaftsrechten, JZ 56/198;

Seydel, Ost-West-Unterhalt, NJW 58/736;

Skaupy, Die Behandlung von Ostmarkforderungen, BB 51/126;

Skaupy, Schuldenhaftung nach Enteignung außerhalb des Währungsgebiets und West-Berlins, BB 52/279;

Soergel, Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz, 8.Aufl., Stuttgart und Köln 1955;

Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 11.Aufl., Berlin 1954-1958;

Stein-Jonas, Zivilprozeßordnung, 18.Aufl., Tübingen 1953;

Stödter, Deutschlands Rechtslage, Hamburg 1948;

Süß, Die Anerkennung ausländischer Urteile, Festschrift Rosenberg, 1949, S.229;

Tetzner, Zonenenteignung und Patentrecht, JR 50/363;

Truckenbrodt, Können die westdeutschen Gerichte zur Zahlung in fremder Währung verurteilen ?, LDR 51/83;

Tschischgale, Die Sicherheit für Prozeßkosten durch Ostkläger, JR 52/272;

Ulmer, Warenzeichen und Firma zwischen Ost und West, SJZ 48/674 = GRUR 49/63;

Ulmer, Aus dem Wettbewerbs- und Warenzeichenrecht - Rechtsfragen der Nachkriegszeit, GRUR 51/355;

- Veith, Der Einfluß der ostzonalen Enteignung auf die Bürgerschaft, MDR 51/258;
- Vogel, Sitzverlegung über Zonengrenzen, Festschrift Leo Raape, 1948, S.203;
- Wagner, Zur Anerkennung sowjetzonaler Scheidungsurteile, DRiZ 56/27;
- Wälde, Durchsetzung ostzonomer Geldforderungen in der Bundesrepublik, NJW 51/213;
- Waldmann, Zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen gegenüber Unterhaltsverpflichteten in Westdeutschland, NJ 51/557;
- Weisbart, Internationales Privatrecht und öffentliches Recht, JZ 51/769;
- Wengler, Prinzipienfragen des interzonalen Rechts in Deutschland, NJW 51/49;
- Wieczorek, Zivilprozeßordnung, Berlin 1957;
- Wilcke, Patente und Warenzeichen zwischen Ost und West, SJZ 50/558;
- Ernst Wolff, Probleme des interlokalen Privatrechts in Deutschland, Festschrift Leo Raape, 1948, S.181;
- Martin Wolff, Das internationale Privatrecht Deutschlands, 3.Aufl., Berlin, Göttingen und Heidelberg 1954;
- Wünschmann, Das Gesetz der Ostzone zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs, JR 51/109;
- Würdinger, Zur Haftung für Ostschulden, insbesondere nach erfolgter Enteignung im Osten, SJZ 50/81;
- Zimmermann, Die Zwangsvollstreckung aus sowjetzonalen Urteilen in der Bundesrepublik, Rpfleger 57/363;
- Zöller, Zivilprozeßordnung, 7.Aufl., München 1954;
- , Anmerkung zu Beuck, "Ultrazonale Beschlagnahmewirkung - eine ostzonale Rechtsmeinung", BB 47/395;
- , Einzelfragen zur Zwangsenteignung in der Ostzone, BB 48/183;
- Entschlüsse des III.Internationalen Kongresses für Rechtsvergleichung in London 1950, Auszug in RabelsZ 16/486;
- Entwurf des Familiengesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg.vom Präsidium des Nationalrates der nationalen Front des demokratischen Deutschland, Ost-Berlin 1954;
- Rechtsvergleichendes Handwörterbuch, Band IV, Berlin 1933;

R e c h t s p r e c h u n g

(in Klammern die Verfasser von Anmerkungen; B = Beschluß;
U = Urteil; E = sonst. Entscheidung; L = nur Leitsatz)

Reichsgericht

U. 21. 3.05	Rep.II 387/04	RGZ 60/296;
U. 3. 3.06	Rep. V 372/05	RGZ 63/ 18;
U. 27. 5.10	Rep.II 485/09	RGZ 73/366;
U. 16. 4.13	Rep. I 356/12	RGZ 82/161;
U. 28. 6.18	Rep.II 69/18	RGZ 93/182;

B. 24. 1.21 (Ver.ZS)II	13/20	RGZ 101/312;
U. 7. 6.21	VII 528/20	RGZ 102/251;
B. 16.12.22	V 3/22	RGZ 106/ 74;
U. 19.12.22	III 137/22	RGZ 106/ 82;
U. 30. 4.25	II 244/24	RGZ 110/422;
U. 20. 9.27	II 409/26	RGZ 118/ 76;
U. 2. 2.35	I 120/34	RGZ 147/ 27;
U. 20. 5.35	VI 43/35	RGZ 148/ 67;
U. 8. 2.37	VI 291/36	RGZ 153/338;
U. 30. 9.39	IV 214/38	RGZ 160/140;
B. 17. 7.43	GSE 21/43	ZAKDR 44/ 67;

Oberster Gerichtshof für die Britische Zone

U.31. 3.49	I ZS 125/48	HEZ 2/311 = LDR 49/353 = BB 49/258;
U.31. 3.49	I ZS 142/48	HEZ 2/362 = JR 49/286 = LDR 49/351 = BB 49/258 L = DV 49/360;
U.31. 3.49	I ZS 169/48	OGHZ 1/386 = NJW 49/502 = LDR 49/419 = DB 49/240 L u.261;
U. 2. 6.49	I ZS 9/49	DRZ 49/469;
U.13. 4.50	I ZS 89/49	OGHZ 4/6 = NJW 50/644 = VersR 50/104 L= DB 50/299 L u.312;= VABln 50/61;
U. 4. 5.50	I ZS 97/49	NJW 50/643 u.906 L(Mann);

Deutsches Obergericht für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet

U.19. 4.50	I S 2&3/48	DRZ 50/364;
------------	------------	-------------

Bundesverwaltungsgericht

U. 6.10.55	I A 24/53	BB 55/1007;
------------	-----------	-------------

Bundesgerichtshof

U.26. 1.51	V ZR 43/50	BGHZ 1/109 = NJW 51/40 = LDR 51/288;
U.24.11.51	II ZR 26/51	NJW 52/182 = JZ 52/82 = LDR 52/99 = BB 52/42;
U.11.12.51	I ZR 38/51	NJW 52/384 L;
U. 1. 2.52	I ZR 123/50	BGHZ 5/35 = LindLöhr (1) § 128 HGB (L; Wilde) = NJW 52/540 = LDR 52/351 = DB 52/267 = BB 52/276 (Skaupy) = GmbHRdSch 52/154;
U. 1. 2.52	V ZR 16/51	LindLöhr (2) Art.71f EGBGB = NJW 52/420 = BB 52/304 = DNotZ 52/225 = GmbH RdSch 52/74 L (Schneider) = HW 52/101 u. 131 L = VersR 52/231 L;
U. 3. 4.52	IV ZR 136/51	BGHZ 5/302 = NJW 52/741 = JZ 52/654 (Kegel) = LDR 52/350;

U.25. 9.52 IV ZR 110/51 BGHZ 7/218 = LindMöhr (2) § 606 ZPO (L; Johannsen) = NJW 52/1415 = JZ 52/748 (Riezler) = MDR 53/36 L = JR 52/447;

U.30. 9.52 I ZR 31/52 BGHZ 7/231 = LindMöhr (13) § 21 UmstG (L; Schmidt) = NJW 53/339 (Harmening) = JZ 52/720 (Beitzke) = MDR 52/734 = JR 53/59 = BB 52/867 u.900 = DB 52/928;

U.17.10.52 I ZR 45/52 BGHZ 7/303 = LindMöhr (3) § 372 BGB (L; Wilde) = NJW 53/19 (Röttermann) = JZ 53/178 (Bruns) = MDR 53/27 = JR 53/22 = BB 52/901 = DB 52/967;

U.31. 3.53 I ZR 74/52 LindMöhr (2) § 275 BGB = JZ 53/513 L = JR 54/21 = BB 53/373 = DB 53/399 L = GWW 53/230;

U.22.12.53 V ZR 86/52 BGHZ 12/79 = LindMöhr (18) § 242 (Bd) BGB (L; Pritsch) = NJW 54/796 = MDR 54/344 = BB 54/302 = GWW 54/283 L;

U.15. 1.54 V ZR 165/52 LindMöhr (19) § 242 (Ca) BGB = MDR 54/286 = JR 54/179 = BB 54/210 = DB 54/191 = NSTG Nr.16(1954)/30 = HW 54/193;

B.12. 2.54 I ZR 106/51 LindMöhr (2) § 91 ZPO = NJW 54/1200 u.1487 L (Wagner) = BB 54/512 L = DB 54/517 L = Rpfleger 55/67;

U.10. 7.54 VI ZR 102/53 BGHZ 14/212 = LindMöhr (11) Art.7ff EGBGB (L; Hanebeck) = NJW 54/1441 u.1762 L (Werner) = JZ 55/161 (Kegel) = LDR 54/665 = BB 54/785 = DB 54/781 = VRS 7/241 = VersR 54/485, 595 L u.55/210 L;

U. 4.11.54 IV ZR 169/54 LindMöhr (3) § 606 ZPO = NJW 55/218 = JR 55/302 = FamRZ 55/13 (Bosch) = Rpfleger 55/102 = ZZP 68/45;

U.10. 5.55. I ZR 120/53 BGHZ 17/209 = LindMöhr (9) § 12 BGB (L; Lindenmaier) = NJW 55/1151 = LDR 55/599 (Beitzke) = BB 55/680 = DB 55/684 = BlfPMZ 55/360 L = GRUR 55/490 = WRP 55/165 = WuW 55/564;

U. 9.12.55 V ZR 81/54 BB 56/355 u.541;

U.30. 1.56 II ZR 168/54 NJW 56/785 (Walter Lewald) = BB 56/254;

U.11. 4.56 IV ZR 279/55 NJW 56/1031 = JZ 56/500 = JR 56/301 = FamRZ 56/183;

U. 9. 5.56 IV ZR 201/55 BGHZ 20/323 = LindMöhr (2) § 328 ZPO (L; Ascher) u.(20) Art.7ff EGBGB L = ZZP 69/288 = JZ 56/496 (Beitzke) = FamRZ 56/228 L u.276 (Bosch) = NJW 56/1436;

U.15. 1.57 I ZR 39/55 ROW 57/125;

U.18. 2.57 II ZR 287/54 BGHZ 23/333 = LindMöhr (21) Art.7ff EGBGB L = NJW 57/628 = JZ 57/475 (Beitzke) = LDR 57/662 (Pohle) = ROW 57/127;

U.27. 5.57 II ZR 178/56 ROW 57/251 L;

U.29. 6.57 IV ZR 313/56 FamRZ 57/366;

U.10. 7.57 IV ZR 115/57 FamRZ 57/370 = ROW 58/79;

U.24. 7.57	I ZR	21/56	NJW 58/17 = ROW 58/33 L = LDR 58/154 L (Braga) = GRUR 58/189 (Hefermehl) = JZ 58/241 (Steindorff) = BB 57/1120;
U.19. 9.57	VII ZR	431/56	MDR 58/86 (Beitzke);
U. 2.10.57	IV ZR	95/57	LindmÖhr (4) § 328 ZPO = NJW 58/104 = = FamRZ 58/18 (Beitzke) = BB 57/1194;
U. 3.10.57	VII ZR	421/56	MDR 58/88 (Beitzke) = ROW 58/122 = BB 57/1199;
U.14. 2.58	I ZR	40/56	NJW 58/671 = LDR 58/303 = BB 58/280;
U.21. 2.58	II ZR	297/56	NJW 58/745 = BB 58/252;

Bundesarbeitsgericht

U.15. 7.57	2 AZR	330/56	JZ 57/714 (Beitzke) = BB 57/873 = ROW 57/254 = ZLR 57/323;
------------	-------	--------	--

Oberstes Gericht der DDR

U.12. 7.50	1 Zz	11/50	OGZ 1/25 = NJ 50/403;
U.18.10.50	1 Zz	33/50	OGZ 1/49 = NJ 51/30;
U. 8.11.50	1 Zz	38/50	OGZ 1/55 = NJ 51/27 (Nathan);
U. 1.12.50	1 Zz	43/50	NJ 51/185;
U. 1.12.50	1 Zz	52/50	NJ 51/222;
U.10. 1.51	1 Zz	23/50	OGZ 1/86 = NJ 51/221;
U.14. 2.51	1 Zz	59/50	OGZ 1/94 = NJ 51/224 = JR 51/733;
U. 1. 8.51	1 Zz	29/51	NJ 51/464;
U.31.10.51	1 Zz	78/51	NJ 52/222;
U. 7.11.51	1a Zz	14/51	NJ 52/176;
U.16. 1.52	1 Zz	91/51	OGZ 1/264 = NJ 52/271;
U.25. 6.52	1 Zz	54/52	NJ 52/409;
U.18. 9.52	1 Zz	63/52	NJ 52/552;
U.25. 9.52	1a Zz	21/52	NJ 52/551;
U.13. 4.53	1 Zz	17/53	NJ 53/369;
U.26. 5.53	1 Zz	49/53	NJ 53/466;
U. 5.10.53	1 Uz	78/52	NJ 54/58 = GRUR 54/284 = LA 54/426 (Schriftltg.);
U.30. 3.54	1 Zz	27/54	NJ 54/574;
U.16.11.54	1 Zz	212/54	NJ 55/157;

Oberlandesgerichte

KG	U.26. 2.12	oh.Aktz.	OLG 28/276;
KG	B.27. 4.20	1008.20/10	JW 20/657 (Nußbaum; Wach);
KG	B.19. 8.48	1 W 685/48	HBZ 2/224 = NJW 49/310 = = JR 49/49 u.147 = HW 49/44 (Bach);

KG West	B.25. 4.49	1 W	800/49	MDR 51/40; = HW 50/9;
KG West	U. 6. 9.49	5 U	2289/49	JR 50/307;
KG West	B.12. 6.50	1 W	1001/50	JR 50/684;
KG West	B.20.10.50	6WM	1386/50	JR 51/152 = BB 51/64 = = DGVZ 51/55 = HW 51/342;
KG West	B. 9.11.50	6WN	1879/50	EB 51/375 = DB 50/612 = = DGVZ 51/103 = HW 51/374 L;
KG West	U.15.12.50	6 U	1201/50	JZ 51/367 (Beitzke) = = VersR 51/56;
KG West	U.22.12.50	5 U	1645/50	NJW 51/486 = JR 51/627;
KG West	B. 6. 8.53	12 W	2505/53	MDR 54/168 = JR 54/61;
KG West	B.14.10.53	10 W	2911/53	NJW 54/845;
KG West	B.17. 9.54	9 W	1904/54	NJW 55/27 = LDR 55/616 = = FamRZ 55/55 L;
KG West	U.22. 4.55	2 U	861/54	NJW 55/1884 (Hintze) = = FamRZ 56/122 L;
KG West	B.18. 5.56	6 W	480/56	FamRZ 56/231;
KG West	B. 6. 8.57	11 WM	694/57	ROW 57/255 (Gentzmann);
KG Ost	U. 4. 5.51	2 U	266/50	NJ 51/475;
KG Ost	U.30. 5.52	2 UR	190/51	NJ 52/415;
Bamberg	B.30. 1.48	1 W	103/47	HEZ 1/188 = SJZ 48/257;
Bamberg	B. 7. 2.49	1 W	31/49	SJZ 49/487 (Scheuch) = BB 49/431 (Fröhler);
Bamberg	B.31. 3.50	1 W	137/50	DNotZ 50/475;
Braunschweig	U. 3. 6.47	1 U	44/47	MDR 48/55 (Langen) = BB 47/227 = NdsRpfl 47/56 = Veröföw 47/23;
Braunschweig	U.20. 1.48	1 U	120/47	HEZ 1/268 = NJW 47/48/425 (Langen) = DRZ 48/251 (Ja- gusch) = MDR 48/256 (Schu- ler) = BB 48/93 (Schrift- ltg.) = NdsRpfl 48/150;
Braunschweig	U.23. 3.48	1 U	59/46	NJW 47/48/486 u.556 L (Beitzke) = NdsRpfl 48/192);
Braunschweig	U.22. 6.48	1 U	48/48	DRZ 49/307 = BB 48/340;
Braunschweig	U.10. 8.48	1 U	100/48	HEZ 2/117 = BB 48/502;
Braunschweig	U.22. 3.49	1 U	224/48	MDR 49/624;
Braunschweig	B. 9.12.49	1 W	129/49	JZ 51/81 (Kegel) = JR 50/ /667 = NdsRpfl 50/140;
Braunschweig	U.19.12.50	1 U	112/50	BB 51/600 = VersR 52/38 L = = HW 51/341;
Braunschweig	B. 8. 5.54	1 W	41/54	MDR 54/560 L;
Bremen	U. 5.11.54	1 U	241/54	NJW 55/110 L;
Bremen	B.30.12.55	1 W	350/55	NJW 56/512 = FamRZ 56/244 L;
Celle	U. 4.11.47	4 U	187/47	NJW 47/48/385;

Celle	B.28. 5.48	2 Wx	28/47	HEZ 2/120 = MDR 48/360 = NdsRpfl 48/119 = BB 48/ /315;
Celle	U. 8.12.50	2 U	192/50	NJ 51/552 = NdsRpfl 51/8;
Celle	B.20. 3.51	8 W	49/51	NJW 51/484 = EJF 51/52/3 (Klein);
Celle	B.20. 3.51	8 W	66/51	MDR 51/619 = NdsRpfl 51/ /157 = BB 51/513 = DB 51/ /344 L;
Celle	B.31. 7.51	1 W	131/51	BB 51/711;
Celle	U.21.12.51	4 U	68/51	NJW 52/473 (Beitzke);
Celle	U.13. 5.54	1 U	52/54	FamRZ 54/141;
Celle	B.17. 9.54	5 Wx	47/54	NJW 55/24 = FamRZ 55/55 L;
Celle	B.17. 2.55	4 W	379/54	JR 55/470 = NdsRpfl 55/ /194 = MDR 56/43 = StAZ 56/ /3 = FamRZ 56/122 L;
Celle	B.16. 5.55	8 W	287/54	NdsRpfl 55/168 = FamRZ 56/ /32 L u.123 L = DGVZ 56/24;
Celle	U.28.10.55	2 U	252/55	MDR 56/233 = FamRZ 56/235 L;
Celle	U. 5. 6.57	3 U	209/56	NJW 57/1524 = ROW 57/206 (Gentzmann) = FamRZ 57/390;
Dresden	B. 1. 7.48	3 W	92/48	BB 48/371;
Dresden	B. 7. 8.48	3 W	167/48	NJW 49/866 u.50/431 L (Ley- er);
Dresden	U.16. 2.50	2 U	249/47	NJ 50/458 (Nathan);
Dresden	U.24.10.50	4 U	40/50	DB 51/152;
Düsseldorf	U.20.12.49	2 U	185/49	NJW 50/470 = BB 50/54 = = GRUR 50/145, ber.296 = = DB 50/21;
Düsseldorf	U.29. 9.50	2 U	157/50	DB 50/484 = GRUR 51/73 = = BfPMZ 51/56;
Düsseldorf	B.24. 2.54	10 W	55/54	MDR 54/359 = JMB1NRW 54/ /128;
Düsseldorf	B.17.12.56	3 W	350/56	MDR 57/225 = Rpfleger 57/ /258 (Berner) = BB 57/489;
Düsseldorf	U.28. 6.57	5 U	72/57	FamRZ 58/32 L;
Erfurt	oh.Datum	oh.Aktz.		BB 50/853 L = RegBlThür II 50/264 L;
Erfurt(Plenum)	B.12.10.50	4 U	560/49	NJ 51/38;
Erfurt	B.22. 2.52	3 W	4/52	NJ 52/186 (Nathan) = BB 52/415;
Frankfurt	B.25. 5.21	5/1W	52/21	JW 21/1328;
Frankfurt	U. 9.12.49	3 W	117/49	SJZ 50/347 (Breimann) = BB 50/5;
Frankfurt	B.30. 6.50	4 W	88/50	MDR 50/555;
Frankfurt	B.14. 7.51	1 W	67/51	NJW 51/722 = DGVZ 51/169;
Frankfurt	B.18. 4.52	4 W	43/51	MDR 52/557;

Frankfurt	U.22. 4.52	4 U	177/51	MDR 52/625;
Frankfurt	B.27. 6.52	W	85/52 (Darmstadt)	NJW 53/105 (Bauer) u.869 L (Kunisch) = GWW 53/148 L;
Frankfurt	B.21.12.53	6 W	466/53	NJW 54/644;
Frankfurt	B. 3. 5.54	1 W	38/54 (Kassel)	NJW 54/1527 = StAZ 55/290 = = FamRZ 56/113 L;
Frankfurt	B.10. 6.55	4 W	150/54	MDR 55/615;
Frankfurt	U. 6.10.55	6 U	58/55	BB 56/220;
Frankfurt	B.30. 4.56	6 W	63/56	Rpfleger 56/252 (Berner);
Gera	oh.Datum	oh.Aktz.		NJW 47/48/159 = DRZ 48/262 = = Nr.103 RegBlThür II 47/ /324 L;
Gera	U. 4. 6.48	3 U	21/48	DRZ 48/493 (Benkard) = BB 48/372 L (Schriftltg.) = = Nr.253 RegBlThür II 48/ /230 L;
Gera	U. 5.11.48	3 U	12/47	JR 51/242;
Gera	U.10. 3.50	3 U	57/49	NJ 50/320;
Halle	B.14. 1.49	2 W	128/48	NJ 49/118 (Nathan) = DRZ 49/283 = DGVZ 50/88;
Halle	U.23. 8.50	1 U	121/50	NJ 50/502;
Hamburg	U.19. 7.48	3 U	49/48	HEZ 2/6 = NJW 47/48/693 (Harmsen) = MDR 48/283 = = SJZ 48/604 = BB 48/341 (Beil S.592) = GRUR 48/260 = = BlfPMZ 48/49/111;
Hamburg	U.21.10.48	2 U	309/47	VRS 1/106;
Hamburg	U. 2. 2.49	4 U	429/48	mitgeteilt bei Beuck, Inter- zonales Privatrecht, S.25;
Hamburg	U. 7. 7.49	3 U	98/49	SJZ 49/785 (Riezler);
Hamburg	U.10.11.50	1 U	236/50	DB 51/15;
Hamburg	U.23.11.50	3 U	285/50	MDR 51/109;
Hamburg	B. 8. 5.51	1 W	50/51	JZ 51/444 = MDR 51/560 (Ar- wed Blomeyer) = BB 51/853 = = DB 51/484 = GmbHRdSch 51/ /95;
Hamburg	B.16. 8.51	6 W	282/51	NJ 51/463;
Hamburg	U. 3. 6.53	4 U	411/52	NJW 53/1633 (v.Köhler) = VerBAV 53/223 = GWW 53/499L;
Hamm	B.20. 1.49	2 W	253/48	HEZ 2/244;
Hamm	B.20. 2.50	7 Wx	13/50	mitgeteilt bei Beuck, Inter- zonales Privatrecht, S.17;
Hamm	B.17. 1.53	14 W	189/52	NJW 53/750 = BB 53/183 = = JMBlNRW 53/103 = Büro 53/ /70;
Hamm	U. 4. 5.54	8 U	82/54	FamRZ 54/176;
Hamm	B.28.10.54	15 W	441/54	BB 55/175 L (die hier abge- druckten Gründe gehören zum Beschuß 15 W 475/54) = = JMBlNRW 55/39;

Hamm	B.28.10.54	15 W	475/54	NJW 55/67 = Rpfleger 54/ /631 (Berner);
Hamm	B.25. 3.55	15 W	70/55	Rpfleger 56/251 (Berner);
Hamm	B.10. 8.55	17 W	73/55	FamRZ 55/335;
Hamm	B. 7.12.56	15 W	527/56	BB 57/195;
Karlsruhe	B. 1.10.53	3 W	156/53	MDR 54/113;
Karlsruhe	B.19. 8.57	4 W	80/56	NJW 57/1603 u.58/754 L (Brunn) = JR 58/224 L (Wag- ner) = Rpfleger 58/91 (Ber- ner);
Koblenz	B.14.10.55	5 W	360/55	NJW 56/383 = MDR 56/164;
Köln	B. 6.10.20	1 W	77/20	JW 20/910 (Nußbaum);
Köln	U. 5.12.50	4 U	189/50	mitgeteilt bei Beuck, Inter- zonales Privatrecht, S.59;
Köln	E.26. 7.51	3133 EF	49	mitgeteilt bei Beuck, Inter- zonales Privatrecht, S.165;
Köln	B.10.12.54	2 W	217/54	Rpfleger 55/192 (Berner);
Köln	B. 5. 7.55	5 W	156/54	FamRZ 56/27;
Köln	U.26. 7.55	4 U	231/54	FamRZ 56/26 u.57 L (Walther Rosenthal);
Köln	B.20. 6.56	5 W	25/56	NJW 56/1445 = BB 57/277;
München	U.17. 6.41	7 U	678/40	HRR 42/Nr.9;
München	U.18. 9.41	5 U	1082/40	HRR 42/Nr.10;
München	U. 3. 3.50	1 U	389/49	MDR 50/682 (Thomas u.Duden 51/92);
München	U.14. 7.55	1 U	2039/54	FamRZ 55/298 L u.334;
Nürnberg	B.19. 9.49	W	541/49	NJW 50/228 (Möhring) = SJZ 50/277 (Raiser) = DB 50/ /104 = BB 50/926;
Nürnberg	B. 2. 3.50	2 W	88/50	SJZ 50/426 (Kluge; Riezler);
Nürnberg	U.10. 7.53	4 U	218/51	BayJMB1 55/79;
Nürnberg	U.30. 7.54	3 U	87/54	DB 54/999;
Nürnberg	U.16. 9.54	2 U	44/53	BayJMB1 54/278 = FamRZ 55/ /152 L;
Oldenburg	U.30.11.53	4 U	88/53	BB 54/326 (Patschke);
Schleswig	B. 2. 9.49	2 W	351/49	NJW 50/193 = VersR 51/87;
Schleswig	B. 6. 2.50	4 W	49/50	MDR 50/235;
Schleswig	B. 9. 6.50	1 W	108/50	SchlHA 50/257;
Schleswig.	U. 7. 6.55	7 U	36/55	SchlHA 55/301 = FamRZ 56/ /28 L;
Stuttgart	B.22. 6.50	1 U	294/50	DRZ 50/369 = SJZ 50/593 = = BB 50/545 = Rpfleger 50/ /471 (Oswald) = DB 50/358;
Stuttgart	U.15. 3.55	2 U	123/54	GRUR 56/124;
Stuttgart	U.28. 4.55	3 U	3/54	NJW 55/1154;

Stuttgart	B.29. 3.57	8 W	27/57	JZ 57/448 (Beitzke) = ROW 57/204 (Hildebrand);
Stuttgart	B. 6. 7.57	3 W	35/57	FamRZ 57/388 = ROW 58/128 (Gentzmann);
Stuttgart	B. 1.10.57	8 W	284/57	Rpfleger 57/386 = ZZP 71/ /274;
Wien	U.10.11.39	4 R	152/39	DJ 40/127;

andere deutsche Gerichte

LG Aachen	U.10. 1.52	7 S	182/50	NJW 52/471;
LG Aachen	U.21. 8.53	5 S	28/53	NJW 54/841;
LG Altenburg	U.18.12.46	S	13/46	NJ 47/218 (Nathan);
AG Annaberg	U.26. 1.51	1 Ra	227/50	mitgeteilt bei Rodig MDR 53/460;
LG Bamberg	B.29.12.56	1 T	82/56	NJW 57/676 u.1112 L (Heinemann);
LG Berlin-West	U.24. 1.50	20 S	516/48	JR 50/667;
LG Berlin-West	U.10. 5.50	10 O	32/50	VW 50/326 = VersR 50/ /168 L = VABln 50/64;
LG Berlin-West	U. 1.12.50	20 S	430/50	NJW 51/238 u.526 L (Bell) = JR 51/24;
LG Berlin-West	B.30. 3.51	73 T	9/51	JR 51/407;
LG Berlin-West	B. 4. 6.51	23 TM	42/51	mitgeteilt bei Beuck, Interzonales Privat- recht, S.86;
LG Berlin-West	U. 2.11.51	20 S	469/51	NJW 52/310;
LG Berlin-West	U.20. 3.52	73 S	322/51	MDR 53/44;
LG Berlin-West	B.17. 5.52	29 T	93/52	JR 53/429;
LG Berlin-West	U.16. 6.52	7 O	99/52	BB 52/841 u.899;
LG Berlin-West	U.26. 8.55	36 R	13/54	FamRZ 56/28 (Retzdorff);
LG Berlin-West	B. 4. 1.53	31 T	1105/57	JR 58/224 (Wagner);
AG Charlottenburg	U.24. 2.50	7 C	938	NdsRpfl 50/176;
AG Lichterfelde	B. 7. 7.54	3 C	538/54	FamRZ 54/114 (Bosch);
AG Wedding	U.12. 3.55	3 C	158/55	LDR 55/617, ber.687 = = FamRZ 56/29 L;
LG Berlin-Ost	B.12.10.50	1aT	594/50	NJ 50/511;
LG Bielefeld	U.14. 4.48	1 S	11/48	NJW 49/27;
LG Bielefeld	B.19. 1.51	4 R	19/49	MDR 51/305 = AnwBl 50/ /51/119 L;
LG Bielefeld	U.19. 9.51	1 S	663/51	LDR 52/108;
LG Bochum	U. 2. 2.51	8 S	27/51	NJW 51/239;
LG Bochum	U.27.11.51	8 S	271/51	LDR 52/169;
LG Bochum	U.29. 7.52	8 S	110/52	LDR 52/622;
LG Bochum	B.12. 1.57	8 S	278/56	MDR 57/228;

LG Braunschweig	U. 9. 5.50	8 S	59/50	NJW 50/751;
LG Braunschweig	U.16. 1.51	8 S	327/50	MDR 51/238 = NdsRpfl 51/71;
LG Braunschweig	B.18. 3.53	8 T	14/53	MDR 53/367 = NdsRpfl 53/163;
LG Bremen	B.16. 8.49	3 T	216/49	Rpfleger 48/49/616 = = DGVZ 50/38;
LG Bremen	B.25. 4.50	3 T	90/50	Rpfleger 50/277;
LG Bremen	B.13. 6.51	4 T	301/51	MDR 51/748 = JR 52/280;
LG Bremen	B.20. 3.54	5 T	158/54	DGVZ 54/124 = Rpfleger 54/254 (Berner);
LG Bremen	B. 8. 9.54	3 S	409/54	NJW 54/1768 L = MDR 55/ /547 = Rpfleger 54/572 (Berner) = FamRZ 55/55 L;
LG Cottbus	B.23. 4.49	T	268/48	mitgeteilt bei Beuck, Interzionales Privat- recht, S.23;
BG Cottbus	B.21. 5.54	T	116/54	mitgeteilt bei Hoff- mann JR 55/10(11 N.4)
LG Dessau	U. 5. 7.50	1 S	150/50	BB 51/6;
AG Dessau	U.14. 8.51	6 Ra	538/50	mitgeteilt bei Rodig MDR 53/460;
LG Dortmund	U.23.12.49	1 S	855/49	MDR 50/552;
LG Dortmund	U.17. 2.53	2 S	286/52	MDR 53/367 = EJR 53/71 L;
LG Dresden	U.28. 6.49	4 O	174/48	mitgeteilt bei Beuck, Interzionales Privat- recht, S.9;
LG Düsseldorf	U.11. 5.49	4 Q	15/49	GRUR 49/299;
LG Düsseldorf	B. 2. 5.50	2 Q	7/50	BB 50/519 L;
LG Düsseldorf	U.11. 8.50	4 Q	31/50	mitgeteilt bei Beuck, Interzionales Privat- recht, S.21;
LG Düsseldorf	U.17.11.50	oh.Aktz.		GRUR 51/321;
LG Düsseldorf	U. 1. 2.52	13 S	425/51	MDR 52/298;
LG Düsseldorf	U.23. 5.52	13 S	525/51	MDR 52/556;
LG Düsseldorf	B. 2.12.53	15 T	762/52	NJW 54/397;
LG Düsseldorf	U.12. 2.54	13 S	326/53	MDR 54/358 = VersR 54/ /328 L;
LG Düsseldorf	B. 8. 5.57	13 T	214/57	ROW 57/213 (Gentzmann);
AG Eisenach	B.17. 9.47		90/2575	BB 48/96 = VeröfVW 47/ /32;
LG Ellwangen	B.15. 5.53	5 T	27/53	NJW 53/1183 (Beitzke);
BG Erfurt	U.13. 1.53	S	164/52	NJ 53/435 (Nathan);
BG Erfurt	U.16. 2.54	0(V)S	10/54	NJ 54/246;
LG Essen	B.20. 3.50	7 T	222/50	Rpfleger 50/233 = DGVZ 50/110;

LG Essen	U.13. 4.51	1 S	21/50	Rpfleger 51/375;
LG Essen	B. 3. 9.54	11 T	483/54	Rpfleger 55/49;
LG Essen	U.10. 6.55	3 R	249/55	FamRZ 55/301;
LG Frankenthal	B.15. 1.53	3 R	166/52	MDR 53/495;
LG Frankenthal	U.28. 7.54	1 S	80/54	MDR 54/614;
LG Frankenthal	U.15.12.54	1 S	241/54	MDR 55/230 = FamRZ 55/ /147 L;
LG Frankenthal	U.28. 3.56	1 S	33/56	MDR 56/419;
LG Frankenthal	U.30.10.57	1 S	188/57	MDR 58/102;
LG Frankfurt	B.10. 6.49	2/9 T	182/49	NJW 50/610 = BB 50/34 = = DGVZ 50/186 (Schrift- tg.);
LG Frankfurt	U.13. 2.54	2/6 O	110/53	GRUR 54/462 = BlfPMZ 54/450 L;
LG Frankfurt	B. 3. 5.55	9 T	1069/54	NJW 56/65;
AG Frankfurt	U.24.10.49	3/12 O	229/49	NJW 50/750 (Seeger-Kel- be) = DGVZ 50/188;
AG Fürth/Bay.	E. 7.10.50	HL	14/46	mitgeteilt bei Beuck, Interzonales Privat- recht, S.62;
Gera	U.25.10.49	3 C	19/49	JR 51/404 (Fischer);
LG Gera	B. 6.12.49	1 T	239/49	JR 50/247 (Fischer);
LG Gießen	U.21. 5.51	2 O	22/51	MDR 51/747;
LG Göttingen	U. 6. 2.47	1 S	283/46	MDR 47/95 (Würdinger) = = BB 47/157, ber.178;
LG Göttingen	B.23. 9.47	1 T	89/47	BB 48/8;
LG Göttingen	B. 2. 8.49	1 S	412/49	MDR 49/757 (Beitzke) = = DGVZ 50/89;
LG Göttingen	B.10.11.49	1 T	488/49	NJW 50/602 (Trucken- brodt) = NdsRpfl 50/ /123;
LG Göttingen	B.17.11.49	1 T	300/49	NJW 50/648 = MDR 50/ /357 = NdsRpfl 50/41 = = BB 50/103;
LG Göttingen	U.21.12.50	1 S	646/50	NdsRpfl 51/101;
AG Greifswald	U.11. 5.50	3 C	186/50	NJ 50/409;
AG Groß-Gerau	U.15. 6.50	2 C	749/49	JR 51/121;
LG Hagen	B.20.12.54	1 T	57/54	MDR 55/230 = FamRZ 55/ /147 L;
LG Hagen	U.23. 5.57	1 S	289/56	MDR 57/548;
LG Halle	B.14.11.49	14 T	52/48	JR 50/310;
LG Hamburg	B.10. 6.47	22 Q	11/47	MDR 47/235 = BB 47/299;
LG Hamburg	U. 6.10.48	24 O	68/48	SJZ 47/195 (Ulmer);
LG Hamburg	U.31.10.50	14 O	125/50	VersR 51/88;
LG Hamburg	U. 1.11.51	9 S	704/50	MDR 52/423;

LG Hamburg	U.15.11.51	9 S	634/50	MDR 52/301;
LG Hamburg	U. 5. 7.56	9 S	82/56	NJW 57/505 (Wolf);
AG Hamburg	B.11. 2.48	66 AR	1641/47	NJW 47/48/483 (Wagener);
AG Hamburg	B.28. 2.51	4 M	967/50	mitgeteilt bei Beuck, Interzionales Privat- recht, S.88;
LG Hanau	B.17. 5.49	2 T	29/49	NJW 49/673;
LG Hannover	U.11.11.48	4 O	146/47	BB 48/562;
LG Hannover	B.26. 7.49	1 T	555/49	NdsRpfl 49/154;
LG Hannover	U.14. 1.50	oh.Aktz.		mitgeteilt bei Beuck, Interzionales Privat- recht, S.58;
LG Hannover	U. 2. 2.50	16 S	7/49	NJW 50/750 = MDR 50/358;
AG Heilbronn	B.12.11.56	4 C	1066/56	JZ 57/384 (Beitzke);
LG Hildesheim	U.14. 5.52	1 S	525/50	NdsRpfl 52/155;
AG Jena	U.12.11.48	9 C	302/48	NJ 49/16 = BB 49/172;
LG Kaiserslautern	U.28.11.51	1 S	42/51	MDR 52/301;
LG Karlsruhe	B.16.11.50	3 OH	11/50a	VersR 51/103;
LG Kassel	B. 6. 3.50	1 T	370/49	LDR 50/741;
LG Kassel	U.30.10.52	1 S	246/52	MDR 53/105;
LG Kassel	U.13.11.52	1 S	110/52	MDR 53/237 = EJF 53/50;
LG Kassel	B. 8. 6.55	1 T	47/55	FamRZ 56/29;
LG Kassel	B.19.10.57	1 T	55/57	MDR 58/108;
LG Koblenz	U.21. 7.55	2 R	239/54	FamRZ 55/291 (Hab- scheid);
LG Koblenz	B.14.10.55	5 W	360/ 55	NJW 56/383;
LG Köln	U.22. 5.50	8 O	72/49	MDR 50/554;
LG Köln	B.18. 1.51	1 T	677/50	JR 51/606;
LG Köln	U.29. 5.52	1 S	156/51	NJW 53/629;
LG Konstanz	B. 6. 1.51	2 T	117/50	MDR 51/432;
AG Krefeld	B.25. 5.49	1 F	26/46	mitgeteilt bei Beuck, Interzionales Privat- recht, S.20;
LG Bad Kreuznach	B.28. 7.53	2 T	130/53	NJW 53/1636;
AG Lauenstein	U. 5. 7.51	C	5/51	BB 51/797 L;
LG Leipzig	B. 3. 6.47	6 T	3/47	DRZ 48/137 = SchlHA 48/ /176;
LG Leipzig	B.24. 6.47	6 T	1/47	JR 48/26;
LG Leipzig	B.18. 2.48	5 T	450/47	BB 48/96;
LG Leipzig	B.19. 1.49	14 T	639/49	BB 50/409;
LG Leipzig	U.25. 1.50	13 O	194/49	mitgeteilt bei Beuck, Interzionales Privat- recht, S.10;
LG Leipzig	B.20. 6.51	59 T	296/51	NJ 51/426;

BG Leipzig	B.28.12.53	1 T	122/53	NJ 54/93;
BG Leipzig	U.27. 8.57	oh.Aktz.		mitgeteilt bei Seydel NJW 58/736;
LG Lüneburg	U.25. 1.51	1 S	722/50	MDR 51/303;
LG Lüneburg	U. 8. 2.51	1 S	674/50	MDR 51/430;
LG Lüneburg	U.21. 9.51	5 S	98/50	MDR 51/746;
LG Lüneburg	U. 7. 7.53	4 R	54/53	NJ 53/561 (Artzt);
LG Lüneburg	B.28. 7.53	oh.Aktz.		NJ 53/560 (Artzt);
BG Magdeburg	B.18.12.56	5 I	201/56	ROW 56/44 (Hildebrand);
AG Magdeburg	B.14. 9.49	8 HRB	1641	MDR 49/759 (Beitzke);
AG Mainz	B.14.11.53	7 C	3437/51	NJW 54/721;
LG Mannheim	B.11. 2.48	Q	6/47	BB 48/92 (Schriftltg.);
LG Mannheim	B.23. 7.49	II T	158/49	GRUR 51/129;
LG Mannheim	B.19. 3.52	5 SH	10/51	NJW 52/748 (Wälde);
AG Meiningen	B.19.11.49	2 M	325/49	NJ 50/320;
AG Minden	U.12. 3.57	2 C	1186/56	MDR 57/489;
LG München I	B.16. 6.50	1 T	540/50	BB 50/602;
LG München I	U.26.11.51	7 O	154/51	NJW 53/465 (Drobnig);
LG München II	U. 3. 7.52	1aS	801/51	NJW 52/1179 (Beitzke);
AG Neuburg/Donau	B.23. 3.55	X	121/55	BayJMBL 55/155 = FamRZ 55/336 L;
LG Nürnberg-Fürth	B.12.12.50	3 T	776/50	mitgeteilt bei Beuck, Interzonales Privat- recht, S.83;
LG Oldenburg	U.20.11.51		805/51	NJ 52/139;
LG Oldenburg	U.15. 4.53	4 S	312/52	NJW 53/1183;
LG Osnabrück	B.31. 5.51	7 T	266/51	NJW 51/965 = MDR 51/745;
LG Osnabrück	B.28. 8.54	6 T	240/54	DB 54/842;
KrG Osterburg	B.23. 8.54	AR	10/54	mitgeteilt bei Hoffmann JR 55/10(11 N.6);
LG Paderborn	B. 3. 7.50	1 T	98/50	MDR 50/557;
LG Paderborn	B. 6.11.50	1 T	340/50	MDR 51/172;
LG Passau	U. 7. 6.51	S	150/50	MDR 52/169;
LG Potsdam	U.12.11.51	5 S	40/51	mitgeteilt bei Rodig MDR 53/460;
KrG Potsdam	U. 6. 7.53	3 Ra	9/52	FamRZ 54/52 (Brox);
LG Ravensburg	B.12. 2.55	R	335/54	JR 55/386 = FamRZ 55/ /117 L;
AG Rostock	U. 6. 2.50	9 Ra	215/49	StAZ 51/202;
BG Schwerin	U. 5. 2.53	1 S	109/52	NJ 53/314;
KrG Seelow	U.27.10.53	3 C	167/52	NJ 54/64;
LG Stuttgart	U. 2. 5.50	1 O	180/49	SJZ 50/589 (Beitzke) = = BB 50/409;
LG Stuttgart	B.16.11.50	6 T	953/50	MDR 51/367;

LG Stuttgart	B.16. 1.51	6 T	33/51	NJW 51/241;
LG Stuttgart	B. 7. 6.51	2 S	22/51	LDR 51/559;
LG Stuttgart	U.13. 7.54	1 KfH	0 6/54	BB 54/847;
BG Suhl	U.13. 2.53	4 O/V	4/52	NJ 53/314;
LG Verden	U. 7.12.54	1 S	351/54	LDR 55/167 = FamRZ 55/ /147 L;
LG Verden	B. 6. 9.55	2 T	138/55	LDR 56/44 = FamRZ 56/ /123 L;
AG Werder/Havel	U.24. 8.51	2 Ra	37/51	mitgeteilt bei Rodig LDR 53/460;
LG Wiesbaden	U. 2. 6.50	3 S	102/50	LDR 50/553 (Beitzke);
LG Wuppertal	U.19. 3.53	7 S	3/53	NJW 53/1185;
LG Würzburg	U.25. 4.51	S	256/50	LDR 51/490;
KrG Zeulenroda	B.16.10.54	oh.Aktz.		mitgeteilt bei Hoffmann JR 55/10(11 N.5);

ausländische Gerichte

Oberster Gerichtshof der Vereinigten Staaten:

U.29.5.11 oh.Aktz. BlfPMZ 11/327;

Zivilgericht Basel-Stadt:

U.31.12.52 oh.Aktz. BlfPMZ 53/429 L = GRUR 53/401 = GRUR Aus-
landsteil 54/28 L = LA 54/775 = NSTG Nr.
15(1954)/29 (Ehlers);

Handelsgericht Zürich:

U.19.12.51 115/51 GRUR Auslandsteil 52/186 = LA 53/336.

A b k ü r z u n g e n

aaO am angegebenen Ort
 ABGB das Österreichische Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch
 von 1811
 ABl Amtsblatt
 Abs Absatz
 Abschn Abschnitt
 AG Amtsgericht; Aktiengesellschaft
 AktG Aktiengesetz
 Aktz Aktenzeichen
 AllgGen ... Allgemeine Genehmigung
 a.M. anderer Meinung
 AmJIntL ... American Journal of International Law
 ÄndG Änderungsgesetz
 ÄndVO Änderungsverordnung
 Anm Anmerkung
 AnwBl Anwaltsblatt
 AO Anordnung
 Art Artikel
 Aufl Auflage
 AVO Ausführungsverordnung
 B Beschluß

BAnz Bundesanzeiger
 BayJMBL ... bayerisches Justizministerialblatt
 BB Betriebsberater
 BDI Bundesverband der Deutschen Industrie
 BDL Bank Deutscher Länder
 Bek Bekanntmachung
 ber. berichtigt
 BG Bezirksgericht
 BGB Bürgerliches Gesetzbuch
 BGBI Bundesgesetzblatt
 BGH Bundesgerichtshof
 BGHZ Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
 BlfPMZ Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen
 BRep Bundesrepublik Deutschland
 Büro Das Büro
 BVFG Bundesvertriebenengesetz v.19.5.1953 (BGBI I 201)
 BZ Britische Zone
 DB Der Betrieb
 DDR Deutsche Demokratische Republik
 DevBewG ... Devisenbewirtschaftungsgesetz (MRG 53)
 DevG/DDR .. Devisengesetz/DDR v.8.2.1956 (GBI/DDR I 321)
 DfBest Durchführungsbestimmungen
 DfG Durchführungsgesetz
 DFW Deutsche Finanzwissenschaft
 DGVZ Deutsche Gerichtsvollzieherzeitung
 DJ Deutsche Justiz
 DM Deutsche Mark
 DNB Deutsche Notenbank
 DNotZ Deutsche Notar-Zeitschrift
 DOG Deutsches Obergericht für das Vereinigte Wirtschaftsge-
 biet
 DRIZ Deutsche Richterzeitung
 DRZ Deutsche Rechtszeitschrift
 DV Deutsche Verwaltung
 DVO Durchführungsverordnung
 DWK Deutsche Wirtschaftskommission der DDR
 E Entscheidung
 EFamGB/DDR Entwurf eines Familiengesetzbuches der DDR
 EGBGB Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
 EGZPO Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung
 EheG Ehegesetz
 EheVO VO über Eheschließung und Ehescheidung (DDR) v.24.11.
 1955 (GBI/DDR I 849)
 EntlVO Entlastungsverordnung v.13.5.1924
 Entschl ... Entschlüsse
 ErgänZG ... Ergänzungsgesetz
 FamRändG .. Gesetz über die Änderung und Ergänzung familienrechtli-
 cher Vorschriften und über die Rechtsstellung der
 Staatenlosen v.12.4.1938 (RGBI I 380)
 FamRZ Ehe und Familie im privaten und öffentlichen Recht
 G Gesetz
 GBl Gesetzblatt
 GBO Grundbuchordnung
 GenG Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossen-
 schaften
 GG Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
 GleichberG Gleichberechtigungsgesetz
 GmbHG Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter
 Haftung

GmbHRdSch . Rundschau für GmbH
 GRUR Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
 GS Gesetzessammlung
 GSZ Großer Zivilsenat
 GVB1 Gesetz- und Verordnungsblatt
 GVG Gerichtsverfassungsgesetz
 GWW Gemeinnütziges Wohnungswesen
 Halbs. Halbsatz
 HZ Höchststrichterliche Entscheidungen in Zivilsachen
 HGB Handelsgesetzbuch
 HRR Höchststrichterliche Rechtsprechung
 hrsg. herausgegeben
 HW Haus und Wohnung
 i.d.F. in der Fassung
 IPR internationales Privatrecht
 JfBlNRW ... Justizministerialblatt Nordrhein-Westfalen
 JR Juristische Rundschau
 JW Juristische Wochenschrift
 JZ Juristenzeitung
 KG Kammergericht
 KO Konkursordnung
 Komm Kommentar
 Kongr Kongreß
 KRDir Kontrollratsdirektive
 KRG Kontrollratsgesetz
 KrG Kreisgericht
 L nur Leitsatz
 LG Landgericht
 LindMöhr .. Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des BGH
 LZB Landeszentralbank
 MA Der Markenartikel
 MDR Monatsschrift für Deutsches Recht
 MenschenR
 Konv ... Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfrei-
 heiten (BGB1 II 52/686)
 MinBl Ministerialblatt
 MRSchG/DDR Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte
 der Frau (DDR) v.27.9.1950 (GB1/DDR I 1037)
 MRG Militärregierungsgesetz
 MSchG Mieterschutzgesetz
 N Fußnote
 NdsRpfl ... Niedersächsische Rechtspflege
 NJ Neue Justiz
 NJW Neue Juristische Wochenschrift
 NSTG Nachrichten der Studiengesellschaft für privatrechtliche
 Auslandsinteressen
 OG DDR Oberstes Gericht der DDR
 OGH BZ Oberster Gerichtshof für die Britische Zone
 OGHZ Entscheidungen des OGH BZ in Zivilsachen
 OGZ Entscheidungen des OG DDR in Zivilsachen
 OHG offene Handelsgesellschaft
 OLG Oberlandesgericht
 PatG Patentgesetz
 Präs Präsident
 ReblsZ ... Zeitschrift für ausländisches und internationales Privat-
 recht

Rdschr Rundschreiben
 RegBl Regierungsblatt
 RG Reichsgericht
 RGBl Reichsgesetzblatt
 RGZ Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
 Richtl Richtlinien
 ROW Recht in Ost und West
 Rpfleger .. Der Deutsche Rechtspfleger
 RvglHwb ... Rechtsvergleichendes Handwörterbuch

 S Seite, Satz
 SBZ sowjetische Besatzungszone
 SchlHA Schleswig-Holsteinische Anzeigen
 Schriftltg Schriftleitung
 SchweizJahrb
 Intr Schweizer Jahrbuch für internationales Recht
 SeuffA Seufferts Archiv für Entscheidungen oberster Gerichte
 SJZ Süddeutsche Juristenzeitung
 SMAD Sowjetische Militäradministration
 SMAD-Bef. . Befehl der SMAD
 StAZ Das Standesamt

 U Urteil
 UdSSR Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken
 UnstG Drittes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (LRG 63)
 UWG Gesetz über den unlauteren Wettbewerb

 VABln Veröffentlichungen des Aufsichtsamtes für das Versiche-
 rungswesen Berlin
 VLB Volkseigener Betrieb
 VerBAV Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das
 Versicherungs- und Pausparwesen

 Verf Verfassung
 VerschAndG Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Verschollen-
 heitsrechts v.15.1.1951 (BGBl I 59)

 Verscng ... Verschollenheitsgesetz
 VeröföfV ... Veröffentlichungen des Zonenamtes des Rechtsaufsichts-
 amtes für das Versicherungswesen

 VersR Versicherungsrecht
 VerZS Vereinigte Zivilsenate
 VO Verordnung
 VGBL Verordnungsblatt
 Vorben. ... Vorbemerkung
 VRS Verkehrsrechtssammlung
 VVG Versicherungsvertragsgesetz
 VW Versicherungswirtschaft

 WahrG Erstes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (LRG 61)
 WLVG Ergänzungsverordnung zur Währungsverordnung v.20.3.1949
 (West-Berlin)

 WP Wertpapier-Mitteilungen
 WWP Wettbewerb in Recht und Praxis
 WVerf Weimarer Reichsverfassung
 WW Wirtschaft und Wettbewerb
 WZG Warenzeichengesetz

 Zahlungsver-
 kehrsG/
 /DDR ... Gesetz zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs
 v.15.12.1950 (GBI/DDR I 1202)

 ZAKDR Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht
 ZBJuR Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt
 ZfR Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkurs-
 recht

ZPO Zivilprozeßordnung
ZustErgG .. Gesetz zur Ergänzung von Zuständigkeiten v.7.8.1952
 (BGBI I 407)
ZVOBl Zentralverordnungsblatt
ZZP Zeitschrift für Zivilprozeß



Grundlagen einer kollisionsrechtlichen Würdigung.I. Vorbemerkung:die staats- und völkerrechtliche Situation.

Die Problematik der Rechtslage Deutschlands nach 1945 hat wegen ihrer Einmaligkeit und Neuartigkeit zu umfangreichen Erörterungen Anlaß gegeben (1); eine abschließende Klärung ist bis heute nicht gelungen. Im Rahmen dieser Arbeit soll auch nicht der Versuch gemacht werden, diesen Fragenkomplex nach allen Richtungen zu untersuchen; ein kurzes Eingehen auf die völker- und staatsrechtliche Situation ist jedoch für die Lösung der sich aus der Spaltung Deutschlands ergebenden Probleme auf dem Gebiete des Zivilprozessrechts unumgänglich.

Das Deutsche Reich ist durch die bedingungslose Kapitulation im Mai 1945 zumindest handlungsunfähig geworden; die gesetzgebende, vollziehende und rechtsprechende Gewalt ist zunächst auf die Besatzungsmächte übergegangen (2). Es erfolgte eine "rechtliche und wirtschaftliche Desintegration des Deutschen Reiches" (3).

Die Aufspaltung Deutschlands in die vier Besatzungszonen, von denen vor allem die sowjetische Besatzungszone zum Aufbau einer neuen Sozial- und Wirtschaftsordnung das ehemals in ganz Deutschland einheitlich geltende und einheitlich gehandhabte Reichsrecht durch eine rege Gesetzgebungstätigkeit ohne Rücksicht auf die Entwicklung in den übrigen Zonen einseitig abänderte, und schließlich die Schaffung zweier Staatsgebilde auf dem Gebiet des Deutschen Reiches im Jahre 1949, der "Bundesrepublik Deutschland" einerseits und der "Deutschen Demokratischen Republik" andererseits, hat zu einer ganz außergewöhnlichen politischen Situation innerhalb Deutschlands geführt. Durch diese eigenartige Entwicklung wurden zwangsläufig erhebliche Konflikte heraufbeschworen, und zwar nicht nur Konflikte politischer Art, sondern auch Konflikte auf dem Gebiet des materiellen und des prozessualen Zivilrechts. Ein schmaler, aber in seiner praktischen Auswirkung sehr bedeutender Abschnitt aus dem Bereich dieser Konfliktsfälle ist die Frage nach der Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen und Beschlüssen der Zivilgerichte des anderen deutschen Staatsgebildes; sie soll Gegenstand dieser Untersuchung sein.

Voraussetzung für die Klärung dieser kollisionsrechtlichen Frage ist wohl zunächst die Untersuchung des gegenseitigen Verhältnisses der Bundesrepublik Deutschland (BRG) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), ob sich diese beiden Staatsgebilde als Ausland gegenüberstehen, ob sie im Verhältnis zueinander als Inland zu betrachten sind, oder ob sie in einem staats- und völkerrechtlichen Verhältnis ganz besonderer Art zueinander stehen.

Folgt man der Theorie, daß Deutschland mit der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 als Staat untergegangen ist (4), dann muß man wohl annehmen, daß die auf seinem Territorium neugebildeten

(1) vgl. Kelsen, AmJIntL 45/518; Hollô, Status Deutschlands; sowie bei Stödtter, Deutschlands Rechtslage, insbes. S. 36ff;

(2) Hollô, S. 19ff, 32ff; DOG DRZ 50/364;

(3) Walter Lewald, Festschrift Hans Lewald S. 515;

(4) so Kelsen AmJIntL 45/518; OG DDR NJ 52/222;

Staaten sich als Ausland gegenüberstehen (5). In der Tat wird auch die Ansicht vertreten, das andere Staatsgebilde sei Ausland im staats- und völkerrechtlichen Sinn (6). Begründet wird diese Auffassung mit Argumenten wie "das Deutsche Reich sei nur noch ein historischer, geographischer, ethnographischer und kultureller Kollektivbegriff" (7), gegenüber der Trennung von BRep und DDR könne das "Scheingargument", daß beiderseits der Grenze deutsche Gerichte und deutsche Staatsangehörige sind, nicht durchgreifen (8); ein tieferes Eingehen auf die Besonderheit der Situation vermißt man aber bei diesen "Begründungen".

Die Folge dieser Ansicht wäre zwangsläufig die direkte Anwendung aller Kollisionsnormen des deutschen internationalen Privat- und Zivilprozeßrechts auf das Verhältnis zwischen BRep und DDR (9).

Geht man aber von der heute herrschenden (9) Theorie aus, daß das Deutsche Reich 1945 nicht untergegangen ist, sondern als lediglich handlungsunfähiges Völkerrechtssubjekt fortbesteht (10), dann sind BRep und DDR zwei neue Gebietskörperschaften des einheitlichen deutschen Gesamtstaates (9), dann ist sicher nicht internationales, sondern interregionales oder interlokales Kollisionsrecht anwendbar (11).

Man muß jedoch weiter in Betracht ziehen, daß die beiden neuen deutschen Republiken sich nicht wie Gliedstaaten eines Bundesstaates oder wie Einzelstaaten eines Staatenbundes gegenüberstehen, sondern jede für sich Anspruch auf Gesamtdeutschland erhebt (12), wobei jede der beiden Regierungen durch das Vorhandensein der anderen Regierung an der Verwirklichung dieses Anspruches gehindert wird. Diese Tatsache macht das Verhältnis zwischen BRep und DDR erst recht verworren; wegen der feindseligen Haltung einer jeden der beiden Gebietskörperschaften gegenüber der anderen könnte man versucht sein, doch internationales Kollisionsrecht anzuwenden; das scheitert aber wieder daran, daß das von jeder der beiden Regierungen beanspruchte Territorium der anderen Regierung gerade wegen seiner Inlandseigenschaft beansprucht wird (13) und infolgedessen nicht durch Anwendung der internationalen Kollisionsnormen als Ausland behandelt werden darf.

Erleichtert wird die Beurteilung dieser Situation bestimmt auch nicht durch den Umstand, daß für die BRep die Ansicht vertreten wird, sie sei Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches, während die DDR eine solche Rechtsnachfolge strikt ablehnt und originären Erwerb

- (5) Beitzke JR 52/1;
- (6) Kluge und Riezler in Anm.zu OLG Nürnberg SJZ 50/426; OGH BZ OGHZ 1/386 = NJW 49/502 = IDR 49/419 = DB 49/240 L u.261;
- (7) Riezler aa0;
- (8) Kluge aa0;
- (9) vgl.Beitzke JR 52/1;
- (10) Ficker, Grundfragen, S.8; Stödter, Deutschlands Rechtslage, S. 91ff; Vogel, Festschrift Leo Raape, S.203(209); DOG DRZ 50/364; BGH NJW 56/1436 = JZ 56/496; OLG Frankfurt LDR 50/555; Hollös, S.32ff, 59;
- (11) dies läßt sich aber keinesfalls damit begründen, daß der nur faktisch, aber nicht rechtlich aufgelöste Kontrollrat als Organ der vier Besatzungsmächte noch immer die fiktive Spitze einer einheitlichen deutschen Reichsgewalt sei, wie dies OLG Frankfurt LDR 50/555 versucht;
- (12) vgl.Präambel und Art.23 des GG für die BRep einerseits, Art.1 Abs.1 Verf/DDR ("Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf") andererseits; vgl.a.Ficker, Grundfragen, S.8 und LG Dessau BB 51/6;
- (13) vgl.Beitzke JR 52/1;

der Rechte einer gesamtdeutschen Regierung auf Grund der neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung behauptet (14).

Es zeigt sich, daß das Nebeneinander von BRep und DDR ein völkerrechtliches Verhältnis ganz besonderer Art darstellt, daß die rechtlichen Beziehungen dieser beiden Staatsgebilde zueinander keinesfalls mit den herkömmlichen Begriffen des Völkerrechts abschließend geklärt werden können und daß infolgedessen auch die Frage, nach welchen Grundsätzen die privatrechtlichen Kollisionen zwischen den beiden deutschen Staatsfragmenten zu lösen sind, nicht einfach durch Klassifizierung der anderen Gebietskörperschaft als "Inland" oder "Ausland" im völkerrechtlichen Sinn beantwortet werden kann.

Man könnte in Anbetracht des Ergebnisses dieser Untersuchungen nun allzuleicht versucht sein, die Möglichkeit echter Kollisionen auf dem Gebiete des Zivilprozeßrechts überhaupt zu leugnen mit dem Argument, das andere deutsche Staatsgebilde sei kein Ausland im völkerrechtlichen Sinn, seine Gerichte seien Gerichte des eigenen Staatsgebildes und nur durch die illegale Existenz der anderen Regierung einer fremden Rechtsordnung unterworfen. Das würde bedeuten, daß die Urteile von Gerichten der anderen deutschen Republik den Urteilen der eigenen Gerichte völlig gleichstünden und dieselben Rechtswirkungen hätten wie diese (15). Diese Schlußfolgerung geht aber an den Tatsachen vorbei; es bestehen nun einmal auf deutschem Boden zwei selbständige, also voneinander unabhängige und unter keiner einheitlichen Zentralgewalt zusammengefaßte Staatsgewalten mit voneinander wesentlich verschiedenen Rechtsordnungen; es besteht nun einmal die Möglichkeit, daß Urteile des anderen Gerichtes mit den eigenen Rechtsauffassungen nicht vereinbar sind. Daß auf der staats- und völkerrechtlichen Ebene eine Klärung der Rechtsnatur des Nebeneinanders von BRep und DDR ausgeschlossen erscheint, verhindert nicht etwa, daß unter Abwägung der Tatsachen eine Klärung der Kollisionen von privaten Rechten und Rechtsstellungen erfolgt, sondern erfordert gerade eine Untersuchung unter Zurückgehen auf die tatsächlichen Grundlagen der Anwendbarkeit von Kollisionsnormen.

II. Die Grundlagen für ein interzonales Kollisionsrecht.

In der DDR sind in den letzten Jahren ganz erhebliche Änderungen des Gerichtsverfassungsrechts vorgenommen worden; an die Stelle der Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandesgerichte sind die Kreisgerichte und Bezirksgerichte mit wesentlich anderer Zuständigkeitsverteilung getreten; die Staatsanwaltschaft wurde aus der Justiz herausgelöst und erhielt das Aufsichtsrecht gegenüber den Gerichten eingeräumt (16); die Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit der Richter wurde aufgehoben (17); die Ausbildung der Richter wurde einschneidend geändert, nicht mehr die Schulung auf dem juristischen Gebiet steht im Vordergrund, sondern die Unterweisung in der Lehre des "dialektischen Materialismus", nicht mehr Unparteilichkeit wird vom Richter

(14) OG DDR NJ 52/222; OG DDR NJ 52/552;

(15) diese Argumentation scheint in der DDR absolut herrschend zu sein; in allen bekanntgewordenen Entscheidungen wird unter Hinweis auf die Unteilbarkeit Deutschlands jegliche kollisionsrechtliche Würdigung westdeutscher Urteile abgelehnt; § 2 GVG/DDR bestimmt auch ausdrücklich: "Die Rechtsprechung der Gerichte der DDR dient der Einheit Deutschlands";

(16) G über die Staatsanwaltschaft der DDR v.23.5.1952, GB1/DDR I 408;

(17) gem. § 14 GVG/DDR werden die Richter nur auf Zeit bestellt; die Richter des Obersten Gerichts und die Vertreter der Obersten Staatsanwaltschaft können gem. Art. 132 Verf/DDR von der Volksvertretung abberufen werden;

gefordert, sondern die "Parteilichkeit der ideologischen Haltung" (18), kurzum: Ziel und Zweck der Umbildung der richterlichen Erziehung ist "der Bruch mit der rein abstrakt-dogmatischen, formal-juristischen Methode sowohl in der Rechtstheorie als auch in der Praxis, die Entlarvung der Verlogenheit des Charakters dieser 'reinen' unpolitischen Rechtsbetrachtung und die politische Interpretation der Gesetze" (19). Dies war nur durch Abschaffung der unabhängigen Gerichte und ihre Ersetzung durch einen politisch und persönlich von der Verwaltung abhängigen Behördenapparat zu erreichen, dessen Ämter nach unserer Ansicht zu Unrecht den Namen "Gerichte" tragen (19a).

Diese "politische" Interpretation der Würde des Menschen, des Bekenntnisses zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten, zum Recht der Persönlichkeit, zum Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz und der Unabhängigkeit der Richter (20) mit der Methode des "dialektischen Materialismus" (21) ist unmöglich mehr auf einen Nenner mit den in der BRG herrschenden Begriffen der Rechtsstaatlichkeit zu bringen (21a). Was liegt daher näher als das Argument, der Schutz der eigenen Rechtsordnung erfordere eine kollisionsrechtliche Würdigung der Entscheidungen von Gerichten des fremden Rechtsgebiets, da eine unbeschränkte Gleichsetzung solcher Entscheidungen mit den Entscheidungen von Gerichten des eigenen Staatsgebietes nicht mehr angängig sei? Tatsächlich ist dies auch die Gedankenführung der meisten westdeutschen Gerichte und Autoren (22), wogegen aus der DDR keine einzige Stimme bekanntgeworden ist, die wegen Unvereinbarkeit der westdeutschen Gerichtsverfassung mit § 2 GVG/DDR, also der ostdeutschen Ansicht vom Sinn der staatlichen Gerichtsbarkeit, nämlich der Förderung des Klassenkampfes (23),

(18) Hilde Benjamin NJ 51/150;

(19) Polak NJ 55/65(67);

(19a) Walther Rosenthal ROW 57/1; Braga in Anm.zu BGH LDR 58/154;

(20) diese Grundsätze sind in Art.6, 8, 127 Verf/DDR niedergelegt;

(21) vgl.Samson BB 55/485;

(21a) einige Autoren sprechen mit einer gewissen Berechtigung dem ostdeutschen Recht wegen seiner Annäherung an das sowjetische Recht sogar den Charakter eines "deutschen" Rechts ab; vgl. Walther Rosenthal ROW 57/1 und in Anm.zu OLG Köln FamRZ 56/57; Braga in Anm.zu BGH LDR 58/154; Pfehl JR 58/129; OLG Celle NJW 57/1524 = ROW 57/206 = FamRZ 57/390;

(22) BGH NJW 52/182 = JZ 52/82 = LDR 52/99 = BB 52/42; BGH BGHZ 7/218 = NJW 52/1415 = JR 52/447 = JZ 52/748 = Lindlöhr (2)
§ 606 ZPO = LDR 53/36 L; OLG Celle FamRZ 54/141; LG Frankenthal LDR 53/495; OLG Bremen NJW 56/512; OLG Stuttgart JZ 57/448 = ROW 57/204; Kluge und Riezler in Anm.zu OLG Nürnberg SJZ 50/426; Dölle, Festschrift Leo Raape S.149(174ff); Marquardt LDR 49/135; Brox FamRZ 54/52; Brunn NJW 56/171; Hahnenfeld NJW 56/164; Hartmann, S.7, 8;
ähnliche Erwägungen haben andere Gerichte und Autoren zur Anwendung der Kollisionsnormen des materiellen Privatrechts und auch des Zivilprozeßrechts wegen Verschiedenheit des materiellen Rechts veranlaßt: Beuck, Interzonales Privatrecht, S.81; Dölle, Festschrift Leo Raape, S.149(174ff); Walter Lewald, Festschrift Hans Lewald, S.515(520); Palandt-Lauterbach, 15. Aufl., Anm.14 a) vor Art.7 EGBGB; AG Hamburg, mitgeteilt bei Beuck, S.88; auch ein ostdeutsches Gericht bediente sich dieser Gedankenführung: LG Cottbus, mitgeteilt bei Beuck, S.23;
(23) § 2 GVG/DDR lautet: "Die Rechtsprechung der Gerichte der DDR dient dem Aufbau des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden";

die unbeschränkte Beachtlichkeit westdeutscher Urteile in Zweifel zöge.

Dieses Argument, so beliebt es auch ist, trifft nicht den Kern der Sache; die Verschiedenheit der Rechtsordnungen mag zwar die Anwendung von Kollisionsnormen sowohl des materiellen Privatrechts als auch des Zivilprozeßrechts wünschenswert machen, kann aber niemals die Anwendbarkeit dieser Normen begründen (24). Es hieße nämlich Ursache und Wirkung verwechseln, wollte man die Abwehr fremden Rechts als Aufgabe des Kollisionsrechts betrachten; die Aufgabe des Kollisionsprivatrechts ist vielmehr die Vermeidung des Vakuums, das bei Lebenssachverhalten mit Anknüpfungen in verschiedenen Rechtsgebieten durch generelle Abwehr des fremden Rechts entstünde (25), durch Aufstellung von Regeln für die Anwendung oder Nichtanwendung fremden oder eigenen Rechts (26), für die Anerkennung oder Nichtanerkennung fremder Gerichtsentscheidungen, die Wirkungen im eigenen Hoheitsbereich äußern. Auf Grund dieser Funktion des Kollisionsrechts kann es dann im Einzelfalle vorkommen, daß ein Rechtssatz oder ein Urteil abgewehrt wird, indem ihm die Wirkung fürs Inland generell oder auch nur im Einzelfall versagt wird. Begründet man die Anwendbarkeit der Normen des Kollisionsrechts im Verhältnis zu einem anderen Staatsgebilde aus der Abweichung der Rechtsordnung dieses Staatsgebildes gegenüber der eigenen Rechtsordnung, aus der Unvereinbarkeit dieser fremden Rechtsordnung mit der eigenen, aus der Notwendigkeit, dieser fremden Rechtsordnung generell oder im Einzelfalle die Wirksamkeit für das Inland zu versagen, so begründet man die an sich recht zweifelhafte Anwendbarkeit eines Rechtssatzes lediglich mit dem Hinweis auf das Ergebnis seiner Anwendung.

Eine andere Gruppe von Gerichten und Autoren begründet die Anwendbarkeit der Kollisionsnormen des Zivilprozeßrechts wie auch des materiellen Zivilrechts mit der Formulierung verschiedener Auslandsbegriffe. Sie argumentieren folgendermaßen: wenn schon die andere deutsche Republik kein "Ausland" im völkerrechtlichen Sinne ist, so braucht damit noch nicht die Anwendbarkeit der zivilprozessualen Kollisionsnormen verneint zu werden, weil durch nichts erwiesen ist, daß die ZPO unter "Ausland" wirklich "Ausland" im völkerrechtlichen Sinne versteht. Sie definieren den Begriff "Ausland" in den kollisionsrechtlichen Normen der ZPO als "Geltungsbereich der einheitlichen ZPO" oder als "Gebiet einheitlicher Rechtsanwendung". So kommen sie zu einer Unterscheidung der Begriffe "politisches Ausland" und "Ausland im Sinne der ZPO" (27), teilweise sogar noch "Ausland im Sinne derjenigen Kollisionsnormen der ZPO, die Schutzcharakter tragen, nämlich der §§ 23, 606, 828" (28) oder gar "Ausland im Sinne des § 606 ZPO" (29).

Diese äußerst gekünstelte Lösung läßt erkennen, wie hart sich Gerichte und juristische Autoren tun, eine Lösung durch einfache Entwicklung aus dem Sinn und Zweck der Kollisionsnormen der ZPO zu finden. Dabei liegt diese Lösung doch viel näher als z.B. die Konstruktion verschiedener Auslandsbegriffe.

In der BRG und in der DDR herrschen verschiedene Regierungen.

-
- (24) Tschischgale JR 52/272; OLG Frankfurt LDR 52/557; OLG Nürnberg SJZ 50/426;
(25) Neumeyer IV, S.250;
(26) "Sonderfürsorge durch Verweisung", Neumeyer IV, S.250;
(27) Riezler SJZ 47/233; OLG Bremen NJW 56/512 = FamRZ 56/244;
(28) Hoffmann JR 53/158; Hahnenfeld NJW 56/164; OLG Karlsruhe LDR 54/113; LG Leipzig NJ 51/426;
(29) BGH BGHZ 7/218 = NJW 52/1415 = JR 52/447 = JZ 52/748 = LindMöhr
(2) § 606 ZPO = LDR 53/36 I; OLG Köln FamRZ 56/26 u.57; OLG Köln FamRZ 56/27; Reuß FamRZ 56/39;

Diese Regierungen sind voneinander unabhängig, da eine einheitliche Reichsgewalt nicht besteht (30). Jede dieser Regierungen kann die ihr verliehene Hoheitsgewalt nur innerhalb ihres Hoheitsgebietes ausüben (31); sie kann ihre Hoheitsakte aus eigener Kraft nur innerhalb ihres Territoriums durchsetzen (32). Will sie nun einen Hoheitsakt im Territorium der anderen Hoheitsgewalt durchsetzen, so kann sie dies nur durch Vermittlung der anderen Hoheitsgewalt erreichen, sie selbst darf im anderen Hoheitsgebiet nicht hoheitlich tätig werden, genausowenig, wie sie Hoheitsakte des anderen Staates in ihrem eigenen Territorium hinzunehmen braucht (33). Ist nun die andere, die um Rechtshilfe ersuchte Hoheitsgewalt nicht durch eine gemeinsam übergeordnete Staatsgewalt zur Gewährung der Rechtshilfe verpflichtet, so hat die ersuchende Hoheitsgewalt keinen Anspruch auf Gewährung dieser Rechtshilfe (34); andererseits ist die ersuchte Hoheitsgewalt im Interesse ihrer innerstaatlichen Ordnung und der dieser Ordnung unterworfenen Bürger sogar gehalten, die Rechtshilfe zur Durchsetzung fremder Hoheitsakte stets dann zu verweigern, wenn diese Durchsetzung zu einer Störung der eigenen innerstaatlichen Ordnung führte (35).

Auch die Akte der rechtsprechenden Gewalt sind Hoheitsakte, auch sie können aus eigener Kraft nur innerhalb des Hoheitsgebietes wirken (36). Auch sie gelten im fremden Hoheitsgebiet nur, wenn sie von der dortigen Hoheitsgewalt mit Geltung versehen, also anerkannt werden (36).

Die Urteile der DDR bedürfen zur Geltung in der BRG also der Anerkennung durch die BRG, wie umgekehrt auch die Urteile der BRG zur Geltung in der DDR der Anerkennung durch die DDR bedürfen.

Durch diese zwangsläufig sich ergebende Folgerung aus der tatsächlichen Spaltung, aus dem Nebeneinander zweier Hoheitsgewalten in Deutschland ergibt sich die Lösung des Problems, ohne daß man das Nebeneinander zweier selbständiger Staaten anzunehmen bräuchte, zweier Staaten, die im Verhältnis zueinander volle Auslandseigenschaft besitzen. Denn die Annahme zweier Staaten erfordert mehr als die bloße Annahme zweier Staatsgewalten (37), nämlich auch noch das Vorhandensein zweier Staatsvölker und zweier Staatsgebiete.

Damit entfällt auch jeder Anlaß, unter Hinweis auf die weithin noch aufrechterhaltene formale Gleichgesetzlichkeit zwischen BRG und DDR diese Folgerungen aus dem Grundsatz der Territorialität der Hoheitsgewalten lediglich aus der menschlich begreiflichen Scheu vor einer Vertiefung der Spaltung zwischen West- und Ostdeutsch-

(30) Beitzke LDR 54/321; Beitzke JZ 56/673; Beitzke in Anm. zu BGH JZ 56/496; Brunn NJW 56/171; OLG Schleswig SchlHA 50/257; OLG Stuttgart JZ 57/448 = ROW 57/204; Walther Rosenthal ROW 57/1; Jarck FamRZ 56/296; Beitzke FamRZ 56/36;

(31) mit der Macht selbst wird auch ihre räumliche Begrenzung Gegenstand der Staatsform, Neumeyer IV, S.124;

(32) Beuck, Interzonales Privatrecht, S.9; Veith LDR 51/258; Kurt v. Laun DV 49/548; Jarck FamRZ 56/296;

(33) dies ist im Gegensatz zu der Auffassung des anglo-amerikanischen Völkerrechts kein Merkmal des Staatsbegriffes (Oppenheim-Lauterpacht I, S.286), sondern nur eine Wirkung der Staatsgewalt (Neumeyer IV, S.122);

(34) Neumeyer IV, S.170;

(35) Oppenheim-Lauterpacht I, S.286; Neumeyer IV, S.170; Walther Rosenthal ROW 57/1; Jarck FamRZ 56/296;

(36) Beitzke LDR 54/321; Beitzke JZ 56/673; Brunn NJW 56/171; BGH NJW 56/1436 = JZ 56/496; Veith LDR 51/258;

(37) Lohrbutter DB 54/714; OLG Schleswig SchlHA 50/257;

land (38) zu ignorieren, denn die kollisionsrechtliche Würdigung des fremden Rechts und der fremden Urteile stempelt ja das andere Staatsgebilde nicht zum "Ausland" im Sinne des Völkerrechts, sondern zieht nur die Konsequenzen aus der faktischen Spaltung (39).

III. Bedenken gegen eine kollisionsrechtliche Würdigung im Interzonenrecht.

Vor einer Erörterung der Grundsätze, nach denen die Konflikte auf dem Gebiet der ZPO zwischen BRep und DDR zu schlichten sind, nach denen die kollisionsrechtliche Würdigung von Gerichtsentscheidungen des fremden Rechtsgebiets auf deutschem Boden zu erfolgen hat, gilt es zunächst noch einige Bedenken auszuräumen, die gegen eine solche echte kollisionsrechtliche Würdigung unter Hinweis auf die Besonderheit der staats- und völkerrechtlichen Situation immer wieder erhoben werden.

Es ist eine Eigenart des anglo-amerikanischen Rechtskreises (40), die "Anerkennung" fremder Hoheitsakte in enge Beziehung zur völkerrechtlichen Anerkennung der fremden Hoheitsgewalt zu setzen, die Auswirkungen von Gesetzen und Urteilen nur de facto anerkannter Staatsgewalten auf den "territorial effect" einzuschränken und ihnen den "extraterritorial effect" abzusprechen (41). Hier wird dem an sich nur sehr losen Zusammenhang zwischen dieser Art der "Anerkennung" fremder Hoheitsakte und der Anerkennung des Staates selbst eine Bedeutung beigelegt, die ihm nicht zukommt (42). Man darf nicht verkennen, daß "Anerkennung" eines fremden Rechtssatzes oder Urteils und "Anerkennung" eines fremden Staates nicht das gleiche bedeutet (43); die französische Rechtslehre unterscheidet auch sehr scharf zwischen "reconnaissance des sociétés étrangères" und "respect des droits acquis" (44), indem sie klar herausstellt, daß die Anerkennung fremden Rechts nicht auf Grund eines eigenen extraterritorialen Geltungsanspruchs der fremden, nicht anerkannten Regierung erfolgt, sondern daß diese Anerkennung fremden Rechts und fremder Urteile durch das inländische Recht im Interesse der Sicherheit des inländischen Rechtsverkehrs angeordnet wird (45). Denn die völlige Abwehr der fremden Rechtsordnung führt zu einer Nichtanerkennung der wohlerworbenen Rechte Privater (45), sowohl der ex lege oder durch ein Gestaltungsurteil erworbenen Rechtsstellungen als auch der durch ein Leistungsurteil gesicherten Durchsetzbarkeit einer solchen Rechtsstellung; da dies aber eine schwere Benachteiligung der Interessen Privater bedeutete, müßte man aus Gerechtigkeitsgründen die Ablehnung der fremden Rechtsordnung unter einen "Vorbehalt der Humanität" stellen (46). Aber gerade diese Rücksichtnahme auf die

- (38) deutlich sieht man diese Unsicherheit bei OLG Celle BB 51/711: "die sog. Faktizität muß gegenüber der staats- und völkerrechtlichen Einheit zurücktreten";
- (39) Brunn NJW 56/171; Beitzke LDR 54/321; Schmidt VersR 50/153; Cartellieri BB 51/71;
- (40) der sich bei Erörterung der Kollisionen zwischen BRep und DDR allerdings Patschke in Anm. zu OLG Oldenburg BB 54/326 anschließt;
- (41) vgl. hierzu Ficker, Grundfragen, S. 97 N. 56;
- (42) Beitzke JR 52/1; Beitzke, Festschrift Nipperdey, S. 41 (47ff); Ficker, Grundfragen, S. 97; Raape, IPR, 4. Aufl., S. 149; Schumacher NJW 51/169;
- (43) Ficker, Grundfragen, S. 99;
- (44) Ficker, Grundfragen, S. 100; vgl. a. Niederer, Einführung, S. 313;
- (45) Beitzke JR 52/1;
- (46) Beitzke, Festschrift Nipperdey, S. 41 (47ff);

Interessen Privater führt ja auf die historische Entwicklung der Kollisionsnormen des Privatrechts und des Zivilprozeßrechts zurück (46), auf den Verzicht auf die ausschließliche Territorialität des Staatswesens (quidquid est in territorio, etiam est de territorio) durch die Anwendung und Respektierung fremder Gesetzesbestimmungen und fremder Zivilurteile im Interesse der Rechtssicherheit bei inländischen Sachverhalten mit Auslandsberührung und ausländischen Sachverhalten mit Inlandsberührung. Das Gebot der Rechtssicherheit auf dem Gebiete des Zivilrechts geht aber auch im Verhältnis zwischen den deutschen Teilstaaten der BRG und der DDR den politischen Erwägungen vor (47).

Auch die Tatsache, daß die beiden deutschen Regierungen grundsätzlich Ausdehnung ihrer Herrschaftsgewalt über ganz Deutschland beanspruchen, daß sie sich wie zwei sich bekämpfende Bürgerkriegsparteien gegenüberstehen (48), darf nicht zu einer Mißachtung des Rechts der Gegenpartei und damit zu einer Mißachtung der wohl erworbenen Rechtsstellungen Privater führen (49); selbst in der DDR wird trotz des unter dem Einfluß des sowjetischen Systems entstandenen Manges zum ausschließlichen Territorialitätsprinzip die Rechtssicherheit auf dem Gebiete des Privatrechtsverkehrs höher geachtet als die politischen Erwägungen und nach dem Recht der BRG erworbene Rechtsstellungen anerkannt (50).

Die kollisionsrechtlichen Fragen sind von denen der völkerrechtlichen Anerkennung des jeweiligen Partners scharf zu trennen (51); es ist nur auf den "faktischen Zustand" des Nebeneinanders zweier Hoheitsgewalten abzustellen (52), auf die tatsächliche Existenz einer anderen Rechtsordnung, auf Grund deren sich der Erwerb von Rechtsstellungen Privater vollzieht (53).

Nicht minder ungerechtfertigt als die vollkommene Ablehnung des Rechts des anderen Staatsgebildes auf deutschem Boden ist die Behauptung, die eigene Teilrechtsordnung stehe rangmäßig über der anderen Teilrechtsordnung. Begründet wird diese Durchbrechung des Grundsatzes der Parität der Rechtsordnungen sehr gern damit, daß die andere Regierung illegal sei, daß die eigene Rechtsordnung deshalb die Aussicht habe, bei einer Wiedervereinigung die für Gesamtdeutschland geltende Rechtsordnung zu werden (54). Diese Beweisführung ist nicht überzeugend, sie argumentiert auf dem Gebiete des Kollisionsrechts mit politischen, also mit sachfremden Erwägungen. Einerseits stehen sich beide Territorialgewalten auf deutschem Boden gleichartig und wie gleichgeordnet gegenüber, denn beide haben unter dem Schutz eines Besatzungsregimes für ein bestimmtes Besatzungsgebiet gebildete Regierungen, die beide Wirksamkeit für Gesamtdeutschland bean-

(47) vgl. a. StB, Festschrift Rosenberg, S. 229, der die "Überempfindlichkeit des nationalen Prestiges" als zur Regelung privatrechtlicher Rechtskollisionen ungeeigneten Gesichtspunkt verdammt;

(48) Beitzke JR 52/1;

(49) Schumacher NJW 51/169;

(50) OLG Halle NJ 50/502; AG Jena NJ 49/16 = BB 49/172; AG Rostock StAZ 51/202; Arzt in Anm. zu LG Lüneburg NJ 53/560 u. 561; Hilde Neumann NJ 49/246;

(51) Ficker, Grundfragen, S. 8;

(52) LG Gera JR 50/247; Beitzke JR 52/1; Benkard BB 48/29; Eichel NJW 53/1172; Ficker, Grundfragen, S. 9; Wengler NJW 51/49; Schriftl. BB 47/395;

(53) Schumacher NJW 51/169;

(54) so Wengler NJW 51/49; Patschke in Anm. zu OLG Oldenburg BB 54/326; Serick RabelsZ 20/86(97); Braga in Anm. zu BGH LDR 58/154; LG Bochum LDR 57/228;

sprechen (55). Andererseits könnte ja auch eine Imparität der Teilrechtsordnungen nur von einem übergeordneten Gesetzgeber angeordnet werden (56); eine solche gemeinsame Spitze der Regierungsgewalten von BRP und DDR fehlt aber seit der Auflösung des Kontrollrates für Deutschland.

Solange eine Rechtsgrundlage für diese "Proklamation des Kolonialstatuts der Ungleichheit der Rechtsordnungen" (57) nicht vorhanden ist, kann die Ungleichheit auch nur von Fall zu Fall aus politischen Erwägungen festgestellt werden. Es wäre aber eines Rechtsstaates unwürdig, die Anerkennung fremder privatrechtlicher Rechtsstellungen nicht nach objektiven Grundsätzen des Kollisionsrechts, sondern anhand politischer Argumente zu prüfen (58).

Die Parität der kollidierenden Rechtsordnungen ermöglicht erst eine echte kollisionsrechtliche Würdigung (59) ohne Benachteiligung derjenigen, die eine Rechtsstellung auf Grund der fremden Rechtsordnung erworben haben (60). Eine Abwehr des fremden Rechts darf nur nach objektiven Regeln erfolgen; nur in Ausnahmefällen darf ein Zurückdrängen fremden Rechts auf Grund der kollisionsrechtlichen Vorbehaltsklauseln (61) erfolgen (62), aber diese Vorbehaltsklauseln dürfen auch nicht zu politischen Entscheidungen mißbraucht werden (63).

Eine Mißachtung fremder Rechtssätze und Urteile nur aus politischen Gründen ist also in allen Fällen scharf abzulehnen; die von der fremden Hoheitsgewalt gesetzten Rechtssätze sind nun einmal vorhanden, sie werden in ihrem Territorium beachtet, aus ihnen werden Rechtsfolgen abgeleitet, sie sind infolgedessen unabhängig von der Legitimität des sie erlassenden Rechtsträgers als vollwertige Rechtsnormen zu betrachten (64).

Besonders einschlägig für die Anerkennung von Urteilen ist in diesem Zusammenhang die Frage, ob die Hoheitsgewalt des einen deutschen Staatsgebildes verpflichtet ist, Urteile des anderen deutschen Staatsgebildes als Gerichtsentscheidungen anzuerkennen, obwohl die fremde Gerichtsverfassung mit den eigenen Grundsätzen der Gerichtsverfassung nicht vereinbar ist. Nach dem eben Gesagten ist diese Frage uneingeschränkt zu bejahen. Eine Nichtanerkennung oder Minderangigkeit der fremden Rechtsordnung darf eben nicht aus politischen und weltanschaulichen Gründen angenommen werden; entscheidend ist

- (55) Beitzke JR 52/1;
- (56) Schumacher NJW 51/169; Neumeyer IV, S.169; Beitzke JR 52/1; OLG Celle NJW 55/24 = FamRZ 55/55 L;
- (57) Ficker, Grundfragen, S.9; ähnliche Formulierung bei Beitzke JR 52/1;
- (58) Beitzke JR 52/1;
- (59) nur gleichgeordnete Rechtsordnungen können wirklich kollidieren!
- (60) Raape, IPR, 4.Aufl., S.150; Vogel, Festschrift Leo Raape, S.203 (214); Ficker, Grundfragen, S.9; Beitzke JR 52/1;
- (61) vgl. besonders Art.30 EGBGB und § 328 Abs.1 Nr.4 ZPO - über die Anwendbarkeit dieser Normen im Verhältnis zwischen BRP und DDR siehe unten § 2 III A;
- (62) Dölle, Festschrift Leo Raape, S.149(174ff); Beitzke JR 52/1; Beitzke, Festschrift Nipperdey, S.41(47ff);
- (63) Melchior, Grundlagen, § 220; Martin Wolff, IPR, 3.Aufl., S.68; Beuck BB 50/632;
- (64) Vogel, Festschrift Leo Raape, S.203(214); Denkard BB 48/29; Kegel NJW 53/615; Nathan NJ 54/340; Schumacher NJW 51/169; Ulmer GRUR 51/355(358ff); OLG Celle NJW 55/24 = FamRZ 55/55 L; OLG Hamburg JZ 51/444 = MDR 51/560 = BB 51/583 = DB 51/853 = GmbH RdSch 51/95 =; OLG Oldenburg BB 54/326;

allein die faktische Trennung Deutschlands in unabhängige und gleichwertige Hoheitsgewalten (65). Jede dieser Hoheitsgewalten hat das ausschließliche Recht, das Gerichtswesen in ihrem Territorium zu regeln. Was als Gericht anzusehen ist, bestimmt sich alleine nach der Gerichtsverfassung, der das betreffende Gericht unterworfen ist; die andere Territorialgewalt ist an diese Beurteilung gebunden und kann nicht eigenmächtig die Rechtsnatur des fremden Rechtsprechungsorgans nach ihren eigenen Grundsätzen bestimmen (66). Es würde ja auch zu unangemessenen und unbilligen Ergebnissen führen, wollte man nur Urteile solcher Staaten anerkennen, die im Aufbau ihrer Gerichtsbarkeit unserer Gerichtsverfassung entsprechende Grundsätze beachten (67).

Ein anderes Argument gegen die kollisionsrechtliche Parität der beiden Rechtsordnungen Deutschlands ist das des Vorranges des Reichsrechts (68). Die völlige Nichtanerkennung der Gesetze des anderen Rechtsgebietes wird hier mit dem Verstoß der einzelnen Gesetze gegen das gemeinsame Reichsrecht (68) begründet. Diese oft geäußerte Ansicht verkennt aber, daß das Reichsrecht in Deutschland kein gemeinsames Recht (69) mehr ist, denn gemeinsames Recht müßte auch von gemeinsamer Hoheitsgewalt getragen sein (70). Ohne das Bestehen einer Reichsregierung gibt es auch kein "Reichsrecht" im eigentlichen Sinn; ein lebendes Recht, das nicht dauernd von einer lebenden Hoheitsgewalt gestützt wird, gibt es nicht. Träger des nicht mehr gemeinsamen, sondern allenfalls noch gleichlautenden (71) "Reichsrechts" ist die BRP und die DDR, jede für ihr Territorium. Jede der beiden Territorialgewalten hat dann auch zumindest die tatsächliche Macht, das "Reichsrecht" mit Wirkung für ihr Territorium eigenmächtig abzuändern, ohne daß die andere Territorialgewalt das hindern könnte (72). Eine Lösung der fremden Rechtsnormen an dem im eigenen Territorium aufrechterhaltenen "Reichsrecht" ist wegen der Gleichwertigkeit der beiden deutschen Teilrechtsordnungen genausowenig möglich wie eine Lösung des fremden Rechts an dem durch dieses Recht aufgehobenen, also toten "Reichsrecht" des fremden Rechtsgebiets (73).

IV. Anwendbarkeit der §§ 328, 722, 723 ZPO, 24 4.DVO/EheG ?

Nach der Klärung der Natur der Rechtskollisionen zwischen BRP und DDR als Kollisionen zwischen selbständigen und gleichwertigen Rechtsordnungen erhebt sich nun die Frage, nach welchen Grundsätzen diese Kollisionen zu behandeln sind.

Nach der heute wohl herrschenden Meinung (74) handelt es sich bei

- (65) Ficker, Grundfragen, S.9; Beitzke JR 52/1;
- (66) BGH BGHZ 20/323 = NJW 56/1436 = JZ 56/496 = LindMöhr (2) § 328 ZPO u.(20) Art.7ff EGBGB = FamRZ 56/228 u.276 = ZZP 69/288; LG Koblenz FamRZ 55/291; Zimmermann Rpfleger 57/363; vgl.a. Nußbaum IPR, S.424, zu den Gerichten der UdSSR;
- (67) BGH BGHZ 20/323 = NJW 56/1436 = JZ 56/496 = LindMöhr (2) § 328 ZPO u.(20) Art.7ff EGBGB = FamRZ 56/228 u.276 = ZZP 69/288; Zimmermann Rpfleger 57/363;
- (68) Ficker, Grundfragen, S.100; Schweckendieck JR 52/463; Wengler NJW 51/49; LG Hildesheim NdsRpfl 52/155;
- (69) so Beuck BD 50/632;
- (70) Beitzke, Festschrift Nipperdey, S.41(47ff), FamRZ 56/36 u. JZ 56/673;
- (71) Beitzke, Festschrift Nipperdey, S.41(47ff), LDR 54/321 u. FamRZ 56/36; Rosenthal ROW 57/1; Brunn NJW 56/171;
- (72) Benkard BB 48/29; Ulmer GRUR 51/355(358ff); Veith LDR 51/258; Wünschmann JR 51/109;
- (73) Beitzke JR 52/1; Raape, IPR, 4.Aufl., S.149; Schumacher NJW 51/169; OLG Oldenburg BB 54/326;
- (74) vgl.Palandt-Lauterbach, 15.Aufl., Anm.1 vor Art.7 EGBGB;

den Kollisionsnormen um innerstaatliches Recht, nicht etwa um einen "conflict des souverainetés", also nicht um Völkerrecht (75); Aufgabe des Kollisionsrechts ist nämlich niemals die Abgrenzung staatlicher Zuständigkeiten, sondern die Auffindung der im Einzelfall maßgebenden Rechtsordnung, also eine materiellrechtliche Gerechtigkeitsfunktion (76). Die Befugnis der Hoheitsgewalt zur Schaffung der Grundsätze für Anwendung oder Abwehr fremden Rechts entspringt dem Wesen der staatlichen Hoheitsgewalt als alleinigem Machtträger in seinem Hoheitsbereich (77), ihrer Freiheit gegenüber anderen Staaten, fremde Urteile nicht anzuerkennen oder Rechtswirkungen abzuwehren (78), die nur durch eine staatsvertragliche Regelung oder durch eine übergeordnete Staatsgewalt beschränkt werden kann (79). Die Setzung von Kollisionsnormen bleibt jedem Staatswesen vorbehalten, im Interesse der Rechtssicherheit im Privatrechtsverkehr (80) ist es sogar gehalten, solche Normen zu schaffen.

Für das Verhältnis zwischen Deutschem Reich und dem Ausland bestehen nun solche Kollisionsnormen für die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen ausländischer Zivilgerichte in §§ 328, 722, 723 ZPO und § 24 4.DVO/EheG (81).

Doch ob diese Vorschriften einfach auf das so gänzlich anders gartete Verhältnis zwischen BRep und DDR übertragen werden können, erscheint zumindest zweifelhaft und bedarf einer eingehenden Untersuchung. In der Literatur schwanken die Meinungen zwischen gänzlicher Unanwendbarkeit dieser Normen (82), analoger Anwendung einzelner Vorschriften daraus generell (83) oder im Einzelfall (84) und unmittelbarer Anwendung aller Vorschriften (85).

- (75) Beitzke, Festschrift Nipperdey, S.41; Wengler NJW 51/49;
- (76) Beitzke, Festschrift Nipperdey, S.41;
- (77) Neumeyer IV, S.170;
- (78) Ficker, Grundfragen, S.97; Neumeyer IV, S.170;
- (79) Neumeyer IV, S.169;
- (80) nicht zur Wahrung der eigenen Staatsbelange, wie Wengler NJW 51/49 annimmt;
- (81) in der ehemaligen britischen Besatzungszone ersetzt durch § 28 AVO/EheG (VOBl/BZ 48/210), in West-Berlin durch das Gesetz über Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen (VOBl West-Berlin 50/557); in Ost-Berlin und der DDR ist § 24 4.DVO/EheG ersatzlos aufgehoben;
- (82) Palandt-Lauterbach, 15.Aufl., Anm.14 f) vor Art.7 EGBGB; Stein-Jonas, 18.Aufl., § 328 Anm.III 4; Rosenberg, 7.Aufl., § 97 II 2; Berner in Anm.zu OLG Hamm Rpfleger 54/631; Dölle, Festschrift Leo Raape, S.149(174ff); Ficker, Grundfragen, S.100; Hahnenfeld NJW 56/164; Hoffmann JR 53/158; Kühne NJW 50/729; KG West JR 54/61 = MDR 54/168; KG West NJW 55/1884; OLG Celle JR 55/470 = NdsRpfl 55/194; OLG Hamm Rpfleger 54/631 = NJW 55/67; OLG Hamm BB 55/175 L = JMLBNRW 55/39; OLG Karlsruhe MDR 54/113; LG Köln MDR 50/554; OLG Köln, mitgeteilt bei Beuck, S.59; AG Neuburg/Donau BayJMBL 55/155 = FamRZ 55/336 L; AG Heilbronn JZ 57/384;
- (83) Brox FamRZ 54/52; Raape, IPR, 4.Aufl., S.152; Rodig MDR 53/460; BGH NJW 56/1436 = JZ 56/496; Brunn NJW 56/171; Beitzke FamRZ 56/36; Beitzke in Anm.zu BGH FamRZ 58/18;
- (84) Maßfeller StAZ 54/281; Raape, IPR, 4.Aufl., S.308; KG West NJW 54/845; OLG Frankfurt/Kassel NJW 54/1527 = StAZ 55/290; OLG München FamRZ 55/298 L u.334; OLG Stuttgart JZ 57/448 = ROW 57/204;
- (85) Beuck, Interzonales Privatrecht, S.4 u.87; Arwed Blomeyer, Vortrag vor dem BDI, S.16; Beitzke MDR 54/321; Schulze NJW 49/99; AG Hamburg, mitgeteilt bei Beuck, S.88;

Anerkennung von Entscheidungen
der Zivilgerichte der anderen deutschen Republik.

I. Interzonenrecht als eigenartige Erscheinungsform
des Kollisionsrechts.

Keinesfalls können im Verhältnis zwischen der BRP und der DDR die Vorschriften des internationalen Zivilprozeßrechts, also auch die im Rahmen dieser Arbeit interessierenden Vorschriften der §§ 328, 722, 723 ZPO, § 24 4.DVO/EheG, unmittelbar angewandt werden, denn jedem der beiden deutschen Teilstaaten fehlt im Verhältnis zum anderen Teilstaat die Auslandseigenschaft (86).

Ob im Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten interlokales Zivilprozeßrecht gilt, ist auch nicht ohne weiteres zu bejahen: unter "interlokalen" Kollisionsrecht faßt man zwar die verschiedensten Erscheinungsformen der kollisionsrechtlichen Regelungen innerhalb eines Staates zusammen (87), also Kollisionen zwischen Gliedstaaten eines Bundesstaates, zwischen autonomen Provinzen eines Einheitsstaates, zwischen den Teilrechtsordnungen eines Vielrechtestaates, zwischen dem Mutterland und angegliederten Gebieten oder Kolonien (88), aber BRP und DDR sind ja zwei selbständige, voneinander unabhängige Staaten innerhalb eines handlungsunfähigen Gesamtstaates. Es liegt hier eine ganz eigentümliche Situation vor; es fehlt die einheitliche Zentralgewalt, mehr noch: beide Teilstaaten nehmen für sich in Anspruch, diese Zentralgewalt zu sein (89) und nur durch die illegale Existenz des anderen Teilstaates an der Ausübung dieser Zentralgewalt gehindert zu sein (90).

Für diese eigenartige Situation hat man die Bezeichnung "Interzonales Kollisionsrecht" geprägt. Zwar gibt es heute keine "Zonen" mehr, aber dieser Ausdruck hat sich so eingebürgert und ist so schwer zu ersetzen, daß er beibehalten worden ist.

Dieses interzonale Kollisionsrecht liegt irgendwo in der Mitte zwischen interlokalen und internationalem Kollisionsrecht (91); es steht aber wohl dem interlokalen Kollisionsrecht näher als dem internationalen Normengrenzrecht, das sich ja nur mit den Konflikten zwischen zueinander im Verhältnis von Inland und Ausland stehenden

- (86) vgl. oben § 1 I; die Argumente für das Fehlen der Auslandseigenschaft seien hier noch einmal kurz zusammengefaßt: jeder der beiden Teilstaaten beansprucht das Gebiet des anderen Teilstaates wegen seiner Inlandseigenschaft: Beitzke JR 52/1; Ficker, Grundfragen, S.8; der Gesamtstaat Deutschland ist trotz seiner derzeitigen Handlungsunfähigkeit noch immer als Völkerrechtssubjekt vorhanden: Ficker, Grundfragen, S.8; Beuck BB 50/632; DOG DRZ 50/364;
- (87) Beitzke JR 52/1; Raape, IPR, 2.Aufl., S.101;
- (88) Beitzke JR 52/1;
- (89) Ficker, Grundfragen, S.8;
- (90) Art.23 GG; Art.1 Abs.1 Verf/DDR;
- (91) Ficker, Grundfragen, S.145;

Staaten befaßt; es ist ein interlokales Recht eigener Prägung (92).

Da es nun in Deutschland kein interlokales Zivilprozeßrecht gibt, denn die früheren Regelungen auf diesem Gebiet sind durch Art.14 EGZPO und Art.55 EGBGB aufgehoben worden und die lückenhaften Regelungen zur Lösung der Konflikte zwischen dem deutschen BGB und dem österreichischen ABGB aus den Jahren 1938 bis 1945 (93) sind auf die Konflikte zwischen BRep und DDR unanwendbar (94), hat man sich in der Praxis mit Formulierungen wie "im interlokalen bzw. interzonalen Kollisionsrecht sind die Regeln des IPR entsprechend anwendbar", "es ist von den Regeln des IPR auszugehen", "die Grundsätze des IPR bilden die Richtlinien der Entscheidung" zu helfen versucht (95). Zwar besteht kein echter Wesensunterschied zwischen interlokalem und internationalem Kollisionsrecht (96), doch sind diese Formulierungen viel zu grob und ungenau: interlokales Recht gibt es in den verschiedensten Schattierungen, bei größerer Selbständigkeit der Teilstaaten zeigt sich ein größerer Egoismus der partikularen Kollisionsnormen (97), stärkerer Zentralismus dagegen führt notwendigerweise auch zu größerer Rücksicht auf die Rechtseinheit in den partikularen Kollisionsnormen (97). Genauso wie der Unterschied zwischen den einzelnen Erscheinungsformen des interlokalen Rechts ist auch der Unterschied zwischen internationalem und interlokalem Recht ein gradmäßiger, der nicht einfach durch Gleichsetzung dieser beiden Erscheinungsformen des Kollisionsrechts übergangen werden darf (98).

Bedenkt man nun noch, daß das interzonale Recht einer ganz außergewöhnlichen Situation entspringt, so erkennt man ohne weiteres, daß diese beliebte dreifache Gleichung "interzonales Recht = interlokales Recht = internationales Recht" eine Vergewaltigung der Tatsachen bedeutet; weder der Gesetzgeber von 1877 konnte bei der Schaffung der internationalen Kollisionsnormen der ZPO dieses Nebeneinander

- (92) Beitzke JR 52/1, FamRZ 56/36 u. JZ 58/53; Cartellieri BB 51/71; Schlichting MDR 51/138; Vogel, Festschrift Leo Raape, S.203 (214); Walther Rosenthal ROW 57/1; Raape, IPR, 4.Aufl., S.148; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. I 13 b vor Art.7 EGBGB; vgl.a. Artzt in Anm.zu LG Lüneburg NJ 53/560 u.561, der allerdings in seiner Gleichsetzung der heutigen Rechtslage mit der Rechtslage vor 1900 etwas zu weit geht;
- (93) vgl.z.B. VO über den Anwendungsbereich erbrechtlicher Vorschriften v.12.12.1941, RGBI I 765;
- (94) Ernst Wolff, Festschrift Leo Raape, S.181;
- (95) Vogel, Festschrift Leo Raape, S.203(214); Ficker, Grundfragen, S.59; Hartmann, Vorwort; Kurt v.Laun DV 49/548; Fritz Niethammer NJ 52/119; Benkard DRZ 47/356; Schreiber DRZ 48/127; Serick RabelsZ 20/86(91ff); Cartellieri BB 51/71; Lüders MDR 48/384; Jacobsohn NJW 47/48/679; Duden BB 49/172; Marquardt MDR 49/5, MDR 50/8, MDR 51/390; Schweckendieck JR 52/463; Kegel NJW 53/615 u.in Anm.zu OLG Braunschweig JZ 51/81; Soergel-Kegel, 8. Aufl., Anm. I 13 b vor Art.7 EGBGB; OLG Braunschweig JZ 51/81 = JR 50/667 = NdsRpfl 50/140; OLG Braunschweig NdsRpfl 48/192 = NJW 47/48/486 u.556 L; OLG Braunschweig HEZ 2/117 = BB 48/502; OLG Schleswig MDR 50/235; OLG Hamburg NJW 47/48/693 = HEZ 2/6 = MDR 48/283 = SJZ 48/604 = BB 48/341 = GRUR 48/260 = BfPmZ 48/49/111; LG Hamburg MDR 52/423; LG Köln NJW 53/629; LG Wuppertal NJW 53/1185;
- (96) Beitzke, Festschrift Nipperdey, S.41; Ficker, Grundfragen, S.59; vgl.a.Martin Wolff, IPR Deutschlands, 3.Aufl., S.92, und Palandt-Lauterbach, 15.Aufl., Anm. 14 a vor Art.7 EGBGB, die von "enger Verwandtschaft" sprechen;
- (97) Beitzke JR 52/1;
- (98) Beitzke, Festschrift Nipperdey, S.41; Beitzke in Anm.zu LG Stuttgart SJZ 50/589;

von BRP und DDR vorhersehen, noch konnte dies der Gesetzgeber von 1896 bei der Schaffung der Kollisionsnormen des EGBGB.

Das interzonale Kollisionsrecht, nicht nur das auf dem Gebiete des Zivilprozeßrechts, auch das interzonale Privatrecht und das interzonale Verwaltungsrecht, kann nur auf dem Wege einer vorsichtigen Abwägung der Besonderheiten des Einzelfalles aufgefunden werden, wobei die Kollisionsnormen der ZPO und des EGBGB keinesfalls immer als Vorbilder herangezogen werden müssen. Freilich ist es auch hier nötig, gewisse Grundlagen vorweg zu erarbeiten, und das soll Aufgabe dieser Untersuchungen sein. Man darf aber auch bei der Auffindung dieser Grundlagen nie außer Acht lassen, daß das interzonale Recht in Ermangelung jeglicher gesetzlicher Vorschriften immer ein behutsam differenzierendes case law, ein vorsichtiges Fallrecht bleiben muß (99).

Bei der Beurteilung der interzonalen Kollisionsfälle muß man sich auch stets vor Augen halten, daß der Wunsch nach einer Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands für die Deutschen in Ost und West gleichermaßen einen wesentlichen Bestandteil der Zukunftshoffnungen bildet. Es kann und darf daher nicht Aufgabe der Justiz sein, dieses tief in jedem deutschen Menschen wurzelnde Zusammengehörigkeitsgefühl durch übertrieben eifrige Abwehr des Rechts des anderen deutschen Teilstaates zu verletzen (100).

§ 328 ZPO stellt für das internationale Zivilprozeßrecht den Grundsatz auf, daß ausländische Urteile in Zivilsachen grundsätzlich anzuerkennen sind (101), daß sie grundsätzlich die gleiche Rechtswirkung entfalten wie inländische Urteile. Erst recht muß dieser Grund-

- (99) Larquardt LDR 49/5; Wengler NJW 51/49; Vogel, Festschrift Leo Raape, S.203(205); Schlichting LDR 51/138; Reuß LDR 51/205; Tschischgale JR 52/272; LG Gera JR 50/247; OLG Celle BB 51/711; BGH NJW 56/1436 = JZ 56/496; Beitzke in Ann.zu BGH JZ 56/496; Beuck, Interzonales Privatrecht, S.2;
- (100) wie dies OGH BZ OGHZ 1/386 = LDR 49/419 = NJW 49/502 = BB 49/240 L u.261 durch die Klassifizierung der DDR als Ausland im staats- und völkerrechtlichen Sinn mit der fragwürdigen Begründung, IPR sei als "Völkergewohnheitsrecht" alleine wegen der Rechtsverschiedenheit zwischen BRP und DDR anzuwenden (vgl.hierzu die Stellungnahme bei Ficker, Grundfragen, S.76), getan hat, während andere Gerichte immer wieder auf die Beachtlichkeit dieses Zusammengehörigkeitsgefühls auch und gerade bei der kollisionsrechtlichen Würdigung hingewiesen haben: vgl.OLG Celle BB 51/711; LG Leipzig NJ 51/426; LG Dessau BB 51/6; OLG Celle NJW 55/24 = FamRZ 55/55 L; vor allem aber BGH NJW 56/1436 = JZ 56/496; s.a. Larquardt LDR 49/5 u.51/390; Beuck BB 50/632; Schlichting LDR 51/138; etwas zu viel des Guten hat aber wohl Ficker getan, der die kollisionsrechtliche Würdigung mit Rücksicht auf das Zusammengehörigkeitsgefühl nicht auf der Ebene des Kollisionsrechts, sondern "eine Stufe tiefer" auf der Ebene des "gemeinsamen" materiellen Rechts vornehmen möchte (Grundfragen, bes.S.109, 122, 146), aber dabei übersieht, daß es ja gerade wegen der faktischen Spaltung kein "gemeinsames", ja nicht einmal mehr ein in allen Punkten gleichlautendes Recht gibt (vgl.die Stellungnahme gegen Ficker bei Walter Lewald, Festschrift Hans Lewald, S.515(519);
- (101) vgl.den Wortlaut des § 328 Abs.1: "Die Anerkennung des Urteils eines ausländischen Gerichts ist ausgeschlossen, wenn..."; diese Formulierung zeigt ganz eindeutig, daß die Ablehnung des fremden Urteils der Ausnahmefall sein soll (a.L. Baumbach-Lauterbach, 24.Aufl., § 328 Anm.1 A);

satz natürlich im interzonalen Zivilprozeßrecht gelten, denn das andere Staatsgebilde auf deutschem Boden ist ja kein Ausland (102).

Problematisch ist aber, ob es Urteile des anderen deutschen Teilstaates gibt, die wegen völliger Unvereinbarkeit mit den Rechtsgrundsätzen des eigenen Staatsgebildes einer Anerkennung schlechterdings nicht fähig sind, und nach welchen Grundsätzen eine solche Nichtanerkennung zu erfolgen hat. Diese Frage kann nur anhand einer eingehenden Untersuchung geklärt werden.

II. Ungeeignete Gründe für eine Nichtanerkennung.

A. Verbürgung der Gegenseitigkeit.

Gemäß § 328 Abs.1 Nr.5 ZPO ist die Ablehnung eines ausländischen Urteils dann geboten, wenn die Gegenseitigkeit nicht verbürgt ist, wenn also die grundsätzliche Anerkennung eines gleichartigen inländischen Urteils in dem betreffenden Staat nicht gewährleistet ist (103). Abgesehen davon, daß diese Norm, die nur ein Ausdruck der "Überempfindlichkeit des nationalen Prestiges" (104) ist, auch im internationalen Zivilprozeßrecht unangebracht ist, weil die Anerkennung fremder Zivilurteile als materiellrechtliche Gerechtigkeitsaufgabe (105) nicht von sachfremden politischen Erwägungen abhängen darf (106), scheitert die Übertragung dieser Vorschrift auf das interlokale Zivilprozeßrecht daran, daß politische Vergeltungsmaßnahmen, und um solche handelt es sich ja bei Anwendung des § 328 Abs.1 Nr.5 ZPO, gegen deutsche Staatsangehörige, die zufällig Bürger der anderen deutschen Republik sind, mit dem von jeder der beiden Republiken erhobenen Anspruch auf Territorialhoheit über diese Bürger (107) schlechterdings nicht vereinbar sind (108).

(102) für eine grundsätzliche Anerkennung: Dölle, Festschrift Leo Raape, S.149(174ff); KG West JR 54/61 = MDR 54/168; OLG Hamm Rpfleger 54/631 = NJW 55/67; Berner in Anm.zu OLG Hamm Rpfleger 54/631; OLG Celle JR 55/470 = NdsRpfl 55/194; AG Berlin-Wedding LDR 55/617, ber.687; Palandt-Lauterbach, 15.Aufl., Anm.14 f) vor Art.7 EGBGB; OLG München FamRZ 55/298 I u.334; OLG Frankfurt/Kassel NJW 54/1527 = StAZ 55/290; OLG Celle NJW 55/24 = FamRZ 55/55 L; OLG Hamm BB 55/175 L = JLiblNRW 55/39; LG Koblenz FamRZ 55/291; AG Neuburg/Donau BayJLibl 55/155; = FamRZ 55/336 L; KG West NJW 55/1884; Hahnenfeld NJW 56/164; Stein-Jonas, 18.Aufl., § 328 Anm.III 4; OLG Karlsruhe LDR 54/113; KG West NJW 54/845; BGH NJW 56/1031 = JZ 56/500; Rosenberg, 7.Aufl., § 97 II 2; BGH FamRZ 57/370 = ROW 58/79; Beitzke in Anm.zu BGH FamRZ 58/18; Beitzke FamRZ 56/36; Zimmermann Rpfleger 57/363; BGH BB 56/355 u.541; BGH BGHZ 20/323 = NJW 56/1436 = JZ 56/496 = LindMöhr (2) § 328 ZPO u.(20) Art.7ff EGBGB = FamRZ 56/228 u.276 = ZZP 69/288; mit rein gefühlsmäßiger Begründung auch Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm.I 13 c vor Art.7 EGBGB;

für eine grundsätzliche Ablehnung jedoch: OLG Celle NJW 57/1524 = FamRZ 57/390 = ROW 57/206; OLG Stuttgart JZ 57/448 = ROW 57/204; Braga in Anm.zu BGH MDR 58/154;

(103) Stein-Jonas, 18.Aufl., § 328 Anm.VIII A;

(104) Süß, Festschrift Rosenberg, S.229;

(105) Beitzke, Festschrift Nipperdey, S.41;

(106) Süß, Festschrift Rosenberg, S.229;

(107) Art.23 GG; Art.1 Abs.1 Verf/DDR;

(108) gegen Analogie zu § 328 Abs.1 Nr.5 ZPO ausdrücklich BGH NJW 56/1436 = JZ 56/496; Beitzke in Anm.zu BGH JZ 56/496, in Anm.zu BGH FamRZ 58/18, sowie JZ 58/53 u.FamRZ 56/36; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm.V 7 a vor Art.7 EGBGB;

B. Falsche Rechtsanwendung des fremden Gerichts.

Im internationalen Zivilprozeßrecht bestimmt § 723 Abs.1 ZPO ausdrücklich, daß falsche Anwendung des fremden Rechts durch den fremden Richter alleine noch kein Grund für die Ablehnung des fremden Urteils ist. Dies ist nur eine Folge der Achtung der Ausschließlichkeit jeder Staatsgewalt (109), die alleine die Befugnis hat, Rechtsnormen für ihr Territorium zu setzen, deren Gerichte folglich auch alleine zur Interpretation dieser Rechtsnormen berufen sind (110) und deren obere Gerichte auch das alleinige Recht haben, falsche Rechtsanwendung zu korrigieren (111). Dies müßte eigentlich selbstverständlich sein. Und doch fühlen sich westdeutsche Gerichte immer wieder zur Revisionsinstanz für die ostdeutschen Gerichte berufen (112).

Diese Ansicht mißachtet die Interessen des Einzelnen, der seinen Anspruch gesichert glaubt, weil er ein rechtskräftiges und von der primär zuständigen Gerichtsgewalt mit allen Garantien ausgestattetes Urteil erstritten hat; sie liegt auf der selben Ebene wie eine völlige Mißachtung des fremden Rechts wegen fehlender Anerkennung der fremden Staatsgewalt und damit ihres ausschließlichen Aufsichtsrechts über die Gerichte ihres Territoriums und ist aus den bereits oben (113) hierfür angeführten Gründen scharf abzulehnen.

III. Die kollisionsrechtliche Vorbehaltsklausel.

A. Die allgemeine ordre-public-Klausel.

Zwischen den beiden deutschen Teilstaaten, der BRG und der DDR, bestehen tiefgreifende Unterschiede der gesellschaftlichen und staatspolitischen Anschauungen (113a) und es kann vorkommen, daß sich eine Entscheidung eines Zivilgerichts der einen deutschen Republik eben wegen dieser Diskrepanz in den sozialen und politischen Anschauungen von den Rechtsvorstellungen der anderen deutschen Republik so weit entfernt hat, daß es anstößig erscheint, wenn diese Republik durch die Anerkennung des Urteils zu einer Verwirklichung der

- (109) Nathan NJ 54/340;
- (110) Kegel NJW 53/615; Raape, IPR, 4. Aufl., S.150; Walther Rosenthal ROW 57/1; Braga in Anm. zu BGH MDR 58/154; a.K. mit eigenartiger Begründung die 1. Zivilkammer des LG Frankenthal MDR 56/419 sowie MDR 58/102;
- (111) Beitzke MDR 54/321; Soergel-Kegel, 8. Aufl., Anm. V 7 a vor Art. 7 EGBGB; AG Minden MDR 57/489;
- (112) LG Hildesheim NdsRpfl 52/155; LG Aachen NJW 54/841; LG Koblenz FamRZ 55/291; OLG Hamburg VRS 1/106; vgl. a. Eichel NJW 53/1172 und Hoffmann JR 53/158; vgl. hiergegen aber die Ausführungen des BGH in FamRZ 57/370 = ROW 58/79;
- (113) vgl. oben § 1 III; Schnorr v. Carlsfeld in Festschrift Lent, S. 245 (266ff), begründet die Unabänderbarkeit fremder Gerichtsurteile damit, daß die nach der lex causae zu beurteilende materielle Rechtslage durch das Urteil beeinflußt sei und somit ein fremdes Gericht nicht mehr die richtige Anwendung der lex causae auf die vor dem Urteil bestehende, durch das Urteil überlagerte Rechtslage prüfen könne, sondern nur noch die Anerkennungsfähigkeit der durch das Urteil geschaffenen neuen Rechtslage;
- (113a) vgl. hierzu besonders Walther Rosenthal ROW 57/1 und in Anm. zu OLG Köln FamRZ 56/57; Mühlen ROW 57/163; Pfuhl JR 58/129; Preuß JR 57/8; Wagner DRiZ 56/27; Brunn FamRZ 56/3;

auf diese ihr fremden Anschauungen begründeten Rechtssätze beiträgt. Das ist aber genau der Fall, den die allgemeine kollisionsrechtliche Vorbehaltsklausel trifft (114), wie sie auch in § 328 Abs.1 Nr.4 ZPO normiert ist (115).

Selbstverständlich ist das Vorhandensein der Unterschiede im Rechtsdenken zwischen Ost- und Westdeutschland keine Begründung für die Anwendbarkeit der Vorbehaltsklausel (116); es zeigt nur, daß für die Anwendung der Vorbehaltsklausel auch im Interzonenrecht ein Bedürfnis besteht. Zur Begründung ihrer Anwendbarkeit muß man vielmehr die Grundlagen aufspüren, die eine solche Vorbehaltsklausel hervorbringen können und dann die Frage entscheiden, ob diese Grundlagen auch im Verhältnis zwischen BRP und DDR vorhanden sind.

In Deutschland bestehen zwei selbständige und gleichwertige Rechtskreise nebeneinander; beide gehören voneinander unabhängigen und wie gleichgeordnet nebeneinander stehenden staatlichen Gebilden an, die in keiner übergeordneten Staatsgewalt zusammengefaßt sind. Auf Grund jeder dieser beiden Rechtsordnungen werden Urteile gefällt, erwerben also Private eine hoheitlich garantierte Sicherung ihrer Ansprüche gegen andere Private, die nicht unbedingt im Hoheitsgebiet der betreffenden Gerichtsgewalt ihren Aufenthalt haben müssen. Erkennt nun die andere deutsche Republik die Verbindlichkeit eines solchen Urteils für ihr eigenes Territorium an, so tut sie das auf Grund der ihr obliegenden "Sonderfürsorge" (117) zugunsten der Stabilität des Privatrechtsverkehrs, auf Grund des Bestrebens, ein Vakuum zu vermeiden, das bei Fehlen eines "inländischen" Gerichtsstands (118) zwangsläufig entstünde, aber auch bei Vorhandensein eines Gerichtsstands im eigenen Territorium bis zur Erlangung eines neuen Titels aufträte. Durch diese großzügige Anerkennung der Gerichtsentscheidungen des anderen Teilstaates entsteht aber die Gefahr, daß die in diesen Urteilen verwirklichten rechtspolitischen und rechtsdogmatischen Grundsätze der fremden Staatsgewalt sich im eigenen Territorium erheblich auswirken, daß die eine deutsche Republik sich selbst zum Werkzeug der anderen Republik bei der Erstreckung des Wirkungsbereichs deren von den einheimischen völlig verschiedenen Rechtsgrundsätze degradiert. Das darf aber nicht sein; bei paritätischen Rechtsordnungen hat niemals die inländische Rechtsordnung der fremden Rechtsanschauung zu weichen (119), eine solche Subsidiarität gibt es nur bei Imparität der Rechtsordnungen (120).

Dies läßt sich nicht einfach mit dem Recht auf Achtung der eigenen Hoheitsgewalt durch die fremde Hoheitsgewalt begründen, denn die Hoheitsgewalt ist nicht Eigenschaft des Staatswesens (121), sondern Auswirkung der Staatsgewalt gegenüber den ihr gewaltunterworfenen Personen (122), wohl aber mit der der Hoheitsgewalt innewohnenden Pflicht des Staatswesens gegenüber den ihm gewaltunterworfenen Personen, ihre durch die "inländische" Rechtsordnung gewährten Rechte

(114) Neumeyer IV, S.229;

(115) "Die Anerkennung des Urteils eines ausländischen Gerichts ist ausgeschlossen, wenn die Anerkennung des Urteils gegen die guten Sitten oder den Zweck eines deutschen Gesetzes verstoßen würde."

(116) vgl.oben § 1 II;

(117) Neumeyer IV, S.250;

(118) man denke nur an den Fall, daß der ausschließliche Gerichtsstand des § 24 ZPO in der anderen Republik gegeben ist;

(119) Neumeyer IV, S.250;

(120) Neumeyer IV, S.169;

(121) Neumeyer IV, S.122; a.M.die anglo-amerikanische Völkerrechtslehre, vgl. Oppenheim-Lauterpacht I, S.286;

(122) Neumeyer IV, S.124;

und Rechtsstellungen (123) vor Beeinträchtigung durch Hoheitsakte eines anderen Staatswesens zu schützen (124). Aus dieser den einem Staatswesen räumlich zugeordneten (125) Personen gegenüber bestehenden Pflicht zur Aufrechterhaltung des eigenen rechtlichen Gefüges entspringt die Freiheit gegenüber den gleichgeordneten anderen Staatsgebilden, ihre Urteile mit einer Vorbehaltsklausel abzuwehren, sobald sie mit den Grundsätzen der eigenen Rechtsordnung nicht vereinbar sind (126).

Die Vorbehaltsklausel ist somit jedem Staatswesen (127) gegenüber einem anderen gleichgeordneten Staatswesen (128) jedenfalls bei Fehlen einer übergeordneten Staatsgewalt (129) zuzubilligen, als notwendige Folge der faktischen Spaltung (130) also auch den beiden deutschen Republiken im Verhältnis zueinander (131).

- (123) dies gilt auch für auf Grund Verweisung der inländischen Rechtsordnung auf einer fremden Rechtsordnung beruhende Rechte und Rechtsstellungen, Neumeyer IV, S.170;
- (124) Neumeyer IV, S.170;
- (125) die Gerichtsgewalt über eine Person richtet sich zwar nach ihrem Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, dies ist aber nicht die personelle Anknüpfung des materiellen Zivilrechts, sondern die räumliche Anknüpfung des öffentlichen Rechts, vgl. Neumeyer IV, S.137;
- (126) Neumeyer IV, S.170;
- (127) Berner in Anm. zu OLG Hamm Rpfleger 54/631; Raape, IPR, 4. Aufl. S.88;
- (128) Schumacher NJW 51/169;
- (129) Beitzke JR 52/1;
- (130) BGH BGHZ 20/323 = LindMöhr (2) § 328 ZPO u. (20) Art. 7ff EGBGB = NJW 56/1436 = JZ 56/496 = FamRZ 56/228 u. 276 = ZZZ 69/288;
- (131) BGH BB 56/355 u. 541; BGH BGHZ 20/323 = LindMöhr (2) § 328 ZPO u. (20) Art. 7ff EGBGB = NJW 56/1436 = ZZZ 69/288 = JZ 56/496 = FamRZ 56/228 L u. 276; BGH FamRZ 57/370 = ROW 58/79; BGH Lind Möhr (4) § 328 ZPO = NJW 58/104 = FamRZ 58/18 = BB 57/1194; KG West MDR 54/168 = JR 54/61; KG West NJW 54/845; KG West NJW 55/27 = MDR 55/616 = FamRZ 55/55 L; KG West NJW 55/1884 = FamRZ 56/122 L; OLG Bremen NJW 56/512 = FamRZ 56/244 L; OLG Celle NJW 55/24 = FamRZ 55/55 L; OLG Celle JR 55/470 = NdsRpfl 55/194 = MDR 56/43 = StAZ 56/3 = FamRZ 56/122 L; OLG Celle NJW 57/1524 = ROW 57/206 = FamRZ 57/390; OLG Frankfurt/Kassel NJW 54/1527 = StAZ 55/290 = FamRZ 56/113 L; OLG Hamm BB 55/175 L = JMBLNRW 55/39; OLG Hamm NJW 55/67 = Rpfleger 54/631; OLG-Präs. Köln, mitgeteilt bei Beuck, S.165; OLG Köln FamRZ 56/26 u. 57 L; OLG Karlsruhe MDR 54/113; OLG München FamRZ 55/298 L u. 334; OLG Stuttgart JZ 57/448 = ROW 57/204; LG Berlin-West FamRZ 56/28; LG Wuppertal NJW 53/1185; AG Berlin-Wedding MDR 55/617, ber. 687 = FamRZ 56/29 L; AG Neuburg BayJMBL 55/155 = FamRZ 55/336 L; Palandt-Lauterbach, 15. Aufl., Anm. 14 f) vor Art. 7 EGBGB; Rosenberg, 7. Aufl., § 97 II 2; Soergel-Kegel, 8. Aufl., Anm. V 7 a vor Art. 7 EGBGB; Stein-Jonas, 18. Aufl., § 328 Anm. III 4; Beitzke JR 52/1; Beitzke MDR 54/321; Beitzke FamRZ 56/36; Beitzke in Anm. zu BGH JZ 56/496; Beitzke JZ 58/53; Beitzke in Anm. zu BGH FamRZ 58/18; Berner in Anm. zu OLG Hamm Rpfleger 54/631; Beuck, Internationales Privatrecht, S.79; Arwed Blomeyer, Vortrag vor dem BDI, S.4; Brox FamRZ 54/52; Brunn NJW 56/171; Dölle, Festschrift Leo Raape, S.149(174ff); Eichel NJW 53/1172; Ficker, Grundfragen, S.59; Hahnenfeld NJW 56/164; Heinze NJW 56/658; Marquardt MDR 49/135; Marquardt MDR 51/390; Raape, IPR, 4. Aufl., S.152; Rodig MDR 53/460; Schumacher NJW 51/169; Serick RabelsZ 20/86(94ff); SüB, Festschrift Rosenberg (Fortsetzung S.19)

B. Anwendungsbereich der allgemeinen ordre-public-Klausel.

Mit der Klarstellung, daß die Vorbehaltsklausel auch im interzonalen Zivilprozeßrecht anwendbar sein muß, ist aber noch nichts über den Umfang ihres Anwendungsbereichs gesagt. Dies bedarf noch einer Untersuchung.

Die Vorbehaltsklausel zugunsten der inländischen Ordnung (des "ordre public", der "public policy") umfaßt zwei Tatbestände, den des Sittenverstoßes und den des Verstoßes gegen ein Zweckgesetz (132).

Ein Verstoß des fremden Urteils gegen die guten Sitten ist stets dann gegeben, wenn seine Anerkennung gegen das Anstandsgefühl aller gerecht und billig Denkenden verstieße. Wann ein Verstoß gegen die guten Sitten vorliegt, läßt sich nicht allgemein sagen; es kommt stets allein auf die Lage des Einzelfalles an. Die Auslegung muß aber objektiv erfolgen; zu messen ist das Ergebnis des fremden Urteils immer an den Anforderungen, die das allgemeine Anstands- und Billigkeitsgefühl der herrschenden Volksanschauungen an die Lauterkeit des Rechtsverkehrs stellt (132a). Der Vorbehalt des Sittengesetzes ist in der ordre-public-Klausel des Kollisionsrechts etwa der gleiche wie in §§ 138, 826 BGB.

Die "Zweckgesetze" im Sinne der kollisionsrechtlichen Vorbehaltsklausel sind Gesetze, denen der territoriale Gesetzgeber eine Geltung über den Bereich des Territoriums hinaus beimesen will, indem er ihnen Vorrang gegenüber jeder anderslautenden fremden Gesetzesbestimmung einräumt, sie sind "versteckte Kollisionsnormen" (133), sie sind staatliche Gesetze, die wegen ihres grundlegenden Inhalts überstaatliche Reichweite beanspruchen (133). Zweckgesetze im Sinne der ordre-public-Klausel sind also Normen oder Normengruppen, die dann verletzt sind, "wenn der Unterschied zwischen den staatspolitischen oder sozialen Anschauungen, auf welchen das fremde Recht und auf welchen das konkurrierende deutsche Recht beruht, so erheblich ist, daß die Anwendung des fremden Rechts direkt die Grundlagen des eigenen staatlichen oder wirtschaftlichen Lebens angreifen würde" (134). Es mag sein, daß diese Formulierung des Reichsgerichts etwas zu eng

S.230 N.2 u.S.246 N.28; Wagner DRiZ 56/27; Zimmermann Rpfleger 57/363;

Drobnig RabelsZ 19/463 hat gesetzliche Beispiele aufgezählt, die die Vollstreckung von Entscheidungen der DDR in der BRP bzw. West-Berlin bei Verstoß gegen ordre public untersagen: das Westberliner Gesetz über die Vollstreckung von Entscheidungen auswärtiger Gerichte (über dieses Gesetz vgl.unten § 4 II); § 3 Abs.6 G über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Deutschen Bundesbahn v. 2.3.1951 (BGBl I 155); § 6 Abs.3 der 35.DVO/UmsTG; § 7 Abs.4 Westberliner G über die Rechtsverhältnisse der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit Sitz in Berlin v. 9.1.1951 (VOBl West-Berlin 247); auf Grund der Vorbehaltsklausel gibt es ein partielles Leistungsverweigerungsrecht für westdeutsche Versicherungsunternehmen, wenn in der DDR der Todeszeitpunkt abweichend vom westdeutschen Recht festgestellt ist, gem.Art.4 § 3 Versch ÄndG v. 15.1.1951 (BGBl I 59);

(132) vgl.den Wortlaut von § 328 Abs.1 Nr.4 ZPO und Art.30 EGBGB;
(132a) vgl.bes. Staudinger-Coing, 11.Aufl., § 138 Randz.3 und Stein-Jonas, 18.Aufl., § 328 Anm.VII;

(133) Raape, IPR, 4.Aufl., S.92;

(134) RGZ 60/296; RGZ 63/18; RGZ 73/366; RGZ 93/182; RGZ 106/82;

ist (135), sie stellt aber klar heraus, daß Zweckgesetze im Sinne der kollisionsrechtlichen Vorbehaltsklausel, also Gesetze, die Beachtlichkeit über die Grenzen des Staatswesens hinaus beanspruchen, nur Normen mit grundsätzlichem Charakter sein können. Nicht schon jeder Rechtssatz gehört deshalb zu den Zweckgesetzen, weil er ius cogens ist (136); nur ganz ausnahmsweise darf man annehmen, daß die Ausgestaltung eines Rechtssatzes zu einer zwingenden Vorschrift auch kollisionsrechtliche Tragweite haben soll (135).

Die kollisionsrechtliche Vorbehaltsklausel ist also stets dann anwendbar, wenn das Anerkenennung heischende Urteil des fremden Rechtskreises gegen die im Volk tatsächlich anerkannten sittlichen Anschauungen oder gegen solche Rechtssätze verstößt, in denen die Grundsätze der eigenen Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsordnung niedergelegt sind (137). Dabei muß man sich jedoch stets vor Augen halten, daß der Zweck der Vorbehaltsklausel im Zivilprozeßrecht niemals die Korrektur der fremden Rechtsordnung sein kann, sondern stets der Schutz der eigenen Rechtsordnung vor fremden Einwirkungen sein muß. Deshalb kommt es auch niemals auf die Sitten- oder Zweckwidrigkeit des vom Gericht des fremden Rechtskreises angewandten Gesetzes im allgemeinen, sondern allein auf die Sitten- oder Zweckwidrigkeit des Endergebnisses (138) des fremden Urteils an (139). Denn die Anwendung eines anstößigen Rechtssatzes ist selbst nicht notwendig anstößig; ob es fremde Rechtssätze gibt, deren Anwendung unter allen Umständen anstößig ist, ist wohl zu verneinen (140). Andererseits ist es aber auch möglich, daß zwar nicht der fremde Rechtssatz als solcher anstößig ist, aber seine Anwendung im Einzelfall zu einem anstößigen Ergebnis führt (141).

C. Das Erfordernis vorsichtiger Anwendung der ordre-public-Klausel.

Die allgemeine Vorbehaltsklausel des Kollisionsrechts ist ein Notbehelf, deren sich jedes Staatswesen zum Schutz seiner innerstaatlichen Ordnung bedienen muß (142). Die Ablehnung eines fremden Urteils mit Hilfe der Vorbehaltsklausel fällt jedesmal ein Unwerturteil über die fremde Rechtsordnung (143); es liegt auf der Hand, daß sie stets das letzte Mittel sein muß, daß zu ihr nur gegriffen werden darf, wenn die Abwehr des fremden Urteils nicht schon mit anderen rechtlichen Mitteln zu erreichen ist (144).

Zudem ist die Vorbehaltsklausel ein Rechtsbehelf, der wie kein anderer die Gefahr des Einbruchs politischer, parteipolitischer oder rechtsideologischer Erwägungen in das Kollisionsrecht heraufbe-

- (136) dies verkennt Hartmann, S.46, und OLG Bremen NJW 56/512;
- (135) Raape, IPR, 4.Aufl., S.94;
- (137) Neumeyer IV, S.230;
- (138) Raape, IPR, 4.Aufl., S.138;
- (139) dies verkennt Beuck, Interzonales Privatrecht, S.85, und anscheinend auch Eichel NJW 53/1172;
- (140) Raape, IPR, 4.Aufl., S.90;
- (141) Raape, IPR, 4.Aufl., S.91;
- (142) Raape, IPR, 4.Aufl., S.88; Schumacher NJW 51/169; Berner in Anm.zu OLG Hamm Rpfleger 54/631;
- (143) Neumeyer IV, S.230;
- (144) "Subsidiarität der Vorbehaltsklausel", vgl. Neumeyer IV, S.230; Beitzke JR 52/1; Dölle, Festschrift Leo Raape, S.149; Entschl.d.III.Int.Kongr.f.Rechtsvergleichung, RabelsZ 16/486, Nr.VI;

schwört (145). Die Aufgabe des Kollisionsrechts ist aber die "Rechtsfürsorge durch Verweisung" (146), der Schutz wohlerworbener Rechte im Interesse der Sicherheit des Rechtsverkehrs (147), niemals aber die Bekämpfung eines fremden Staates und seiner Rechtsordnung mit politischen Waffen (148).

Die Ablehnung eines fremden Urteils bedeutet stets eine Rechtsverweigerung gegenüber demjenigen, der Rechte aus diesem Urteil ableitet. Eine solche Rechtsverweigerung ist deshalb nur bei Vorliegen triftiger Gründe gerechtfertigt; die Vorbehaltsklausel muß auch und gerade im Interzonenrecht äußerst zurückhaltend angewandt werden, denn eine Rechtsverweigerung gegenüber einem Deutschen, der alleine wegen der von ihm selbst am allerwenigsten verschuldeten Spaltung Deutschlands gezwungen ist, sein Recht vor einem Gericht der anderen deutschen Republik zu suchen, bedeutet in jedem Falle eine große Härte (149). Es kann und darf schließlich nicht Aufgabe des Kollisionsrechts sein, alles fremde Recht, was mit unserem Recht nicht übereinstimmt, als "Unrecht" abzuwehren (150).

Durch die Nichtanerkennung eines Ehescheidungsurteils der anderen deutschen Republik tritt die unangenehme Folge ein, daß die Ehegatten in der einen Republik als geschieden, in der anderen jedoch als noch miteinander verheiratet gelten. Solche "hinkenden Ehen" sind immer unerfreulich und bei Prüfung eines im anderen Rechtsgebiet ergangenen Ehescheidungsurteils auf Vereinbarkeit mit dem ordre public des eigenen Rechtsgebiets ist daher besondere Vorsicht geboten. Es ist darum gerechtfertigt, nur solchen Scheidungsurteilen die Rechtswirkung zu versagen, bei denen die Scheidung selbst gegen ordre public verstößt. Ein Verstoß im Schuldanspruch oder in sonstigen Nebenpunkten muß unbeachtlich sein (151).

- (145) vgl. Arwed Blomeyer, der das Vorhandensein des Rechtsinstituts der Vorbehaltsklausel nur deshalb begrüßt, weil es die Möglichkeit bietet, die auf Grund des Rechts der DDR erworbenen Rechtsstellungen Privater aus politischen Erwägungen in großem Umfang für null und nichtig zu erklären (Vortrag vor dem BDI, S.4);
- (146) Neumeyer IV, S.250;
- (147) Beitzke, Festschrift Nipperdey, S.41;
- (148) Entschl.d.III.Int.Kongr.f.Rechtsvergleichung, RabelsZ 16/486, Nr.VI; Martin Wolff, IPR, 3.Aufl., S.68; Beuck BB 50/632;
- (149) deshalb treten auch die meisten westdeutschen Gerichte und Autoren für eine überaus vorsichtige Anwendung der Vorbehaltsklausel im Interzonenrecht ein: KG West JR 54/61 = LDR 54/168; OLG Hamm Rpfleger 54/631 = NJW 55/67; AG Berlin-Wedding LDR 55/617, ber.687; OLG München FamRZ 55/298 L u.334; OLG Frankfurt/Kassel NJW 54/1527 = StAZ 55/290; OLG Celle NJW 55/24 = FamRZ 55/55 L; OLG Hamm BB 55/175 L = JEBlnRW 55/39; LG Koblenz FamRZ 55/291; AG Neuburg/Donau BayJMBL 55/155 = FamRZ 55/336 L; KG West NJW 55/1884; Beitzke in Anm.zu BGH JZ 56/496; Beitzke JR 52/1; Ficker, Grundfragen, S.59; Marquardt MDR 49/135; Dölle, Festschrift Leo Raape, S.149(174ff); Serick RabelsZ 20/86(94ff); Marquardt MDR 51/390; Schumacher NJW 51/169; Palandt-Lauterbach, 15.Aufl., Anm.14 f) vor Art.7 EGBGB; BGH BGHZ 20/323 = Lindlöhr (2) § 328 ZPO u.(20) Art.7ff EGBGB = NJW 56/1436 = ZRP 69/288 = JZ 56/496 = FamRZ 56/228 L u.276; BGH BB 56/355 u.541; BGH FamRZ 57/370 = ROW 58/79; Beitzke in Anm.zu BGH FamRZ 58/18; Beitzke FamRZ 56/36; Zimmermann Rpfleger 57/363;
- (150) Melchior, Grundlagen, § 220;
- (151) BGH BGHZ 20/323 = Lindlöhr (2) § 328 ZPO u.(20) Art.7ff EGBGB = NJW 56/1436 = JZ 56/496 = ZRP 69/288;

D. Sonderfälle der Vorbehaltsklausel.

1. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs.

Ein besonderer Bestandteil des ordre public jedes geordneten Staatswesens ist der Grundsatz des rechtlichen Gehörs als Eckpfeiler des gesamten Zivilprozeßrechts und jedes geordneten Verfahrens (152).

Dieser auch im Grundgesetz der BRP verankerte (152a) Grundsatz verlangt die Gewährung der Gelegenheit zur sachlichen Äußerung für jede der Parteien; ein Verfahren mit nur einseitigem Gehör ist kein Zivilprozeß. Für das internationale Zivilprozeßrecht bestimmt daher § 328 Abs.1 Nr.2 ZPO, daß einem ausländischen Urteil stets dann die Anerkennung für das Inland zu versagen ist, wenn dem unterlegenen deutschen Beklagten die tatsächliche Gelegenheit zu sachlicher Äußerung nicht eingeräumt worden ist.

So kann es vorkommen, daß der sich in der BRP aufhaltende Beklagte der Anordnung zum persönlichen Erscheinen vor einem Gericht der DDR auf Grund der Gefahr der Verhaftung wegen politischer Straftaten nicht nachkommen kann oder sich nicht zur Fertigung eines erbiologischen Gutachtens in die DDR begeben kann, die er aus politischen Gründen verlassen mußte, und deshalb im Prozeß unterliegt (153). Neuerdings werden von der DDR auch oft böswillig die Vorschriften über die Ladung der Parteien verletzt und sogenannte "republikflüchtige" Personen nur öffentlich geladen, obwohl ihr Aufenthalt bekannt ist (153a).

In allen diesen Fällen ist eine tatsächliche Verweigerung des rechtlichen Gehörs durch die Staatsgewalt gegeben, in deren Gebiet der Rechtsstreit geführt wird; die Anerkennung eines solchen Urteils würde gegen das objektive Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden verstoßen (154).

- (152) vgl. Art.6 Abs.1 S.1 MenschenRKonv;
(152a) vgl. Art.103 Abs.1 GG;
(153) Hoffmann JR 53/158; KG West NJW 55/27 = MDR 55/616 = FamRZ 55/55 L;
(153a) KG West ROW 57/255; Gentzmann in Anm.zu diesem Urteil;
(154) Brunn NJW 56/171; Hoffmann JR 53/158; KG West NJW 55/27 = MDR 55/616 = FamRZ 55/55 L; BGH BGHZ 20/323 = LindMöhr (2) § 328 ZPO u.(20) Art.7ff EGBGB = NJW 56/1436 = JZ 56/496 = FamRZ 56/228 u.276 = ZZP 69/288; BGH LindMöhr (4) § 328 ZPO = NJW 58/104 = FamRZ 58/18 = BB 57/1194; OLG Stuttgart FamRZ 57/388 = ROW 58/128; Wagner DRiZ 56/27; Zimmermann Rpfleger 57/363; Beitzke FamRZ 56/36, in Anm.zu BGH JZ 56/496, zu BGH FamRZ 58/18, sowie JZ 58/53;
es ist dabei gar nicht nötig, daß man zunächst die analoge Anwendung des § 328 Abs.1 Nr.2 ZPO auf das interzonale Recht proklamiert und dann diese Norm zu einer allgemeinen verfahrensrechtlichen ordre-public-Klausel erweitert, wie dies BGH NJW 56/1436 = JZ 56/496 = BGHZ 20/323 = LindMöhr (2) § 328 ZPO u.(20) Art.7ff EGBGB = FamRZ 56/228 u.276 = ZZP 69/288 und Beitzke in Anm.zu BGH JZ 56/496 tun; es ist ja nirgends bestimmt, daß man bei der Entwicklung der Grundsätze des interzonalen Zivilprozeßrechts stets von den Vorschriften des internationalen Zivilprozeßrechts ausgehen müßte, und schließlich ist ja § 328 Abs.1 Nr.2 ZPO nichts anderes als ein Unterfall der allgemeinen Vorbehaltsklausel (vgl.Brunn NJW 56/171);

2. Art.21 Halbs.2 EGBGB.

Eine spezielle Vorbehaltsklausel für das Gebiet der Unterhaltsansprüche unehelicher Kinder normiert für das internationale Kollisionsrecht Art.21 Halbs.2 EGBGB: "es können jedoch nicht weitergehende Ansprüche geltendgemacht werden, als nach den deutschen Gesetzen begründet sind". Als echte Vorbehaltsklausel stellt diese Vorschrift ein Zweckgesetz im Sinne der allgemeinen zivilprozessualen Vorbehaltsklausel dar, weil sie Vorrang gegenüber jeder anderslautenden fremden Gesetzesbestimmung beansprucht (156).

Genauso wie für die anderen Fragen des Kollisionsrechts zwischen BRep und DDR gilt auch hier der Grundsatz, daß Kollisionsnormen des internationalen Rechts nicht automatisch auf das interzonale Recht übertragen werden dürfen (157). Andererseits kann man natürlich auch nicht einfach sagen, die in Art.21 Halbs.2 EGBGB niedergelegte Norm des internationalen Kollisionsrechts könne im interzonalen Kollisionsrecht kein Gegenstück haben, weil die beiden deutschen Republiken sich nicht als Ausland gegenüberstehen (158).

Der in Art.6 Abs.5 GG für die BRep aufgestellte Programmsatz der Gleichbehandlung von unehelichen und ehelichen Kindern ist in der DDR durch Art.33 Verf/DDR und § 17 des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau (MKSchG/DDR) v.27.9.1950 (159) bereits verwirklicht (160).

§ 1708 BGB, der die Unterhaltungspflicht des Erzeugers gegenüber dem unehelichen Kind bis zu dessen Vollendung des 16.Lebensjahres festsetzt und die Höhe der Unterhaltsrente nach der Lebensstellung der Mutter bemißt, ist in der DDR weggefallen; der Vater haftet nur bei Bedürftigkeit des Kindes und auch über dessen 16.Lebensjahr hinaus aus § 1602 BGB (161); ausschlaggebend für die Bemessung der Unterhaltsrente ist nicht mehr die Lebensstellung der Mutter, sondern gem.§ 17 Abs.2 MKSchG/DDR die Lebensstellung beider Eltern (162). § 1709 BGB, der die Haftung des Vaters vor der Mutter normiert, ist

(156) Palandt-Lauterbach, 15.Aufl., Anm.4 zu Art.21 EGBGB;
(157) wie dies für Art.21 Halbs.2 EGBGB "genauso wie für die anderen Normen des IPR" Schweckendieck JR 52/463 proklamiert; vgl.a. Marquardt MDR 51/390; Schlichting MDR 51/138; LG Berlin-West MDR 53/44; LG Hamburg MDR 52/423; LG Verden LDR 55/167 = FamRZ 55/147 L; LG Wuppertal NJW 53/1185;

(158) so Palandt-Lauterbach, 15.Aufl., Anm.14 g)ff) vor Art.7 EGBGB;

(159) GB1/DDR I 1037;

(160) Art.33 Verf/DDR lautet:

"(I) Außereheliche Geburt darf weder dem Kinde noch seinen Eltern zum Nachteil gereichen.

(II) Entgegenstehende Gesetze und Bestimmungen sind aufgehoben."

§ 17 Abs.2 MKSchG/DDR lautet:

"Der Unterhalt, den die Mutter für das nichteheliche Kind zu beanspruchen hat, soll sich nach der wirtschaftlichen Lage beider Eltern richten."

vgl.a.§ 60 des "Entwurfes eines Familiengesetzbuches der DDR" (EFamGB/DDR):

"Nichteheliche Kinder haben im Verhältnis zu ihren Eltern und deren Verwandten die rechtliche Stellung ehelicher Kinder. Soweit die folgenden Vorschriften Abweichungen von der allgemeinen Regelung enthalten, sind sie dadurch bedingt, daß die Eltern nicht durch Heirat verbunden sind."

(161) OG DDR NJ 52/176;

(162) OG DDR NJ 52/176; OG DDR NJ 52/551;

zwar nach ostdeutscher Ansicht ebenfalls weggefallen und durch § 1606 Abs.2 S.1 BGB ersetzt worden, der die gesamtschuldnerische Haftung beider Eltern festsetzt (163), doch steht man auf dem Standpunkt, daß die Mutter ihren Beitrag zum Unterhalt des Kindes schon durch die Erziehung und Pflege leistet, indem sie ihre Arbeitskraft zum Wohle des Kindes einsetzt (164). Im Gegensatz zur Ansicht der Gerichte der BRP (165), die sich ja - sofern sie die analoge Anwendbarkeit von Art.21 Halbs.1 EGBGB bejahen - bei Unterhaltsklagen ostdeutscher unehelicher Kinder gegen ihre im Westen ansässigen Väter ebenfalls mit den Auswirkungen des Art.33 Verf/DDR befassen müssen und dabei der Überzeugung sind, sie seien zur Korrektur der allzu uneingeschränkten ostdeutschen Interpretation ostdeutscher Gesetze befugt (166), ist § 1711 BGB nicht durch § 1613 BGB ersetzt worden, auch § 1603 BGB nicht zugunsten des unehelichen Vaters anwendbar (167). Der nichteheliche Vater haftet also einerseits weiterhin auch auf Unterhalt für die Vergangenheit, ohne daß er in Verzug gesetzt werden muß, und kann, anders als der eheliche Vater, gegenüber seiner Unterhaltspflicht nicht Zahlungsunfähigkeit einwenden. Der Grund für das eine ist, daß oft Jahre vergehen, bis der Erzeuger ermittelt ist und in Verzug gesetzt werden kann, daß der Wegfall des § 1711 BGB also eine Schlechterstellung des unehelichen Kindes bedeuten würde (168), für das andere, daß die Gefahrengemeinschaft des Familienverbandes zwischen Vater und unehelichem Kind eben letzten Endes doch nicht besteht (169).

Man kann nun die Anwendbarkeit einer dem Art.21 Halbs.2 EGBGB entsprechenden Vorbehaltsklausel im Interzonenrecht nicht einfach mit der Verschiedenheit des Unehelichenrechts in Ost- und Westdeutschland begründen (170). Der innere Grund für diese Vorschrift des EGBGB scheint nicht so sehr die Schutzbedürftigkeit des inländischen Vaters gegenüber dem unehelichen Kind zu sein, sondern die Schutzwürdigkeit seiner Ehe, die nicht durch Gleichbehandlung der Unterhaltsansprüche seiner ehelichen und unehelichen Kinder gefährdet werden darf (171). Es wäre sonst ja auch schlechterdings nicht einzusehen, warum der inländischen Regelung des Unehelichenrechts

- (163) OG DDR NJ 52/551; § 1606 Abs.2 S.2 BGB ist ja in der DDR wegen Verstoßes gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau (Art.7 Verf/DDR) genauso ersatzlos weggefallen wie im Westen (vgl. § 1606 Abs.2 BGB i.d.F.des GleichberG);
- (164) Nathan NJ 51/320; vgl.§§ 71 Abs.1, 48 Abs.3 EFamGB/DDR: "Der Unterhaltsbeitrag des Elternteils, bei dem das Kind lebt, wird in der Regel durch die Pflege des Kindes abgegolten."
- (165) LG Düsseldorf MDR 52/556; LG Wuppertal NJW 53/1185; LG Hildesheim NdsRpfl 52/155; LG Aachen NJW 54/841; LG Verden MDR 55/167 = FamRZ 55/147 L; Schöne NJW 51/697; Bichel NJW 52/450; Schweckendieck JR 52/463;
- (166) für die Unhaltbarkeit dieser Ansicht vgl.oben § 2 II B, sowie BGH FamRZ 57/370 = ROW 58/79; LG Frankenthal MDR 54/614 und Kegel NJW 53/615;
- (167) Nathan NJ 51/320; Kegel NJW 53/615; vgl.a.§ 71 Abs.3 S.1 EFamGB/DDR: "Der als Geldrente geschuldete Unterhalt kann auch für die Vergangenheit verlangt werden, soweit der Anspruch nicht verjährt ist."
- (168) Nathan NJ 51/320; vgl.a.LG Aachen NJW 54/841; LG Hildesheim NdsRpfl 52/155;
- (169) Nathan NJ 51/320;
- (170) wie dies Marquardt MDR 51/390; LG Berlin-West MDR 53/44; LG Hamburg MDR 52/423; LG Düsseldorf MDR 52/556; LG Dortmund MDR 53/367 = EJR 53/71 L; LG Verden MDR 55/167 = FamRZ 55/147 L; LG Bochum MDR 57/228; LG Frankenthal MDR 56/419; LG Frankenthal MDR 58/102; AG Minden MDR 57/489 tun;
- (171) dies läßt auch Raape, IPR, 4.Aufl., S.351, anklingen;

gewissermaßen überregionale Tragweite, nämlich Vorrang vor jedem abweichenden ausländischen Recht, beigelegt worden ist, warum der Gesetzgeber von 1896 seine Regelung des Unehelichenrechts für so bedeutsam gehalten hat (172). Diese ratio legis des Art.21 Halbs.2 EGBGB steht aber heute in Widerspruch mit den in Art.6 Abs.5 GG und Art.33 Verf/DDR niedergelegten Grundrechten des unehelichen Kindes.

Es mag nun dahinstehen, ob die Regelung des Art.21 Halbs.2 EGBGB als Verbot der Gleichstellung von unehelichen und ehelichen Kindern im Verhältnis zwischen Deutschland und fremden Staaten auch heute noch angebracht ist; für das Verhältnis der beiden deutschen Republiken zueinander, deren eine durch Art.6 Abs.5 GG den Gesetzgeber anweist, die Schlechterstellung des unehelichen Kindes zu beseitigen, und deren andere durch Art.33 Verf/DDR diese Schlechterstellung schon beseitigt hat, ist sie es keinesfalls (173).

Auch kann man nicht von einem Sittenverstoß des fremden Unterhaltstitels sprechen, wenn der in der DDR ansässige Vater von einem westdeutschen Gericht aus § 1708 BGB zu Unterhaltsleistung trotz fehlender Bedürftigkeit des Kindes herangezogen wird, oder wenn der in der BRP ansässige Vater von einem ostdeutschen Gericht gem. § 1602 Abs.2 BGB zu Unterhaltsleistung über das 16. Lebensjahr hinaus wegen Bedürftigkeit des Kindes verpflichtet wird oder die Unterhaltsrente gem. § 17 Abs.2 MKSchG/DDR erhöht wird, weil sich die Einkommensverhältnisse des Vaters gebessert haben. Von einem Sittenverstoß kann man nur in einem Fall sprechen, nämlich wenn dem in der BRP ansässigen angeblichen Erzeuger durch das Recht der DDR die Einrede des Mehrverkehrs genommen ist (174). Zur Abwehr einer im Osten unter Nichtbeachtung der Einrede des Mehrverkehrs ergangenen Entscheidung bedarf es jedoch keiner dem Art.21 Halbs.2 EGBGB nachgebildeten interzonalen Vorbehaltsklausel des Unehelichenrechts (175); dieser Zweck wird durch die allgemeine ordre-public-Klausel ebenso gut erfüllt.

- (172) vgl. Raape, IPR, 4. Aufl., S. 92ff, über die grundsätzliche Bedeutung des "Zweckgesetzes" der kollisionsrechtlichen Vorbehaltsklausel;
- (173) vgl. Beitzke ZBlJugR 50/16; Buchholz DRiZ 52/71; Kegel NJW 53/615; Palandt-Lauterbach, 15. Aufl., Anm. 14 glff) vor Art.7 EGBGB; AG Berlin-Lichterfelde FamRZ 54/114; LG Hildesheim NdsRpfl 52/155; LG Kassel FamRZ 56/29; Soergel-Kegel, 8. Aufl., Anm. I 13 c vor Art.7 EGBGB; wogegen Schöne NJW 51/697; LG Verden MDR 55/167 = FamRZ 55/147 L und LG Düsseldorf MDR 52/556 den Hinweis auf Art.6 Abs.5 GG ausdrücklich für unerheblich erklären und Art.21 Halbs.2 EGBGB analog anwenden; vgl. a. die Argumentation der deutschen Gerichte für die Unanwendbarkeit des Art.21 Halbs.2 EGBGB gegenüber dem österreichischen ABGB aus der Zeit des Großdeutschen Reiches von 1938 bis 1945: RG(GSZ) ZAKDR 44/67; OLG Wien DJ 40/127; OLG München HRR 42 Nr.9; OLG München HRR 42 Nr.10; OLG Nürnberg BayJMBl 54/278 = FamRZ 55/152 L;
- (174) LG Wuppertal NJW 53/1185; zwar ist aus Art.33 Verf/DDR noch nicht zu folgern, daß die exceptio plurium des § 1717 Abs.1 S.1 Halbs.2 beseitigt sein soll (Raape, IPR, 4. Aufl., S.350), doch enthält der dem § 1717 BGB nachgebildete § 61 EFamGB/DDR diese Einrede nicht mehr;
- (175) so LG Wuppertal NJW 53/1185;

3. Die in § 328 Abs.1 Nr.3 ZPO aufgezählten Zweckgesetze der Vorbehaltsklausel.

Für das internationale Recht untersagt die besondere Vorbehaltsklausel des § 328 Abs.1 Nr.3 ZPO die Anerkennung eines ausländischen Urteils, das in Familienstandssachen oder bei der Regelung der vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen Verwandten zum Nachteil eines deutschen Staatsangehörigen von den Bestimmungen des deutschen Familienrechts abweicht. Im einzelnen handelt es sich dabei um folgende Bestimmungen (176):

Durch Art.13 Abs.1 und Abs.3 EGBGB wird, gegebenenfalls unter Anwendung des Art.27 EGBGB, insbesondere bestimmt, daß sich die Ehenichtigkeit-, Eheaufhebungs- und Eheanfechtungsgründe, auch das Klagerecht des Staatsanwalts in Fällen der Ehenichtigkeit, sowie die Gültigkeit einer in Deutschland geschlossenen Ehe hinsichtlich eines deutschen Ehegatten stets nach deutschem Recht richten.

Gemäß Art.17 Abs.1 und Abs.3 EGBGB sind bei Scheidung der Ehe eines deutschen Staatsangehörigen grundsätzlich nur die Scheidungsgründe des deutschen Rechts beachtlich.

Für die Ehelichkeitsanfechtung und die Beurteilung der Ehelichkeit eines Kindes gilt gem.Art.18 EGBGB stets deutsches Recht, wenn auch nur einer der Ehegatten deutscher Staatsangehöriger ist.

Für die Beurteilung der Folgen der Legitimation und Adoption und für die Anfechtungsgründe gilt über Art.22 EGBGB immer deutsches Recht, wenn der Vater oder der Annehmende oder das Kind deutscher Staatsangehöriger ist.

Für die Gültigkeit der neuen Ehe der deutschen Ehefrau eines gem. § 12 Abs.3 VerschG für tot Erklärten ist gem.Art.13 Abs.2 EGBGB stets deutsches Recht maßgebend.

§ 328 Abs.1 Nr.3 ZPO zählt also eine Reihe von familienrechtlichen Kollisionsnormen auf, die der Gesetzgeber als Zweckgesetze der kollisionsrechtlichen Vorbehaltsklausel gewürdigt wissen will, denen er eine grundlegende Bedeutung und gewissermaßen überregionale Tragweite zumißt (177), weil er glaubt, die in Übereinstimmung mit dem deutschen Recht von einem deutschen Staatsangehörigen geschlossene Ehe, die nach deutschem Recht erworbene Stellung als eheliches Kind eines Deutschen, die in Übereinstimmung mit dem deutschen Recht erfolgte Adoption oder Legitimation eines deutschen Kindes oder die Adoption oder Legitimation eines fremden Kindes durch einen Deutschen durch Gewährleistung der Ehenichtigkeits-, Eheaufhebungs-, Ehescheidungs-, Ehelichkeitsanfechtungs-, Legitimationsanfechtungs- und Adoptionsanfechtungsgründe des deutschen Rechts und durch Versagung weitergehender Gründe eines fremden Rechts gebührend schützen zu müssen. In der Überzeugung von der unumgänglichen Notwendigkeit dieser Regelung nimmt er die Gefahr hinkender Ehen, hinkender Ehelichkeit eines Kindes in Kauf, obwohl er weiß, wie lästig diese Folgen für die Betroffenen sind. Diese Überbewertung des eigenen Rechts (178) mag im Verhältnis zum Ausland angehen; hier mag sie so-

- (176) der Anwendungsbereich der im folgenden aufgezählten Normen des EGBGB ist nur insoweit erwähnt, als er für die Nichtanerkennung eines ausländischen Urteils gem. § 328 Abs.1 Nr.3 ZPO von Belang ist;
- (177) vgl.zum Begriff des "Zweckgesetzes" in den kollisionsrechtlichen Vorbehaltsklauseln Raape, IPR, 4.Aufl., S.92ff;
- (178) vgl. hierzu Suß, Festschrift Rosenberg, S.229ff;

gar - soweit sie nicht völkerrechtswidrig ist (178a) - berechtigt sein, denn sie zeigt den eigenen Staatsangehörigen, daß sie jedenfalls in Statussachen immer dem Recht ihres Heimatstaates unterworfen bleiben. Im Verhältnis zwischen den um die Herrschaft über Gesamtdeutschland konkurrierenden beiden deutschen Republiken ist sie jedoch völlig unangebracht.

Einerseits könnte man diese Vorschrift des § 328 Abs.1 Nr.3 ZPO nur dann auf interzonale Verhältnisse anwenden, wenn man an die Stelle des Anknüpfungspunktes der Staatsangehörigkeit den den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden, jedoch auch leichter wandelbaren Anknüpfungspunkt des gewöhnlichen Aufenthalts setzt (179); daß dies die Gefahr hinkender Ehen und hinkender Ehelichkeit nur vergrößert, ist ohne weiteres einleuchtend (179a). Andererseits kommt im Interzonenrecht ein Gesichtspunkt zu tragender Bedeutung, der im internationalen Recht so gut wie unbeachtlich ist: wenn eine im Ausland erfolgte Eheaufhebung oder Ehescheidung, eine Feststellung der Nichtigkeit einer Ehe, der Unehelichkeit eines Kindes, der Nichtigkeit einer Legitimation oder Adoption im Inland unbeachtlich ist, so ist damit die Rechtsstabilität im Inland gewahrt; welche Schwierigkeiten dem davon betroffenen Deutschen im Ausland oder seinem ausländischen Partner im Inland erwachsen, berührt den inländischen Gesetzgeber nicht. Ganz anders im Interzonenrecht: wenn die eine deutsche Republik Anspruch auf das Territorium der anderen deutschen Republik erhebt, dann beansprucht sie auch die diesem Territorium räumlich zugeordneten Personen (180), dann darf sie auch nicht die Schwierigkeiten ignorieren, die sie diesen Personen durch Schaffung von hinkenden Ehen (181) und hinkender Ehelichkeit eines Kindes bereitet (181a). Man denke hier nur an die Gefahr der Strafverfolgung wegen Bigamie bei hinkenden Ehen nach einer Wiedervereinigung Deutschlands! Man kann sich hier nicht, wie es gerne getan wird, einfach damit beruhigen, daß die andere Republik wegen ihrer die Rechtseinheit Deutschlands zerstörenden Gesetzgebung auch die Verantwortung für die hieraus sich ergebenden mißlichen Folgen zu tragen habe (182), denn die mißlichen Folgen erwachsen ja nicht der Regierung der anderen Republik, sondern dem deutschen Staatsangehörigen, der zufällig in dieser Republik seinen gewöhnlichen Aufenthalt, also den Mittelpunkt seines Lebens hat.

- (178a) vgl. Schnorr v. Carolsfeld in Festschrift Lent, S.263 N.77, zu Art.18 Abs.2 EGBGB;
- (179) für Anwendung des gewöhnlichen Aufenthalts an Stelle der Staatsangehörigkeit im interzonalen Privatrecht: Larquardt LDR 51/390; Schweckendieck JR 52/463; Kegel NJW 53/615; Kegel in Anm. zu OLG Braunschweig JZ 51/81; Cartellieri BB 51/71; Palandt-Lauterbach, 15. Aufl., Anm. 14 c) vor Art. 7 EGBGB; Schumacher NJW 51/169; Raape, IPR, 4. Aufl., S. 50;
- (179a) deshalb lehnt LG Hagen LDR 57/548 die Übertragbarkeit des Grundgedankens des § 328 Abs.1 Nr.3 ZPO auf das Interzonenrecht ab;
- (180) Neumeyer IV, S.124;
- (181) diese Gefahr bestünde tatsächlich in Anbetracht des Gesetzes über die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters v.17.5.1950 (GB1/DDR I 437), das die Volljährigkeit und Ehemündigkeit beider Geschlechter bei Vollendung des 18. Lebensjahres eintreten läßt, und der VO über Eheschließung und Ehescheidung v.24.11.1955 (GB1/DDR I 849), die als Scheidungsgrund nur noch gelten läßt, "wenn die Ehe ihren Sinn für die Eheleute, für die Kinder und für die Gesellschaft verloren hat";
- (181a) dies wird bewußt ignoriert von OLG Celle NJW 57/1524 = FamRZ 57/390 = ROW 57/206; Wagner DRiZ 56/27;
- (182) so argumentiert in der Frage der Doppelgleisigkeit des Gerichtsstandes nach § 606 ZPO BGH NJW 56/1031 = JZ 56/500;

Die durch § 328 Abs.1 Nr.3 ZPO normierte Überbewertung des eigenen Familienrechts muß also im Interzonenrecht der Schutzwürdigkeit der Einheitlichkeit des familienrechtlichen Status des Einzelnen in Ost- und Westdeutschland (183) weichen. In der Literatur sind auch nur vereinzelte Stimmen laut geworden, die eine analoge Anwendung des § 328 Abs.1 Nr.3 ZPO auf das interzonale Zivilprozeßrecht befürworten (184).

Freilich wird es in Ausnahmefällen nötig sein, ein Statusurteil der anderen Republik wegen Verstoßes gegen den Zweck einer elementaren Grundbestimmung der eigenen Rechtsordnung oder die guten Sitten nicht anzuerkennen. Diese Abwehr mit Hilfe der - anders als § 328 Abs.1 Nr.3 ZPO Ausnahmekarakter tragenden - allgemeinen kollisionsrechtlichen Vorbehaltsklausel wird ja auch durch die Verneinung der analogen Anwendbarkeit des § 328 Abs.1 Nr.3 ZPO nicht berührt.

E. Der ordre public der Bundesrepublik.

Zum Abschluß der Erörterungen über die Anwendbarkeit der allgemeinen ordre-public-Klausel im interzonalen Zivilprozeßrecht sollen nun noch einige Beispiele aus der Rechtsprechung aufgeführt werden, an denen zu zeigen ist, daß im Interesse der Sicherheit im Rechtsverkehr besonders große Zurückhaltung bei der Anwendung der Vorbehaltsklausel geboten ist (185).

Wegen der grundlegenden Verschiedenheit der Sozial- und Wirtschaftsordnung, des Aufbaues der Rechtsordnung und vor allem der gänzlich verschiedenen Funktionen der Justiz in den beiden deutschen Staatsfragmenten, nämlich der Förderung des Klassenkampfes (186) durch unter dem Einfluß der Volksvertretung stehende Gerichte in der DDR, objektive Rechtsfindung durch völlig unabhängige Gerichte in der BRP, muß notwendigerweise auch die Vorstellung vom ordre public, von den Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit und den guten Sitten, verschieden sein (187).

Ein Verstoß gegen den ordre public der Bundesrepublik ist grundsätzlich dann gegeben, wenn ein Urteil der DDR gegen die grundlegenden Normen des GG verstößt (188), insbesondere wenn dieses Urteil "im Geiste der Demokratie, des Sozialismus, des Patriotismus und der Völkerfreundschaft", im Sinne des dialektischen Materialismus und der Förderung des Klassenkampfes entschieden hat und dabei eklatant gegen die im GG festgelegten Grundrechte verstößt (188).

Das AG Werder/Havel hat in einem Ehescheidungsurteil das Festhal-

- (183) vgl. LG Essen FamRZ 55/301; KG West NJW 55/1884; OLG Hamm FamRZ 54/176; LG Hagen MDR 57/548;
- (184) OLG Celle NJW 57/1524 = FamRZ 57/390 = ROW 57/206; Wagner DRiZ 56/27; Brunn NJW 56/171; Rodig MDR 53/460; Brunn FamRZ 56/3; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Art.17 EGBGB Anm.VII 1; gegen eine Analogie zu § 328 Abs.1 Nr.3 ZPO anscheinend: BGH BGHZ 20/323 = NJW 56/1436 = LindMöhr (2) § 328 ZPO u.(20) Art. 7ff EGBGB = JZ 56/496 = FamRZ 56/228 u.276 = ZJP 69/288; Beitzke FamRZ 56/36, in Anm.zu BGH JZ 56/496 u.BGH FamRZ 58/18;
- (185) vgl.oben § 2 III C;
- (186) § 2 GVG/DDR;
- (187) Stein-Jonas, 18.Aufl., § 328 Anm.III 4; die Behauptung Patschkes in Anm.zu OLG Oldenburg BB 54/326, der ordre public sei in West- und Ostdeutschland einheitlich, weil es nur einen gesamtdeutschen, von der BRP aufrechterhaltenen ordre public geben könne, erledigt sich wohl von selbst;
- (188) Beitzke MDR 54/321; Brunn NJW 56/171; Rodig MDR 53/460;

ten der Ehefrau am christlichen Glauben jedenfalls dann als schwere Eheverfehlung beurteilt, wenn der Mann SED-Funktionär ist (189). Das AG Dessau hat eine Ehe deshalb geschieden, weil der Ehemann sich noch immer in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft befand und damit erwiesen ist, daß er ein übles Verbrechen an der Menschlichkeit begangen hat (189). Das KrG Potsdam hat sich in einem Ehescheidungs-urteil dieser Begründung des AG Dessau angeschlossen (190). Die Flucht des Ehegatten in die BRG ist nach Ansicht des AG Annaberg ein Scheidungsgrund, weil nur kriminelle und arbeitsscheue Elemente in den Westen fliehen (189). Das LG Potsdam schied in einem Falle den im Ehebruch lebenden und beim Staatssicherheitsdienst tätigen Ehemann, "da er nur dann seine Arbeit zur Zufriedenheit leisten kann, wenn er vom Ehebande befreit wird"; das Festhalten der Frau an der Ehe wurde entgegen § 48 Abs.2 EheG nicht beachtet, sondern als "ein erheblicher Mangel an ehelicher Gesinnung" angesehen (189). Das OG DDR ist noch einen Schritt weiter gegangen, es hat sogar die Verzeihung durch ehelichen Verkehr entgegen § 49 EheG als unbeachtlich bezeichnet, wenn die "gesellschaftspolitische Betätigung" des einen Ehegatten eine Scheidung der Ehe erfordert (191).

Diese Beispiele zwingen zu einer Betrachtung der ostdeutschen Interpretation des Zweckes der Ehe und einer kritischen Würdigung der sich hieraus ergebenden Folgen für die Nichtanerkennung ostdeutscher Statusurteile wegen Verstoßes gegen den westdeutschen ordre public.

Art.30 Verf/DDR (192) hat das OG DDR bereits im Jahre 1950 (193) dahingehend interpretiert, daß die Ehe keine individuelle Angelegenheit der Eheleute sei, sondern der Förderung gesellschaftlicher Ideale und Ziele diene. Da aber eine zerrüttete Ehe "Zerstörung der Lebensfreude und Hemmung des Arbeitsenthusiasmus" bedeute, sei ein Widerspruch gegen die Scheidung gem.§ 48 Abs.2 S.2 EheG grundsätzlich nicht zu beachten; nur bei älteren Ehepaaren, die "nicht mehr in vollem Umfang im gesellschaftlichen Leben" stünden, könne die Berücksichtigung des gesellschaftlichen Faktors gegenüber individuellen Umständen zurücktreten (194). Diese Ansicht fand dann ihren Niederschlag in der VO über Eheschließung und Ehescheidung v.24.11.1955 (EheVO)(195), die in ihrer Präambel bestimmt: "Die Ehe dient der gemeinsamen Entwicklung der Ehegatten und der Erziehung der Kinder im Geiste der Demokratie, des Sozialismus, des Patriotismus und der Völkerfreundschaft" (196); sie kennt nur noch einen einzigen relativen Scheidungsgrund: es müssen "ernstliche Gründe" vorliegen und die Ehe muß für die Eheleute, die Kinder und die Gesellschaft ihren Sinn gemäß der Präambel verloren haben (197); Fristablauf oder Verzeihung (198) gibt es nicht mehr; der Widerspruch des anderen Ehegatten ist grundsätzlich unbeachtlich (199).

So sehr auch die Entwicklung des Familienrechts von der westdeutschen Würdigung der Ehe und Familie abweicht, wie sie auch in Art.6 GG ihren Niederschlag gefunden hat, so darf man doch deswegen nicht

(189) mitgeteilt bei Rodig MDR 53/460;

(190) FamRZ 54/52;

(191) NJ 53/369;

(192) Art.30 Abs.1 lautet: "Ehe und Familie bilden die Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens. Sie stehen unter dem Schutz des Staates."

(193) NJ 51/222;

(194) vgl.a.KG Ost NJ 52/415; RGZ 160/140(143) mit ähnlichen Argumenten;

(195) GB1/DDR I 849; vgl.hierzu Arwed Blomeyer ROW 58/7; Brunn FamRZ 56/3; Lühlen ROW 57/163; Preuß JR 57/8; Wagner DRiZ 56/27;

(196) vgl.a. den gleichlautenden § 1 EFamGB;

(197) vgl.a. § 29 Abs.1 S.1 EFamGB;

(198) vgl. §§ 49, 50 EheG;

(199) vgl.a. § 29 Abs.2 Nr.2 EFamGB;

die ostdeutschen Scheidungsurteile in Bausch und Bogen verwerfen (200), sondern muß sich immer vor Augen halten, welche unangenehmen Folgen eine hinkende Ehe für die Betroffenen mit sich bringt, und muß äußerst sorgfältig die Vereinbarkeit des Ergebnisses mit den Grundrechten unseres GG und mit unserem sittlichen Empfinden überprüfen (201). Insbesondere sollte man nur solchen Scheidungsurteilen die Rechtswirkung versagen, bei denen die Scheidung selbst gegen ordre public verstößt, und sich nicht daran stoßen, daß nach der EheVO/DDR die Scheidung ohne Schuld ausspruch erfolgt, oder irgendwelchen im Scheidungsurteil geregelten Nebenpunkten allzu großes Gewicht beimessen (202). Insbesondere sollte man bei der Überprüfung ostdeutscher Scheidungsurteile, die den Widerspruch des einen Ehegatten gegen die Scheidung unbeachtet lassen, daran denken, daß eine Würdigung der Interessen der Allgemeinheit im Rahmen des § 48 Abs.2 S.2 EheG nicht grundsätzlich rechtsstaatlichen Grundsätzen oder den guten Sitten widerspricht oder gar lediglich politischer Natur sein muß (203).

Auch sollte man bei Urteilen, die die Ehelichkeit oder Unehelichkeit eines Kindes feststellen, nicht die Anerkennung deshalb verweigern, weil die Klagebefugnis der Mutter entgegen § 1594 Abs.1 BGB unter Berufung auf die Gleichberechtigung bejaht wurde (204), oder weil ein Urteil auf Feststellung der Verwandtschaft zwischen Erzeuger und unehelichem Kind oder ein auf Klage des Kindes gegen die Mutter erfolgtes Urteil auf Feststellung der Unehelichkeit des Kindes im Statusverfahren der BRep unbekannt ist, sondern sollte stets die Sitten- oder Zweckwidrigkeit des Ergebnisses eines solchen Urteils eingehend prüfen (205).

- (200) so Brunn NJW 56/171 und OLG Celle NJW 57/1524 = ROW 57/206;
 (201) Heinze NJW 56/658; BGH NJW 56/1436 = JZ 56/496; OLG Celle JR 55/470 = NdsRpfl 55/194; KG West JR 54/61 = MDR 54/168; BGH FamRZ 57/370 = ROW 58/79;
 (202) BGH NJW 56/1436 = JZ 56/496; besonders zu denken wäre hier an die neue Unterhaltsregelung der EheVO/DDR, die Unterhaltsansprüche zwischen geschiedenen Ehegatten grundsätzlich nur bei Arbeitsunfähigkeit des einen und auch hier nur auf die Dauer von 2 Jahren anerkennt, vgl.a.§ 32 EFamGB - die Verweigerung des Unterhalts gegenüber dem geschiedenen Ehegatten erfolgt nicht wie in der BRep durch Beschluß (§ 627 b ZPO), sondern auf Grund der EheVO im Urteil (vgl.a.§ 32 Abs.3 EFamGB) - ; auch bei selbständigen Beschlüssen über den Unterhaltsanspruch der Ehegatten muß man stets auf Vereinbarkeit des Ergebnisses mit dem eigenen ordre public sehen und darf sich nicht an der Formulierung der Entscheidungsgründe stoßen: vgl.z.B. BG Leipzig NJ 54/93 "weil die Ehefrau infolge der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der BRep, die durch die Kriegspolitik der Adenauer-Regierung bedingt sind, dort keine Arbeit findet";
 (203) OLG Celle JR 55/470 = NdsRpfl 55/194; KG West JR 54/61 = MDR 54/168;
 (204) OLG DDR NJ 51/185; BG Erfurt NJ 53/435; Nathan in Anm.zu BG Erfurt NJ 53/435;
 (205) dies betonen besonders stark AG Berlin-Wedding MDR 55/617, ber.687, und LG Wuppertal NJW 53/1185; OLG Frankfurt/Kassel NJW 54/1527 = StAZ 55/290 weist besonders darauf hin, daß auch im Westen Stimmen laut geworden sind, die unter Hinweis auf Art.3 Abs.2 GG der Mutter wenigstens das Recht einräumen wollen, eine den Staatsanwalt zur Erhebung der Ehelichkeitsanfechtungsklage gem.§ 1595a BGB verpflichtende Entscheidung des Vormundschaftsgerichts zu erwirken;
 (Fortsetzung S.31)

Für Leistungsurteile lassen sich allgemeine Gesichtspunkte für die Überprüfung auf einen Verstoß gegen ordre public wohl kaum aufstellen. Es sei nur in diesem Zusammenhang auf die besondere Vorbehaltsklausel des § 21 Abs.4 MRG 63 (UmstG) hingewiesen, die demjenigen, der für eine Lieferung an das Reich keine Gegenleistung erhalten hat, ein Leistungsverweigerungsrecht gegenüber seinen Vorlieferanten einräumt. Diese Bestimmung gehört dogmatisch gar nicht in das UmstG, sondern ist eine allgemeine Schutzvorschrift, die auch im Interzonenrecht wegen ihres grundsätzlichen Charakters als Zweckgesetz im Sinne der allgemeinen Vorbehaltsklausel angewandt werden muß (206); andernfalls würde ja auch der im Westen ansässige Schuldner nur seinen ebenfalls im Westen ansässigen Gläubigern gegenüber geschützt (207).

In der DDR wurde durch § 12 des Gesetzes über die Errichtung des Obersten Gerichtshofs und der Obersten Staatsanwaltschaft v. 8.12.1949 die Kassation von rechtskräftigen, der Gerechtigkeit gröblich widersprechenden Urteilen durch das OG DDR eingeführt. § 57 GVG/DDR stellt klar, daß auch Entscheidungen des OG DDR vom Plenum des OG DDR kassiert werden können, wobei nur die am Erlaß der angefochtenen Entscheidung beteiligten Richter nicht mitstimmen dürfen. Wenn man die geringe juristische Ausbildung der Volksrichter an den unteren Gerichten der DDR bedenkt, so wird ersichtlich, daß die Gefahr von auf einer groben Gesetzesverletzung beruhenden Urteilen in der DDR besonders groß ist, daß diese Durchbrechung der formellen Rechtskraft somit nicht allein für Zwecke der politischen Korrektur von Urteilen, sondern auch zur Vermeidung einer völlig uneinheitlichen Rechtsprechung der Instanzgerichte erforderlich war. Man kann deshalb wohl nicht sagen, daß ein Kassationsurteil, weil es ein objektiv falsches Urteil trotz formeller Rechtskraft abändert, schon deshalb in jedem Falle gegen unsere elementaren Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit verstößt (208). Auch in den Gerichtsverfassungen der westlichen Welt ist das Kassationsprinzip verbreitet. Man darf nicht so weit gehen, daß man jedem Kassationsurteil die Anerkennung im Westen nur deshalb versagt, weil es ein Kassationsurteil ist, sondern muß in jedem Falle das Ergebnis dieses Kassationsurteils auf seine Vereinbarkeit mit dem ordre public prüfen (209); andernfalls würde man dem Gebot der Rechtssicherheit einen schlechten Dienst erweisen.

Die Anerkennung eines fremden Urteils hat zur Folge, daß ein solches Urteil alle Rechtswirkungen eines inländischen Urteils erlangt, also auch die Rechtskraftwirkung (210). Ergeht nun in dem einen

OLG Bremen NJW 56/512 glaubt jedoch das nach ostdeutschem Recht ergangene Statusurteil nach westdeutschem Recht korrigieren zu dürfen, also wie eine Revisionsinstanz mit dem Urteil der fremden Gerichts- und Staatsgewalt verfahren zu dürfen;

- (206) BGH BGHZ 7/231 = MDR 52/734 = NJW 53/339 = LindMöhr (13) § 21 UmstG = JR 53/59 = JZ 52/720 = BB 52/867 u.900 = DB 52/928; OLG Celle NJW 52/473; Beitzke in Anm.zu OLG Celle NJW 52/473; a.M. Walter Lewald, Festschrift Hans Lewald, S.515(530); OGH BZ OGHZ 1/386 = NJW 49/502 = MDR 49/419 = DB 49/240 L u.261; Harmening in Anm.zu BGH NJW 53/339;
- (207) BGH aaO; OLG Celle aaO;
- (208) OLG Hamburg NJ 51/463;
- (209) KG West JR 54/61 = MDR 54/168; OLG Hamburg NJ 51/463;
- (210) OLG München FamRZ 54/298 L u.334; AG Neuburg/Donau BayJMBL 55/155 = FamRZ 55/336 L; OLG Karlsruhe MDR 54/113; KG West NJW 54/845; Hahnenfeld NJW 56/164; Raape, IPR, 4.Aufl., S.308; a.M. nur Wünschmann JR 51/109;

deutschen Staatsfragment ein Urteil, das mit einem in der gleichen Sache in dem anderen Staatsfragment ergangenen früheren rechtskräftigen Urteil in Widerspruch steht, so enthält dieses neue Urteil eine Ablehnung der Anerkennung des anderen Urteils, auch wenn diese Anerkennung, wie es in der DDR üblich zu sein scheint, nicht ausdrücklich verweigert worden ist. Keine Staatsgewalt braucht eine solche Mißachtung ihrer eigenen Gerichtsgewalt und ihrer Hoheitsakte hinzunehmen; in jedem Falle muß ein Verstoß gegen die innere Rechtskraftwirkung, gegen das zivilprozessuale Verbot des ne bis in idem, als einen der tragenden Grundsätze der rechtsstaatlichen Ordnung, damit als unbedingter Verstoß gegen ein Zweckgesetz der allgemeinen Vorbehaltsklausel des Kollisionsrechts, zur Ablehnung des fremden Urteils führen (211).

F. Der ordre public der DDR.

In der DDR scheint sich kein Gericht im Hinblick auf die in Art. 1 Verf/DDR proklamierte Unteilbarkeit Deutschlands für befugt zu halten, ein westdeutsches Urteil wegen schweren Verstoßes gegen den sozialistischen ordre public ausdrücklich abzulehnen (212), jedoch wird die Vollstreckung eines solchen Titels verweigert (213), gegebenenfalls die innere Rechtskraftwirkung eines mit der eigenen Auffassung nicht vereinbaren Urteils außer Acht gelassen (214).

Die Untersuchung der Gründe, die in der DDR zur Verweigerung der Vollstreckung oder stillschweigenden Mißachtung eines in der BRG ergangenen Urteils wegen Verstoßes gegen den ordre public führen müssen, kann in Anbetracht der Spärlichkeit der Quellen auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Eines dürfte sicher sein: wenn die EheVO/DDR in ihrer Präambel die Ehe zum Baustein der gesellschaftlichen Struktur des Staates erklärt und sie deshalb einer politischen Würdigung unterzieht (215), so verstößt ein die Scheidungsklage in der BRG abweisendes Urteil gegen die sittlichen Anschauungen "eines Volkes der Arbeiter und Bauern", wenn es durch Aufrechterhaltung einer nur noch dem Bande nach bestehenden Ehe für den werktätigen Ehegatten eine "Zerstörung der Lebensfreude und Hemmung des Arbeitsenthusiasmus" bedeuten könnte (216), oder wenn es dem Ehepartner in der DDR zumutet, die Ehe mit einem "Republikflüchtling" fortzusetzen, wo doch nur "kriminelle und arbeitsscheue Elemente in den Westen fliehen" (217).

Überhaupt sind Urteile, die die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsstruktur oder die mit der Methode des dialektischen Materialismus erfolgte Interpretation des auch in der Verf/DDR niedergelegten Bekenntnisses zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten, zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen, zum Recht der Persönlichkeit und zum Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz berühren, wohl von vornherein der Mißachtung verfallen (218).

(211) Stein-Jonas, 18. Aufl., § 328 Anm. III 4; KG West NJW 55/1884;

(212) vgl. Nathan in Anm. zu OLG Halle NJ 49/118;

(213) LG Berlin-Ost NJ 50/511;

(214) besonders die innere Rechtskraftwirkung eines die Scheidungsklage abweisenden Urteils wird einfach "übersehen": KG West JR 54/61 = MDR 54/168 zu § 616 ZPO;

(215) "Die Ehe dient der gemeinsamen Entwicklung der Ehegatten und der Erziehung der Kinder im Geiste der Demokratie, des Sozialismus, des Patriotismus und der Völkerfreundschaft";

(216) vgl. OG DDR 51/222;

(217) AG Annaberg, mitgeteilt bei Rodig MDR 53/460;

(218) vgl. Samson BB 55/485;

In erster Linie sind hier Unterhaltstitel eines arbeitsfähigen Ehegatten zu nennen: in der DDR haben getrennt lebende arbeitsfähige Ehegatten gemäß der EheVO/DDR grundsätzlich keinen Unterhaltsanspruch gegen einander und wenn nun ein Ehegatte durch seinen illegalen Weggang nach Westdeutschland hier ohne Arbeitseinkommen ist, während er in der DDR "bestimmt eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit finden könnte", so hat er natürlich erst recht keinen Unterhaltsanspruch (219).

Weiterhin verstößt der Wechselstubenkurs zwischen den beiden Währungen, der DM der Bank deutscher Länder und der DM der Deutschen Notenbank, als "reiner Spekulations- und Phantasiekurs" gegen die Grundlagen der wirtschaftlichen Struktur der DDR (220); Urteile der BRep, die diesen Kurs anwenden, verfallen im Osten ohne weiteres der Ablehnung (221).

Grundlage der Struktur des ostdeutschen Staatsgebildes ist das "Volkseigentum"; es ist unveräußerlich und unantastbar, Pfändung und Aufrechnung gegen volkseigene Forderungen ist unzulässig (222), Forderungen eines Volkseigenen Betriebs (VEB) müssen im Konkurs des Schuldners bevorzugt behandelt werden (223), gutgläubiger Erwerb des Anlagevermögens eines VEB ist ausgeschlossen (224). Westdeutsche Entscheidungen, die gegen diese Bevorzugung des VEB verstoßen, sind mit den staatspolitischen und sozialen Anschauungen der DDR unvereinbar und müssen demzufolge von der DDR abgelehnt werden.

Die Sittenwidrigkeit von Kriegslieferungsverträgen ist grundlegender Bestandteil der "neuen antifaschistisch-demokratischen Grundordnung"; Urteile, die Ansprüche aus solchen Verträgen zuerkennen, sind wegen Verstoßes gegen die sittlichen Anschauungen der DDR ebenfalls der Ablehnung verfallen (225).

IV. Abwehr von Urteilen bei fehlender Jurisdiktionsgewalt der anderen Republik.

A. Ablehnung bei Verletzung eines ausschließlichen Gerichtsstandes.

Es kann nun auch der Fall eintreten, daß sich das Gericht der einen deutschen Republik die Rechtsprechungsbefugnis über Gegenstände beilegt, die nach den Vorschriften der ZPO seiner Jurisdiktionsgewalt gar nicht unterliegen, deren ausschließlicher Gerichtsstand bei einem Gericht der anderen Republik gegeben ist. Einen solchen ausschließlichen Gerichtsstand gibt es nach der in diesem Punkt in Ost und West gleichlautenden ZPO für Grundstücke, ihre wesentlichen Bestandteile und dingliche Rechte an Grundstücken gem. § 24 ZPO, sowie für Klagen wegen unlauteren Wettbewerbs gem. § 24 UWG (226).

- (219) vgl. BG Leipzig NJ 54/93;
 - (220) Artzt NJ 51/265;
 - (221) Stein-Jonas, 18. Aufl., Vorbem. X 2 b) vor § 704; Hilde Neumann NJ 49/246; LG Berlin-Ost NJ 50/511;
 - (222) OG DDN NJ 55/157;
 - (223) VO v. 25.10.1951, GBl/DDR I 954;
 - (224) vgl. Samson BB 55/485;
 - (225) OLG Celle NJW 52/473 und Beitzke in Anm. zu diesem Urteil;
 - (226) außerdem gibt es noch weitere ausschließliche Gerichtsstände, deren Verletzung durch Gerichte der anderen Republik aber kaum vorstellbar ist: Klagen gegen Beschlüsse der Organe juristischer Personen (§§ 199 Abs. 3, 201 AktG; § 61 Abs. 3 GmbHG; §§ 51 Abs. 3 S. 3, 109 Abs. 3, 112 Abs. 1 S. 1 GenG) und Klagen auf
- (Fortsetzung S. 34)

Diese Normen sind Ausfluß eines allgemeinen öffentlich-rechtlichen Gedankens, der Ausschließlichkeit der Hoheits- und Zwangsgewalt über die ihr räumlich zugeordneten Gegenstände (227). Eine Verletzung dieser ausschließlichen Territorialität durch einen anderen Staat braucht sich keine Hoheitsgewalt gefallen zu lassen (228). Urteile, die eine Verletzung dieser Ausschließlichkeit der fremden Territorialgewalt enthalten, verfallen der automatischen Ablehnung durch diese Territorialgewalt. Die Anwendung dieses Grundsatzes im interzonalen Zivilprozeßrecht im Hinblick auf § 40 Abs.2 ZPO ist nichts weiter als die notwendige Folge des Vorhandenseins zweier selbständiger Staatsgewalten auf dem Territorium des Deutschen Reiches, deren räumlicher Wirkungsbereich durch die Spaltung gegeneinander abgegrenzt ist (229).

Anders als die Vorschrift des § 328 Abs.1 Nr.1 ZPO ist dieser Grundsatz im interzonalen Recht aber regelmäßig nur auf Mißachtung des dinglichen Gerichtsstandes des § 24 ZPO (230) und des Gerichtsstandes für Unterlassungsklagen gem. § 24 UWG durch die andere Republik anwendbar. Für alle anderen vermögensrechtlichen und für alle familienrechtlichen Streitigkeiten bestehen nämlich, wie im folgenden gezeigt werden soll, grundsätzlich konkurrierende Zuständigkeiten in beiden Republiken.

B. Konkurrenzen der Gerichtsstände im Hinblick auf § 23 ZPO.

Jeder Staatsgewalt steht das alleinige Recht zu, unmittelbaren Zwang gegen die ihr räumlich zugeordneten Personen und Sachen auszuüben (231), also auch das alleinige Recht der Zwangsvollstreckung in ihrem Territorium (232). Da nun aber die Zwangsvollstreckung aus Urteilen einer fremden Gerichtsgewalt oft an der Ablehnung dieser Urteile scheitert, besteht ein besonders schutzwürdiges Interesse jedes Gläubigers daran, ein Urteil der Gerichtsgewalt zu erlangen, in deren Territorium voraussichtlich vollstreckt werden soll (233).

Dieser Gedanke hat seine Berücksichtigung in § 23 ZPO gefunden, der für Ansprüche gegen Schuldner, die zwar ihren allgemeinen Gerichtsstand nicht im Inland haben, aber Vermögen im Inland besitzen, oder für Ansprüche auf einen Gegenstand, der im Inland belegen ist, einen inländischen Gerichtsstand eröffnet. Dieser Gerichtsstand ergibt sich also aus dem Recht und der in der Daseinsfürsorgefunktion des Staatswesens begründeten Pflicht jeder Hoheitsgewalt, die unter

Aufhebung eines Mietverhältnisses (§ 7 MSchG) sind nur im Gerichtsstand der "belegenen Sache" zulässig;

- (227) Neumeyer IV, S.124; vgl. die Ausführungen über dieses Territorialitätsprinzip der öffentlich-rechtlichen Zwangsgewalt unten (§ 3);
- (228) Oppenheim-Lauterpacht I, S.286; Neumeyer IV, S.122: "Undurchdringlichkeit des Staatswesens";
- (229) BGH NJW 52/384 L; Beitzke in Anm.zu BGH JZ 56/496; Beitzke JZ 58/53;
- (230) Beitzke in Anm.zu BGH JZ 56/496; Beitzke FamRZ 56/36; Beitzke in Anm.zu BGH FamRZ 58/18; KG West NJW 54/845; völlig gegen eine Analogie zu § 328 Abs.1 Nr.1 ZPO jedoch Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. V 7 a vor Art.7 EGBGB;
- (231) Neumeyer IV, S.124;
- (232) Neumeyer IV, S.248;
- (233) Beitzke MDR 54/321; vgl.a. Hahnenfeld NJW 56/164 und BGH NJW 52/182 = JZ 52/82 = MDR 52/99 = BB 52/42, die aber beide die Schutzwürdigkeit aus der Unzumutbarkeit der Klage vor einem Gericht mit anderer Gerichtsverfassung begründen;

ihrer Zwangsgewalt befindlichen Gegenstände dem Zugriff Privater zugänglich zu machen und ihnen hierfür die Anrufung der am Ort befindlichen Rechtsprechungsorgane zu ermöglichen. Auch im interzonalen Zivilprozeßrecht sind somit die Grundlagen für eine entsprechende Anwendung des § 23 ZPO vorhanden (234). Eine entsprechende Anwendung des § 23 ZPO kann natürlich dann nicht nur die eine deutsche Republik für sich in Anspruch nehmen, auch der anderen Republik muß sie dieses Recht einräumen (235).

C. Konkurrenzen der Gerichtsstände in Familienstandssachen.

Auch für Statusklagen gem. §§ 606ff ZPO wird in Ost und West immer wieder die Ansicht vertreten, es müsse dem Kläger stets ein Gerichtsstand vor Gerichten des eigenen Staatsfragments zur Verfügung stehen. Man begründet dies damit, daß dem Rechtssuchenden in Ehesachen nicht zugemutet werden könne, vor einem fremden Gericht zu klagen (236), daß jede Hoheitsgewalt die Pflicht zur Wahrung der ei-

- (234) LG Gera JR 50/247; LG Leipzig NJ 51/426; OLG Celle JR 55/470 = NdsRpfl 55/194; OLG-Präs.Köln, mitgeteilt bei Beuck, S.165; LG Nürnberg-Fürth, mitgeteilt bei Beuck, S.83; BGH NJW 52/182 = JZ 52/82 = MDR 52/99 = BB 52/42; LG Konstanz LDR 51/432; LG Bad Kreuznach NJW 53/1636; OLG Frankfurt LDR 55/615; OLG Frankfurt SJZ 50/347 = BB 50/5; Fischer in Anm.zu LG Gera JR 50/247; Tschischgale JR 52/272; Beitzke LDR 54/321; Rötelmann in Anm.zu BGH NJW 53/19; Bruns in Anm.zu BGH JZ 53/178; Raape, IPR, 4.Aufl., S.152; Hahnenfeld NJW 56/164; gegen die Begründung der Anwendbarkeit durch Formulierung verschiedener Inlandsbegriffe, wie sie Hoffmann JR 53/158 vornimmt, besonders scharf OGH BZ DRZ 49/469; eigenartig Beuck, Interzonales Privatrecht, S.80, der aus der 1950 geänderten Wortfassung des § 23 ZPO ("Inland" statt "Deutsches Reich") folgert, daß sie der vorsichtigen Haltung des Gesetzgebers entspringe, der sich nicht gewagt habe, das Rechtsverhältnis zwischen BRep und DDR expressis verbis zu regeln;
- (235) Fischer in Anm.zu LG Gera JR 50/247;
- (236) OG DDR NJ 54/574; OLG Düsseldorf MDR 54/359 = JLB1NRW 54/128; OLG Celle JR 55/470 = NdsRpfl 55/194; OLG München FamRZ 55/298 L u.334; OLG Bremen NJW 55/110 L; OLG Schleswig SchlHA 55/301; OLG Hamm FamRZ 55/335; BGH BGHZ 7/218 = NJW 52/1415 = JR 52/447 = JZ 52/748 = LindMöhr (2) § 606 ZPO = MDR 53/36 L; BGH NJW 56/1031 = JZ 56/500; Beitzke LDR 54/321; Raape, IPR, 4.Aufl., S.307; Brunn NJW 56/171; Luther FamRZ 57/6; OLG Stuttgart FamRZ 57/388 = ROW 58/128; BGH FamRZ 57/366; vgl.a. die Rundverfüg. Nr.76/52 des Leiters der Justizverwaltung der DDR v. 9.7.1952, abgedr. in der amtl.Textausgabe der ZPO/DDR, 3.Aufl., 1953; in der BRep ist auch die Begründung beliebt, es sei einem Westdeutschen deshalb nicht zuzumuten, in der DDR zu klagen, weil dort die Kreisgerichte in der Besetzung mit einem Volksrichter und zwei Eheschöffen in Familienstandssachen zuständig sind: BGH BGHZ 7/218 = NJW 52/1415 = JR 52/447 = JZ 52/748 = LindMöhr (2) § 606 ZPO = MDR 53/36 L; LG Frankenthal LDR 53/495; OLG Celle FamRZ 54/141; Kluge und Riezler in Anm.zu OLG Nürnberg SJZ 50/426; gegen diese Argumentation mit aller Entschiedenheit LG Lüneburg NJ 53/560; LG Lüneburg NJ 53/561; OLG Schleswig SchlHA 50/257; OLG Celle NJ 51/552 = NdsRpfl 51/8; OLG Frankfurt LDR 52/557; auch wird zur Begründung herangezogen, "Inland" im Sinne der (Fortsetzung S.36)

genen Rechtsordnung über die ihr räumlich zugeordneten Personen in Familienstandssachen in jedem Falle habe (238).

Jedes Staatswesen hat durch seine Existenz nicht nur hoheitliche Rechte gegenüber den unter seiner Zwangsgewalt stehenden, also ihm räumlich zugeordneten Personen, es hat auch die Pflicht, diesen Personen ein mit rechtsstaatlichen Garantien ausgestattetes gerichtliches Verfahren zur Klärung ihrer rechtlichen Beziehungen zu anderen Personen zu eröffnen (239). Diese Pflicht muß nur dann der Achtung vor der ausschließlichen Territorialgewalt eines gleichgeordneten anderen Staatswesens weichen, wenn das streitige Rechtsverhältnis ganz überwiegend der räumlich begrenzten Zwangsgewalt des anderen Staatswesens unterliegt (240). Die Ansicht, kein Staatswesen dürfe den ihm räumlich zugeordneten Personen die Gerichtsbarkeit in Familienstandsangelegenheiten verweigern und sie auf die Gerichtsgewalt eines fremden Staates verweisen, hat also grundsätzlich volle Berechtigung (241).

Nur in Ehesachen ergeben sich bei Vorhandensein eines letzten gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalts beider Ehegatten in der DDR immer wieder erhebliche Konflikte; anders als die Gerichte der BRG (242) räumen die Gerichte der DDR den Gerichten der anderen deutschen Republik nämlich nicht das Recht ein, den ihr räumlich zugeordneten Personen in Ehesachen in allen Fällen den Rechtsweg vor den eigenen Gerichten zu eröffnen, sondern halten sich bei Vorliegen der Tatbestandsmerkmale des § 606 Abs.1 S.1 ZPO unter Hinweis auf den "eindeu-

§§ 606, 642 ZPO sei etwas anderes als "Inland" im völkerrechtlichen Sinne: Hoffmann JR 53/158; BGH BGHZ 7/218 = NJW 52/1415 = JR 52/447 = JZ 52/748 = Lindlöhr (2) § 606 ZPO = MDR 53/36 L; LG Ravensburg FamRZ 55/117 L = JR 55/386 glaubt jedoch die Begründung darin zu finden, daß die im Osten zuständigen Gerichte "Kreisgerichte" und nicht "Landgerichte" heißen und deshalb nach dem klaren Wortlaut der §§ 606, 642 ZPO überhaupt nie als Ehegerichte zuständig sein können;

gegen die Möglichkeit einer Klage vor den Gerichten der eigenen Staatsgewalt entgegen der Wortfassung der §§ 606, 642 ZPO sind LG Lüneburg NJ 53/560; LG Lüneburg NJ 53/561; OLG Nürnberg SJZ 50/426; OLG Celle NJ 51/552 = NdsRpfl 51/8; OLG Schleswig SchlHA 50/257; OLG Frankfurt MDR 52/557;

(238) BGH JZ 56/500 = NJW 56/1031 = FamRZ 56/183 = JR 56/301;

(239) vgl. Art.6 Abs.1 S.1 MenschenRkonv;

(240) vgl. Neumeyer IV, S.122 über die "Undurchdringlichkeit" des Staatswesens für fremde Hoheitsakte; dies führt auch im internationalen Zivilprozeßrecht zur Nichtanerkennung der im "erschlichenen" Gerichtsstand der anderen Republik erstrittenen Urteile, z.B. wenn der Kläger nur zum Zwecke der Klageerhebung auf kurze Zeit in das Gebiet der anderen Republik übersiedelt ist: BGH FamRZ 57/370 = ROW 58/79; OLG Stuttgart FamRZ 57/388 = ROW 58/128;

(241) natürlich ist die Begründung dieser Ansicht mit der Verschiedenheit des Gerichtsaufbaues in den getrennten Staatswesen keine Begründung, sondern allenfalls eine Rechtfertigung gegenüber der mit dem Wunsch nach Aufrechterhaltung der Rechtseinheit gekoppelten Scheu vor einer Anerkennung der faktischen Spaltung Deutschlands in zwei voneinander räumlich scharf abgegrenzte Staatsfragmente;

(242) BGH JZ 56/500 = NJW 56/1031; KG West NJW 54/845; BGH BGHZ 10/323 = NJW 56/1436 = Lindlöhr (2) § 328 ZPO u.(20) Art.7f: EGBGB = JZ 56/496 = ZZP 69/288 = FamRZ 56/228 u.276; OLG Düsseldorf FamRZ 58/32;

tigen Wortlaut" dieser Norm für ausschließlich zuständig (243), wenn auch nur einer der Ehegatten in der DDR seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat (244). Dies führt zu einer Mißachtung der Rechtshängigkeit bei den Gerichten der BRG; Rechtshilfeersuchen um Zeugen- und Parteivernehmung durch das nach Ansicht der DDR unzuständige westdeutsche Gericht werden gem. § 67 Abs.2 GVG/DDR als unzulässig abgelehnt (245) und der gesamte Rechtsstreit durch das ersuchte Gericht an das für die Scheidungsklage allein zuständige Kreisgericht "verwiesen" (246). In diesen Fällen besteht auch die Wahrscheinlichkeit, daß ein vor einem Gericht der BRG erstrittenes Urteil im Osten wegen Unzuständigkeit des westdeutschen Gerichts nicht anerkannt wird und dadurch eine hinkende Ehe entsteht (247).

D. Keine Abwehr wegen "ungesetzlicher Errichtung" des fremden Gerichts.

Scharf zu scheiden von der fehlenden Jurisdiktionsgewalt wegen ausschließlicher Belegenheit des in Anspruch genommenen Gegenstandes im Territorium der anderen Staatsgewalt ist die Nichtanerkennung der Jurisdiktionsgewalt eines fremden Gerichts wegen Fehlens einer gesetzlichen Grundlage für seine Errichtung. Dieser Zustand herrscht in Berlin; am 8.2.1949 wurde das Kammergericht in ein KG am Fehrbelliner Platz und ein KG Berlin C 2, das LG Berlin in ein LG Berlin-Zehlendorf und ein LG Berlin C 2 gespalten. Gegenseitig werfen sich diese Gerichte fehlende Legitimation wegen Verletzung des für Berlin geltenden Besatzungsrechts und der Berliner Verfassung vor (248). Beide Seiten sind sich aber darin einig, daß eine Nichtbeachtung der Urteile des anderen Gerichts der Faktizität nicht Rechnung trüge und unhaltbare Zustände für die davon betroffenen Personen schüfe (248).

§ 3 - Das Territorialitätsprinzip des Kollisionsverwaltungsrechts.

I. Die Sequestrationen und Enteignungen in der sowjetischen Besatzungszone.

Die zum Aufbau der "neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung" und zur Gründung einer "Volkseigenen Wirtschaft" in der DDR vorgenommenen umfangreichen Enteignungen stellen zwar Maßnahmen der Ver-

- (243) BG Cottbus, mitgeteilt bei Hoffmann, JR 55/10(11 N.4); KRg Zeulenroda, ebenda N.5; KRg Osterburg, ebenda N.6; BG Magdeburg ROW 56/44;
- (244) ähnliches ist für § 642 ZPO zu vermuten, während an die Stelle des § 606 Abs.1 S.2 ZPO nach der Ansicht der DDR wegen Verstoßes gegen die Gleichberechtigung von Mann und Frau ein doppelgleisiger Gerichtsstand getreten ist, vgl. OG DDR NJ 54/574;
- (245) BG Cottbus aaO; KRg Zeulenroda aaO;
- (246) KRg Osterburg aaO;
- (247) diese Gefahr müssen natürlich auch die westdeutschen Gerichte im Auge behalten und die Schutzwürdigkeit der Einheitlichkeit des familienrechtlichen Status des Einzelnen gegen das Interesse des Klägers an einem Rechtsschutz gerade durch ein Gericht der BRG im Einzelfalle sorgfältig abwägen; dies haben auch OLG Hamm FamRZ 54/176; KG West NJW 55/1884; LG Essen FamRZ 55/301 klar herausgestellt;
- (248) KG West NJW 55/27 = LDR 55/616 = FamRZ 55/55 L einerseits; Hilde Neumann NJ 49/246 andererseits;

waltungsbehörden dar, doch ist ihre Würdigung auch im Rahmen dieser Arbeit zur Prüfung der Anerkennung oder Nichtanerkennung von Zivilurteilen der DDR, die Rechte aus diesen Enteignungen zusprechen, unerlässlich.

Die Rechtsgrundlagen der Enteignungen in der DDR seien im folgenden kurz zusammengestellt:

Das LRG Nr.10 v. 20.12.1945 ordnete die Bestrafung von Personen an, die der "Kriegsverbrechen", der "Verbrechen gegen den Frieden" oder "gegen die Menschlichkeit" schuldig waren oder zu gewissen Kategorien von "Verbrecher"vereinigungen oder "verbrecherischen" Organisationen gehörten; zu den Strafmaßnahmen wurde auch die Vermögens-einziehung und die Rückgabe unrechtmäßig erworbenen Vermögens gerechnet.

ArtDir Nr.38 v.12.10.1946 bestimmte dann, daß bei "Hauptschuldigen" das gesamte Vermögen eingezogen werden konnte, bei "Belasteten" wurde teilweise Einziehung angeordnet, bei "Linderbelasteten" nur die Einziehung von Vermögenswerten, deren Erwerb auf Ausnutzung politischer Beziehungen oder besonderer nationalsozialistischer Maßnahmen beruhte.

Während im Westen das LRG 52 nur Vermögenssperren anordnete, hat man im Osten von der durch KRG Nr.10 geschaffenen Möglichkeit der Enteignung weitgehendst Gebrauch gemacht. SMAD-Befehle Nr.124 v.30.10.1945 und Nr.126 v.31.10.1945 ordneten zunächst die Beschlagnahme des Vermögens von "Kriegs- und Naziverbrechern" und von der SMAD in Listen eigens aufgeführten Unternehmen an. SMAD-Befehle Nr.97 v.25.9.1945 und Nr.154/181 v.21.5.1946 stellten das sequestrierte Vermögen den Behörden der Länder zur Verfügung. Durch Volksentscheid in Sachsen und durch Beschlüsse der Regierungen der übrigen Länder wurde dieses sequestrierte Vermögen im Sommer 1946 in "Volkseigentum" übergeführt. SMAD-Bef. Nr.167 v.5.6.1946 überführte jedoch die großen Industriewerke in sowjetisches Staatseigentum; diese "Sowjetaktiengesellschaften" wurden dann in den Jahren 1952/53 der Regierung der DDR zur Überführung in "Volkseigentum" zurückgegeben (249).

Man hielt sich bei diesen Enteignungen in keiner Weise an die Vorschriften der ArtDir Nr.38; allein maßgebend für den Umfang der Enteignungen war die Absicht, die großen Kapitalgesellschaften im Interesse der staatlich gelenkten Wirtschaft liquidationslos zu vernichten (250).

Die Enteignung und die Überführung in Volkseigentum wurde eingeleitet durch Einsetzen eines Treuhänders oder einer "Liquidationskommission" (251).

- (249) mit Ausnahme der Uranerz fördernden Wismut AG., die in sowjetischem Staatseigentum verblieb;
- (250) Hilde Benjamin NJ 50/145;
- (251) es war lange streitig, ob die Treuhandschaft schon als Zwangsmaßnahme zu beurteilen sei und ob eine Kapitalgesellschaft bereits durch Einsetzung einer "Liquidationskommission" vernichtet sei; da aber die Einsetzung eines Treuhänders von hoher Hand erfolgte und die Liquidationskommission nicht zur Vornahme einer Liquidation im Sinne von HGB, AktG, GmbHG, GenG, sondern zur sofortigen Vernichtung der Gesellschaft und zur Vorbereitung der Überführung des Unternehmens in Volkseigentum eingesetzt wurde (OG DDR OGZ 1/25 = NJ 50/403; AG Magdeburg ArtDir 49/759), muß dies bejaht werden: Beuck, Interzonales Privatrecht, S.20, 21; Ficker, Grundfragen, S.88; Beitzke BB 49/519; Palandt-Lauterbach, 15.Aufl., Anm. 14 g) vor Art.7 EGBGB; (Fortsetzung S.39)

Entgegen der Vorschrift der KRDir Nr.57 v.15.1.1948, die bestimmte, daß die Haftungen und Belastungen des eingezogenen Vermögens und die Verbindlichkeiten voll enteigneter Personen auf das erwerbende Land übergehen, proklamierte man im Osten den originären, lastenfreien Erwerb durch das Volk (252); nur nach dem 8.5.1945 begründete Verbindlichkeiten wurden in Ausnahmefällen (253) von der Volkseigenen Wirtschaft übernommen; welche Schulden übernommen wurden, entschied der Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums (254) unter Ausschluß des Rechtsweges (255); auch die Enteignung von Grundstücken erfolgte als "klassische" Enteignung, als originärer, lastenfreier Erwerb (256); die Lasten in Abteilung II und III des Grundbuchs wurden mit Ausnahme von Grunddienstbarkeiten von öffentlichem Interesse und Rechten von Ausländern (257) gelöscht (258).

Durch SLAD-Bef. Nr.64 v.17.4.1948 (259) wurde SLAD-Bef. Nr.124/45 außer Kraft gesetzt; die Sequestrierungen auf Grund KRG Nr.10 fanden damit ihren Abschluß.

Neben den auf KRG Nr.10 gestützten Enteignungen erfolgten außerdem Enteignungen auf Grund der Demokratischen Bodenreform im September 1945, seit 1947 auch auf Grund der Länderverfassungen zum Wohle der Allgemeinheit. SLAD-Bef. Nr.01 v.23.7.1945 schuf die Grundlage für eine Neuorganisation der Finanz- und Kreditorgane durch eine allgemeine Banken- und Versicherungssperre; SLAD-Bef. Nr.66 v.9.3.1946 zog die Außenstände dann zugunsten der Länderverwaltungen ein (260).

- Beitzke in Anm.zu BGH MDR 55/599; OLG Celle HEZ 2/120 = MDR 48/360 = NdsRpfl 48/119 = BB 48/315; OLG Oldenburg BB 54/326; LG Berlin-West BB 52/841 u.899; BGH NJW 55/1151 = BGHZ 17/209 = LindMöhr (9) § 12 BGB = MDR 55/599 = BB 55/680 = DB 55/684 = BlfPMZ 55/360 L = GRUR 55/490 = WRP 55/165 = WuW 55/564; OLG Nürnberg BB 54/999; a.l. jedoch LG Oldenburg NJ 52/139;
- (252) Benkard BB 48/29; Benkard DRZ 47/356; Benkard in Anm.zu OLG Gera DRZ 48/493; Letschert NJW 51/217; OLG Gera DRZ 48/493 = BB 48/372 L = Nr.253 RegBlThür II 48/230 L; LG Altenburg NJ 47/218; AG Greifswald NJ 50/409; KG Ost NJ 51/475; OLG Erfurt NJ 52/186 = BB 52/415; KrG Seelow NJ 54/64; OG DDR NJ 50/403 = OGZ 1/25; OG DDR NJ 52/271 = OGZ 1/264; OG DDR NJ 52/409;
- (253) Richtl.Nr.1 z.SLAD-Bef. Nr.64/48, ZVOBl/SBZ 48/141;
- (254) konstituiert durch Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) v.5.5.1948, ZVOBl/SBZ 146;
- (255) OLG Gera NJ 50/320; OLG Erfurt BB 50/853 L = RegBlThür II 50/264 L; OG DDR NJ 51/30 = OGZ 1/49; OG DDR NJ 51/464; KG Ost NJ 51/475;
- (256) der Begriff der klassischen Enteignung wurde von der Rechtslehre im Anschluß an das PreußEnteignungsG von 1874 entwickelt; vgl.Walter Jellinek, 3.Aufl., S.407; Hatschek, 7./8. Aufl., S.304;
- (257) vgl.Richtl.Nr.1/SLAD-Bef. Nr.64/48, ZVOBl/SBZ 48/141;
- (258) Ernst Meyer NJ 48/149; Letschert NJW 51/217; BG Erfurt NJ 54/246; OLG Dresden NJW 49/866 u.50/431 L;
- (259) ZVOBl/SBZ 140;
- (260) für alle vor der Konstituierung der DDR erfolgten Enteignungen seien hier die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen aufgeführt:

SLAD-Befehle Nr.01 v.23.7.1945; Nr.11 v.25.7.1945; Nr.72 v.25.9.1945; Nr.110 v.22.10.1945; Nr.124 v.30.10.1945; Nr.126 v.31.10.1945; Nr.66 v.9.3.1946; Nr.97 v.29.3.1946; Nr.154/181 v.21.5.1946; Nr.167 v.5.6.1946;

Brandenburg: VO über die Bodenreform v.6.9.1945 (VOBl 8);
(Fortsetzung S.40)

VO zur entschädigungslosen Übergabe von Betrieben und Unternehmen in die Hand des Volkes v.5.8.1946 (VOBl 235); G zur Überführung der Bodenschätze und Kohlenbergbaubetriebe in die Hand des Volkes v.28.6.1947 (VOBl 15); VO zur Neuregelung des Versicherungswesens (VOBl 48/4); G über das Bankwesen v.13.4.1948 (VOBl 13);

Mecklenburg: VO über die Bodenreform v.5.9.1945 (ABl 46/14); G zur Sicherung des Friedens durch Überführung von Betrieben der faschistischen Kriegsverbrecher in die Hand des Volkes v.16.8.1946 (ABl 98); 1.DVO hierzu v.21.2.1947 (RegBl 26); VO Nr.136 v.16.9.1946 (ABl 126); G über die Enteignung von Bodenschätzen v.28.6.1947 (RegBl 143); G über die Bausparkassen v.13.9.1947 (RegBl 247); 6.VO zur Änderung der AO Nr.22 über die Errichtung der Mecklenburg-Vorpommerschen Sach- und Personenversicherungsanstalt v.13.10.1947 (RegBl 247); G über die Verwendung des Vermögens der geschlossenen Banken und Sparkassen v.30.10.1947 (RegBl 262);

Sachsen-Anhalt: G über die Bodenreform v.3.9.1945 (VOBl 28); VO betreffend die Überführung sequestrierter Unternehmen und Betriebe in das Eigentum der Provinz Sachsen v.30.7.1946 (VOBl 351); dazu ÄndG v.30.5.1947 (GBI I 96); Art.78 der Verfassung v.10.1.1947 (GBI I 9); G über die Enteignung der Bodenschätze v.30.5.1947 (GBI I 87); dazu ÄndG v.6.2.1948 (GBI I 44); G über die Neuregelung des Versicherungswesens v.7.2.1948 (GBI I 47); G über die Sicherung des Kreditwesens v.12.3.1948 (GBI I 53); DfBest zum Versicherungsg v.1.3.1949 (GBI I 89); G betr. die Sicherstellung v.28.10.1949 (GBI I 41);

Sachsen: VO über die Gründung der Sächsischen Landesbank und die Abwicklung der bisher bestehenden Banken und sonstiger Geldinstitute v.15.8.1945 mit AVÖen (soweit noch in Kraft GVBl 49/322); VO über die landwirtschaftliche Bodenreform v.10.9.1945 (GS 27); G über die Übergabe von Betrieben von Nazi- und Kriegsverbrechern in das Eigentum des Volkes v.30.6.1946 (GS 305); DVOen hierzu v.18.7.1946 (GS 425) u.27.10.1947 (GS 512); G über die Enteignung von Bodenschätzen v.8.5.1947 (GS 202); G über das Bank- und Kreditwesen v.30.1.1948 (GVBl 49); G über das Versicherungswesen v.30.1.1948 (GVBl 70); Bek. über das Versicherungswesen v.12.5.1949 (GVBl 321);

Thüringen: G über die Bodenreform v.10.9.1945 (RegBl I 13); G über den Neuaufbau des privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherungswesens v.22.9.1945 (RegBl I 33); G über den Übergang von Forderungen von Kreditinstituten v.13.7.1946 (RegBl I 115); G betreffend die Übergabe von sequestrierten und konfiszieren Vermögen durch die SMAD an das Land Thüringen v.24.7.1946 (RegBl I 111); DfG hierzu v.25.3.1947 (RegBl I 43); G über die Organisation der landeseigenen Betriebe und die Errichtung der Hauptverwaltung der landeseigenen Betriebe v.10.9.1946 (RegBl I 47/13); VO über die Überführung des Bausparkassenvermögens v.11.3.1947 (RegBl I 45); G zur Überführung der Bodenschätze und der Bergbaubetriebe in die Hände des Volkes v.30.5.1947 (RegBl I 53); G über das Bankwesen v.11.12.1947 (RegBl I 120); Ergänzt zum Neuaufbau v.26.2.1948 (RegBl I 39);

Ost-Berlin: G zur Einziehung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten v.8.2.1949 (VOBl 34); Bek. hierzu v.9.2.1949 (VOBl 43); VO zur Überführung von Konzernen und sonstigen Unternehmen in Volkseigentum v.10.5.1949 (VOBl 112); VO über die Schuldenhaftung der Erwerber eingezogener Vermögenswerte v.13.6.1949 (VOBl 156); VO über die Behandlung von Darlehen (VOBl 50/187);

Strafverfahren auf Grund der WirtschaftsstrafVO v.23.9.1948 i.d.F. der ÄndVO v.29.10.1953 (261) und der 15 in einer am 20.3.1954 bekanntgemachten Liste (262) aufrechterhaltenen älteren AÖen, auf Grund des Art.6 Abs.2 Verf/DDR (263) und auf Grund der KRDir Nr.38 v.12.10.1946 bei "Verbreitung tendenziöser Gerüchte und Friedensgefährdung". Auch das Gesetz über den Erlaß von Schulden und Friedenzahlung von Guthaben an alte und arbeitsunfähige Bürger der DDR v.8.9.1950 (264) hat konfiskatorischen Charakter (265).

Die "VO zur Sicherung von Vermögenswerten" v.17.7.1952 (266), auf Grund deren die Vermögenswerte von "republikflüchtigen" Personen in Volkseigentum überführt und die vorläufige staatliche Verwaltung über Vermögen von bereits vor dem 8.5.1945 in der BRep oder West-Berlin wohnenden Personen angeordnet wurde, ist durch § 2 der "VO über die in das Gebiet der DDR und den Demokratischen Sektor von Groß-Berlin zurückkehrenden Personen" v.11.6.1953 (267) außer Kraft gesetzt. An ihre Stelle ist die "AO über die Behandlung des Vermögens von Personen, die die DDR nach dem 10.6.1953 verlassen" v.1.12.1953 (268) getreten, die die Verwaltung durch einen vom Eigentümer eingesetzten Bevollmächtigten, durch einen vom Staatlichen Notariat eingesetzten Abwesenheitspfleger, bei "volkswirtschaftlich wichtigen Vermögenswerten" durch vom Rat des Kreises eingesetzte Treuhänder vorsieht. Diese Treuhänder sind bei Rückkehr des Eigentümers in die DDR oder bei Benennung eines persönlichen Bevollmächtigten, "der die volle Gewähr für die ordnungsgemäße Verwaltung und planvolle Nutzung des Vermögens bietet", abzuberufen. Nach der VO vom 17.7.1952 bereits vollzogene Enteignungen werden jedoch ausdrücklich aufrechterhalten, auch solche Enteignungen, die unter falscher Anwendung dieser VO vorgenommen sind (269).

II. Anspruch der DDR auf gesamtdeutsche Geltung ihrer Enteignungsgesetze.

Die DDR beansprucht, jedenfalls für die durch Befehle der SMAD angeordneten Sequestrationen und Konfiskationen, Wirksamkeit für Gesamtdeutschland. Daß die westlichen Alliierten den grundlegenden Befehl Nr.124/45 der SMAD "entgegen ihrer Verpflichtung hierzu" in ihren Besatzungszonen nicht durchgesetzt haben, könne die gesamtdeutsche Wirkung dieses Befehls nicht hindern; einerseits hätte jeder Zonenbefehlshaber als Repräsentant des Kontrollrats das Recht gehabt, für ganz Deutschland gültige Rechtsvorschriften zu erlassen, andererseits sei eine auf das Gebiet der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone beschränkte Wirkung der Enteignungsmaßnahmen mit dem im Potsdamer Abkommen festgelegten Grundsatz der Unteilbarkeit

(261) GB1/DDR I 1077;

(262) GB1/DDR I 316;

(263) Art.6 Abs.2 Verf/DDR lautet: "Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Lordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches."

(264) GB1/DDR I 973;

(265) OLG Hamburg NJW 53/1633 = VerDAV 53/233 = GWW 53/499 L;

(266) GB1/DDR I 615;

(267) GB1/DDR I 805;

(268) GB1/DDR I 1231;

(269) BG Schwerin NJ 53/314 und BG Suhl NJ 53/314;

Deutschlands nicht vereinbar (270).

Diese Ansicht setzt sich vollkommen über Abschnitt III A 1 des Potsdamer Abkommens hinweg, wo bestimmt ist, daß gesamtdeutsche Wirksamkeit einer nur von einem Zonenbefehlshaber erlassenen Vorschrift und der zu ihrer Ausführung erlassenen Landesgesetze nur durch den Kontrollrat angeordnet werden kann (271).

Einige Gerichte der DDR begründen die "ultrazonale" Wirkung der Enteignungsmaßnahmen damit, daß die Ansicht der Deutschen Wirtschaftskommission der DDR (DWK) über gesamtdeutsche Wirksamkeit von den Gerichten nicht nachgeprüft werden dürfe, sondern für sie bindend sei (272).

Die Begründung des OLG Dresden (273), gemäß den Grundsätzen des IPR hätten Enteignungsmaßnahmen stets überregionale Wirkung, verdreht den verwaltungskollisionsrechtlichen (nicht internationalprivatrechtlichen!) Grundsatz von der territorialen Begrenzung der Wirksamkeit von Zwangsmaßnahmen gerade in sein Gegenteil.

III. Das Territorialitätsprinzip.

Mit der Erörterung der Wirkung von konfiskatorischen Hoheitsakten über die Grenzen des Territoriums hinaus wird ein Problem des Verwaltungskollisionsrechts angeschnitten, das des "Territorialitätsprinzips der Zwangsmaßnahmen".

Eine Definition des Wesens und der Wirkungen der Staatsgewalt ist sehr schwer. Versucht man aber dieser Umschreibung der Staatsgewalt von einer Betrachtung der Staatsmittel, nicht der Staatsziele, näherzukommen, so erkennt man als eines der hervorstechendsten Merkmale der hoheitlichen Gewalt, daß sie auf ihrem Gebiet das Monopol des physischen Zwanges hat (274). Eine Macht wird durch die Verfassung, durch die Überordnung über ein räumlich abgegrenztes Territorium und die diesem Territorium räumlich zugeordneten Personen zur Staatsgewalt; sie erlangt Gebietshoheit über dieses Territorium und diese Personen (275). Würde nun ein anderes, gleichgeordnetes Staatswesen seine Zwangsgewalt auf dem Territorium dieser Staatsgewalt ausüben, so würde es diese Staatsgewalt in dem Punkte treffen, in dem sie am intensivsten staatliche Gewalt ist (276). Jedes staatliche Gebilde ist grundsätzlich für Hoheitsmaßnahmen eines anderen staatlichen Gebildes "undurchdringlich" (277). Ein Staat konzidiert dem Nachbarstaat die Vornahme von Zwangsmaßnahmen auf dessen Territorium, da dieser hierzu auf Grund seiner Staatsnatur oder zumindest seiner

- (270) OLG DDR NJ 54/58 = GRUR 54/284 = MA 54/426; Nathan in Anm. zu OLG Dresden NJ 50/458; Hilde Benjamin NJ 50/145;
- (271) Kurt v. Laun DV 49/548; Friedrich SJZ 48/24; Zivilgericht Basel-Stadt BlfPMZ 53/429 L = GRUR 53/401 = GRUR Auslandsteil 54/28 L = MA 54/775 = NStG Nr.15(1954)/29;
- (272) OLG Dresden DB 51/152; OLG Dresden BB 48/371; OLG Dresden NJ 50/458; LG Leipzig, mitgeteilt bei Beuck, S.10; Rdschr. des Thür. Justizministeriums 67/48, mitgeteilt aaO, S.10, 11; Erlaß der Deutschen Justizverwaltung der SBZ 7022 V 1459/48, mitgeteilt aaO, S.11; vgl.a. Richtl.Nr.1 der DWK zu SMAD-Bef. Nr.64/48, ZVOBl/SBZ 141;
- (273) DB 51/152;
- (274) Ficker, Grundfragen, S.71;
- (275) Neumeyer IV, S.124;
- (276) Ficker, Grundfragen, S.72; Oppenheim-Lauterpacht I, S.286; Neumeyer IV, S.122;
- (277) Neumeyer IV, S.122; Oppenheim-Lauterpacht I, S.295;

tatsächlichen Herrschaft legitimiert ist (278), verwehrt aber diesem Nachbarstaat die Vornahme von Zwangsmaßnahmen auf seinem eigenen Territorium (279).

Es erhebt sich nun die Frage, ob dieser Grundsatz des Völkerrechts ein Gegenstück im Verwaltungsrecht, und zwar im Verwaltungskollisionsrecht hat.

Das Verwaltungskollisionsrecht ist eine selbständig neben dem internationalen Privatrecht stehende Disziplin (280). Seine Anknüpfungen folgen nicht notwendig den Anknüpfungen des internationalen Privatrechts; die Frage nach der auf ein Rechtsverhältnis anwendbaren Privatrechtsordnung ist gänzlich verschieden von der Frage nach dem anwendbaren öffentlichen Recht; die staatlichen Eingriffe in ein privates Rechtsverhältnis regeln ja als "artfremde" Eingriffe (281) nicht das Rechtsverhältnis selbst, sondern beruhen auf diesem Rechtsverhältnis fremden Gründen (282). Auch trifft es keineswegs zu, daß die im Kollisionsprivatrecht üblichen, gewissermaßen "versteinerten" Anknüpfungen die einzigen Möglichkeiten seien; selbst innerhalb des IPR sind die dort verwandten Anknüpfungsmomente nicht unersetzbar (283).

Es gibt - bei großzügiger Betrachtung des öffentlichen Rechts zwei Gruppen von öffentlich-rechtlichen Gesetzesbestimmungen und Verwaltungsakten: solche, die auf Fürsorge für Private gerichtet sind, und solche, die bestimmten Sonderzwecken des Staates selbst gewidmet sind, die selbständig neben der Privatrechtsordnung stehen, die nicht der Regelung des Rechtsverkehrs zwischen Privaten dienen, sondern ganz ausschließlich das Rechtsverhältnis zwischen dem Staat und den ihm gewaltunterworfenen Bürgern regeln (284). Diese letztere Gruppe, die der "artfremden Eingriffe", kann unmöglich in denselben Grenzen auf Privatrechtsverhältnisse wirken wie die Privatrechtsordnung dieses selben Staates, die ja auf Grund der dem Kollisionsprivatrecht eigenen "Sonderfürsorge durch Verweisung" (285) auf zwischenstaatliche Privatrechtsverhältnisse aller Art Anwendung findet; die Auffindung der auf ein Privatrechtsverhältnis einwirkenden öffentlich-rechtlichen Normen, vor allem der in ein Privatrechtsverhältnis zur Wahrung der eigenen Belange des Staates eingreifenden Normen, kann nicht mit Hilfe der *lex causae* des IPR erfolgen (286).

Auch bei der Untersuchung der Anknüpfungspunkte des Kollisionsverwaltungsrechts für hoheitliche Eingriffe muß man davon ausgehen, daß jede Staatsgewalt auf ihrem Territorium das Monopol des hoheitlichen Zwanges hat (287). Der Nachbarstaat kann zwar den außerhalb seines Territoriums befindlichen Personen Befehle erteilen, aber diese Befehle kann er nur innerhalb seines Territoriums zwangsweise durchsetzen; im Aufenthaltsstaat dieser Personen kann er seine Befehle nur durchsetzen, wenn ihm dieser seine Rechtshilfe zur Verfügung stellt, dann ist es aber in Wirklichkeit der Aufenthaltsstaat,

(278) Ficker, Grundfragen, S.74;

(279) Oppenheim-Lauterpacht I, S.286; Neumeyer IV, S.122;

(280) Ficker, Grundfragen, S.66; Neumeyer IV, S.251; Weisbart JZ 51/769;

(281) Neumeyer IV, S.244, 250;

(282) Neumeyer IV, S.244, 249;

(283) Neumeyer IV, S.137; Beitzke JZ 56/673;

(284) Beitzke JZ 56/673; Forsthoff, 4.Aufl., S.57ff; Neumeyer IV, S.250; Niederer, Einführung, S.310; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VI 1 a vor Art.7 EGBGB;

(285) Neumeyer IV, S.250;

(286) Neumeyer IV, S.249;

(287) Friedrich SJZ 48/24; Raape, IPR, 4.Aufl., S.614; OLG Bamberg HEZ 1/188 = SJZ 48/257;

der zwingt (288).

Das Territorium, das Gebiet, innerhalb dessen die Verfassung des Staates gilt (289), ist also die räumliche Begrenzung der Wirksamkeit einer Zwangsmaßnahme des Staates; die Anknüpfungspunkte des Kollisionsverwaltungsrechts sind damit überwiegend räumlicher Natur (290). Zu dieser räumlichen Anknüpfung muß noch eine zeitliche Komponente treten: nur die Personen und Rechte, die sich im Zeitpunkt der Zwangsmaßnahme im Territorium befinden, können von der Zwangsmaßnahme erfaßt werden, später auf das Territorium gelangte Personen und Gegenstände können nur durch eine neuerliche Zwangsmaßnahme erfaßt werden (291).

Nicht die Unterworfenheit unter die Privatrechtsordnung des zwingenden Staates begründet die räumliche Zuordnung zu diesem Staat (292); die im Kollisionsverwaltungsrecht benötigten Anknüpfungspunkte sind mehr objektiver Natur (293), sie müssen ohne Rücksicht auf die maßgebende Rechtsordnung und den Willen der Betroffenen auf den Ort des bestmöglichen Zugriffes (294) abstellen: auf den tatsächlichen Aufenthalt einer Person, auf die tatsächliche Belegenheit einer Sache oder auf die tatsächliche Belegenheit des Schwerpunktes eines Rechtsverhältnisses (295). Dies kann zur Folge haben, daß ein Rechtsverhältnis zwar nur einer Privatrechtsordnung, aber mehreren öffentlich-rechtlichen Ordnungen unterliegt (296). Besonders weit in dieser Richtung gehen die vor allem im Devisenrecht üblichen "ordre-public-Gesetze", die nicht nur solche Rechtsverhältnisse ergreifen, die ihren Schwerpunkt oder einen ihrer Schwerpunkte im Territorium haben, sondern alle Rechtsverhältnisse, die auch nur Wirkungen irgend welcher Art im Territorium äußern (297).

Die beiden Wirkungen dieses "Territorialitätsprinzips der Zwangsmaßnahmen" sind, daß eine Staatsgewalt alle in ihrem Zwangsbereich befindlichen Personen, Sachen und Rechte erfaßt, ohne Rücksicht auf die im einzelnen maßgebende Privatrechtsordnung, daß sie aber auch nur die Personen, Sachen und Rechte ergreifen kann, die ihr räumlich zugeordnet sind, und nicht alle die Personen und Gegenstände erfassen kann, auf die ihre eigene Privatrechtsordnung Anwendung findet,

{288} Ficker, Grundfragen, S.71;

{289} Neumeyer IV, S.124;

{290} Ficker, Grundfragen, S.68; Neumeyer IV, S.137; weil sich eine Person in einem Gebiet aufhält, ist sie den Vorschriften der Verkehrspolizei dieses Gebietes unterworfen; längerer Aufenthalt macht impfpflichtig nach den Vorschriften des Aufenthaltsstaates etc.;

{291} Drobnig RabelsZ 18/659(685ff); Ficker, Grundfragen, S.95, 103; Ernst Wolff, Festschrift Leo Raape, S.181(194ff);

{292} so Schreiber DRZ 48/127; Otto v.Laun VersR 51/92; BGH BGHZ 5/35 = MDR 52/351 = NJW 52/540 = Lindwöhr (1) § 128 HGB = DB 52/267 = GmbHRdSch 52/154 = BB 52/276; LG Karlsruhe VersR 51/103;

{293} Ficker, Grundfragen, S.141; Weisbart JZ 51/769;

{294} Beitzke JR 51/705; Beitzke JZ 56/673; Drobnig RabelsZ 18/659 (683); Ficker, Grundfragen, S.91; Jacobsohn BB 48/219; Niederer Einführung, S.312; Vogel, Festschrift Leo Raape, S.203 (218); OLG Braunschweig HEZ 2/117 = BB 48/502; Seidl-Hohenveldern, Internationales Konfiskations- und Enteignungsrecht; Seidl-Hohenveldern BB 53/837; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VI 1 a vor Art.7 EGBGB; Serick JZ 56/198; Kuhn WM IV B 56/2; BGH NJW 56/785 = BB 56/254;

{295} Ficker, Grundfragen, S.92; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VI 1 vor Art.7 EGBGB;

{296} Beitzke JZ 56/673;

{297} Dölle-Zweigert, MRG 52, S.29; Ficker, Grundfragen, S.63, 93;

wenn sie einem fremden Territorium räumlich zugeordnet sind (298). Beansprucht nun ein Staatswesen außerterritoriale Wirksamkeit seiner Zwangsmaßnahmen, so ist es zu deren Durchsetzung auf die Hilfe des fremden Staates angewiesen. Anders als im Privatrechtsverkehr, wo das Bestreben jedes Staatswesens dahin geht, kein Vakuum durch die Nichtanwendung einer fremden Rechtsordnung entstehen zu lassen, müssen hier schon ganz besondere Gründe hinzutreten, damit sich ein Staat den egoistischen Interessen eines anderen Staates dienstbar macht, damit er sich zum "Büttel" der fremden Staatsgewalt erniedrigt (299).

Dieser verwaltungskollisionsrechtliche, nicht völkerrechtliche (300) Grundsatz der Territorialität von Zwangsmaßnahmen ist auch im interzonalen Kollisionsrecht unbeschränkt anwendbar, er erfordert ja nur das Bestehen zweier selbständiger, von einander unabhängiger und einander gleichgeordneter, räumlich voneinander eindeutig abgegrenzter Zwangsgewalten (301). Er ist in keiner Weise mit dem Staats- und Souveränitätsbegriff des Völkerrechts verbunden (302), wie man bei oberflächlicher Betrachtung wegen der Ähnlichkeit mit dem völkerrechtlichen Grundsatz der Souveränität des Staatswesens annehmen möchte; das eine Prinzip dient ja nur der Auffindung der maßgebenden öffentlich-rechtlichen Ordnung, das andere ist jedoch Wirkung der Staatsgewalt (303). Nur die Durchbrechung des Territorialitätsprinzips auf Grund staatsvertraglicher Regelung ist eine völkerrechtliche Frage (304).

Die meisten westdeutschen Gerichte und Autoren haben die Anwendbarkeit des Territorialitätsprinzips auch klar herausgestellt (305);

- (298) Weisbart JZ 51/769; Hans Lewald, Deutsche Landesreferate, S. 416(419); Beitzke, Festschrift Leo Raape, S.93; Niederer Einführung, S.311; Ficker, Grundfragen, S.93; Drobnig RabelsZ 18/659(685ff); Seidl-Hohenveldern, Internationales Konfiskations- und Enteignungsrecht; Serick JZ 56/198;
- (299) Ficker, Grundfragen, S.75; Raape IPR, 2.Aufl., S.313; Neumeyer IV, S.250; Beitzke JZ 56/673; BGH BGHZ 23/333 = Lindwöhr (21) Art.7ff EGBGB = NJW 57/628 = JZ 57/475 = MDR 57/662 = ROW 57/127;
- (300) so Müller BB 52/903; Mohrbutter DB 54/714; Hartmann, S.19; OGH BZ OGHZ 1/386 = NJW 49/502 = MDR 49/419 = DB 49/240 L u.261; OLG Frankfurt/Darmstadt NJW 53/105 u.869 L = GWV 53/148 L;
- (301) Beitzke, Festschrift Leo Raape, S.93(102ff); OLG Bamberg HEZ 1/188 = SJZ 48/257; Zivilgericht Basel-Stadt BfPlMZ 53/429 L = GRUR 53/401 = GRUR Auslandsteil 54/28 L = MA 54/775 = NSTG Nr.15(1954)/29; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VI 1 b vor Art.7 EGBGB; Beitzke JZ 56/673;
- (302) so Ficker, Grundfragen, S.81, im Gegensatz zu seiner Erkenntnis auf S.77, daß das Kollisionsverwaltungsrecht kein Völkerrecht ist, und Hartmann, S.20;
- (303) nicht Eigenschaft des Staatswesens, wie dies die anglo-amerikanische Staatslehre annimmt: Oppenheim-Lauterpacht I, S.286;
- (304) Beitzke JR 52/1; Weisbart JZ 51/769; Beitzke, Festschrift Leo Raape, S.93(102ff);
- (305) Friedrich SJZ 48/24; Raape, IPR, 4.Aufl., S.614; Beuck, Interzonales Privatrecht, S.21; Beuck DB 55/829; Dölle, Festschrift Leo Raape, S.149; Bieringer BB 50/926; Rabeling MDR 51/715; Drobnig, RabelsZ 18/659; Hans Lewald, Deutsche Landesreferate, S.416(435ff); Walter Jellinek, Festschrift Kiesselbach, S.125 (137); Jacobsohn BB 48/219; Beitzke, Festschrift Leo Raape, S.93(102ff); Beitzke BB 49/519; Beil BB 48/592; Remmert NJW 49/81; Vogel, Festschrift Leo Raape, S.203 (215); Bussmann GRUR 50/93; Tetzner JR 50/363; Schriftltg. BB 48/183; Würdinin (Fortsetzung S.46)

allerdings teilweise unter Bezeichnung des Territorialitätsprinzips als Grundsatz des internationalen Privatrechts (306).

Auch die ostdeutschen Gerichte und Autoren haben vor Erlaß der Richtl. Nr.1 der DWK zu SMAD-Bef. Nr.64/48 das Territorialitätsprinzip bejaht (307).

Viel zu eng war aber die - inzwischen aufgegebene - Argumentation

- ger SJZ 50/81; Palandt-Lauterbach, 15.Aufl., Anm. 14 g) vor Art.7 EGBGB; Langen in Anm.zu OLG Braunschweig MDR 48/55; Harmsen in Anm.zu OLG Hamburg NJW 47/48/693; Thomas in Anm.zu OLG München MDR 50/682; Hefermehl in Anm.zu BGH GRUR 58/189; Pohle in Anm.zu BGH MDR 57/662; Beitzke JZ 56/673; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VI 1 b vor Art.7 EGBGB; LG Düsseldorf, mitgeteilt bei Beuck, S.21; AG Fürth/Bay., mitgeteilt bei Beuck, S.62; AG Krefeld, mitgeteilt bei Beuck, S.20; OLG Hamburg NJW 53/1633 = VerBAV 53/233 = GWV 53/499 L; OLG Hamburg DB 51/15; OLG Braunschweig NdsRpfl 48/192 = NJW 47/48/486 u.556 L; OLG Braunschweig HEZ 2/117 = BB 48/502; OLG Braunschweig MDR 48/55 = NdsRpfl 47/56 = BB 47/227 = VeröfFVW 47/23; OGH BZ HEZ 2/362 = JR 49/286 = MDR 49/351 = BB 49/258 L = DV 49/360; OGH BZ NJW 50/644 = OGHZ 4/6 = VersR 50/104 L = DB 50/299 L u.312 = VABln 50/61; BGH BGHZ 5/35 = NJW 52/540 = LindMöhr (1) § 128 HGB = MDR 52/351 = DB 52/267 = BB 52/276 = GmbHRdSch 52/154; BGH LindMöhr (19) § 242 (Cd) BGB = JR 54/179 = MDR 54/286 = BB 54/210 = DB 54/191 = HW 54/193 = NStG Nr.16(1954)/30; OLG Schleswig NJW 50/193 = VersR 51/87; OLG Celle NJW 47/48/385; KG West MDR 51/40 = HW 50/9; OLG Nürnberg NJW 50/228 = SJZ 50/277 = DB 50/104 = BB 50/926; LG Mannheim GRUR 51/129; LG Gießen MDR 51/747; KG West JR 50/307; OLG Düsseldorf NJW 50/470 = BB 50/54 = GRUR 50/145, ber.296 = DB 50/21; LG Düsseldorf GRUR 49/299; OLG Düsseldorf GRUR 51/73 = BlfPMZ 51/56 = DB 50/484; BGH NJW 58/17 = ROW 58/33 = MDR 58/154 = GRUR 58/189 = JZ 58/241 = BB 57/1120; BGH NJW 58/745 = BB 58/252; BGH ROW 57/125; BGH BGHZ 23/333 = LindMöhr (21) Art.7 ff EGBGB = NJW 57/628 = JZ 57/475 = MDR 57/662 = ROW 57/127; BGH ROW 57/251; BGH NJW 56/785 = BB 56/254; OLG Frankfurt BB 56/220; LG Hamburg NJW 57/505; OLG Köln NJW 56/1445 = BB 57/277; OLG Stuttgart GRUR 56/124; vgl.a. RGZ 102/251 für interlokales Recht; a.M. nur LG Hamburg MDR 47/235 = BB 47/299 und LG Oldenburg NJ 52/139; unklar Braga in Anm.zu BGH MDR 58/154, der zu einer Ablehnung der ultrazonalen Enteignungswirkungen aus §§ 823ff BGB neigt;
- (306) Schmidt VersR 50/153; Kurt v.Laun DV 49/548; Veith MDR 51/258; Saalfrank BB 50/805; Serick RabelsZ 20/86(91ff); Lutz GRUR 48/84; BGH BGHZ 7/303 = NJW 53/19 = LindMöhr (3) § 372 BGB = JR 53/22 = JZ 53/178 = MDR 53/27 = BB 52/901 = DB 52/967; OLG Hamburg NJW 47/48/693 = HEZ 2/6 = MDR 48/283 = SJZ 48/604 = BB 48/341 = GRUR 48/260 = BlfPMZ 48/49/111; OLG Hamm HEZ 2/244; OLG Nürnberg BayJLBl 55/79; LG Mannheim BB 48/92; AG Groß-Gerau JR 51/121 bezeichnet das Territorialitätsprinzip sogar als Vergeltungsrecht gem. Art.31 EGBGB;
- (307) LG Dresden, mitgeteilt bei Beuck, S.9; LG Cottbus, mitgeteilt bei Beuck, S.23; LG Leipzig DRZ 48/137 = SchlHA 48/176; LG Leipzig JR 48/26; LG Leipzig BB 48/96; LG Halle JR 50/310; OLG Gera DRZ 48/493 = BB 48/372 = Nr.253 RegBlThür II 48/230 L; OLG Gera JR 51/242; AG Eisenach BB 48/96 = VeröfFVW 47/32; Benkard DRZ 47/356; Benkard DRZ 49/320;

des 1.Senats des BGH (308), der das Territorialitätsprinzip auf Konfiskationen beschränkte. Das Territorialitätsprinzip gilt für alle "artfremden Eingriffe" der Staatsgewalt in Privatrechtsverhältnisse, also auch für rechtsstaatlich fundierte Enteignungen und enteignungsgleiche Eingriffe, auch für hoheitliche Einsetzung von Vermögensverwaltern (309).

IV. Anwendbarkeit des Territorialitätsprinzips auch zur Ablehnung fremder Zivilurteile.

Das Territorialitätsprinzip schränkt nicht nur die direkten Auswirkungen der konkreten Enteignungsmaßnahme auf das Hoheitsgebiet der eingreifenden Staatsgewalt ein; auch Zivilurteile, deren Anerkennung das Territorialitätsprinzip durchlöchern würde, werden durch das Territorialitätsprinzip auf territoriale Wirksamkeit zurückgedrängt. Das Territorialitätsprinzip ist ein selbständig neben der Vorbehaltsklausel stehender Rechtsbehelf auch im internationalen und interzonalen Zivilprozeßrecht.

Da aber immer wieder Stimmen laut werden, die die Ablehnung fremder, zur Durchsetzung der überregionalen Wirkung einer Enteignungsmaßnahme erlassener Zivilurteile mit Hilfe der Vorbehaltsklausel für richtig halten (310), bedarf es einer Klarstellung der Unterschiede zwischen Vorbehaltsklausel und Territorialitätsprinzip.

V. Verhältnis des Territorialitätsprinzips zur Vorbehaltsklausel.

Die Vorbehaltsklausel des Kollisionsrechts trägt Ausnahmecharakter. Sie ist - außer der hier nicht interessierenden Kontrollfunktion im materiellen Kollisionsrecht - geschaffen zur Abwehr von fremden Hoheitsakten im Einzelfall; sie ist ein Notbehelf, der nur subsidiär angewandt werden will, also wenn ein anderes Mittel zur Abwehr eines fremden Hoheitsaktes nicht gegeben ist (311). Demgegenüber ist das Territorialitätsprinzip ein grundsätzliches Mittel zur Abwehr solcher Hoheitsakte, durch die der Staat spoliativ (311a) oder konfiskatorisch in bestehende Privatrechtsverhältnisse eingreift, ohne daß es wie bei der Vorbehaltsklausel, die ja stets ein Unwerturteil über die fremde Rechtsordnung fällt (312), darauf an-

- (308) NJW 55/1151 = Lindlöhr (9) § 12 BGB = BGHZ 17/209 = LDR 55/599 = BB 55/680 = DB 55/684 = BfE LZ 55/360 L = GRUR 55/490 = WRP 55/165 = WuW 55/564; ebenso Hartmann, S.32;
- (309) BGH NJW 52/420 = BB 52/304 = Lindlöhr (2) Art.7ff EGBGB = DNotZ 52/225 = GmbIRdSch 52/74 L = HW 52/101 u.131 L = VersR 52/231 L; Beitzke in Anm.zu BGH LDR 55/599; Würdinger in Anm.zu LG Göttingen LDR 47/95; Neumeyer IV, S.248; BGH ROW 57/125; BGH ROW 57/251; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VI 1 b und VI 1 e)ff(ddd) vor Art.7 EGBGB;
- (310) OLG-Präs. Köln, mitgeteilt bei Beuck, S.165; LG West JR 51/152 = BB 51/64 = DGVZ 51/55 = HW 51/342; LG Hamburg VersR 51/88; OLG Stuttgart NJW 55/1154; LG Oldenburg NJ 52/139; Arwed Blomeyer, Vortrag vor dem BDI, S.16; Müller BB 52/903; Seeger JR 51/359; Seeger NJW 52/210; Otto v.Laun VersR 51/92; Fatschke in Anm.zu OLG Oldenburg BB 54/326;
- (311) Neumeyer IV, S.230; Beitzke JR 52/1; Dölle, Festschrift Leo Raape, S.149; Entschl. III.Int.Kongr. f.Rechtsvergleichung, RabelsZ 16/486 Nr.VI;
- (311a) Ausdruck von Niederer, Einführung, S.310;
- (312) Neumeyer IV, S.230;

käme, ob der abwehrende Staat gleiche oder ähnliche Zwangsmaßnahmen, z.B. Enteignung gegen Entschädigung, Einsetzung eines staatlichen Vermögensverwalters, selbst vornimmt (313). Das Territorialitätsprinzip ist einer ganz anderen Wurzel entwachsen als die Vorbehaltsklausel, es ist ein selbständig neben der Vorbehaltsklausel stehender Rechtsbehelf (314).

Die Vorbehaltsklausel ist auch wegen ihres Ausnahmecharakters ein viel stärkeres Mittel zur Abwehr des fremden Rechts als das Territorialitätsprinzip, das in seinem Anwendungsbereich fest umrissen ist (315); durch ständigen Gebrauch würde die Vorbehaltsklausel als schärfste Waffe des Kollisionsrechts nur abgestumpft (316). Dazu kommt noch, daß die Dehnbarkeit der Vorbehaltsklausel den straffen Normen des Verwaltungsrechts gegenübersteht, bei denen nicht eine Abwehr im Einzelfalle, sondern eine grundsätzliche Abwehr geboten ist (317).

Bei unter Beachtung der Grenzen des Territorialitätsprinzips erfolgten Enteignungen kann man sich zur Verneinung der Endgültigkeit des Enteignungsaktes hinsichtlich eines nach der Enteignung aus dem Enteignungsland verbrachten Gegenstandes nicht mehr auf das Territorialitätsprinzip berufen; durch die Beachtung der Endgültigkeit der im Enteignungsland neugeschaffenen Ordnung hilft ja der Staat nicht bei der Durchsetzung der Enteignungsmaßnahme. Hier kann nur noch in Ausnahmefällen eine Abwehr der Enteignungswirkungen mit Hilfe der allgemeinen Vorbehaltsklausel eingreifen (318). Grundsätzlich sollte aber kein Staatswesen die in einem anderen Staatswesen durch die Enteignung geschaffene neue Ordnung durch allzu intensive Anwendung der ordre-public-Klausel gefährden und damit die Vorbehaltsklausel des Kollisionsprivatrechts zu einem politischen Werkzeug erniedrigen (319).

Eine Anwendung der Vorbehaltsklausel zur Abwehr von Eigentumsansprüchen des durch die Enteignung Begünstigten ist freilich dann geboten, wenn der Enteignete selbst nach der Enteignung von der Enteignung betroffene Gegenstände bei seiner Flucht in ein anderes Ter-

- (313) Neumeyer IV, S.248;
- (314) Neumeyer IV, S.251; Beitzke JZ 56/673;
- (315) Beitzke BB 49/519; Neumeyer IV, S.230; Niederer, Einführung, S.307; Ulmer SJZ 48/674 = GRUR 49/63;
- (316) Martin Wolff, IPR, 3.Aufl., S.68; Raiser in Anm.zu OLG Nürnberg SJZ 50/277;
- (317) Weisbart JZ 51/769;
- (318) Ficker, Grundfragen, S.100; Dölle, Festschrift Leo Raape, S.149(174ff); Drobnig RabelsZ 18/659(685ff); Veith MDR 51/258; Neumeyer IV, S.252; Pohle in Anm.zu BGH LDR 57/662; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VI 1 d und VI 1 f vor Art.7 EGBGB; Serick JZ 56/198;
- (319) Neumeyer IV, S.252; Möhring in Anm.zu OLG Nürnberg NJW 50/228; Ernst Wolff, Festschrift Leo Raape, S.181(194ff); Beitzke JR 51/705; Tetzner JR 50/363; Schmidt VersR 50/153; Veith MDR 51/258; Drobnig RabelsZ 18/659(685ff); Würdinger SJZ 50/81; Raiser in Anm.zu OLG Nürnberg SJZ 50/277; OLG Oldenburg BB 54/326; OLG Hamburg LDR 51/560 = JZ 51/444 = BB 51/853 = DB 51/484 = GmbHRdSch 51/95; LG Oldenburg NJ 52/139; OLG Nürnberg BayJMB1 55/79; OLG Braunschweig HEZ 2/117 = BB 48/502; a.M. Arwed Blomeyer, Vortrag vor dem BDI, S.7; Arwed Blomeyer in Anm.zu OLG Hamburg LDR 51/560; Bieringer BB 50/926; Seeger JR 51/359; Seeger NJW 52/210; Raape, IPR, 4.Aufl., S.624, 625; Patschke in Anm.zu OLG Oldenburg BB 54/326; Kurt v. Laun DV 49/548; Beuck, Interzonales Privatrecht, S.13, 16; Hoffmann JR 53/158; Hartmann, S.34; LG Berlin-West BB 52/841 u.899; OLG Nürnberg NJW 50/228 = SJZ 50/277 = DB 50/104 = BB 50/926; LG Hamburg VersR 51/88;

ritorium mitbringt, denn diesen Gegenständen ist nur rechtlich, aber nicht tatsächlich der Stempel der Enteignung aufgedrückt, sodaß sich eine Anerkennung der Endgültigkeit als grober Sittenverstoß darstellen würde (320)(321).

Die Nichtanerkennung der Endgültigkeit einer Enteignung berechtigt dann natürlich den enteignenden Staat seinerseits zur Anwendung der Vorbehaltsklausel; die Hinnahme einer fremden Nichtanerkennung der eigenen, durch die Enteignung geschaffenen staatlichen Ordnung wäre in jedem Falle ein grober Verstoß gegen ordre public (322).

VI. "Überwirkungen" fremder Hoheitsakte.

Nun gibt es aber Fälle einer Beachtung fremden Verwaltungsrechts, deren Motiv augenscheinlich nicht in Rücksichten auf die fremde Regelung als solche begründet ist, sondern in der Rückwirkung, die eine derartige Regelung gegenüber Dritten besitzt. Die Totalenteignung der Zweigniederlassung eines Gewerbebetriebs muß im Westen zu Eintragung gem. § 15 Abs.4 u.5 HGB, die lastenfreie Enteignung eines für eine Gesamthypothek haftenden Grundstückes im Osten zur Löschung des Mithaftvermerks bei den anderen Grundstücken, der Untergang eines Unternehmens durch Enteignung zu Löschung in der Zeichenrolle auf Popularklage hin gem. § 11 Abs.1 Nr.2 WZG führen; es ist ja Aufgabe des Registerrechts, die tatsächliche Rechtslage erkennbar zu machen, ohne daß es darauf ankäme, aus welchen Gründen diese Veränderung der Rechtslage erfolgt ist (323). Genausowenig wie bei Berücksichtigung der tatsächlichen Unzumutbarkeit einer Leistung für den unter dem fremden Verbotssatz stehenden Vertragspartner wird hier der fremde Rechtssatz angewandt, er kommt lediglich als Ausfüllung eines Tatbestandsmerkmals für inländische Rechtsfolgen in Betracht; die Löschungen in den Registern erfolgen ja nicht in Anwendung des fremden Rechts, sondern des inländischen HGB, der inländischen GBO und des inländischen WZG (324). Der fremde Rechtssatz wird ja hier nicht in Durchbrechung des Territorialitätsprinzips im eigenen

- (320) Neumeyer IV, S.253; Ulmer SJZ 48/674 = GRUR 49/63; die beliebte Begründung der Nichtigkeit ostdeutscher Enteignungen wegen Verstoßes gegen Art.153 WRV (so z.B. Raape, IPR, 4.Aufl., S.624; Kurt v.Laun DV 49/548; Bieringer BB 50/926) scheitert bereits an der Suspendierung dieses Art.153 durch § 1 der NotVO des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat v.18.2.1933 (RGBl I 83), ganz abgesehen davon, daß die Reichsgesetze nicht vom Reich, sondern von den Zonenbefehlshabern und später von den beiden deutschen Republiken aufrechterhalten worden sind und auch von diesen abgeändert werden konnten (Benkard DRZ 49/320);
- (321) anders ist es bei diskriminierender Sondergesetzgebung eines Staates gegen die Staatsangehörigen eines feindlichen Staates, wie die in Polen und der CSR 1945 vorgenommenen Enteignungen aller Deutschen, die einen Verstoß gegen das völkerrechtliche Verbot der entschädigungslosen Enteignung von Ausländern und gegen die Haager Landkriegsordnung darstellen; diesen Enteignungen ist in jedem Falle die Endgültigkeit auf Grund der Vorbehaltsklausel zu verweigern: Beitzke, Festschrift Leo Raape, S.93(102ff); Beitzke RabelsZ 15/145; Raiser in Anm.zu OLG Nürnberg SJZ 50/277; OLG Hamburg MDR 51/560 = JZ 51/444 = BB 51/853 = DB 51/484 = GmbHRdSch 51/95; OLG Nürnberg BayJMB1 55/79;
- (322) Neumeyer IV, S.251;
- (323) Drobnig RabelsZ 18/659; OLG Hamm, mitgeteilt bei Beuck, S.17;
- (324) Neumeyer IV, S.191, 192; Drobnig RabelsZ 18/659(685ff); OLG Hamm aa0;

Rechtsgebiet durchgesetzt, es werden nur die "Überwirkungen", die seine Handhabung im fremden Rechtsgebiet zur Folge hatte, kenntlich gemacht (325).

VII. Die Anknüpfungspunkte des Kollisionsverwaltungsrechts.

Da ostdeutsche Urteile immer wieder den durch die Enteignungen begünstigten Rechtsträgern Rechte gegenüber den in der BRep befindlichen Personen und Sachen zusprechen, ist zur Prüfung ihrer Anerkennungsfähigkeit erforderlich, den Anwendungsbereich des Territorialitätsprinzips auf die verschiedenen Gegenstände des Rechtsverkehrs genau zu umreißen. Daß es hierbei nicht auf rechtliche Konstruktionen des BGB, sondern auf die tatsächliche Gewaltunterworfenheit, auf die tatsächliche räumliche Zuordnung ankommen muß, ist klar.

A. Belegenheit von Sachen.

Sachen, das sind Grundstücke wie bewegliche Sachen, unterliegen der Zwangsgewalt am Ort ihrer tatsächlichen Belegenheit (326), ohne daß es auf den Aufenthalt, Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit des Eigentümers oder eine sonstige rechtliche Zuordnung, wie etwa beim Inventar auf eine fiktive Belegenheit am Grundstücksort (327) oder bei Schiffen auf das Recht der Flagge, den Ort des Registereintrags ankäme (328).

Genau wie im IPR (329) folgen auch im Kollisionsverwaltungsrecht die dinglichen Rechte an einer Sache der Belegenheit der Sache; nur am Ort der Sache kann ja die Enteignung durchgesetzt werden. Auch die Akzessorietät der Pfandrechte und Hypotheken kann keine andere Beurteilung ergeben; maßgebend ist nicht die rechtliche Zugehörigkeit des Pfandrechts zur Forderung (330), sondern alleine der Ort des bestmöglichen Zugriffs (331).

- (325) Weumeyer IV, S.193; Drobnig aaO; Lutz GRUR 48/84;
- (326) dies folgt nicht etwa aus der *lex rei sitae* des IPR, wie Hartmann S.22 annimmt, sondern ist eine eigene, zufällig mit der des IPR übereinstimmende Anknüpfung des Kollisionsverwaltungsrechts;
gesetzliche Beispiele (vgl.Drobnig RabelsZ 19/463) sind §§ 11 Abs.1 Nr.3, 12 Abs.1 Nr.3 der 5.DfBest zur SteuerreformVO/SBZ (ZVOB1/SBZ 49/637), § 3 Abs.2 Nr.1 des G zur Feststellung von Vertreibungsschäden i.d.F.v.14.8.1952 (BGBl I 237 u.535);
- (327) OLG Celle NJW 47/48/385;
- (328) Ficker, Grundfragen, S.103, und Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VI 1 e)aa) vor Art.7 EGBGB; auf Belegenheit am Ort des Schiffsregisters stellen dagegen ab: §§ 3 Abs.3, 5 Abs.2 des Feststellungsg i.d.F.v.14.8.1952 (BGBl I 237 u.535); § 11 Abs.1 der 2.DVO zum G zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich v.8.8.1949 (GVBl/Verein.Wirtschaftsgebiet 233);
- (329) Martin Wolff, Rvgl.Hwb.IV, S.396;
- (330) so Seeger NJW 52/210; Schmidt VersR 50/173; Beitzke JR 51/705; Ficker, Grundfragen, S.115ff, unter Hinweis auf den für die tatsächliche Gewaltunterworfenheit der Hypothek jedoch unerheblichen § 1153 Abs.2 BGB;
- (331) Veith MDR 51/258; Schmidt VersR 50/153; OLG Schleswig NJW 50/193 = VersR 51/87;
Hypotheken und Grundschulden teilen die Belegenheit des belasteten Grundstücks gem. § 4 Abs.2 der 1.DfBest zur ÜbernahmeVO v.16.8.1952 (GB1/DDR I 752); in der anderen deutschen Republik (Fortsetzung S.51)

Für die Enteignung gibt es auch keine einheitliche Belegenheit des "Vermögens" als Rechtskomplex, es kommt alleine auf die tatsächliche Belegenheit jedes einzelnen Vermögensgegenstandes an (332).

B. Belegenheit von Forderungen.

Geldforderungen sind der Zwangsgewalt eines Staates dann unterworfen, wenn der Staat den Schuldner zur Leistung zwingen kann. Es kommt also auf die räumliche Zuordnung des Schuldners zum enteignenden Staat an, auf seinen tatsächlichen gewöhnlichen Aufenthalt (nicht auf seinen gesetzlichen Wohnsitz), bei Handelsgesellschaften und juristischen Personen auf den Ort der tatsächlichen Verwaltung (333); die

befindliche Hypothekenbriefe können deshalb für kraftlos erklärt werden gem. § 6 Abs.2 der VO über die Behandlung von Darlehen v.26.1.1950 (GBI/DDR I 57); § 7 Abs.2 Mecklenburg. BausparkassenG v.13.9.1947 (RegBl 247); § 14 Abs.3 Sächs. Bek. über das Versicherungswesen v.12.5.1949 (GVBl 321); § 7 Sächs.-Anhalt. SicherstellungsG v.28.10.1949 (GBI I 41); § 7 Abs.1 Sächs.-Anhalt.DfBest zum VersicherungsG v.1.3.1949 (GBI I 89); § 7 Thüring.VO zur Überführung des Bausparkassenvermögens v.11.3.1947 (RegBl I 45); § 9 Abs.2 Thüring.NeuaufbauErgänzG v.26.2.1948 (RegBl I 39); § 7 Abs.2 der 6.VO z.And. der Mecklenburg.AO Nr.22 v.13.10.1947 (RegBl 247); § 1 Abs.1 m. § 13 G über die Kraftloserklärung von Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldbriefen v.18.4.1950 (BGBl I 88);

(332) OLG Braunschweig HEZ 2/117 = BB 48/502;

(333) Ficker, Grundfragen, S.107; Kurt v.Laun DV 49/548; Dölle, Festschrift Leo Raape, S.149(174ff); Ernst Wolff, Festschrift Leo Raape, S.181(194ff); Friedrich SJZ 48/24; Rabeling MDR 51/715; Veith LDR 51/258; Jacobsohn BB 48/219; Beitzke JR 51/705; Beitzke DB 51/12; Schreiber DRZ 48/127; Lohrbutter DB 54/714; Remmert NJW 49/81; Vogel, Festschrift Leo Raape, S.203(218); Schmidt VersR 50/153; Neumeyer IV, S.248; Würdinger SJZ 50/81; Palandt-Lauterbach, 15.Aufl., Anm. 14 g)cc) vor Art.7 EGBGB; Ulmer GRUR 51/355(358ff); Kegel in Anm.zu BGH JZ 52/654; Pohle in Anm.zu BGH MDR 57/662; Beitzke in Anm.zu BGH JZ 57/475; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VI 1 e)bb) vor Art.7 EGBGB; LG Dresden, mitgeteilt bei Beuck, S.9; OLG-Präs. Köln, mitgeteilt bei Beuck, S.165; BGH NJW 53/19; Lindköhr (3) § 372 BGB = BGHZ 7/303 = JR 53/22 = JZ 53/178 = LDR 53/27 = BB 52/901 = DB 52/967; OGH BZ NJW 50/643 u.906 L; OLG Braunschweig NJW 47/48/486 u.556 L = NdsRpfl 48/192; OLG Braunschweig HEZ 2/117 = BB 48/502; OGH BZ HEZ 2/362 = JR 49/286 = LDR 49/351 = BB 49/258 L = DV 49/360; OGH BZ OGHZ 1/386 = NJW 49/502 = LDR 49/419 = DB 49/240 L u.261; OLG Hamburg DB 51/15; BGH NJW 52/540 = BGHZ 5/35 = Lindköhr (1) § 128 HGB = LDR 52/351 = DB 52/267 = BB 52/276 = GmbHRdSch 52/154; OLG Hamm HEZ 2/244; a.M. BGH BGHZ 23/333 = Lindköhr (21) Art.7ff EGBGB = NJW 57/628 = JZ 57/475 = ROW 57/127 = LDR 57/662 unter Verkenennung der Tragweite des Territorialitätsprinzips; vgl.die Anm.hierzu von Pohle LDR 57/662 und Beitzke JZ 57/475; vgl.a. Abs.VI Bek. über die Treuhandsstelle für die Verwaltung der alten Wohnungsbau- und Siedlungsdarlehen in der SBZ (ZVOBl/SBZ 48/24); S.2 Bek. über Forderungen v.18.1.1951 (LinBl/DDR 6); § 4 G über den Erlaß von Schulden v.8.9.1950 (GBI/DDR I 973); S.2 Bek. über Forderungen v.23.10.1948 (DFW II 58); S.2 AO über die Genehmigungspflicht (DFW 48 VII 47); § 4 Abs.1 der VO über die Behandlung von Darlehen v.26.1.1950 (GBI/DDR I 57); (Fortsetzung S.52)

privatrechtliche Anknüpfung der §§ 269, 270 BGB (334) besagt nichts über die tatsächliche Zugriffsmöglichkeit eines Staates. Die Ansicht, daß eine Forderung überall dort enteignet werden könne, wo der Schuldner Vermögen besitzt (335) oder wo ein Gerichtsstand nach § 2369 BGB gegeben ist (336), übersieht, daß die Forderung gegen den Schuldner, nicht gegen bestimmte Vermögensgegenstände des Schuldners gerichtet ist, daß die Enteignung die Pflicht des Schuldners zur Leistung an den von der Enteignung begünstigten Rechtsträger begründet will und nicht auf Enteignung bestimmter Sachen gerichtet ist (337).

Bei Forderungen gegen eine zum selbständigen Abschluß von Verträgen ermächtigte Zweigniederlassung eines Gewerbebetriebs kommt es auf den Ort dieser Zweigniederlassung an (338), denn dort kann die Enteignung zwangsweise durchgesetzt werden (339).

Bei Forderungen auf Herausgabe einer Sache kommt es jedoch auf die Belegenheit der Sache an; die Enteignung einer solchen Forderung ist nichts anderes als die Enteignung der Sache selbst (340).

Bei Forderungen gegen Gesamtschuldner ergibt sich eine Besonderheit insofern, als die Forderung nur mit Wirkung für die der enteignenden Staatsgewalt räumlich zugeordneten Schuldner enteignet werden kann (341), während die Schuldner mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb des enteignenden Staatswesens dem enteigneten Gläubiger verpflichtet bleiben. Es entsteht also eine Verdoppelung des Gläubigers; da die Enteignung gegen den Gläubiger gerichtet ist, die Verdoppelung des Gläubigers also in seiner Risikosphäre liegt (341a), muß er je nach den Umständen des Einzelfalles dem in Anspruch genommenen Schuldner Schuldnachlaß in Höhe des diesem entgehenden Ausgleichsanspruches gegen die anderen Gesamtschuldner gewähren. Es ist dabei nicht entscheidend, ob der Rechtsübergang auf den durch die Enteignung Begünstigten anzuerkennen ist; maßgebend ist alleine, daß die Forderung in dessen tatsächliche Verfügungsgewalt gelangt ist. Im einzelnen lassen sich hier wohl keine festen Regeln aufstellen, weil unter "Gesamtschuld" die verschiedensten rechtlichen Formen der Solidarhaftung zusammengefaßt sind.

-
- § 3 Mecklenburg.Bausparkasseng v.13.9.1947 (RegBl 247); § 3 der 6.VO z.Änd. der Mecklenburg.AO Nr.22 v.13.10.1947 (RegBl 247); § 11 Sächs.Bek. über das Versicherungswesen v.12.5.1949 (GVBl 321); § 3 Sächs.-Anhalt. Sicherstellungsg v.28.1.1949 (GBI I 41); § 7 Sächs.-Anhalt.DfBest zum Versicherungsg v.1.3.1949 (GBI I 89); § 3 Thüring.VO zur Überführung des Bausparkassenvermögens v.11.3.1947 (RegBl I 45); § 7 Thüring. NeuaufbauErgänzG v.26.2.1948 (RegBl I 39);
- (334) die Otto v.Laun VersR 51/92; Würdinger in Anm.zu LG Göttingen MDR 47/95; LG Karlsruhe VersR 51/103 für maßgeblich halten; vgl. aber Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VI 1 e)bb) vor Art.7 EGBGB;
- (335) Beitzke in Anm.zu OLG Braunschweig NJW 47/48/556;
- (336) Schriftltg. BB 48/183; Raape, IPR, 4.Aufl., S.632;
- (337) Jacobsohn BB 48/219; Beitzke JR 51/705;
- (338) Ernst Wolff, Festschrift Leo Raape, S.181(194ff); ohne daß es auf die Vereinbarung eines Gerichtsstandes ankäme, wie Raape, IPR, 4.Aufl., S.635, glaubt;
- (339) vgl. die auf ähnlichen Überlegungen beruhende Vorschrift des § 21 ZPO;
- (340) Beitzke JR 51/705; Raape, IPR, 4.Aufl., S.632; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VI 1 e)bb) vor Art.7 EGBGB;
- (341) BGH BGHZ 5/35 = Lindmöhr (1) § 128 HGB = NJW 52/540 = LDR 52/351 = DB 52/267 = BB 52/276 = GmbHRdSch 52/154; Raape, IPR, 4.Aufl., S.638;
- (341a) BGH NJW 58/745 = BB 58/252;

Anders zu beurteilen als die Gesamtschulden sind die Gesamthand-schulden, deren Behandlung am Beispiel der OHG erläutert werden soll. Die Verbindlichkeiten der OHG sind gleichzeitig Gesamthand-verbindlichkeiten und gem. § 128 HGB Sonderverbindlichkeiten der Gesellschaft (342). Diese doppelte Haftung jedes Gesellschafters mit getrennten Vermögensmassen ist keine Gesamtschuld (343), sondern eine eigenartige Sonderhaftung mit zwei getrennten Zugriffsmöglich-keiten für denselben Anspruch (344). Der Anspruch gegen die Gesell-schaft ist auch nicht gleichzeitig am gewöhnlichen Aufenthaltsort des Gesellschafters und am Sitz der Gesellschaft belegen, er ist eine wirtschaftliche und rechtliche Einheit, die man auch im Verwal-tungskollisionsrecht nicht auseinanderreißen kann; er ist eindeutig am Sitz der Gesellschaft als dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Rechtsverhältnisses zwischen Gesellschaft und Gesellschaftsgläubiger belegen und kann nur dort enteignet werden. Dort liegt der Ort des bestmöglichen Zugriffes. Nur diese ganzheitliche Betrachtungsweise kann dem Wesen der Gesamthandsgesellschaften gerecht werden.

Die Zwangsvollstreckung aus im Territorium wirksam enteigneten Forderungen in außerhalb des Territoriums belegene Vermögenswerte kann das um Vollstreckungshilfe ersuchte Staatswesen nicht mit Hilfe des Territorialitätsprinzips, wohl aber im Einzelfall mit der allge-meinen Vorbehaltsklausel ablehnen.(345).

C. Belegenheit von hypothekarisch gesicherten Forderungen.

Schwieriger wird nun die Klärung der Belegenheit von hypotheka-risch gesicherten Forderungen. Das Kernproblem ist, ob man die Be-legenheit von Hypothek und persönlicher Forderung nach verschiedenen Anknüpfungspunkten (Grundstücksort und gewöhnlicher Aufenthalt des persönlichen Schuldners) bestimmen muß oder den Rechtskomplex Hypo-thek - Forderung auch kollisionsverwaltungsrechtlich als Einheit be-handelt (346).

Als Anknüpfungspunkt für die Belegenheit der persönlichen Forde-rung kommt keinesfalls die Belegenheit des Hypotheken- oder Grund-schuldbriefes in Betracht; der Brief ist kein Wertpapier im engen Sinne, er ist nicht selbständig Träger des in ihm bezeichneten Rechts, sondern lediglich Nachweis- und Legitimationsurkunde (347); eine Enteignung des Hypothekenbriefes ist noch keine Enteignung der Forderung (348).

Das Grundpfandrecht ist eine Verhaftung des Grundstückes, seine Durchsetzung erfolgt durch Zugriff auf das Grundstück. Die Enteignung des Grundpfandrechts ist somit nur am Grundstücksort möglich; dies ist der Ort des bestmöglichen Zugriffes. Die durch das Grund-pfandrecht gesicherte persönliche Forderung dagegen wird durch Zwang gegen den Schuldner durchgesetzt; der gewöhnliche Aufenthalt des persönlichen Schuldners ist der Ort des bestmöglichen Zugriffes.

(342) Julius v.Gierke, 7.Aufl., S.210;

(343) OHG und Gesellschafter sind ja keine getrennten Schuldnerpersönlichkeiten;

(344) Julius v.Gierke aa0;

(345) Beitzke JR 51/705;

(346) die Akzessorietät des BGB kann hierfür kein Argument liefern, sie besagt ja nicht einmal, daß Hypothek und Forderung kollisionsprivatrechtlich dem selben Recht unterliegen müssen; dies verkennt Ficker, Grundfragen, S.122; vgl.hiergegen Martin Wolff, Rvgl.Hwb.IV, S.396;

(347) KG West JR 50/684;

(348) Beitzke JR 51/705; Beitzke in Anm.zu KG West JZ 51/367;

Das Enteignungsstatut der persönlichen Forderung folgt also nicht notwendig dem der dinglichen Sicherung und umgekehrt (349).

Diese getrennte Belegenheit von Hypothek und Forderung kann zur Folge haben, daß nur die Hypothek oder nur die Forderung enteignet wird; der Schuldner und Grundstückseigentümer sieht sich dann zwei Gläubigern gegenüber, die beide die selbe Forderung gegen ihn geltend machen, der eine auf Grund seiner dinglichen Berechtigung, der andere auf Grund seiner Gläubigerstellung.

Diese Gefahr der Doppelinanspruchnahme ist das mißliche Ergebnis der Kollision des Statuts der Hypothek mit dem der Forderung. Man kann diesem Mißstand auch nicht unter Berufung auf § 1153 Abs.2 BGB begegnen; diese Norm stellt einen Grundsatz für den Privatrechtsverkehr auf und kann folglich nicht auf Eingriffe in den Privatrechtsverkehr aus dem Privatrechtsverkehr fremden Gründen übertragen werden.

Die Enteignung der Hypothek oder der persönlichen Forderung richtet sich primär gegen den Gläubiger, seine Rechtsstellung soll durch die Enteignung aufgehoben werden; fällt aber das Sach- und das Schuldstatut auseinander, so ist der Schuldner, der sich plötzlich zwei Gläubigern gegenüber sieht, der eigentlich Geschädigte, während doch der Gläubiger den Eingriff in seine Rechtsstellung als in seiner Risikosphäre liegend vertreten müßte. Man hat daher versucht, dem Schuldner über § 242 BGB zu helfen, indem man dem enteigneten Gläubiger verwehrt, den Schuldner in Anspruch zu nehmen, solange er ihn nicht von der Gefahr einer Doppelleistung freistellen konnte (350).

Die Gesetzgebung der DDR geht dagegen von einer einheitlichen Belegenheit von Forderung und Hypothek am Ort ihres wirtschaftlichen Schwerpunktes, also am Grundstücksort aus (351); Hypothek und Forde-

- (349) Drobnig RabelsZ 18/659(663ff); Schmidt VersR 50/153; Otto v. Laun VersR 51/92; Palandt-Lauterbach, 15.Aufl., Anm. 14 g)ee) vor Art.7 EGBGB; Raape, IPR, 4.Aufl., S.638; Kegel in Anm.zu BGH JZ 52/654;
BGH BGHZ 1/109 = NJW 51/40 = MDR 51/288; BGH NJW 52/420 = BB 52/304 = LindLöhr (2) Art.7ff EGBGB = DNotZ 52/225 = GmbHRdSch 52/74 L = HW 52/101 u.131 L = VersR 52/231 L; BGH LindLöhr (2) § 275 BGB = JR 54/21 = JZ 53/513 L = BB 53/373 = DB 53/399 L = GWW 53/230; BGH LindLöhr (19) § 242 BGB (Cd) = JR 54/179 = MDR 54/286 = BB 54/210 = DB 54/191 = HW 54/193 = NStG Nr.16(1954)/30; LG Karlsruhe VersR 51/103;
- (350) Beitzke in Anm.zu KG WestJZ 51/367; Beitzke JR 51/705; Drobnig RabelsZ 18/659(664ff); BGH LindLöhr (2) § 275 BGB = JR 54/21 = JZ 53/513 L = BB 53/373 = DB 53/399 L = GWW 53/230; BGH LindLöhr (19) § 242 BGB (Cd) = JR 54/179 = MDR 54/286 = BB 54/210 = DB 54/191 = HW 54/193 = NStG Nr.16(1954)/30;
- (351) § 4 Abs.2 VO über die Behandlung von Darlehen v.26.1.1950 (GBI/DDR I 57); § 3 Mecklenburg.BausparkassenG v.13.9.1947 (RegBl 247); § 3 der 6.VO z.Änd. der Mecklenburg.ÄO Nr.22 v.13.10.1947 (RegBl 247); § 11 Sächs.Bek. über das Versicherungswesen v.12.5.1949 (GVBl 321); § 7 Sächs.-Anhalt. SicherstellungsG v.28.1.1949 (GBI I 41); § 3 Abs.2 Sächs.-Anhalt.DfBest zum VersicherungsG v.1.3.1949 (GBI I 89); § 3 Thüring.VO zur Überführung des Bausparkassenvermögens v.11.3.1947 (RegBl I 45); § 7 Thüring.NeuaufbauErgänzG v.26.2.1948 (RegBl I 39); Abs.VI Bek. über die Treuhandstelle (ZVOBl/SBZ 48/24); S.2 Bek.über Forderungen v.23.10.1948 (DFW II 58); S.2 Bek.über Forderungen v.18.1.1951 (MinBl/DDR 6); S.2 ÄO über die Genehmigungspflicht (DFW 48 VII 47); § 4 Abs.2 S.2 der 1.DfBest.z.ÜbernahmeVO v. (Fortsetzung S.55)

rung werden also nur als Einheit enteignet. Dies ist auch die einzige richtige Behandlung von hypothekarisch gesicherten Forderungen im Enteignungsrecht; Hypothek und persönliche Forderung sind nicht nur für das BGB, sondern auch für die wirtschaftliche Betrachtung eine Einheit, beide sind wirtschaftlich so eng miteinander gekoppelt, daß man sie auch verwaltungskollisionsrechtlich nicht auseinanderreißen kann. Wenn auch in der Konstruktion des BGB die persönliche Forderung die Hauptsache ist und die Hypothek das Akzessorium, so ist doch der tatsächliche Wert des Realkredits durch die wirtschaftliche Entwicklung zu viel höherer Bedeutung gelangt als der Personalkredit; der Schwerpunkt des Kreditverhältnisses liegt ganz eindeutig bei dem sichernden Grundstück (352), hier liegt auch der Ort des bestmöglichen Zugriffes für die enteignende Gewalt. Die persönliche Forderung ist also nach richtiger Ansicht genau wie die Hypothek verwaltungskollisionsrechtlich am Ort des sichernden Grundstückes belegen (353). Dabei ist es ohne Belang, ob persönlicher Schuldner und Grundstückseigentümer dieselbe Person sind oder nicht (354); daß das Schuldverhältnis bei Verschiedenheit von Grundstückseigentümer und persönlichem Schuldner zu einem dreiseitigen wird, begründet auch noch keine Verlagerung des wirtschaftlichen Schwerpunktes.

Die gegen diese ganzheitliche Betrachtungsweise erhobenen Einwände sind nicht durchschlagend. Es stimmt nicht, daß der vorsichtige Gläubiger, der seine Forderung dinglich sichern ließ, schlechter gestellt wird als der weniger vorsichtige, der auf eine dingliche Sicherung verzichtete (355); auf dieser Ebene fehlt nämlich jede Komensurabilität (356), auch die Rechtsstellung "vorsichtiger" Gläubiger ist enteignungsfähig. Auch trifft es nicht zu, daß die ganzheitliche Betrachtungsweise eine dem deutschen Recht unbekannte Form der dinglich beschränkten Haftung begründete (355); hiervon kann keine Rede sein, denn der durch die Enteignung Begünstigte rückt ja in die volle Rechtsstellung des Gläubigers und des aus der Hypothek Berechtigten ein.

Scharf zu trennen von der Enteignung der Hypothek ist die lastenfreie Enteignung des Grundstücks (357). Diese Enteignung ist keine Enteignung der Gläubigerstellung, sondern primär eine Enteignung des Grundstückseigentümers, bei der so nebenbei die dingliche Sicherung des Gläubigers untergeht. Die persönliche Forderung wird lediglich ihrer Sicherung durch das Grundpfandrecht entkleidet. Es wäre auch

-
- 16.8.1952 (GBI/DDR I 752); § 4 Abs.2 Ostberliner VO über die Behandlung von Darlehen (VOBl 50/187); § 4 Thür.AVO zum G über das Bankwesen v.12.4.1948 (RegBl I 56); vgl.Drobnig RabelsZ 18/659(663ff) und RabelsZ 19/463;
- (352) BGH LindMöhr (2) Art.7ff EGBGB = NJW 52/420 = BB 52/304 = DNotZ 52/225 = GmbHRdSch 52/74 L = HW 52/101 u.131 L = VersR 52/231 L; BGH BGHZ 12/79 = LindMöhr (18) § 242 (Bd) BGB = NJW 54/796 = LDR 54/344 = BB 54/302 = GWW 54/283 L; KG West JZ 51/367 = VersR 51/56;
- (353) BGH BGHZ 12/79 = LindMöhr (18) § 242 (Bd) BGB = NJW 54/796 = LDR 54/344 = BB 54/302 = GWW 54/283 L unter Aufgabe der früheren Rechtsprechung; Beuck, Interzionales Privatrecht, S.8; Friedrich SJZ 48/24; Rabeling LDR 51/715; Saalfrank BB 50/805; OLG Schleswig NJW 50/193 = VersR 51/87; KG West JZ 51/367 = VersR 51/56; KG HEZ 2/224 = NJW 49/310 = JR 49/49 u.147 = HW 49/44;
- (354) a.L. BGH LindMöhr (19) § 242 (Cd) BGB = JR 54/179 = LDR 54/286 = BB 54/210 = DB 54/191 = HW 54/193 = NstG Nr.16(1954)/30;
- (355) so Drobnig RabelsZ 18/659(664ff) und LG Hamburg NJW 57/505;
- (356) Seeger JR 51/359 und Wolf in Anm.zu LG Hamburg NJW 57/505;
- (357) vgl.oben § 3 I;

durch nichts begründet, wenn man den in die Risikosphäre des Schuldners fallenden Schaden auf den Gläubiger überwälzte; hier trifft das Argument zu, daß dem Gläubiger die dingliche Sicherung seiner Forderung nicht zum Nachteil gereichen darf (358)(359).

3. Auswirkungen der Forderungsenteignung auf die Bürgschaft.

Die Frage, ob die Enteignung der Hauptforderung den Wegfall der Bürgschaft nach sich zieht oder nicht, läßt sich nicht einfach durch den Hinweis auf die Akzessorietät der Bürgschaft (360) im einen Sinne (361) oder durch Hinweis auf die Sicherungsfunktion der Bürgschaft, die sich gerade beim Wegfall des Hauptschuldners bewähren müsse (362), in anderen Sinne entscheiden.

Den Bürgen entlasten alle die Minderungen der Hauptschuld nicht, gegen deren Eintritt die Bürgschaft den Gläubiger nach Inhalt, Sinn und Zweck des Bürgschaftsvertrages sichern soll. Es ist also in jedem Fall der Sicherungs-, Deckungs- und Risikobereich des Bürgschaftsvertrages gem. §§ 133, 157 BGB genau zu erforschen (363).

3. Belegenheit von verbrieften Forderungen.

Genauso wie nicht verbrieft Forderungen können auch die in Wertpapieren verkörpert Forderungen nur am gewöhnlichen Aufenthaltsort des Schuldners wirksam enteignet werden. Nur die dem Schuldner über-

- (358) Drobnig RabelsZ 18/659(670ff); Denkard DRZ 47/356; Letschert NJW 51/217; Schmidt VersR 50/173; Otto v. Laun VersR 51/92; Beitzke DB 51/12; LG Berlin-West VW 50/326 = VersR 50/168 L = = VABln 50/64; LG Lüneburg MDR 51/430; LG Bielefeld NJW 49/27; OLG DDR NJ 51/224; BG Erfurt NJ 54/246; AG Greifswald NJ 50/409; BGH MDR 58/86; BGH MDR 58/88 = ROW 58/122 = BB 57/1199; Beitzke in Anm. zu BGH MDR 58/86 und zu BGH MDR 58/88; vgl. a. Richtl. Nr. 3 der DWK zu SLAD-Bef. Nr. 64/48 v. 21.9.1948 (ZVODI/SBZ 449); a. M. BGH NJW 52/420 = BB 52/304 = Lindlöhr (2) Art. 7ff EGBGB; = = DNotZ 52/225 = GmbHRdsch 52/74 L = HW 52/101 u. 131 L = VersR 52/231 L und OLG Braunschweig BB 51/600 = VersR 52/38 L = HW 51/341, die beide den grundsätzlichen Unterschied zwischen Enteignung der Hypothek und Enteignung des sichernden Grundstücks nicht erkennen und so zu der Erkenntnis kommen, die Enteignung der Sicherung falle in die Risikosphäre des Gläubigers;
- (359) auch bei Verschiedenheit von persönlichem Schuldner und Grundstückseigentümer muß der Grundstückseigentümer die gegen ihn gerichtete Enteignung des Grundstückes vertreten; durch die Enteignung verliert er entweder die Forderung aus § 1143 Abs. 1 BGB oder er haftet trotz Enteignung des Grundstückes nach dem Grundgedanken des § 1164 Abs. 1 BGB; vgl. Drobnig RabelsZ 18/659(670ff);
- (360) §§ 765, 767 BGB; vgl. a. Art. 509 Abs. 1 Schweiz. Obligationenrecht;
- (361) Veith MDR 51/258; Beitzke NJW 52/841; OLG Gera NJW 47/48/159 = = DRZ 48/262 = Nr. 103 RegBlThür II 47/324 L;
- (362) so Drobnig RabelsZ 18/659(678ff); Raape, IPR, 4. Aufl., 3.638; Kegel in Anm. zu BGH JZ 52/654; OLG Hamburg NJW 53/1633 = Ver BAV 53/223 = GWW 53/499 L; LG Berlin-West NJW 51/238 u. 526 L = = JR 51/24; BG Erfurt NJ 54/246; vgl. a. Soergel-Kegel, 8. Aufl. Anm. VI 1 e) dd) vor Art. 7 EGBGB;
- (363) Bettermann NJW 53/1817;

geordnete Hoheitsgewalt hat regelmäßig die Macht, ihn zu einer Leistung zu zwingen. Es kann also auch bei der Enteignung von Wertpapieren nur auf die räumliche Zuordnung des Ausstellers bzw. Akzeptanten zur enteignenden Staatsgewalt ankommen (364); der Verwahrungsort des Papiers (365) ist als Anknüpfungspunkt nicht geeignet (366).

VIII. Wirkungen des Territorialitätsprinzips

bei Enteignung von Handelsgesellschaften und juristischen Personen.

A. Territorial begrenzte Vernichtung der Rechtspersönlichkeit.

In der DDR wird die Ansicht vertreten, daß enteignete Personal- und Kapitalgesellschaften im Interesse der öffentlichen Hand liquidationslos vernichtet seien, daß ihre Rechtspersönlichkeit untergegangen sei (367). Teilweise beruft man sich dabei auf die Rechtsprechung des RG zum Gesetz über die Einziehung des kommunistischen Vermögens v.26.5.1933 und zum Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens v.14.7.1933 (368), teilweise auf den in SMAD-Bef. Nr.64/48 und der Richtl. Nr.1 der DWK v.28.4.1948 (369) bekundeten Willen des Gesetzgebers (370). OLG Gera (371) zeigt aber erhebliche Zweifel an der Richtigkeit dieser Lösung und schränkt die liquidationslose Vernichtung der Gesellschaft auf das Gebiet der SBZ ein, indem es darauf hinweist, daß eine Gesellschaft nur mit Wirkung für das Territorium untergehen könne, in dem sie enteignet ist (372). Noch weiter sind andere ostdeutsche Gerichte gegangen, indem sie die Vernichtung der Rechtspersönlichkeit auch für die SBZ verneinen, solange die Gesellschaft im Westen noch Vermögen besitzt (373).

Der durch die Enteignung der Handelsgesellschaft begünstigte VEB kann nur die im Gebiet des enteignenden Staatswesens, also in der DDR belegenen Vermögenswerte der Gesellschaft beanspruchen; die außerhalb des Territoriums belegenen Vermögenswerte bleiben wegen der territorialen Beschränkung der Enteignungsmaßnahmen enteignungsfrei, sie verbleiben dem enteigneten Unternehmen (374). Ginge man nun da-

- (364) Saalfrank BB 50/805; OLG Stuttgart NJW 55/1154; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VI 1 e)gg) vor Art.7 EGBGB;
- (365) an den Remmert NJW 49/81 und Palandt-Lauterbach, 15.Aufl., Anm. 14 g)cc) vor Art.7 EGBGB anknüpfen;
- (366) am Verwahrungsort enteignete Wertpapiere sind als abhandengekommen anzusehen; für das Aufgebotsverfahren muß in jedem Fall ein westdeutscher Gerichtsstand gegeben sein, evtl. muß § 1005 Abs.1 S.2 ZPO entgegen seinem Wortlaut angewandt werden: OLG Stuttgart NJW 55/1154;
- (367) Nathan NJ 54/340; Hilde Benjamin NJ 50/145; OLG Gera DRZ 48/493 = BB 48/372 L = Nr.253 RegBlThür II 48/230 L; OLG Gera JR 51/242; OLG Dresden NJ 50/458; OLG Erfurt (Plenum) NJ 51/38; AG Magdeburg LDR 49/759;
- (368) RGBl I 293; RGBl I 479; RGZ 148/67 und RGZ 153/338; vgl. OLG Gera JR 51/242;
- (369) ZVOB1/SBZ 141;
- (370) OLG Dresden NJ 50/458; AG Magdeburg MDR 49/759;
- (371) DRZ 48/493 = BB 48/372 L = Nr.253 RegBlThür II 48/230 L;
- (372) vgl.a. Benkard BB 48/29; Benkard in Anm.zu OLG Gera DRZ 48/493;
- (373) LG Leipzig DRZ 48/137 = SchlHA 48/176; LG Leipzig JR 48/26; OLG Gera Nr.103 RegBlThür II 47/324 L = DRZ 48/262 = NJW 47/48/159;
- (374) LG Hannover, mitgeteilt bei Beuck, S.58; AG Fürth, mitgeteilt bei Beuck, S.62; OLG Braunschweig NJW 47/48/486 u.556 L = Nds Rpfl 48/192; OLG Schleswig NJW 50/193 = VersR 51/87; OLG Frankfurt/Darmstadt NJW 53/105 u.869 L = GWW 53/148 L; Rabeling MDR 51/715;

von aus, daß sich die Rechtspersönlichkeit einer Gesellschaft auch im Verwaltungskollisionsrecht stets nach ihrem Personalstatut, nach dem Recht am Ort ihrer Hauptniederlassung bestimmt, so würde die im Osten enteignete Gesellschaft mit Wirkung auch über das Territorium hinaus eben liquidationslos vernichtet, sie wäre als Rechtspersönlichkeit auch mit Wirkung über das Territorium hinaus untergegangen (375), das Westvermögen wäre herrenlos geworden.

Man muß nun freilich beachten, daß sich die Rechtsform einer juristischen Person oder Handelsgesellschaft nach dem Recht am Ort ihrer Hauptniederlassung bestimmt; die im kontinentalen internationalen Privatrecht absolut herrschende Sitztheorie beurteilt die Rechtsform nach dem am tatsächlichen Sitz der Verwaltung geltenden Recht. Diese Norm des Kollisionsprivatrechts gilt aber nur für Errichtung, Umbildung, Liquidation und Erlöschen im Rahmen des Privatrechtsverkehrs (376). Die konfiskatorischen und spoliativen Eingriffe der Hoheitsgewalt in die Rechtsnatur der juristischen Person oder Handelsgesellschaft aber folgen nicht dem Wirkungsbereich der privatrechtlichen Normen, sondern sind durch das Territorialitätsprinzip auf das Hoheitsgebiet beschränkt, denn die Rechtsform einer juristischen Person oder Handelsgesellschaft besteht ja nicht nur am Sitz der Verwaltung, sondern ist überall dort "belegen", wo sie ihre Wirkungen äußert; nur mit Wirkung für das Hoheitsgebiet der DDR kann die juristische Person oder Handelsgesellschaft durch Zwangseingriffe der DDR vernichtet werden (377).

Die beliebte Begründung, die Verleihung der Rechtspersönlichkeit beruhe auf Reichsrecht (378) und könne somit nur auf Grund Reichsrechts entzogen werden (379), führt zwar zum gleichen Ergebnis,

- (375) so LG Lannheim BB 48/92; Schriftleitg. in Anm. zu OLG Gera BB 48/372;
- (376) die den Privatrechtsverkehr ergänzenden Normen des öffentlichen Rechts über Genehmigungspflicht etc. folgen ebenfalls der *lex causae*: Neumeyer IV, S.250; Niederer, Einführung, S.310;
- (377) Rabeling LDR 51/715; Beuck, Interzonales Privatrecht, S.23; Beuck DB 55/829; Friedrich SJZ 43/24; Drobnig RabelsZ 18/659; Remmert NJW 49/31; Beitzke JZ 56/673; Kuhn WL IV B 56/2; Soergel-Negel, 8.auf., Anm. VI 1 e)ee) u. VI 1 e)ff)ddd) vor Art. 7 EGBGB;
- OLG Schleswig NJW 50/193; LG Hamburg SJZ 47/195; OLG Hamburg, mitgeteilt bei Beuck, S.25; OLG Düsseldorf DB 50/484 = GRUR 51/73 = BfPMZ 51/56; LG München I NJW 53/465; KG NJW 49/310 = HEZ 2/224 = JR 49/49 u.147 = HW 49/44; OLG Bamberg HEZ 1/188 = SJZ 48/257; Zivilgericht Basel-Stadt BfPMZ 53/429 L = GRUR 53/401 = GRUR Auslandsteil 54/28 L = MA 54/775 = NSTG Nr.15 (1954)/29; LG Frankfurt GRUR 54/462 = BfPLZ 54/450 L; LG Osnabrück DB 54/842; OLG Köln NJW 56/1445; BGH BGHZ 17/209 = NJW 55/1151 = LindMöhr (9) § 12 BGB = LDR 55/599 = BB 55/680 = DB 55/684 = BfPMZ 55/360 L = GRUR 55/490 = WRP 55/165 = WuW 55/564; BGH NJW 58/17 = ROW 58/33 = LDR 58/154 = GRUR 58/189 = JZ 58/241 = BB 57/1120;
- an Stelle des Territorialitätsprinzips wollen Serick JZ 56/198 und Müller BB 52/903 die allgemeine Vorbehaltsklausel anwenden;
- (378) das stimmt gar nicht immer: die Rechtsform der bergrechtlichen Gewerkschaften beruht auf Landesrecht;
- (379) Serick JZ 56/198; Serick RabelsZ 20/86(94ff); Ficker, Grundfragen, S.149; Hans Lewald, Deutsche Landesreferate, S.416(435ff); Benkard DRZ 47/356;
- auch die Ansicht, eine liquidationslose Vernichtung könne wegen Nichtbeachtung der Vorschriften des Gesetzes über die Auflösung
- (Fortsetzung S.59)

scheitert aber daran, daß wegen Fehlens eines Reichsgesetzgebers die Befugnis zur Abänderung von Reichsrecht auf die Zonenbefehlshaber und von diesen auf die beiden deutschen Republiken übergegangen ist (380).

Nur eine juristische Person oder Handelsgesellschaft, die ausschließlich im Gebiet der enteignenden Macht befindlich war, konnte vollkommen enteignet werden und somit auch liquidationslos erlöschen. Dieses Erlöschen ist dann auch über die Grenzen der enteignenden Macht hinaus zu beachten, denn die räumlichen Schranken der Zwangsgewalt sind hier gewahrt (381).

Entscheidend für den Untergang einer Kapital- oder Personalgesellschaft durch Enteignung muß stets sein, ob die enteignende Staatsgewalt unter Beachtung der Grenzen des Territorialitätsprinzips durch ihren Zwangseingriff die wirtschaftlichen Grundlagen ganz entziehen konnte oder nicht (382). Wann dies der Fall ist, muß für juristische Personen und Personalgesellschaften nicht unbedingt von den gleichen Tatbestandsmerkmalen abhängen.

Die wirtschaftlichen Grundlagen einer Kapitalgesellschaft sind vor allem die Vermögenswerte; ihr Aufbau ist nicht zerstört, wenn sie noch Vermögen besitzt (383). Dabei ist es keineswegs erforderlich, daß die Kapitalgesellschaft eine der Enteignung nicht unterworfenen Zweigniederlassung besitzt (384); auch enteignungsfreie

und Löschung von Gesellschaften und Genossenschaften v.9.10. 1934 (RGBl I 914) nicht in Frage kommen, wird ernsthaft vertreten, vgl. Ficker, Grundfragen, S.149 N.32; Vogel, Festschrift Leo Raape, S.203(217 u.226); LG Berlin-West NJW 51/238 u.526 L = JR 51/24;

(380) Müller BB 52/903; Beitzke NJW 52/841; Raape, IPR, 4.Aufl., S.628;

(381) es wäre ja auch lebensfremd, eine nicht mehr existierende Gesellschaft, deren Aufbau nach innen und außen vollkommen zerstört ist, als fortbestehend zu betrachten; dies vertritt nur Ficker, Grundfragen, S.152, unter Behauptung ein- für allemal fortdauernder Immunität der auf Grund Reichsrechts erlangten Rechtsstellungen wegen Unabänderbarkeit des Reichsrechts; vgl. aber Ernst Wolff, Festschrift Leo Raape, S.181(194ff); Drobnig RabelsZ 19/463; Friedrich SJZ 48/24; Benkard DRZ 47/356; Beitzke NJW 52/841; Beitzke in Anm.zu AG Lagdeburg LDR 49/759; Beuck DB 55/829; Lutz GRUR 48/84; OLG Bamberg DNotZ 50/475;

(382) ob "der Gesellschaftsaufbau durch die Enteignung nach innen und außen zerstört ist": KG NJW 49/310 = HZ 2/224 = JR 49/49 u.147 = HW 49/44; Friedrich SJZ 48/24; RGZ 110/422; BGH ROW 57/125; BGH NJW 56/785 = BB 56/254;

(383) Raape, IPR, 4.Aufl., S.628; Ernst Wolff, Festschrift Leo Raape, S.181(194ff); Friedrich SJZ 48/24; Veith LDR 51/258; Müller BB 52/903; Serick RabelsZ 20/86(87ff); Würdinger SJZ 50/81; Beitzke in Anm.zu OLG Braunschweig NJW 47/48/556; Beitzke JZ 56/673; Kegel in Anm.zu BGH JZ 52/654; OLG Hamburg, mitgeteilt bei Beuck, S.25; KG West LDR 51/40 = HW 50/9; Zivilgericht Basel-Stadt BfIPLZ 53/429 L = GRUR 53/401 = GRUR Auslandsteil 54/28 L = MA 54/775 = NSTG Nr.15(1954)/29; LG Göttingen NJW 50/648 = LDR 50/357 = NdsRpfl 50/41 = BB 50/103; OGH BZ OGHZ 4/6 = NJW 50/644 = VersR 50/104 L = DB 50/299 L u.312 = VABln 50/61; LG Gießen LDR 51/747; OLG Düsseldorf NJW 50/470 = BB 50/54 = GRUR 50/145, ber.296 = DB 50/21; OLG Köln NJW 56/1445;

(384) Friedrich SJZ 48/24; Ulmer GRUR 51/355(358ff); a.M. Benkard DRZ 47/356;

Außenstände größeren Wertes begründen den Fortbestand des Unternehmens (385). Entscheidend für den Weiterbestand der Gesellschaft ist aber nicht einmal so sehr das Vorhandensein von materiellen Vermögenswerten als der Fortbestand des wegen seines persönlichkeitsgebundenen Charakters den stets objektbezogenen Enteignungsmaßnahmen nicht unterworfenen Mantels des Unternehmens außerhalb des enteignenden Staatsgebildes, der Fortbestand des goodwill mit der Organisation des Ein- und Verkaufs, den Geschäftsverbindungen, dem Kundenstamm, den Beziehungen zur Angestellten- und Arbeiterschaft, den Herstellungsmethoden, den Fabrikationsgeheimnissen, den Betriebserfahrungen; diese Werte sind oft höher zu veranschlagen als die gesamten Fabrikationsanlagen (386).

Wenn die Kapitalgesellschaft außerhalb des enteignenden Landes fortbesteht, so besteht sie als werbende Gesellschaft fort, nicht etwa nur als Zweckvermögensverband, als Gesellschaft des bürgerlichen Rechts oder gar als Liquidationsgesellschaft; es bedarf hierfür weder einer Sitzverlegung (387) noch eines Fortsetzungsbeschlusses (388). Weder die Rechtsfähigkeit noch die Funktionsfähigkeit kann durch den Zwangseingriff über die Grenzen des Territoriums hinaus beeinflusst werden; daß das Unternehmen nicht unmittelbar nach der Enteignung in vollem Umfange als werbende Gesellschaft in Erscheinung treten kann, darf daran nichts ändern (388a). Selbst dann, wenn die Rechtspersönlichkeit auf einer Vorschrift beruht, die nur im Gebiet der enteignenden Hoheitsgewalt gilt, besteht die Gesellschaft als voll funktionsfähige Gesellschaft außerhalb des Enteignungsstaates weiter; der konfiskatorische Eingriff kann die privatrechtlichen und die privatrechtsgestaltenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften, auf denen die Rechtsform der Gesellschaft beruht, nur mit Wirkung innerhalb des Territoriums berühren; außerhalb des Territoriums müssen aber diese Vorschriften, die nun einmal überregionale Wirkung durch die Anerkennung der auf sie gegründeten juristischen Person erlangt haben, nach wie vor für die Beurteilung der Rechts- und Funktionsfähigkeit der dort weiterbestehenden juristischen Person maßgebend sein (389).

- (385) Schreiber DRZ 48/127; Benkard DRZ 48/127 unter Aufgabe seiner früheren Meinung;
- (386) Remmert NJW 49/81; Ulmer GRUR 51/355(358ff); Ulmer SJZ 48/674 = GRUR 49/63; Bussmann GRUR 50/93; Lutz GRUR 48/84; Julius v. Gierke ZHK 112/1; LG Mannheim GRUR 51/129 schätzt mit Recht die gesamte Rezeptur eines chemisch-pharmazeutischen Werkes höher ein als sämtliche materiellen Werte;
- (387) eine Gesellschaft ohne Sitz ist nur durch Gestaltungsurteil gem. §§ 216-218 AktG, §§ 75-77 GmbHG vernichtbar, vgl. OLG Düsseldorf GRUR 51/73 = BfPLZ 51/56 = DB 50/484;
- (388) Raape, IPR, 4. Aufl., S. 630; Schriftltg. BB 47/395; Serick RabelsZ 20/86(87ff); Drobnig RabelsZ 18/659; Würdinger SJZ 50/81; OLG Schleswig NJW 50/193 = VersR 51/87; OLG Frankfurt NJW 54/644; LG Osnabrück DB 54/842; OLG Köln NJW 56/1445; OLG Düsseldorf GRUR 51/73 = BfPLZ 51/56 = DB 50/484; a.L. jedoch Beitzke im Jahresbericht des HZA, mitgeteilt bei Beuck, S. 27; Beitzke BB 49/519; Beitzke in Anm. zu OLG Braunschweig NJW 47/48/556; Beitzke in Anm. zu AG Lagdeburg LDR 49/759; Friedrich SJZ 48/24; Beuck DB 55/829; Vogel, Festschrift Leo Raape, S. 203(220ff); OLG Bamberg HEZ 1/188 = SJZ 48/257; AG Lauenstein BB 51/797 L;
- (388a) BGH ROW 57/125; OLG Köln NJW 56/1445 = BB 57/277;
- (389) dies übersieht LG Gießen LDR 51/747 bei der Beurteilung der Enteignung einer auf Landesrecht begründeten bergrechtlichen Gewerkschaft; vgl. jedoch Beitzke JZ 56/673; Soergel-Kegel, 8. Aufl., Anm. VI 1 e)ff)ccc) vor Art. 7 EGBGB;

Für den Fortbestand einer Personalgesellschaft des Handelsrechts kommt es jedoch nicht in erster Linie auf das Vorhandensein von Vermögen an (390). Das entscheidende Kriterium ist hier mehr persönlichkeitsgebundener Natur: §§ 105, 161 HGB sprechen nur vom Betrieb eines Erwerbsgeschäfts unter gemeinsamer Firma. Für den Fortbestand einer Personalgesellschaft außerhalb des enteignenden Staatswesens ist nur Absicht und Fähigkeit zum Vermögenserwerb erforderlich, nicht das Vorhandensein von Vermögen (391); in viel größerem Maße noch als bei der Kapitalgesellschaft kommt es dabei auf den Fortbestand des goodwill an (392). Ist der Erwerbszweck jedoch aufgegeben, so erhält das Vorhandensein von Vermögen nicht die Gesellschaft, die ja keine eigene Rechtspersönlichkeit darstellt; sie befindet sich in Liquidation (393). Es kann aber nicht erforderlich sein, daß die Betätigung des Erwerbszwecks unmittelbar nach der Enteignung nach außen in Erscheinung tritt; schon der erkennbare Wille zur Fortsetzung der Gesellschaft bei einem Gesellschafter muß für den Fortbestand genügen (392). Auch der Fortbestand einer Personalgesellschaft darf nicht von einer formellen Sitzverlegung abhängen (394); genau wie die Kapitalgesellschaft besteht die Personalgesellschaft außerhalb des enteignenden Landes weiter, sofern nicht ihr wesentlicher Kern, die Absicht und die Fähigkeit zum Vermögenserwerb, infolge der Enteignung tatsächlich untergegangen ist.

Im Osten liquidationslos vernichtete Gesellschaften, sowohl Kapital- wie Personalgesellschaften, werden dort im Handelsregister gelöscht; es fehlt also für eine gewisse Übergangszeit, nämlich bis zur formellen Sitzverlegung der Gesellschaft, eine Eintragung im Handelsregister. Doch darf hiervon der Fortbestand der Gesellschaft nicht abhängen; der Fortbestand folgt allein aus der territorialen Beschränkung der Enteignungswirkungen und darf nicht durch Überbewertung der Ordnungsvorschriften des Handelsrechts vereitelt werden (395); andernfalls würde die Löschung im Register des Enteignungsstaates eine Durchbrechung des Territorialitätsprinzips bewirken (396).

- (390) so anscheinend Ernst Wolff, Festschrift Leo Raape, S.181(194 ff); OLG Nürnberg NJW 50/228 = SJZ 50/277 = DB 50/104 = BB 50/926; BGH BGHZ 5/35 = LindMöhr (1) § 128 HGB = NJW 52/540 = MDR 52/351 = DB 52/267 = BB 52/276 = GmbHRdSch 52/154;
- (391) Geßler-Hefermehl, 2.Aufl., Randz.14 zu § 105; Friedrich SJZ 48/24; Raiser in Anm.zu OLG Nürnberg SJZ 50/277; Hueck, OHG, 2.Aufl., S.217; Julius v.Gierke ZHK 112/1; LG Stuttgart BB 54/847;
- (392) LG Stuttgart BB 54/847; OLG Stuttgart GRUR 56/124;
- (393) Raiser in Anm.zu OLG Nürnberg SJZ 50/277;
- (394) BGH NJW 52/540 = LindMöhr (1) § 128 HGB = BGHZ 5/35 = MDR 52/351 = DB 52/267 = BB 52/276 = GmbHRdSch 52/154; OLG Nürnberg NJW 50/228 = SJZ 50/277 = DB 50/104 = BB 50/926;
- (395) Beuck, Interzonales Privatrecht, S.24; Beuck DB 55/829; Ficker Grundfragen, S.150; Ernst Wolff, Festschrift Leo Raape, S.181 (194ff); Müller BB 52/903; Raape, IPR, 4.Aufl., S.629, 630; OLG Schleswig NJW 50/193 = VersR 51/87; OLG Bamberg HEZ 1/188 = SJZ 48/257; Zivilgericht Basel-Stadt BfPMZ 53/429 L = GRUR 53/401 = GRUR Auslandsteil 54/28 L = MA 54/775 = NStG Nr.15 (1954)/29; LG Göttingen NJW 50/648 = MDR 50/357 = NdsRpfl 50/41 = BB 50/103; LG Gießen MDR 51/747; OLG Köln NJW 56/1445; BGH NJW 58/17 = ROW 58/33 = MDR 58/154 = GRUR 58/189 = JZ 58/241 = BB 57/1120;
- (396) bei der Sitzverlegung einer Kapitalgesellschaft vor 1937 gab es einen Zeitraum, in dem die Firma weder am alten noch am neuen Sitz eingetragen war; es besteht in der Literatur Einigkeit darüber, daß der rechtliche Bestand der Gesellschaft hiervon nicht berührt war; vgl. Schlegelberger-Quassowski, 3.Aufl., Randz.1 zu § 38;

Soll nun der Sitz einer Handelsgesellschaft oder einer juristischen Person verlegt werden, so darf die Ordnungsvorschrift des § 13 c Abs.1 HGB mit §§ 38 AktG, 54 GmbHG (397) nicht entgegenstehen. Wenn das Handelsregister in der DDR geschlossen ist, ist seine Mitwirkung bei der Sitzverlegung nicht möglich; die Neueintragung am neuen Gesellschaftssitz darf hiervon nicht abhängen (398).

Bei der Beschlußfassung über die Sitzverlegung einer AG muß es unschädlich sein, wenn die Sollvorschrift des § 105 Abs.3 S.1 AktG über den Ort der Hauptversammlung nicht beachtet ist, weil in der DDR eine Hauptversammlung nicht mehr abgehalten werden kann (399). Die Organe der juristischen Personen und die Gesellschafter der Personalgesellschaften haben zwar für das Gebiet der DDR ihre Vertretungsmacht verloren, weil dort die Gesellschaft vernichtet ist; dies ist aber für die BRep unbeachtlich, weil hier ja die Gesellschaft fortbesteht und die Vertretungsbefugnis als Recht der Persönlichkeitssphäre gar nicht enteignungsfähig ist (400). Bei Verhinderung der Organe bzw. vertretungsberechtigten Gesellschafter oder auch einzelner Aktionäre kann gem. § 8 ZustErgG v.7.8.1952 (401) ein Abwesenheitspfleger für den satzungsändernden Beschluß über die Sitzverlegung oder für die Herstellung der Handlungsfähigkeit der im Westen weiterbestehenden Gesellschaft bestellt werden. Bei der AG muß in Anbetracht der ungewöhnlichen Umstände über die Vorschrift des § 75 AktG über die zeitliche Beschränkung der Vertretungsbefugnis der Vorstandsmitglieder hinweggesehen werden, sobald das Festhalten an dieser Vorschrift die Handlungsunfähigkeit der im Westen fortbestehenden AG nach sich zöge, weil kein Aufsichtsrat zur Bestellung neuer Vorstandsmitglieder vorhanden ist (402).

Während der VEB originären Erwerb nur der Aktiva des enteigneten

- (397) sie ist nur Ordnungsvorschrift, weil ja die Prüfung der materiellen Richtigkeit der Sitzverlegung gem. § 13 c Abs.2 HGB vom Registergericht am neuen Sitz vorzunehmen ist; BGH NJW 58/671 = LDR 58/303 = BB 58/280; OLG Frankfurt BB 56/220;
- (398) Ernst Wolff, Festschrift Leo Raape, S.181(194ff); Schriftltg. BB 47/395; Friedrich SJZ 48/24; Hans Lewald, Landesreferate, S.416(435ff); Benkard DRZ 47/356; Beuck DB 55/829; Vogel, Festschrift Leo Raape, S.203(220ff); Beitzke in Anm.zu AG Magdeburg LDR 49/759;
- LG München I NJW 53/465; LG Göttingen NJW 50/648 = MDR 50/357 = NdsRpfl 50/41 = BB 50/103; Zivilgericht Basel-Stadt BlfPMZ 53/429 L = GRUR 53/401 = GRUR Auslandsteil 54/28 L = LA 54/775 = NstG Nr.15(1954)/29; OLG Celle HEZ 2/120 = LDR 48/360 = Nds Rpfl 48/119 = BB 48/315; LG Mannheim GRUR 51/129; LG Göttingen BB 48/3; OLG Düsseldorf NJW 50/470 = BB 50/54 = GRUR 50/145, ber.296;
- a.m. jedoch Lutz GRUR 48/84;
- (399) Friedrich SJZ 48/24; AG Hamburg NJW 47/48/483; LG Mannheim GRUR 51/129 mit besonders eingehender Begründung;
- (400) Friedrich SJZ 48/24; Beitzke BB 49/519; LG Hamburg SJZ 47/195; OLG Düsseldorf GRUR 51/73 = BlfPMZ 51/56 = DB 50/484; BGH NJW 55/1151 = Lindlöhr (9) § 12 BGB = BGHZ 17/209 = MDR 55/599 = BB 55/680 = DB 55/684 = BlfPMZ 55/360 L = GRUR 55/490 = WRP 55/165 = WuW 55/564; LG Frankfurt GRUR 54/462 = BlfPMZ 54/450 L; LG Göttingen BB 48/3; OLG Düsseldorf NJW 50/470 = BB 50/54 = GRUR 50/145, ber.296 = DB 50/21;
- mit abweichender Begründung (Sitzverlegung bedürfe nach den Vorschriften des Handelsrechts keiner Zustimmung der Liquidationskommission): Beitzke in Anm.zu AG Magdeburg LDR 49/759; OLG Celle HEZ 2/120 = LDR 48/360 = NdsRpfl 48/119 = BB 48/315;
- (401) BGBl I 407;
- (402) OLG Frankfurt NJW 54/644; LG Osnabrück DB 54/842;

Unternehmens behauptet, besteht im Westen die Rechtspersönlichkeit des enteigneten Unternehmens fort. Eine Rechtsnachfolge des VEB kommt nicht in Betracht, wird auch vom Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums nicht behauptet. Hinsichtlich des im Zeitpunkt der Enteignung außerhalb der DDR belegenen Vermögens ist allein das fortbestehende Unternehmen berechtigt (403). Das vor der Enteignung in Gesamtdeutschland bestehende Unternehmen ist nicht etwa in zwei Teilbetriebe gespalten (404), sondern die Rechtspersönlichkeit des Unternehmens besteht im Westen fort, während der in der DDR neu-geschaffene Rechtsträger nicht das mindeste mit dem vor der Enteignung bestehenden Unternehmen gemein hat; er ist ein von diesem völlig verschiedenes Rechtsgebilde (405).

Ostdeutschen Urteilen, die die Durchsetzung eines dem VEB nicht zustehenden Anspruchs sichern sollen, ist im Westen die Anerkennung wegen Verstoßes gegen das Territorialitätsprinzip zu versagen.

B. Die Enteignung von Patenten und Warenzeichen.

Die SLAD hat nicht nur die Sachen und Forderungen der in der SBZ bestehenden Unternehmen enteignet, sondern auch ihre gewerblichen Schutzrechte. Für diese Enteignungen beansprucht die DDR genau wie für die anderen Zwangseingriffe Wirksamkeit für Gesamtdeutschland (406).

Genau wie die Rechtsform einer juristischen Person oder Handelsgesellschaft haben Warenzeichen und Patente kollisionsprivatrechtlich einen eindeutigen Anknüpfungspunkt, gem. §§ 16 PatG, 35 WZG ist dies der Mittelpunkt der tatsächlichen Verwaltung in dem Territorium, in dem das Patent oder Warenzeichen geschützt ist. Genausowenig wie die Rechtsform einer juristischen Person oder Handelsgesellschaft besteht der Rechtsschutz für Patente und Warenzeichen zugunsten des Inhabers nur am Sitz seiner Verwaltung, sondern ist überall dort "belegen", wo er seine Wirkungen äußert (407).

- (403) Rabeling LDR 51/715; LG Hannover, mitgeteilt bei Beuck, S.58; AG Fürth/Bay, mitgeteilt bei Beuck, S.62; OLG Braunschweig NJW 47/48/486 u.556 L = MdsRpfl 48/192; OLG Schleswig NJW 50/193 = VersR 51/87; OLG Frankfurt/Darmstadt NJW 53/105 u.869 L = GWV 53/148 L; OLG München LDR 52/682; LG Göttingen NJW 50/648 = LDR 50/357 = MdsRpfl 50/41 = BB 50/103;
- (404) so LG München I NJW 53/465, wo sogar die Mäglichkeit zwischen den beiden "Betriebsteilen" verneint wird, weil das Gericht nicht erkennt, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen der territorialen Begrenzung der Zwangsmaßnahmen und der notwendigen Berücksichtigung der unter Beachtung der Grenzen des Territorialitätsprinzips geschaffenen neuen Rechtslage besteht;
- (405) Raabe, IPR, 4.Aufl., S.629; Zivilgericht Basel-Stadt BllfPmZ 53/429 L = GRUR 53/401 = GRUR Auslandsteil 54/28 L = LA 54/775 NStG Nr.15(1954)/29;
- (406) OLG DDR NJ 54/58 = GRUR 54/284 = LA 54/426;
- (407) Ulmer GRUR 51/355(358ff); Ulmer SJZ 48/674 = GRUR 49/63; Friedrich SJZ 48/24; Paterna LDR 48/462; Remmert NJW 49/81; Denkard DRZ 49/320; Bussmann GRUR 50/93; Tetzner JR 50/363; OLG Hamburg NJW 47/48/693 = HEZ 2/6 = LDR 48/283 = SJZ 48/604 = BB 48/341 = GRUR 48/260 = BllfPmZ 48/49/111; LG Frankfurt GRUR 54/462 = BllfPmZ 54/450 L; OLG Düsseldorf NJW 50/470 = BB 50/54 = BB 50/21 = GRUR 50/145, ber.296; LG Düsseldorf GRUR 49/299; a.M. LG Hamburg LDR 47/235 = BB 47/299; Beil in Anm.zu OLG Hamburg BB 48/592; Hans Lewald, Landesreferate, S.416(435ff);

Notwendige Folge der territorialen Beschränkung der konfiskatorischen Eingriffe ist aber, daß der hoheitliche Schutz des Inhabers eines für Gesamtdeutschland verliehenen Patentes oder Warenzeichens nur innerhalb des Territoriums der enteignenden Staatsgewalt entzogen werden kann (408), daß außerhalb des Territoriums jedoch das gewerbliche Schutzrecht dem dort weiterbestehenden Inhaber verbleibt (409)(410).

Es tritt keine Spaltung des Schutzrechtes ein (411); VEB und enteigneter Rechtsträger sind keine territorial voneinander abgegrenzten Teile des ehemals einheitlichen Unternehmens, sondern der außerhalb des Enteignungsstaates weiterbestehende Betrieb ist mit dem früheren Betrieb identisch, wogegen der VEB nicht einmal Rechtsnachfolger mit Beschränkung auf die DDR ist, denn er hat ja die Rechte des enteigneten Unternehmens originär erworben (412), seine Rechts-

- (408) Lutz GRUR 48/84; Ulmer GRUR 51/355(358ff); Ulmer SJZ 48/674 = = GRUR 49/63; Beuck, Interzonales Privatrecht, S.42; Friedrich SJZ 48/24; Wilcke SJZ 50/558; Veith LDR 51/258; Remmert NJW 49/81; Benkard DRZ 49/320; Tetzner JR 50/363; Raape, IPR, 4.Aufl., S.645; OLG Hamburg NJW 47/48/693 = HEZ 2/6 = LDR 48/283 = SJZ 48/604 = BB 48/341 = GRUR 48/260 = BlfPLZ 48/49/111; Zivilgericht Basel-Stadt BlfPLZ 53/429 L = GRUR 53/401 = GRUR Auslandsteil 54/28 L = LA 54/775 = NStG Nr.15(1954)/29; LG Frankfurt GRUR 54/462 = BlfPLZ 54/450 L; OLG Düsseldorf NJW 50/470 = BB 50/54 = DB 50/21 = GRUR 50/145, ber.296; LG Düsseldorf GRUR 49/299; BGH NJW 58/17 = ROW 58/33 = LDR 58/154 = = GRUR 58/189 = BB 57/1120 = JZ 58/241; BGH ROW 57/125; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VI 1 e)ee) vor Art.7 EGBGB; a.L. LG Hamburg LDR 47/235 = BB 47/299 und Beil in Anm.zu OLG Hamburg BB 48/592; Ians Lewald, Landesreferate, S.416(435ff), will dagegen die allgemeine Vorbehaltsklausel anwenden;
- (409) das von Beil BB 48/592; Paterna LDR 48/462; Bussmann GRUR 50/93 vertretene Argument der fehlenden Enteignungsfähigkeit der auf Grund Reichsrechts erworbenen und damit ein- für allemal immunen Rechtsstellung ist auch hier wegen Überganges der Gesetzgebungsgewalt des Reiches auf die beiden deutschen Republiken abzulehnen, vgl.Raape, IPR, 4.Aufl., S.644, und Ulmer GRUR 51/355(358ff);
- (410) es entscheidet auch nicht die wettbewerbsrechtliche Argumentation der Bindung des Schutzrechtes an den wesentlichen Teil des Unternehmens (so Oberster Gerichtshof der Vereinigten Staaten BlfPLZ 11/327 zum "Chartreuse"-Fall; vgl.zum Interzonrecht LG Düsseldorf GRUR 51/321 und Handelsgericht Zürich GRUR Auslandsteil 52/186 = MA 53/336), sondern allein das Territorialitätsprinzip;
- (411) so jedoch die herrschende Meinung: vgl. Beuck, Interzonales Privatrecht, S.42; Friedrich SJZ 48/24; Ulmer SJZ 48/674 = = GRUR 49/63; Remmert NJW 49/81; Benkard DRZ 49/320; Raape, IPR, 4.Aufl., S.645, 646; OLG Hamburg NJW 47/48/693 = HEZ 2/6 = LDR 48/283 = SJZ 48/604 = BB 48/341 = GRUR 48/260 = BlfPLZ 48/49/111; LG Frankfurt GRUR 54/462 = BlfPLZ 54/450 L; OLG Düsseldorf NJW 50/470 = BB 50/54 = DB 50/21 = GRUR 50/145, ber. 296; OLG Düsseldorf GRUR 51/73 = BlfPLZ 51/56 = DB 50/484; LG Düsseldorf BB 50/519 L; LG Düsseldorf GRUR 49/299; Hartmann, S.30;
- (412) Dies ist besonders wichtig für Warenzeichen- und Patentstreitigkeiten zwischen dem VEB und dem in der DRG weiterbestehenden Unternehmen im Ausland: vgl. Zivilgericht Basel-Stadt BlfPLZ 53/429 L = GRUR 53/401 = GRUR Auslandsteil 54/28 L = = LA 54/775 = NStG Nr.15(1954)/29; Ulmer GRUR 51/355(358ff);

stellung ähnelt allenfalls der eines territorial beschränkten ausschließlichen Lizenznehmers (413).

Ostdeutschen Urteilen, die den Schutz eines Warenzeichens oder eines Patentes zugunsten des VEB gegen das in der BRG fortbestehende enteignete Unternehmen durchsetzen sollen, ist im Hinblick auf das Territorialitätsprinzip die Anerkennung zu verweigern.

C. Die Enteignung von Immaterialgüterrechten mit persönlichkeitsrechtlichem Einschlag.

Im Anschluß an das "Knäckebrot"-Urteil des OLG Hamburg (414), das die Spaltung der Personenfirma "Erste deutsche Knäckebrot-Werke Dr. Wilhelm Kraft", des Firmenzeichens "Kraft's Knäckebrot", des Firmenschlagwortes "Dr. Wilhelm Kraft" und des Ausstattungsschutzes der Knäckebrot-Werke in Burg b. Magdeburg zwischen dem VEB und dem im Westen weiterbestehenden Unternehmen proklamierte, sind in der westdeutschen Literatur umfangreiche Untersuchungen über die Enteignungsfähigkeit von Firma, Firmenzeichen, Firmenschlagwort und Ausstattungsschutz veröffentlicht worden (415).

Freilich sind Enteignungen in der Persönlichkeitssphäre an sich nicht zulässig; die aus seinem bürgerlichen Namen bestehende Firma muß der im Osten totalenteignete Unternehmer auch bei Aufbau eines neuen Geschäfts im Westen wieder verwenden dürfen (416). Aber bei abgeleiteten Personenfirmen, bei Sachfirmen, bei Firmenzeichen und Firmenschlagworten mit persönlichkeitsrechtlichem Einschlag, bei Ausstattungen mit oder ohne persönlichkeitsrechtlichen Einschlag sind diese Untersuchungen über die Enteignungsfähigkeit müßig, denn diese Rechte sind tatsächlich enteignet worden (417) und stehen nach Ansicht der DWK abschließend dem VEB zu. Es ist auch müßig zu untersuchen, wie die Konflikte zwischen dem im Westen weiterbestehenden Unternehmen und dem VEB wettbewerbsrechtlich zu entscheiden seien.

Wenn die Enteignungsmaßnahme der SMAD die in ganz Deutschland für den enteigneten Rechtsträger geschützten, also überall in Deutschland "belegenen" gewerblichen Schutzrechte nur mit Wirkung für ihr Territorium erfassen konnte, so sind dem im Westen weiterbestehenden Unternehmen seine Firma und seine Firmenzeichen, seine Firmenschlagworte und sein Ausstattungsschutz erhalten geblieben; nur innerhalb des Territoriums der DDR kann es diese Rechte nicht gegen den VEB durchsetzen. Ostdeutsche Urteile, die das Recht des VEB an Firma, Firmenzeichen, Firmenschlagwort oder Ausstattung gegen den weiterbestehenden Rechtsträger durchsetzen sollen, sind im Hinblick auf das Territorialitätsprinzip in der BRG nicht anzuerkennen (417a).

- (413) Tetzner JR 50/363; Wilcke SJZ 50/558;
- (414) NJW 47/48/693 = HEB 2/6 = MDR 48/283 = SJZ 48/604 = BB 48/341 = GRUR 48/260 = BlfPMZ 48/49/111;
- (415) vgl. Lutz GRUR 48/84; Vogel, Festschrift Leo Raape, S.203 (216); Bussmann GRUR 50/93; Ulmer GRUR 51/355(358ff); Raape, IPR, 4.Aufl., S.645-649; Harmsen in Ann.zu OLG Hamburg NJW 47/48/693; Ulmer SJZ 48/674 = GRUR 49/63;
- (416) Fischer ZHK 111/18;
- (417) vgl. OLG Dresden BB 48/371;
- (417a) a.M. BGH NJW 58/17 = ROW 58/33 = MDR 58/154 = GRUR 58/189 = BB 57/1120 = JZ 58/241 unter Anwendung der Vorbehaltsklausel; dabei verkennt der BGH aber, daß auch die "staatliche Verleihung" einer vorher enteigneten Firma als staatliche Zwangsmaßnahme gegen den im Westen weiterbestehenden Rechts-

(Fortsetzung S.66)

D. Die Enteignung von Mitgliedschaftsrechten.

Genauso wie bei den Wertpapieren, die eine Forderung verbriefen, wird auch bei den Aktien und bei den Geschäftsanteilscheinen einer GmbH die Ansicht vertreten, sie seien verwaltungskollisionsrechtlich am Verwahrungsort belegen und dort der Enteignung unterworfen (418). Diese Ansicht würde zu einer Überspielung des Territorialitätsprinzips führen; Kapitalgesellschaften, die dem enteignenden Staatswesen räumlich nicht zugeordnet sind, könnten dann durch die Enteignung der Mitgliedschaftsrechte von der Enteignung erfaßt werden; Kapitalgesellschaften, die der Enteignung nur teilweise unterworfen sind, könnten durch die Enteignung aller Mitgliedschaftsrechte total enteignet werden (419).

Zwar sind die verbrieften Mitgliedschaftsrechte für rechtsgeschäftliche Übertragung der *lex rei sitae* unterworfen (420), doch kann diese Anknüpfung des Kollisionsprivatrechts nicht einfach auf das Kollisionsverwaltungsrecht übertragen werden. Die Aktien und Geschäftsanteile verbriefen sowohl ein materielles Recht auf Gewinnbeteiligung als auch ein in der Persönlichkeitssphäre liegendes Verwaltungs- und Stimmrecht; diese Rechte sind auf die Gesellschaft bezogen und können nur gegenüber der Gesellschaft durchgesetzt werden. Der Schwerpunkt der Aktionärs- und Gesellschafterrechte liegt am Ort der Verwaltung des Unternehmens, hier liegt der Ort des bestmöglichen Zugriffs, hier können diese Rechte wirksam enteignet werden (421). Dies muß auch für Inhaberaktien gelten; nach deutschem Recht ist die Aktionärseigenschaft nicht untrennbar mit dem Papier verbunden.

Ist nun der Verwaltungssitz innerhalb des enteignenden Staates belegen, besteht aber die Kapitalgesellschaft außerhalb dieses Territoriums wegen des Vorhandenseins von materiellen Vermögenswerten oder des immateriellen Mantels des Unternehmens weiter, so bestehen auch die Rechte an diesem Unternehmen notwendig weiter. Die Rechte an der Gesellschaft sind überall da belegen, wo die Gesellschaft besteht (422); die Mitgliedschaftsrechte können nur mit territorialer

träger territorial begrenzt ist und daß die Firma nur im gleichen räumlichen Umfang staatlich verliehen werden kann, wie sie vorher enteignet war, folglich eine Abwehr mit der Vorbehaltsklausel gar nicht nötig ist; vgl.a. die Anm.zu diesem Urteil von Hefermehl in GRUR 58/189;

(418) LG Frankfurt GRUR 54/462 = BlfPRZ 54/450 L; Vogel, Festschrift Leo Raape, S.203(217); Remmert NJW 49/81 (für Inhaberaktien);

(419) Raape, IPR, 4.Aufl., S.641; Beitzke BB 49/519; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VI 1 e)ff)bbb) vor Art.7 EGBGB;

(420) Raape, IPR, 4.Aufl., S.642;
die Ausübung der Mitgliedschaftsrechte unterliegt dagegen dem Personalstatut des Unternehmens: Nußbaum IPR, S.192;

(421) Raape, IPR, 4.Aufl., S.640, 641;
Ficker, Grundfragen, S.157, 158, verlangt sogar doppelte Belegenheit sowohl des Aufbewahrungsortes als auch des Verwaltungssitzes in Territorium für eine wirksame Enteignung;

(422) Saalfeld BB 50/805; Benkard in Anm.zu OLG Gera DRZ 48/493; AG Krefeld, mitgeteilt bei Beuck, S.20; LG Düsseldorf, mitgeteilt bei Beuck, S.21; BGH NJW 56/785 = BB 56/254; Beitzke JZ 56/673; Seidl-Hohenveldern, Internationales Konfiskations- und Enteignungsrecht; Seidl-Hohenveldern BB 53/837; Kuhn WM IV B 56/2; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VI 1 e)ff)bbb) vor Art.7 EGBGB;

vgl.a. die bei Drobnig RabelsZ 19/463 mitgeteilten gesetzlichen Beispiele: § 15 Abs.1 S.1 G über die Ausübung von Mit-

(Fortsetzung S.67)

Wirkung enteignet werden (423). Auch auf dem Umweg über die Enteignung von Mitgliedschaftsrechten darf die staatliche Zwangsgewalt nicht auf ihr räumlich nicht zugeordnetes Gesellschaftsvermögen übergreifen (422).

Die Kapitalgesellschaft hat in der Regel durch die Enteignung erhebliche Vermögenseinbußen erlitten, sie ist zwar juristisch noch die gleiche, aber tatsächlich nur noch ein Teil der früheren Gesellschaft. An dieser tatsächlich veränderten Gesellschaft bestehen die Mitgliedschaftsrechte weiter; sie sind damit auch tatsächlich verändert, ihr Wert ist im selben Verhältnis verringert wie die Bilanz des Unternehmens (424).

Urteilen der DDR, die durch Enteignung der Aktienurkunde erlangte Rechte an Betrieben in der BRep durchsetzen wollen, ist die Anerkennung wegen Verletzung des Territorialitätsprinzips zu versagen.

E. Sonderregelung für Banken und Versicherungsunternehmen.

Für die in der SBZ durch SMAD-Bef. Nr.66/46 enteigneten Banken stellt die 35.DVO/UmsG eine Sonderregelung auf, genau wie die 1. und 3.VO über die Schadens-, Unfall- und Krankenversicherung v.5.7. und 27.7.1948 (425), die 1. und 2.VO über die Lebens- und Rentenversicherung v.5.7. und 27.7.1948 (425), sowie die AO über die Bauspar-

gliedschaftsrechten während der Wertpapierbereinigung v.9.10.1950 (BGBl I 690); § 8 Abs.1-3 Westberliner G über die Rechtsverhältnisse der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in West-Berlin v.9.1.1951 (VOBl 247); §§ 11 Abs.1 Nr.2, 12 Abs.1 Nr.2 der 5.DfBest zur SteuerreformVO/SBZ (ZVOBl/SBZ 49/637); § 4 Abs.2 der 1.DfBest zur ÜbernahmeVO/DDR v.16.8.1952 (GBI/DDR I 752); § 1 Abs.1 WertpapierbereinigungG v.19.8.1949; Nr.1 Richtl. über die Ausstellung von Besitzzeugnissen an Wertpapieren in West-Berlin (VOBl 49/345); §§ 24 Nr.2, 80 Abs.2 Nr.3 e LAG v.14.8.1952 (BGBl I 446); §§ 3 Abs.2 Nr.3, 5 Abs.1 S.2 VertreibungsschädenfeststellungG v.14.8.1952 (BGBl I 237 u.535); § 2 Abs.1 DVO zu § 6 des G zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens v.26.7.1951 (BGBl I 471);

es handelt sich hier nicht um einen Durchgriff durch die Rechtsform der juristischen Person direkt auf das Vermögen (so Benkard DRZ 47/356; Kuhn WM IV B 56/2; Serick JZ 56/198), denn die Rechtsform der juristischen Person besteht ja außerhalb des Enteignungsstaates weiter, vgl. hierzu die eingehenden Ausführungen bei Beitzke JZ 56/673;

die Kritiken von Lieberknecht NJW 56/571 u.931, Walter Lewald NJW 58/281 und in Anm.zu BGH NJW 56/785 sind rein formaljuristisch und werden deshalb der tatsächlichen Betrachtungsweise des Verwaltungskollisionsrechts nicht gerecht;

(423) Raape, IPR, 4.Aufl., S.641, und Serick JZ 56/198 wollen statt des Territorialitätsprinzips die allgemeine Vorbehaltsklausel anwenden;

(425) abgedruckt bei Prölß, VVG, 10.Aufl.;

(424) es tritt also keine "Spaltung" in eine Ost- und eine West-Aktie ein, wie dies Raape, IPR, 4.Aufl., S.641, 643, und LG Frankfurt GRUR 54/462 = BfPMZ 54/450 L nennen, denn im Osten besteht ja die AG nicht fort; vgl.a. Serick JZ 56/198;

kassen v.25.11.1949 (426)(427).

Der Hauptsitz einer Kredit- oder Versicherungsanstalt in der BRep erhält durch diese VOen rechtliche Selbständigkeit gegenüber dem Hauptsitz in der DDR.

Nach der ostdeutschen Ansicht stellten die Bankenschließungen im Sommer 1945 keine Enteignung der Bankgläubiger dar, weil ja alle Einlagen längst in Kriegsmaterial umgewandelt gewesen seien und als Schrott auf den Schlachtfeldern lägen, damit zu Nonvaleurs geworden seien (428). Eine Rechtsnachfolge der neuen Volksbanken, die die Außenstände der geschlossenen Banken nur kraft öffentlichen Auftrags eingezogen hätten, wird abgelehnt (429). Die in der BRep bestehenden Geldinstitute haften auch gem. § 6 35.DVO/UmstG nur für die in der BRep belegenen Verbindlichkeiten, das sind die bei den in der BRep bestehenden Filialen begründeten Forderungen und die aus dem heutigen Gebiet der DDR vor der Beschlagnahme von einer dortigen Filiale an eine Filiale im Westen überwiesenen Guthaben (430).

Für die Banken und genauso für die Versicherungsanstalten und Bausparkassen hat also der Gesetzgeber eine dinglich beschränkte Haftung eingeführt; sie haften nur noch für die in bilanzmäßigem Zusammenhang mit dem ihnen erhaltenen Vermögen stehenden Verbindlichkeiten (431).

IX. Weitere Auswirkungen der Enteignungsmaßnahmen auf die Ablehnung von Urteilen der ostdeutschen Gerichte.

Zwar haftet der im Osten Enteignete grundsätzlich voll für seine

- (426) Banz Nr.3/50;
(427) entsprechend Nr.2 der VO über die Errichtung des Berliner Stadtkontor West und der Sparkasse der Stadt Berlin-West v. 30.12.1948 (VOBl 49/2) und § 5 Abs.2 Westberliner G über die Rechtsverhältnisse der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften v.9.1.1951 (VOBl 247);
(428) vgl. Reich NJW 49/652;
(429) OG DDR OGZ 1/55 = NJ 51/27; OG DDR OGZ 1/86 = NJ 51/221; OG DDR NJ 53/466;
es ist in Anbetracht dieser Sachlage unverständlich, wenn in der BRep eine Spaltung der Banken in getrennte Rechtspersönlichkeiten verneint wird, vgl. OLG Hamburg NJW 53/1633 = Ver BAV 53/233; BGH NJW 52/540 = Lindmähr (1) § 128 HGB = BGHZ 5/35 = LDR 52/351 = DB 52/267 = BB 52/276 = GmbHRdSch 52/154; amtliche Begründung zur 35.DVO/UmstG, abgedruckt bei Harnening-Duden II, S.189ff;
(430) hier kommt es darauf an, ob die Ostfiliale die bankmäßige Bearbeitung des Überweisungsauftrages abgeschlossen hat, vgl. Rewaldt LDR 51/653;
(431) dies entspricht ganz der ostdeutschen Regelung, die Forderungen gegen Banken und Versicherungen der Beschlagnahme am Ort der kontoführenden Stelle unterwirft (dort ist ja auch kollisionsverwaltungsrechtlich der Ort des bestmöglichen Zugriffes!); vgl. § 11 Sächs.Bek. über das Versicherungswesen v. 12.5.1949 (GVBl 321); § 3 Thüring.VO zur Überführung des Bausparkassenvermögens v.11.3.1947 (RegBl I 45); § 7 Thüring. NeuaufbauErgänzG v.26.2.1948 (RegBl I 45); § 3 Sächs.-Anhalt. Sicherstellungsg v.28.10.1949 (GBI I 41); § 3 Abs.2 Sächs.-Anhalt. DfBest zum Versicherungsg v.1.3.1949 (GBI I 89);

vor der Enteignung begründeten Verbindlichkeiten (432), doch kann diese Weiterhaftung im Einzelfalle erheblich gegen Treu und Glauben verstoßen. Wann ostdeutschen Leistungsurteilen gegen einen im Osten Enteigneten wegen Verstoßes gegen den ordre public die Anerkennung zu versagen ist, läßt sich zwar nicht generell sagen, doch lassen sich immerhin einige Grundsätze aufstellen.

Das Begehren der Anerkennung eines zugunsten eines VZB gegen einen im Osten enteigneten Schuldner ergangenen Urteils ist im Hinblick auf die frühere entschädigungslose Enteignung des Schuldners zugunsten der Volkseigenen Wirtschaft stets als grober Sittenverstoß (venire contra factum proprium durch die Staatsgewalt der DDR) zu werten (433).

Die Vollstreckung eines ostdeutschen Leistungsurteils gegen einen gem. §§ 3, 4 BVFG anerkannten Sowjetzonenflüchtling, der den überwiegenden Teil seines Vermögens in der DDR durch Zwangsmaßnahmen verloren hat, ist durch §§ 88 Abs.2, 86 BVFG wegen Verstoßes gegen das Zweckgesetz des § 88 Abs.1 BVFG untersagt, soweit es sich um vor der Flucht begründete Verbindlichkeiten handelt. Ausgenommen hiervon sind nur Ansprüche, die in wirtschaftlichem Zusammenhang mit in der BRP befindlichen Vermögenswerten stehen, sowie Unterhaltsansprüche und Ansprüche auf Lohn und Gehalt (§§ 88 Abs.2, 87 BVFG). Diese Vorschriften gelten nicht für im Osten enteignete juristische Personen und Handelsgesellschaften (434).

Durch die liquidationslose Vernichtung einer Handelsgesellschaft wird die Haftung der Gesellschafter für die Geschäftsverbindlichkeiten aus §§ 128, 161 HGB an sich noch nicht aufgehoben. Es stellt aber wohl in der Regel eine grobe Unbilligkeit dar, die Gesellschafter in Anspruch zu nehmen, wenn die Gesellschaft und damit ihre Daseinsgrundlage durch hoheitlichen Eingriff vernichtet ist (435). Man darf sich nicht daran klammern, daß ja die volle Haftung der Gesellschafter für die Gesellschaftsschulden die Grundlage der starken Kreditbasis der OHG sei und daß der persönlich haftende Gesellschafter einer Personalgesellschaft nicht wie ein Gesellschafter einer GmbH behandelt werden dürfe; hier liegt ein Wegfall der gesamten Gesellschaftssphäre vor, eine völlige Veränderung der Grundlage für die geschuldete Leistung; gerade in solchen durch immense soziale

- (432) Ficker, Grundfragen, S.112; Würdinger SJZ 50/81; Skaupy BB 52/279; Veith MDR 51/258; Rewoldt MDR 51/653; Beitzke DB 51/12; Nathan in Anm.zu LG Altenburg NJ 47/218; OGH BZ OGHZ 1/386 = NJW 49/502 = MDR 49/419 = DB 49/240 L u. 261; LG Lüneburg MDR 51/430; LG Bielefeld NJW 49/27; LG Göttingen MDR 47/95 = BB 47/157, ber.178; OLG Braunschweig DRZ 49/307 = BB 48/340; LG Altenburg NJ 47/218; die Weiterhaftung des Enteigneten ist ausdrücklich geregelt in Mecklenburg: § 2 Abs.2 G zur Sicherung des Friedens durch Überführung von Betrieben der faschistischen Kriegsverbrecher in die Hand des Volkes v.16.8.1946 (ABl 98) und § 4 Abs.2 der 1.DVO hierzu v.21.2.1947 (RegBl 26);
- (433) Beitzke DB 51/12; Hoffmann JR 53/158;
- (434) § 88 Abs.2 BVFG erklärt § 85 BVFG für nicht anwendbar;
- (435) OLG Gera DRZ 48/493 = BB 48/372 L = Nr.253 RegBlThür II 48/230 L; OLG Gera JR 51/242; Benkard in Anm.zu OLG Gera DRZ 48/493; Veith MDR 51/258; a.M. jedoch unter Hinweis auf den "politischen Strafcharakter der Enteignung" OG DDR NJ 51/224; OLG Erfurt(Plenum) NJ 51/38; Nathan in Anm.zu OLG Dresden NJ 50/458; vgl.a. Drobnig RabelsZ 18/659(682ff) und BGH BGHZ 5/35 = Lindköhr (1) § 128 HGB = NJW 52/540 = MDR 52/351 = DB 52/267 = BB 52/276 = GmbHRdSch 52/154;

Umschichtungen geschaffenen Wirren muß sich die Lehre vom "Wegfall der Geschäftsgrundlage" bewähren. Auch bei der Inanspruchnahme des Einzelkaufmannes nach hoheitlicher Vernichtung seines Handelsgeschäftes und damit seiner Existenzgrundlage ist mit der Lehre vom "Wegfall der Geschäftsgrundlage" zu helfen (436). Freilich können diese Überlegungen nicht verallgemeinert werden, es kann nicht alleine darauf ankommen, daß die Gesamtwirtschaftslage des Schuldners wesentlich verschlechtert ist; es muß der Verlust des Anspruches dem Gläubiger nach Treu und Glauben zugemutet werden können (437). Auch ostdeutsche Urteile gegen die Gesellschafter der untergegangenen Gesellschaft oder gegen den einstigen Inhaber eines Einzelhandelsgeschäfts, die ehemalige Geschäftsverbindlichkeiten zum Gegenstand haben, können nicht generell abgelehnt werden; hier ist aber eine besonders eingehende Prüfung auf Vereinbarkeit mit dem sittlichen Empfinden der beteiligten Verkehrskreise geboten.

Ein besonders heikles Gebiet ist die Inanspruchnahme von in der BRep weiterbestehenden Handelsgesellschaften und juristischen Personen für bilanzmäßig mit der im Osten enteigneten Haupt- oder Zweigniederlassung verbundene Schulden. Man kann nicht einfach alle Ansprüche von in der DDR befindlichen Gläubigern mit dem Argument zurückweisen, die Gesellschaft sei für das Hoheitsgebiet der DDR liquidationslos vernichtet, also bestehe gar kein Schuldner mehr (438), und damit das Risiko der hoheitlichen Zwangseingriffe einfach auf den Gläubiger überwälzen, der bestimmt nicht mehr für die Sozialisierungsmaßnahmen verantwortlich ist als der Schuldner. Man kann auch nicht einfach in Anlehnung an § 6 35.DVO/UmsTG argumentieren, die Niederlassung im Gebiet der DDR sei untergegangen und damit seien alle dort begründeten Verbindlichkeiten erloschen (439), denn dies wäre eine dem deutschen Schuldrecht unbekannte Konstruktion dinglich beschränkter Haftung (440) und eine generelle Überwälzung des Enteignungsrisikos auf die Gläubiger (441). Aber hier droht die Gefahr der Vernichtung des in der BRep vielleicht wegen der großen Vermögenseinbußen im Osten noch hart um den wirtschaftlichen Fortbestand ringenden Unternehmens, deshalb müssen alle durch ostdeutsche Gerichte gegen diese Gesellschaften erlassenen Urteile über vor der Enteignung begründete Verbindlichkeiten ganz besonders sorgfältig auf Vereinbarkeit mit den guten Sitten überprüft werden; Treu und Glauben erfordert bei solchen außergewöhnlichen Ereignissen, wie es Enteignungen großen Stils nun einmal sind, eine über das normale gemeinsame Vertragsrisiko hinausgehende Risikogemeinschaft zwischen Gläubiger und Schuldner (442).

(436) LG Gera JR 51/404; Fischer in Anm.zu diesem Urteil;

(437) OGH BZ LDR 49/353 = HEZ 2/311 = BB 49/258; LG Berlin-West NJW 52/310;

(438) so Beitzke DB 51/12;

(439) so Köster JR 52/9 unter Hinweis auf die völkerrechtliche Lehre von den gebietsbezogenen Staatsschulden (dettes hypothéquées) und die Entscheidungen des Oberappellationsgerichts Kassel SeuffA 19/Nr.12 und RGZ 136/339 hinsichtlich der Staatsschulden bei Teilung des Bistums Fulda bzw. des Landkreises Lublinitz; s.a. KG West NJW 51/486 = JR 51/627;

(440) Ficker, Grundfragen, S.112; Skaupy BB 52/279; Letschert NJW 51/217; Würdinger SJZ 50/81; OLG Braunschweig NJW 47/48/425 = HEZ 1/268 = DRZ 48/251 = MDR 48/256 = NdsRpfl 48/150 = BB 48/93; OGH BZ HEZ 2/311 = MDR 49/353 = BB 49/258; LG Berlin-West NJW 52/310;

(441) LG Hannover BB 48/562; OLG Braunschweig DRZ 49/307 = BB 48/340;

(442) Würdinger SJZ 50/81; Dölle, Festschrift Leo Raape, S.149 (174ff);

Das Verfahren bei der Nichtanerkennung
von Urteilen der anderen deutschen Republik.

I. Unanwendbarkeit der §§ 722, 723 ZPO, 24 4.DVO/EheG.

Das Verfahren für die Anerkennung oder Nichtanerkennung von Urteilen der Gerichte einer fremden Staatsgewalt kann grundsätzlich auf zweierlei Weise geregelt sein; entweder so, daß das fremde Urteil zunächst nicht anerkannt wird und nur auf Antrag des Gläubigers anerkannt werden kann, oder so, daß das fremde Urteil grundsätzlich volle Rechtswirkung entfaltet und nur auf Antrag des Schuldners die Anerkennung versagt wird.

Für die erste Möglichkeit hat sich die ZPO bei der Anerkennung ausländischer Urteile entschieden: §§ 722, 723 ZPO, § 24 4.DVO/EheG (443). Diese Vorschriften sind aber für das besonders geartete staatsrechtliche Verhältnis zwischen DDR und BRep nicht zu gebrauchen; wegen der fehlenden Auslandseigenschaft des anderen deutschen Staatsfragmentes (444) kommt eine direkte Anwendung dieser Normen des internationalen Zivilprozeßrechts ohnehin nicht in Frage. Unterwirft man jedes Urteil der anderen Republik genauso wie ein ausländisches Urteil einem besonderen Anerkennungsverfahren, so verkennt man, daß die Nichtanerkennung eines Urteils der anderen deutschen Staatsgewalt nur ganz ausnahmsweise am Platz ist, so erschwert man unnötig den Rechtsverkehr zwischen den Deutschen diesseits und jenseits der Zonengrenze und verletzt das Zusammengehörigkeitsgefühl in unerträglicher Weise. §§ 722, 723 ZPO sind in ihrer Ausgestaltung die extremste Form des unbedingten Schutzes von inländischen Schuldnern und gleichzeitig die extremste Form der Benachteiligung von fremden Gläubigern. Wenn schon eine Abwehr von Urteilen der fremden Staatsgewalt im Interzonenrecht in Einzelfällen unumgänglich ist, so darf man deshalb noch nicht ein eigenes Anerkennungsverfahren fordern und damit bei dem rechtssuchenden Deutschen in der anderen Republik den Anschein erwecken, als sei ihm der Schutz seiner Rechte in der anderen Republik nicht mehr voll gewährleistet, als würde er den Angehörigen der anderen Republik gegenüber von dieser Republik benachteiligt (445).

(443) in der DDR ist § 24 4.DVO/EheG außer Kraft!

(444) vgl.oben § 1 I; die Argumente gegen die Auslandseigenschaft seien hier noch einmal kurz zusammengefaßt: jeder der beiden deutschen Teilstaaten beansprucht das Gebiet des anderen Teilstaates wegen seiner Inlandseigenschaft: Beitzke JR 52/1; Ficker, Grundfragen, S.8; der Gesamtstaat Deutschland ist trotz seiner derzeitigen Handlungsunfähigkeit noch immer als Völkerrechtssubjekt vorhanden: Ficker, Grundfragen, S.8; Beuck BB 50/632; DOG DRZ 50/364;

(445) gegen eine Anwendung der §§ 722, 723 ZPO:
Stein-Jonas, 18.Aufl., § 328 Anm. III 4; Kühne NJW 50/729;
Hoffmann JR 53/158; OLG Hamm Rpfleger 54/631 = NJW 55/67; OLG Hamm BB 55/175 L = JMBlnRW 55/39; Zimmermann Rpfleger 57/363;
Beitzke FamRZ 56/36; Beitzke in Anm.zu OLG Stuttgart JZ 57/448; Beitzke JZ 58/53;
gegen eine Anwendung des § 24 4.DVO/EheG:
Maßfeller StAZ 54/281; Hoffmann JR 53/158; Raape, IPR, 4.Aufl,
(Fortsetzung S.72)

II. Ausblick auf das Westberliner Gesetz

über die Vollstreckung von Entscheidungen auswärtiger Gerichte.

In West-Berlin ist ein besonderes Prüfungsverfahren für ostdeutsche Urteile durch das "Gesetz über die Vollstreckung von Entscheidungen auswärtiger Gerichte" v.31.5.1950, neugefaßt am 26.2.1953 (446), geschaffen. Titel von Gerichten der DDR müssen grundsätzlich ein Anerkennungsverfahren durchlaufen, nur Unterhaltsurteile sind grundsätzlich anzuerkennen und können nur auf Antrag des Schuldners verworfen werden.

In dem durch dieses Gesetz geschaffenen Anerkennungsverfahren ist als einziger Prüfungsmaßstab der westdeutsche ordre public eingeführt. Das hat eine Überbewertung des ordre public zur Folge, die im Hinblick auf den subsidiären Charakter der Vorbehaltsklausel des Kollisionsrechts nicht als glückliche Lösung betrachtet werden kann. Schon die Vorbehaltsklausel des internationalen Zivilprozeßrechts ist eine Ausnahmenvorschrift, sie ist ein Notbehelf, der wegen der Schärfe seiner Wirkung, nämlich der Fällung eines Unwerturteils über die Rechtsprechung der fremden Staatsgewalt, immer nur als letzte Waffe angewandt werden darf. Das muß noch viel mehr im interzonalen Zivilprozeßrecht gelten (447). Wenn nun jedes in der DDR ergangene Urteil nur auf Vereinbarkeit mit der subsidiären Vorbehaltsklausel geprüft werden darf, können die primären Abwehrmittel nie zur Anwendung kommen. Insbesondere verwehrt aber das Westberliner Gesetz dem Territorialitätsprinzip des Kollisionsverwaltungsrechts die Anwendung als Abwehrmittel gegen auf Enteignungssachverhalte gegründete ostdeutsche Urteile und zwingt die Rechtsprechung stattdessen zu einem Notbehelf, zur Anwendung der auf diesem Gebiet völlig sachfremden (448) Vorbehaltsklausel (449).

III. Ungeeignetheit der §§ 766, 767 ZPO.

Ungeeignet für eine Nachprüfung der Anerkennungsfähigkeit einer Entscheidung aus der anderen deutschen Republik sind auch die

S.308; KG West JR 54/61 = MDR 54/168; OLG Celle JR 55/470 = NdsRpfl 55/194 = MDR 56/43 = StAZ 56/3 = FamRZ 56/122 L; Walther Rosenthal ROW 57/1; Beitzke FamRZ 56/36; Soergel-Kegel, 8.Aufl., Anm. VII 2 zu Art.17 EGBGB; BGH BGHZ 20/323 = Lindmöhrl (2) § 328 ZPO u.(20) Art.7ff EGBGB = NJW 56/1436 = JZ 56/496 = FamRZ 56/228 L u.276 = ZZZ 69/288;

für eine Anwendung der §§ 722, 723 ZPO:

Beuck, Interzionales Privatrecht, S.87; Arwed Blomeyer, Vortrag vor dem BDI, S.16; Beitzke MDR 54/321; Raape, IPR, 4.Aufl., S.152; AG Hamburg, mitgeteilt bei Beuck, S.88; OLG Stuttgart JZ 57/448 = ROW 57/204; OLG Stuttgart Rpfleger 57/386 = ZZZ 71/274;

für eine Anwendung des § 24 4.DVO/EheG:

KG West FamRZ 56/231; Wagner DRiZ 56/27; Brox FamRZ 54/52; Rodig MDR 53/460; OLG München FamRZ 55/298 L u.334 möchte § 24 4.DVO/EheG nur dann anwenden, wenn eine eingehende Prüfung des Urteils ergibt, daß eine eingehende Prüfung des Urteils zu seiner Ablehnung führen wird;

(446) VOBl 151;

(447) vgl.oben § 2 III C;

(448) vgl.oben § 3 V;

(449) vgl.a. die scharfe Kritik von Beitzke JR 52/1 (Fußnote 40);

Rechtsbehelfe der §§ 766, 767 ZPO (450). § 766 betrifft nur das Verfahren der Vollstreckungsorgane, § 767 nur nach der letzten Tatsachenverhandlung entstandene Einwendungen gegen den Titel.

IV. Ungeeignetheit des Devisengenehmigungsverfahrens für die Anerkennung von Urteilen der DDR.

Gem. Art.X (g) und (i) LRG 53 (DevBewG) gilt die DDR für die BRep als Devisenausland; die Zwangsvollstreckung aus in der DDR erwirkten Titeln bedarf der Devisengenehmigung gem. Art.I Abs.1, Art.X (g) DevBewG mit Art.1 Abs.1 (b) der 3.DVO/DevBewG (451). Das Devisengenehmigungsverfahren der Landeszentralbanken (LZB) bietet aber keinen hinreichenden Ersatz für eine gerichtliche Prüfung der Anerkennungsfähigkeit der ostdeutschen Entscheidungen (452). Vor allem scheitert dieses Verfahren bei Urteilen ohne vollstreckungsfähigen Inhalt. Auch geht es nicht an, richterliche Aufgaben den Verwaltungsbehörden zu übertragen, zudem erscheint es fraglich, ob die Verwaltungsbehörden die schwierigen kollisionsrechtlichen Fragen sachdienlich erledigen können (453); das Devisengenehmigungsverfahren erfolgt ja nur unter Vorlage des Vollstreckungstitels, ohne Anhörung der Parteien. Außerdem besteht die Gefahr sachfremder Erwägungen, denn das Devisengenehmigungsverfahren dient ja primär dem Schutz der Volkswirtschaft (453a); es bestehen auch keine bindenden Vorschriften für die Nichtanerkennung (454)(454a). Die erteilte Devisengenehmigung macht die Zwangsvollstreckung deshalb noch nicht zulässig (455).

V. Nichtanerkennung auf Feststellungsklage gem. § 256 ZPO bzw. §§ 638, 640 ZPO.

A. Streitgegenstand einer solchen Feststellungsklage.

Als einzige Möglichkeit für die Nachprüfung einer gerichtlichen Entscheidung aus der anderen deutschen Republik bleibt somit nur die

- (450) Beitzke MDR 54/321; Walther Rosenthal ROW 57/1; OLG Stuttgart JZ 57/448 = ROW 57/204;
a.M. Hartmann, S.61; Beitzke in Anm.zu OLG Stuttgart JZ 57/448; Beitzke JZ 58/53; Zimmermann Rpfleger 57/363; Berner in Anm.zu OLG Karlsruhe Rpfleger 58/91;
- (451) in der DDR bedarf die Zwangsvollstreckung aus Urteilen der BRep keiner Devisengenehmigung;
- (452) a.M. Drobnig RabelsZ 19/463; Skaupy BB 51/126;
- (453) Beuck, Interzationales Privatrecht, S.87; Walther Rosenthal ROW 57/1; OLG Stuttgart JZ 57/448 = ROW 57/204; Beitzke in Anm.zu OLG Stuttgart JZ 57/448; Beitzke JZ 58/53;
- (453a) BVerwG BB 55/1007;
- (454) Brunn NJW 56/171;
- (454a) auch die vor Erlaß der die Devisenbewirtschaftung im Verkehr zwischen den beiden deutschen Republiken wesentlich auflöckernden Allgemeinen Genehmigungen der Bank deutscher Länder, besonders der AllgGen Nr.75/55 i.d.F. v.26.3.1956 (Banz Nr.65/56, ber.72/56) üblich gewesene interne und inoffizielle Einschaltung des Landesjustizministeriums oder des LG-Präsidenten änderte nichts an der Ungeeignetheit des Devisengenehmigungsverfahrens für die Überprüfung der Anerkennungsfähigkeit ostdeutscher Urteile;
- (455) AG Hamburg, mitgeteilt bei Beuck, S.88;

Feststellungsklage gem. §§ 256, 638, 640 ZPO durch den Schuldner oder denjenigen, der sich durch ein Statusurteil der fremden Gerichtsgewalt benachteiligt glaubt (456).

Das Klagebegehren dieser Feststellungsklage müßte dann gerichtet sein auf Feststellung der Unbeachtlichkeit des Titels der fremden Staatsgewalt im Territorium der eigenen Staatsgewalt.

B. Zuässigkeit der Feststellungsklage
insbesondere Feststellungsinteresse des Klägers.

Die Geltendmachung eines Urteils oder einer anderen gerichtlichen Entscheidung gegenüber dem in der anderen deutschen Republik ansässigen Gegner oder sonstwie rechtlich Betroffenen begreift eine Rechtsberührung in sich, die Behauptung eines durch den gerichtlichen Spruch eindeutig geklärten Rechtsverhältnisses (456a). Durch diese besonders geartete Rechtsberührung wird ein echtes Rechtsverhältnis i.S.v. §§ 256, 638, 640 ZPO zwischen mindestens zwei Personen behauptet (456b), das Bestehen einer konkreten, endgültig geregelten rechtlichen Beziehung (456a), dessen Anerkennungsfähigkeit im Bereich der ihm übergeordneten Hoheitsgewalt dem Gegner zweifelhaft sein darf.

Für eine Klage auf Feststellung der Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit einer Entscheidung der fremden Gerichtsgewalt mit den §§ 24 ZPO, 24 UWG, mit den territorialen Grenzen der Wirkung eines konfiskatorischen oder spoliativen Hoheitsaktes, mit den Grundlagen der eigenen Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsordnung und mit den guten Sitten muß auch das Feststellungsinteresse des Klägers bejaht werden (457). Es sind alle für ein Rechtsschutzbedürfnis erforderlichen Voraussetzungen (458) gegeben: es besteht tatsächliche Ungewißheit über die Anerkennungsfähigkeit des fremden Urteils; der Kläger sieht sich mit Grund in seiner Rechtsstellung gefährdet, solange das vielleicht der Ablehnung verfallene fremde Urteil seine vollen Rechtswirkungen äußert; der Kläger hat ein Bedürfnis nach umgehender Klarstellung; das Feststellungsurteil ist geeignet, die Gefährdung der Rechtsstellung des Klägers zu beseitigen; ein einfacherer Weg zur Beseitigung der Rechtswirkungen einer Entscheidung eines Gerichts der anderen deutschen Republik besteht nicht.

Die Möglichkeit einer Feststellungsklage darf auch nicht deshalb geleugnet werden, weil schon ein Urteil über das Rechtsverhältnis besteht; auch die Klärung der Grenzen von Urteilstwirkungen durch ein Feststellungsurteil muß zulässig sein, wenn ein anderer Weg hierfür nicht zur Verfügung steht (459).

- (456) so auch Raape, IPR, 4. Aufl., S. 308; BGH BGHZ 20/323 = Lind Möhr (2) § 328 ZPO u. (20) Art. 7 ff EGBGB = NJW 56/1436 = JZ 56/496 = FamRZ 56/228 L u. 276 = ZRP 69/288; OLG Celle JR 55/470 = NdsRpfl 55/194 = MDR 56/43 = StAZ 56/3 = FamRZ 56/122 L; Walther Rosenthal ROW 57/1 für Scheidungsurteile; KG West FamRZ 56/231 will Feststellungsklage wahlweise neben Anerkennungsverfahren nach § 24 4. DVO/EheG zulassen;
- (456a) vgl. Rosenberg, 7. Aufl., § 86 II 1 a;
- (456b) RGZ 82/161(164) und 147/27; KG OLG 28/276; Wieczorek, Randz. B I c 4 und C V b 1 zu § 256;
- (457) OLG Celle JR 55/470 = NdsRpfl 55/194;
- (458) vgl. hierzu Rosenberg, 7. Aufl., § 86 II 2 a;
- (459) RGZ 82/161(164); OLG Celle JR 55/470 = NdsRpfl 55/194;

C. Einrede der Rechtskraft ?

Es erhebt sich nun die Frage, ob die in der anderen deutschen Republik ergangene gerichtliche Entscheidung eine Feststellungsklage über den selben Gegenstand hindert, weil ja der Streitgegenstand der Leistungs- oder Gestaltungsklage den der Feststellungsklage, auch den der negativen Feststellungsklage umfaßt (460).

Grundsätzlich haben Urteile der einen deutschen Republik volle Rechtskraftwirkung auch für das Territorium der anderen Republik; sie begründen auch grundsätzlich die Einrede der Rechtshängigkeit, denn sie sind ja grundsätzlich anzuerkennen (461). Die Rechtskraftwirkung für das andere Territorium entfällt jedoch notwendigerweise, wenn das Urteil dort nicht anerkannt werden kann (462).

Es wäre aber widersinnig, die Rechtskraftwirkung einem Verfahren entgegenzusetzen, in dem das Bestehen dieser Rechtskraftwirkung erst festgestellt werden soll. Für die Feststellungsklage über die Anerkennungsfähigkeit des Urteils der anderen Republik muß somit die Einrede der Rechtskraft unbeachtlich sein (463). Das Feststellungsbegehren kann auch mit einer neuen Leistungs- oder Gestaltungsklage verbunden werden (464); in diesem Falle muß das angerufene Gericht die Anerkennungsfähigkeit und damit die Rechtskraftwirkung des Urteils der fremden Gerichtsgewalt vorweg prüfen und gegebenenfalls auf Grund dieser Prüfung die Leistungs- oder Gestaltungsklage durch Prozeßurteil abweisen, da das frühere Urteil bei Anerkennungsfähigkeit seine volle klagsperrende Wirkung äußert (461).

D. Der Gerichtsstand bei vermögensrechtlichen Feststellungsklagen.

Wie bereits ausführlich erörtert (465), gehört es zu den Pflichten jeder Staatsgewalt, den ihr räumlich zugeordneten Personen einen Gerichtsstand zur Durchsetzung ihrer Rechte zu eröffnen. Ganz besonders gilt dies jedenfalls für Feststellungsklagen auf Nichtbeachtlichkeit von Urteilen einer fremden Gerichtsgewalt, denn die Nichtanerkennung von fremden Gerichtsentscheidungen liegt im sachgemäßen, nur durch die Fürsorgefunktion des Kollisionsprivat-

(460) vgl. Rosenberg, 7. Aufl., § 98 II 3;

(461) BGH NJW 56/1031 = JZ 56/500; OLG München FamRZ 55/298 L u. 334; OLG Karlsruhe MDR 54/113; KG West NJW 54/845; AG Neuburg/Donau BayJMBL 55/155 = FamRZ 55/336 L; Hahnenfeld NJW 56/164; Raape, IPR, 4. Aufl., S. 308; Rosenberg, 7. Aufl., § 97 II 2; Riezler SJZ 47/233; BGH LindMöhr (4) § 328 ZPO = NJW 58/104 = FamRZ 58/18 = BB 57/1194; OLG Celle MDR 56/233 = FamRZ 56/235 L; OLG Celle NJW 57/1524 = FamRZ 57/390 = ROW 57/206; BAG JZ 57/714 = BB 57/873 = ROW 57/254 = ZMR 57/323; LG Berlin-West FamRZ 56/28; Beitzke in Anm. zu BGH FamRZ 58/18; Beitzke FamRZ 56/36; Soergel-Kegel, 8. Aufl., Anm. V 7 a vor Art. 7 EGBGB; a.M. nur der ostdeutsche Autor Wünschmann JR 51/109;

(462) BGH JZ 56/500 = NJW 56/1031; OLG München FamRZ 55/298 L u. 334; AG Neuburg/Donau BayJMBL 55/155 = FamRZ 55/336 L; Hahnenfeld NJW 56/164; LG Berlin-West FamRZ 56/28; Beitzke FamRZ 56/36; Beitzke in Anm. zu BGH FamRZ 58/18; Soergel-Kegel, 8. Aufl., Anm. V 7 a vor Art. 7 EGBGB;

(463) OLG Celle JR 55/470 = NdsRpfl 55/194; BGH JZ 56/496 = NJW 56/1436;

(464) Beitzke FamRZ 56/36;

(465) vgl. oben § 2 IV B; s.a. LG Kassel MDR 58/108;

rechts (466) beschränkten Ermessen jeder Hoheitsgewalt und so können auch nur die eigenen Gerichte sachdienlich über die Anerkennungsfähigkeit eines fremden Urteils entscheiden.

Der Gerichtsstand für solche Feststellungsklagen ergibt sich aus dem Grundgedanken des auch im Verhältnis zwischen BRep und DDR anwendbaren § 23 ZPO (465) am Ort des in Anspruch genommenen Gegenstands. Durch die Feststellungsklage wird der gleiche Gegenstand in Anspruch genommen wie durch das entgegengesetzte Leistungsurteil (467).

Bei Verpflichtung zur Zahlung einer Geldschuld oder zur Vornahme einer unvertretbaren Handlung ist Streitgegenstand die persönliche Leistung des Schuldners (467); deshalb liegt der Schwerpunkt am gewöhnlichen Aufenthaltsort des Schuldners, dort kann das Urteil in der Regel am leichtesten vollstreckt werden (468). Kollisionsrechtlich ist das Schuldverhältnis daher im allgemeinen Gerichtsstand des Schuldners belegen (468); dort ist die Feststellungsklage auf Unbeachtlichkeit eines Leistungsurteils zu erheben.

Bei Herausgabe von Sachen, bei Streit über Rechte an einer Sache oder an einem Recht ist der Streitgegenstand am Ort der Sache oder des Rechts belegen (467); dort ist gem. § 23 ZPO die Feststellungsklage auf Nichtbeachtlichkeit eines fremden Leistungsurteils zu erheben.

E. Der Gerichtsstand bei familienrechtlichen Feststellungsklagen.

Auch für Klagen gem. §§ 638, 640 ZPO auf Feststellung der fehlenden Anerkennungsfähigkeit von Statusurteilen der anderen Republik ist stets ein Gerichtsstand im Territorium der Staatsgewalt gegeben, für deren Hoheitsbereich die Nichtanerkennung angestrebt wird.

Jede Hoheitsgewalt hat die Pflicht, den ihr räumlich zugeordneten Personen ein ordentliches gerichtliches Verfahren zur Klärung ihrer rechtlichen Beziehungen, auch der familienrechtlichen Beziehungen, zu anderen Personen zu eröffnen (469); selbst wenn der Wortlaut der prozeßrechtlichen Zuständigkeitsbestimmungen, hier der §§ 606, 642 ZPO, entgegensteht, darf keine Hoheitsgewalt die ihr gewaltunterworfenen Personen an die Gerichte einer fremden Rechtsprechungsgewalt verweisen (470).

F. Vollstreckungsschutz vor Klärung der Anerkennungsfähigkeit.

Die Möglichkeit der Erhebung einer Klage auf Feststellung der fehlenden Anerkennungsfähigkeit des fremden Titels bewahrt aber den Schuldner vor der endgültigen Feststellung der Nichtanerkennung und damit der fehlenden Vollstreckungsfähigkeit nicht vor Vollstreckungsmaßnahmen des Gläubigers. Die Zwangsvollstreckung aus einem Urteil, dessen Beachtlichkeit für die Vollstreckungsorgane wegen des vom Gläubiger oder vom Schuldner vorgetragenen Sachverhalts zweifelhaft erscheinen muß, würde gegen das Anstandsgefühl aller anständigen Menschen verstoßen und auch unter Würdigung der Schutzbedürftigkeit des Gläubigers eine unbillige Härte gegenüber dem Schuldner bedeuten.

(466) Neumeyer IV, S.250;

(467) vgl. Stein-Jonas, 18.Aufl., § 23 Anm.II; vgl.a. § 722 Abs.2 ZPO;

(468) vgl.oben § 3 VII B;

(469) vgl. Art. 6 Abs.1 S.1 MenschenRKonv;

(470) vgl.oben § 2 IV C;

In der BRep hilft in solchen Fällen die Härteklausele des § 765 a ZPO (471); das Vollstreckungsgericht muß je nach Lage des Falles die Zwangsvollstreckung entweder einstweilen unter Hinweis auf die Erforderlichkeit eines Feststellungsverfahrens über die Beachtlichkeit des Titels einstellen oder in ganz eindeutigen Fällen untersagen (472).

§ 5

Währungsrechtliche Fragen in der Zwangsvollstreckung.

I. Vollstreckung ostdeutscher Urteile in der Bundesrepublik.

A. Zwangsvollstreckung gem. §§ 803ff ZPO, 244 BGB.

Trotz des in Ost- und Westdeutschland gleichen rekurrenten Anschlusses 1 RM = 1 DM sind die DM der Deutschen Notenbank (DNB) und die DM der Bank Deutscher Länder (BDL) verschiedene Währungen; die Währungsreform beruhte in Ost und West auf verschiedenen Rechtsgrundlagen (474); im Westen wurden die bestehenden Verbindlichkeiten 10:1 abgewertet, im Osten dagegen wurde die Abwertung nur für verzelzte Schuldverhältnisse zugelassen.

Die gelegentlich vertretene Ansicht, in der BRep sei die Zwangsvollstreckung aus einem auf DM der DNB lautenden Titel unzulässig (475), weil die DM der DNB hier kein gesetzliches Zahlungsmittel sei (476), entbehrt jeder Grundlage. Auch im Interzonenrecht kann es Fremdwährungsschulden geben; der Besitz und Umlauf von DM der DNB ist in der BRep auch nicht verboten (477), in West-Berlin durch Nr. 1 b WEVO sogar ausdrücklich erlaubt.

Bei der Zwangsvollstreckung der auf eine fremde Währung lautenden Schultitel sind die Vorschriften der §§ 10ff, insbesondere § 11 EntlVO v.13.5.1924 zu beachten (478). Der in der Inflationszeit entstandene Streit, ob die Zwangsvollstreckung wegen einer Valutaschuld nach den Vorschriften über Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen gem. §§ 803ff ZPO, 244 BGB (479), über Herausgabe von Sachen, nämlich eines Geldbetrags in der fremden Währung, gem. §§ 883, 884, 893 ZPO (480), oder über Erwirkung vertretbarer Handlungen, nämlich der Beschaffung von Valuta, gem. § 887 ZPO (481) zu erfolgen habe, ist durch § 11 EntlVO im Sinne der Vollstreckung nach §§ 803ff ZPO, 244 BGB entschieden. Dies ist ja auch nur logisch, denn Valu-

- (471) LG Düsseldorf NJW 54/397; Walther Rosenthal ROW 57/1; OLG Karlsruhe NJW 57/1603 u.58/754 L = JR 58/224 L = Rpfleger 58/91;
- (472) die Verneinung der Vollstreckungsfähigkeit ist aber noch keine formelle Nichtanerkennung des Titels!
- (474) ERG 61 (WährG) und ERG 63 (UmstG) im Westen; SMAD-Bef. Nr.111 v.23.6.1948 und Nr.124 v.24.7.1948 im Osten;
- (475) Nr.14 Abs.2 des SMAD-Bef. Nr.111/48 verbietet den Gerichten der DDR die Verurteilung in einer anderen als der gesetzlichen Landeswährung; vgl. aber neuerdings BG Leipzig, mitgeteilt bei Seydel NJW 58/736;
- (476) LG Hannover NJW 50/750 = MDR 50/358; LG Paderborn MDR 51/172; LG Paderborn MDR 50/557;
- (477) Kühne NJW 50/729; Beitzke NJW 50/928; Schweckendieck JR 52/463;
- (478) LG Stuttgart MDR 51/559;
- (479) so Brodmann JW 21/441; RGZ 106/74; KG JW 20/657; OLG Köln JW 20/910; OLG Frankfurt JW 21/1328;
- (480) so Wach in Anm.zu KG JW 20/657;
- (481) so Nußbaum JW 20/13(16); JW 20/891; in Anm.zu KG JW 20/657 und in Anm.zu OLG Köln JW 20/910;

taschulden sind Geldwertschulden keine Geldsortenschulden, und müssen auch als solche behandelt werden (482); die Gefahr von Kursschwankungen berechtigt nicht zu Mißachtung des eindeutigen Wortlauts der ZPO (483), nach der Wegnahme von Geld oder nach der Empfangnahme des Vollstreckungserlöses durch den Gerichtsvollzieher eingetretene Kursänderungen gehen gem. §§ 815 Abs.3, 819 ZPO zu Lasten des Gläubigers.

Für den Interzonenverkehr muß aber auch beachtet werden, daß der Gläubiger in der DDR selbst keine Zahlungen, auch nicht in DM der DNB, von außerhalb der DDR ansässigen Schuldnern annehmen darf, es sei denn, der Schuldner leistet diese Zahlungen aus einem Konto in der DDR (484) oder läßt die Leistung durch einen in der DDR ansässigen Beauftragten vornehmen (485). Leistungen, deren Annahme den Gläubiger in Konflikt mit § 8 ZahlungsverkehrsG/DDR (486), § 11 der 2.DfBest/ZahlungsverkehrsG (487) und § 9 DevG/DDR (488) bringen und ihn damit der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen (489), sind aber keine Tilgung der Schuld; insbesondere ist es also nicht möglich, den in DM der DNB geschuldeten Betrag durch eine Wechselstube in West-Berlin an den Gläubiger in der DDR überweisen zu lassen (490). Die einzige Möglichkeit der Ablieferung von Geld an den Gläubiger durch den Gerichtsvollzieher der BRep ist Einzahlung des Betrages in DM der BDL auf ein Sperrkonto des Gläubigers in der BRep (491).

B. Umrechnung nach Wechselstubenkurs.

Gem. §§ 11 EntlVO, 244 BGB muß die Umrechnung von auf DM der DNB lautenden Titeln in DM der BDL durch die Vollstreckungsorgane nach dem am Zahlungsort geltenden Tageskurs erfolgen (492). Da in der BRep ein amtlicher Kurs für die Umrechnung von DM der DNB in DM der BDL fehlt, wird häufig die Ansicht vertreten, eine Umrechnung sei nicht möglich, damit ent falle auch die Möglichkeit einer Zwangsvollstreckung oder es müsse der fiktive Kurs 1:1 zugrundegelegt werden (493). § 244 BGB verlangt aber gar keinen amtlichen Kurs, es

- (482) Truckenbrodt MDR 51/83; Wälde NJW 51/213; LG Bremen MDR 51/748 = JR 52/280; LG Stuttgart MDR 51/559;
- (483) KG JW 20/657;
- (484) Devisengenehmigung ist generell erteilt durch AllgGen Nr.41/50 der BDL v.10.7.1950 (BANz Nr.133/50) für Unterhaltszahlungen bis zu 300.- DM der DNB monatlich;
- (485) LG Kaiserslautern MDR 52/301; LG Oldenburg NJW 53/1183; LG Osna brück MDR 51/745 = NJW 51/965; nach anderer Meinung ist auch diese Zahlungsweise devisenrechtlich unzulässig, vgl. Gentzmann in Anm.zu LG Düsseldorf ROW 57/213;
- (486) GBl/DDR I 50/1202;
- (487) GBl/DDR I 51/897;
- (488) GBl/DDR I 56/321;
- (489) § 16 ZahlungsverkehrsG;
- (490) LG Lüneburg MDR 51/303; Kegel NJW 53/615; Kegel in Anm.zu OLG Braunschweig JZ 51/81; Buchholz DRiZ 52/71;
- (491) näheres vgl.unten § 6;
- (492) a.M. LG Hagen MDR 55/230 = FamRZ 55/147 L infolge einer Verwechselung von Leistungsort und Erfüllungsort;
- (493) Beitzke ZBlJugR 50/16; Jacobsohn NJW 47/48/679; Mampel JR 49/30; LG Frankfurt NJW 50/610 = BB 50/34 = DGVZ 50/186; LG Hannover NdsRpfl 49/154; LG Bremen Rpfler 48/49/616 = DGVZ 50/38; LG Essen Rpfler 50/233 = DGVZ 50/110; LG München I BB 50/602; LG Paderborn LDR 50/557; OLG Braunschweig MDR 49/624; LG Dortmund MDR 50/552; AG Frankfurt NJW 50/750 = DGVZ 50/188; AG Mainz NJW 54/721; LG Lüneburg MDR 51/303;

genügt vielmehr jeder übliche Kurs; der in der BRep in den staatlich konzessionierten Wechselstuben gebildete Kurs (494), der in West-Berlin durch Nr.1 b 2 WEVO v.20.3.1949 sogar zum amtlichen Kurs erklärt ist, genügt den Anforderungen des § 244 BGB als legal gebildeter Kurs. Man muß ja auch bedenken, daß sich sämtliche Valutakurse im freien Verkehr gebildet haben, und daß auch die staatlich festgesetzten Kurse keinesfalls mit dem wirklichen Kaufkraftverhältnis zusammenzufallen brauchen.

Die Umrechnung von auf DM der DNB lautenden Titeln durch die Vollstreckungsorgane muß nach dem Tageskurs der Wechselstuben erfolgen, den sich der Gerichtsvollzieher ja ohne besondere Schwierigkeiten beschaffen kann, denn dieser Kurs ist in der BRep für das Verhältnis von DM der DNB zu DM der BDL allgemein maßgebend (495).

C. Umrechnung bei Unterhaltsrenten.

1. Fehlen einer legalen Transfermöglichkeit.

Das Fehlen einer legalen Transfermöglichkeit des auf dem Sperr-

- (494) zur Zeit liegt er bei etwa 4 DM der DNB = 1 DM der BDL; vgl. Berner in Anm.zu OLG Karlsruhe Rpfleger 58/91: 1 g Feingold entspricht einem Wert von 4,73 DM der BDL oder 21,20 DM der DNB;
- (495) Wälde NJW 51/213; Schweckendieck JR 52/463; Raape, IPR, 4.Aufl. S.515; Stein-Jonas, 18.Aufl., Vorbem. X 2 a) vor § 704; Zöllner 7.Aufl., Anm.2 zu § 704; Beitzke NJW 50/928 und in Anm.zu LG Ellwangen NJW 53/1183; Kühne NJW 50/729; Truckenbrodt MDR 51/83; Skaupy BB 51/126; Veith MDR 51/258; Marquardt MDR 50/8 u. MDR 51/390; Zimmermann Rpfleger 57/363; Seydel NJW 58/736; Brunn in Anm.zu OLG Karlsruhe NJW 58/754; Wagner in Anm.zu LG Berlin-West JR 58/224; Berner in Anm.zu OLG Karlsruhe Rpfleger 58/91, in Anm.zu OLG Düsseldorf Rpfleger 57/258, in Anm.zu OLG Hamm Rpfleger 56/251 und in Anm.zu OLG Frankfurt Rpfleger 56/252;
OLG Hamm Rpfleger 54/631 = NJW 55/67; OLG Hamm BB 53/183 = = NJW 53/750 = JMBlnRW 53/103 = Büro 53/70; LG Bremen NJW 54/1768 L = Rpfleger 54/572 = MDR 55/547 = FamRZ 55/55 L; LG Bremen Rpfleger 50/277; LG Bremen MDR 51/748 = JR 52/280; LG Bremen DGVZ 54/124 = Rpfleger 54/254; LG Stuttgart MDR 51/559; OLG Celle NJW 51/484 = EJF 51/52/3; LG Köln JR 51/606; OLG Celle MDR 51/619 = NdsRpfl 51/157 = BB 51/513 = DB 51/344 L; LG Essen Rpfleger 55/49; OLG Köln Rpfleger 55/192; LG Koblenz NJW 56/383; OLG Hamburg MDR 51/109; LG Bielefeld MDR 51/305 = AnwBl 50/51/119 L; LG Braunschweig NJW 50/751; LG Kaiserslautern MDR 52/301; LG Bochum NJW 51/239; LG Bochum MDR 52/169; LG Lüneburg MDR 51/746; LG Aachen NJW 52/471; LG Berlin-West JR 58/224; OLG Düsseldorf MDR 57/225 = Rpfleger 57/258 = BB 57/489; LG Verden MDR 56/44 = FamRZ 56/123 L; OLG Koblenz NJW 56/383 = MDR 56/164; OLG Hamm Rpfleger 56/251; OLG Frankfurt Rpfleger 56/252; OLG Celle NdsRpfl 55/168 = FamRZ 56/32 L u. 123 L = DGVZ 56/24; Leitsatz Nr.28 der Prozeßrichter-Vereinigung Berlin, NJW 52/611;

konto festgefrorenen Vollstreckungserlöses (496) ist besonders bei Unterhaltsrenten unerfreulich. Lediglich innerhalb Berlins bestehen einige beschränkte Möglichkeiten zum legalen Transfer von Unterhaltszahlungen sowie Miet- und Pachteinahmen (497) unter der Voraussetzung, daß der Umtausch der Zahlungsmittel zu dem fiktiven Kurs 1:1 nachgewiesen wird.

2. Das Unterhaltsclearing der Jugendämter.

Für Unterhaltszahlungen an uneheliche Kinder besteht auf Grund einer Vereinbarung der Jugendämter in Ost (498) und West ein privates Clearing über die Sperrkontoguthaben in der BRP und der DDR; man hilft sich damit, daß man das in der BRP blockierte Sperrkontoguthaben eines Unterhaltsberechtigten in der DDR an einen fremden Unterhaltsberechtigten in der BRP auszahlt und das in der DDR blockierte Sperrkontoguthaben dieses Unterhaltsberechtigten dafür an den Unterhaltsberechtigten in der DDR auszahlt, man unterschreibt den Zahlvätern also wechselseitig fremde Kinder als Zahlungsempfänger.

Da nun die DDR fest auf dem fiktiven Umrechnungskurs 1 DM = = 1 DM (499) besteht, kann das ostdeutsche Kind nur dann in den Genuß dieses Clearings kommen, wenn sein Zahlvater den Nominalbetrag der an sich auf DM der DNB lautenden Unterhaltsrente (500) in DM der BDL auf das Sperrkonto einzahl (501). Im Hinblick darauf haben

- (496) über die devisenrechtlichen Einzelheiten vgl. unten § 6;
(497) vgl. Schütz BB 54/730 und Gentzmann ROW 58/110;
(498) hier führen sie den Namen "Abteilung Mutter und Kind beim Rat des Kreises";
(499) vgl. Artzt NJ 51/265 und Hilde Neumann NJ 49/246;
(500) maßgebend für das Währungsstatut ist nach richtiger Ansicht der Aufenthaltsort des Unterhaltsberechtigten, da ja die Unterhaltsrente zur Deckung des Lebensbedarfs des Berechtigten bestimmt, also zweckgebunden ist: Beitzke NJW 50/928; Beitzke JR 52/419; Beitzke ZBLJugR 50/16; Beitzke in Anm. zu LG Göttingen LDR 49/757; Beitzke in Anm. zu LG Wiesbaden LDR 50/553; Eichel NJW 52/450; Kegel NJW 53/615; Hahnenfeld NJW 55/528; Schweckendieck JR 52/463; Brüggmann LDR 57/21; Henn NJW 58/733; Soergel-Kegel, 8. Aufl., Anm. VI 2 c)aa) vor Art. 7 EGBGB; LG Köln NJW 53/629; LG Düsseldorf LDR 52/298; LG München II NJW 52/1179; LG Düsseldorf LDR 54/358 = VersR 54/328 L; LG Göttingen NJW 50/602 = NdsRpfl 50/123; LG Kassel LDR 50/741; LG Wiesbaden LDR 50/553; LG Würzburg LDR 51/490; LG Lüneburg LDR 51/746; LG Bochum LDR 52/169; LG Bochum LDR 52/622; LG Kassel LDR 53/105; LG Kassel LDR 53/237 = EJF 53/50; LG Oldenburg NJW 53/1183; LG Bremen NJW 54/1768 L = Rpfler 54/572 = = LDR 55/547 = FamRZ 55/55 L; LG Hildesheim NdsRpfl 52/155; LG Verden LDR 55/167 = FamRZ 55/147; LG Göttingen NdsRpfl 51/101; OLG Karlsruhe NJW 57/1603 u. 58/754 L = JR 58/224 L = Rpfler 58/91;
a.L. jedoch Larquardt LDR 50/8; Larquardt LDR 51/390; Neumeyer III, S. 158; Kegel in Anm. zu OLG Braunschweig JZ 51/81; Trukenbrodt in Anm. zu LG Göttingen NJW 50/602; Wälde NJW 51/213; OLG Braunschweig JZ 51/81 = JR 50/667 = NdsRpfl 50/140; OLG Schleswig LDR 50/235; LG Braunschweig LDR 51/238 = NdsRpfl 51/71; LG Stuttgart NJW 51/241; LG Hamburg LDR 52/301; LG Braunschweig LDR 53/367 = NdsRpfl 53/163; LG Berlin-West JR 50/667; LG Aachen NJW 52/471; LG Stuttgart LDR 51/367; LG Hamburg LDR 52/423; LG Göttingen LDR 49/757 = DGVZ 50/89; LG Passau LDR 52/169;
(501) dies begründet aber keinesfalls, daß die Unterhaltsschuld in DM der BDL entsteht, wie LG Frankenthal LDR 54/614 folgert;

auch verschiedene Gerichte in der BRep den Unterhaltsschuldner zur Einzahlung des Nominalbetrags der Unterhaltsrente in DM der BDL verurteilt, weil der Schuldner nicht aus dem Aufenthalt seines Kindes im Osten finanzielle Vorteile ziehen dürfe, indem er nur 1/4 des Nominalbetrags in DM der BDL bezahlt, und weil § 1708 BGB ohne Rücksicht auf die Schutzwürdigkeit des Schuldners ausschließlich auf die Belange des Unterhaltsberechtigten abstelle (502).

Die Umrechnung eines ostdeutschen Unterhaltstitels im Zwangsvollstreckungsverfahren nach diesem fiktiven Kurs 1:1 ist unter Hinweis auf die Möglichkeit eines Clearings nur vereinzelt vorgenommen worden (503); im allgemeinen wird bei der Verneinung einer Umrechnungsmöglichkeit nach dem Wechselstubenkurs völlig übersehen, daß nur ganz wenige Unterhaltsgläubiger in den Genuß des Clearings kommen können, weil die Zahl der gerichtlich zu Unterhaltszahlung an Kinder in der BRep verpflichteten Väter in der DDR verschwindend gering ist (504).

3. Verwendung des Sperrkontoguthabens für Lebensmitteleinkäufe im Westen.

Durch die AllgGen der BDL Nr.75/55 (Neufassung) v.26.3.1956 (505) können die ostdeutschen Inhaber von Sperrkonten in der BRep über das Guthaben bis zum Betrag von 150.- DM monatlich verfügen, also z.B. an einen Beauftragten in der BRep zum Einkauf von Lebensmitteln etc. überweisen lassen (506). Unter Hinweis auf diese Möglichkeit haben westdeutsche Gerichte wegen des besonderen Treueverhältnisses zwischen Unterhaltsgläubiger und Unterhaltsverpflichteten den in der BRep ansässigen Schuldner zur Zahlung des Nominalbetrags in DM der BDL auf das Sperrkonto des Unterhaltsberechtigten verurteilt (507).

4. Der "Warenkorbvergleich".

Als ein weiteres Argument gegen die Anwendbarkeit des Wechselstubenkurses auf Unterhaltsrenten verweisen manche westdeutschen Gerichte darauf, daß dieser Wechselstubenkurs nicht mit dem Kaufkraftverhältnis der beiden Währungen für Güter des täglichen Bedarfs übereinstimme. Da die Unterhaltsrenten aber zur Deckung des täglichen Bedarfs bestimmt seien, müsse die Umrechnung nach dem Kauf-

- (502) LG Köln NJW 53/629; LG Oldenburg NJW 53/1183; LG Bremen NJW 54/1768 L = Rpfleger 54/572 = MDR 55/547 = FamRZ 55/55 L; LG Hildesheim NdsRpfl 52/155; LG Hagen MDR 55/230 = FamRZ 55/147 L; LG Frankenthal MDR 58/102;
Einzahlung des Nominalbetrags in DM der BDL zur Vermeidung einer Benachteiligung des Gläubigers bei einer späteren Eröffnung des direkten Transfers ordnen an LG Osnabrück MDR 51/745 = NJW 51/965; LG Dortmund MDR 53/367 = EJF 53/73 L;
Waldmann NJ 51/557 verlangt für die Eröffnung eines Transfers im Einzelfalle Beachtung des fiktiven Kurses 1:1 auch durch die Bundesrepublik;
- (503) LG Ellwangen NJW 53/1183; LG Bamberg NJW 57/676 u.1112 L;
- (504) Beitzke in Anm.zu LG Ellwangen NJW 53/1183;
- (505) BAnz Nr.65/56, ber. Nr.72/56;
- (506) näheres siehe unten § 6;
- (507) LG Köln NJW 53/629; LG Düsseldorf MDR 52/298; LG München II NJW 52/1179; LG Düsseldorf MDR 54/358 = VersR 54/328 L; LG Würzburg MDR 51/490; LG Essen Rpfleger 51/375; LG Hagen MDR 55/230 = FamRZ 55/147 L; Buchholz DRiZ 52/71;

kraftverhältnis der DM der BDL und der DM der DNB für Lebensmittel erfolgen, das etwa bei 8:10 liegt (508).

5. Umrechnung im Vollstreckungsverfahren stets nach Wechselstubenkurs.

Die Anwendung dieser "Umrechnungsmethoden" begegnet schon im Erkenntnisverfahren erheblichen Bedenken (509); im Vollstreckungsverfahren aber ist ihre Anwendung ganz unmöglich.

Jeder vollstreckbare Titel enthält einen festen Betrag in fester Rechnungseinheit, der dann gem. §§ 10ff EmtlVO i.V.m. § 244 BGB nach dem Tageskurs umzurechnen ist (510). Dieser Tageskurs muß aber für das Vollstreckungsverfahren eindeutig bestimmt sein (511). Jede andere Umrechnung wäre eine Abänderung des Titels nach §§ 323 ZPO, 244 BGB; eine solche rechtsgestaltende Maßnahme ist den Vollstreckungsgerichten aber verwehrt (512); das Vollstreckungsgericht kann weder

- (508) LG Berlin-West JR 51/407; LG Bochum NJW 51/239; LG Bochum MDR 52/169; LG Bochum MDR 52/622; BGH NJW 54/1141 u. 1762 L = Lind Möhr (11) Art. 7ff EGBGB = BGHZ 14/212 = MDR 54/665 = BB 54/785 = DB 54/781 = VRS 7/241 = JZ 55/161 = VersR 54/485 u. 595 L, 55/210 L; LG Kassel MDR 53/105; LG Kassel MDR 53/237 = EJF 53/50; AG Berlin-Charlottenburg NdsRpfl 50/176; LG Osnabrück MDR 51/745 = NJW 51/965; Wälde NJW 51/213; Kegel NJW 53/615; Kegel in Anm. zu BGH JZ 55/161; Marquardt MDR 51/390; Schweckendieck JR 52/463; Hahnenfeld NJW 55/528; Werner in Anm. zu BGH NJW 54/1762; Soergel-Kegel, 8. Aufl., Anm. VI 2 c)bb) vor Art. 7 EGBGB;
- (509) Verwechselung von Schuldinhalt und Befreiungsmöglichkeit: Beitzke in Anm. zu LG München II NJW 52/1179; Unbeachtlichkeit des ostdeutschen Zwangskurses 1:1 für die westdeutschen Gerichte: Eichel NJW 52/450; Überbürdung der eindeutig in der Risikosphäre des Gläubigers liegenden devisenrechtlichen Beschränkungen seines Aufenthaltsortes auf den Schuldner: OLG Hamm Rpfleger 54/631 = NJW 55/67; Beitzke JR 52/419, in Anm. zu LG München II NJW 52/1179 und in Anm. zu LG Göttingen MDR 49/757; Brunn in Anm. zu OLG Karlsruhe NJW 58/754; Unzuverlässigkeit des Warenkorbvergleiches: LG Kaiserslautern MDR 52/301; OLG Celle NJW 51/484 = EJF 51/52/3; folgende Gerichte und Autoren halten auch für das Erkenntnisverfahren an einer Umrechnung der Unterhaltsrente nach Wechselstubenkurs fest: LG Kaiserslautern MDR 52/301; LG Bochum NJW 51/239; LG Lüneburg MDR 51/746; LG Bochum MDR 52/169; LG Aachen NJW 52/471; Beitzke JR 52/419 und in Anm. zu LG München II NJW 52/1179; Marquardt MDR 50/8; Eichel NJW 52/450; Schweckendieck JR 52/463;
- (510) LG Stuttgart MDR 51/559;
- (511) OLG Celle NJW 51/484 = EJF 51/52/3; OLG Celle NdsRpfl 55/168; Stein-Jonas, 18. Aufl., Vorbem. X 2 a) vor § 704; Marquardt MDR 51/390; Seydel NJW 58/736;
- (512) Stein-Jonas, 18. Aufl., Vorbem. X 2 a) vor § 704; Berner in Anm. zu OLG Hamm Rpfleger 54/631, zu LG Bremen Rpfleger 54/572, zu LG Bremen Rpfleger 54/254, zu OLG Köln Rpfleger 55/192, zu OLG Hamm Rpfleger 56/251, zu OLG Frankfurt Rpfleger 56/252, zu OLG Düsseldorf Rpfleger 57/258 und zu OLG Karlsruhe Rpfleger 58/91; Marquardt MDR 51/390; Heinemann in Anm. zu LG Bamberg NJW 57/1112; Seydel NJW 58/736; Brunn in Anm. zu OLG Karlsruhe NJW 58/754; Wagner in Anm. zu LG Berlin-West JR 58/224;
- (Fortsetzung S.83)

nachprüfen, ob der Gläubiger wirklich in das Clearingverfahren eingeschaltet werden kann (513), noch ob der Schuldner aus sonst einem Grunde nach Treu und Glauben zu einer Bezahlung des Nominalbetrags in DM der BDL verpflichtet ist. Insbesondere ist aber der "Warenkorbvergleich" für das Vollstreckungsverfahren wegen seiner unzuverlässigen Schematisierung ungeeignet (514). Die Zwangsvollstreckung muß bei allen auf DM der DNB lautenden Titeln einheitlich nach Wechselstubenkurs erfolgen (512).

D. Umrechnung bei Anwaltsgebühren.

Auch für Anwaltsgebühren wird die Ansicht vertreten, hier sei eine Umrechnung nach Wechselstubenkurs nicht statthaft, weil ja der Gläubiger andernfalls nicht von seinen Kosten freigestellt würde (515), sondern nur einen Bruchteil seiner Forderung erhalte, solange die DDR auf dem Umrechnungskurs 1:1 besteht.

Hier gilt das gleiche wie für die Unterhaltsrenten: der ostdeutsche Zwangskurs 1:1 ist für die westdeutschen Vollstreckungsorgane unbeachtlich; der Umrechnungskurs muß für die Zwangsvollstreckung eindeutig festgesetzt sein, der eindeutige Inhalt des Vollstreckungstitels darf von den Organen der Zwangsvollstreckung nicht abgeändert werden (516).

II. Vollstreckung westdeutscher Titel in der DDR.

In der DDR werden auf DM der BDL lautende Titel der BRep stets zum Umrechnungskurs 1:1 vollstreckt (517); der Wechselstubenkurs wird als "reiner Phantasiekurs" bezeichnet (518). Die "unbegrenzte Vollstreckungshilfe" (519) wird deshalb versagt, wenn ein auf DM der DNB lautender westdeutscher Titel unter Umrechnung der Forderung nach dem westdeutschen Wechselstubenkurs ergangen ist (520).

OLG Hamm Rpfleger 54/631 = NJW 55/67; OLG Celle NJW 51/484 = EJF 51/52/3; OLG Celle NdsRpfl 55/168; OLG Köln Rpfleger 55/192; LG Bremen NJW 54/1768 L = Rpfleger 54/572 = MDR 55/547 = FamRZ 55/55 L; LG Bremen DGVZ 54/124 = Rpfleger 54/254; LG Frankenthal MDR 55/230 = FamRZ 55/147 L; OLG Frankfurt Rpfleger 56/252; OLG Hamm BB 57/195; LG Verden MDR 56/44 = FamRZ 56/123 L; LG Berlin-West JR 58/224; OLG Düsseldorf MDR 57/225 = Rpfleger 57/258 = BB 57/489; OLG Hamm Rpfleger 56/251;

(513) Beitzke in Anm.zu LG Ellwangen NJW 53/1183; Berner in Anm.zu OLG Köln Rpfleger 55/192; Brunn in Anm.zu OLG Karlsruhe NJW 58/754;

(514) OLG Hamm Rpfleger 54/631 = NJW 55/67; OLG Celle NJW 51/484 = EJF 51/52/3; Marquardt MDR 51/390; LG Bamberg NJW 57/676 u. 1112 L;

(515) Bierbach Rpfleger 55/61; BGH NJW 54/1200 u.1487 L = LindMöhr (2) § 91 ZPO = BB 54/512 L = DB 54/517 L = Rpfleger 55/67; AG Mainz NJW 54/721; Henn NJW 58/733;

(516) OLG Hamm BB 53/183 = NJW 53/750 = JkBlNRW 53/103 = Büro 53/70; OLG Braunschweig MDR 54/560 L; OLG Koblenz NJW 56/383 = MDR 56/164;

(517) Hilde Neumann NJ 49/246;

(518) Artzt NJ 51/265; Waldmann NJ 51/557;

(519) AG Meiningen NJ 50/320; Nathan in Anm.zu OLG Halle NJ 49/118;

(520) LG Berlin-Ost NJ 50/511;

III. Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse.

Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse gegen einen Schuldner, der seinen allgemeinen Gerichtsstand im Gebiet der anderen deutschen Republik hat, können analog §§ 828 Abs.2, 23 ZPO überall dort erlassen werden, wo der Schuldner Vermögen besitzt (521). Die Pflicht jeder Hoheitsgewalt, die unter ihrer Zwangsgewalt befindlichen Gegenstände dem Zugriff der ihr räumlich zugeordneten Personen zugänglich zu machen und sie hierfür nicht an ein Gericht einer fremden Hoheitsgewalt zu verweisen, muß sich gerade im Zwangsvollstreckungsrecht wegen der devisenrechtlichen Hindernisse bewähren, die bei einer Zwangsvollstreckung im Gebiet einer fremden Gerichtsgewalt entstehen (522). Eine Ablehnung der Analogie zu § 828 Abs.2 Halbs.2 ZPO unter Berufung auf die fehlende Auslandseigenschaft des anderen deutschen Staatsfragmentes ist verfehlt (523).

Für Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse wegen auf fremde Währung lautenden Titeln gilt § 12 EntlVO; der Pfändungsbeschuß hat danach schon auf die gesetzliche Währung zu lauten; die Umrechnung obliegt den Vollstreckungsorganen nach dem Tageskurs bei Erlaß des Pfändungsbeschlusses, sie hat nicht etwa erneut bei jeder einzelnen Überweisung zu erfolgen (524).

§ 6

Devisenrechtliche Fragen in der Zwangsvollstreckung.

I. Devisenrecht der Bundesrepublik.

Durch Art.I Abs.1, Art.X (g) MRG 53 (DevBewG) mit Art.1 Abs.1 (b) der 3.DVO/DevBewG wird die Zwangsvollstreckung aus in der DDR erwirkten Titeln in der BRep der Devisengenehmigungspflicht unterworfen. Für dieses Devisengenehmigungsverfahren sind gem. 3.DVO/DevBewG die Landeszentralbanken (LZB) zuständig.

Die Verbringung des gepfändeten Geldes und des Vollstreckungserlöses aus der BRep in die DDR ist gem. Art.I Abs.1 (h) DevBewG, die Verbringung weggenommener Sachen gem. Art.I Abs.1 (d), Art.I Abs.2 DevBewG genehmigungspflichtig, da die DDR durch Art.X (g) und (i) DevBewG zum Devisenausland erklärt wird (525). Genauso ist die Verbringung gepfändeten Geldes, des Vollstreckungserlöses oder weggenommener Sachen aus der DDR in die BRep genehmigungsbedürftig gem. Art.I Abs.1 (h), Art.I Abs.1 (d), Art.I Abs.2, Art.X (g) und (i) DevBewG.

- (521) Hoffmann JR 53/158; LG Bad Kreuznach NJW 53/1636; LG Leipzig NJ 51/426;
- (522) vgl.oben § 2 IV B zur Anwendbarkeit des § 23 ZPO auch im Interzonenrecht;
- (523) so OLG Hamburg NJ 51/463; abzulehnen ist auch die Konstruktion Hoffmanns in JR 53/158: "die DDR ist Ausland im Sinne von § 828 Abs.2 ZPO", vgl. hierzu oben § 1 II;
- (524) dies übersieht LG Bremen Rpfleger 50/277; das Gericht verweist auf einen Beschluß des RG (Ver.Zivilsenate) aus der Zeit vor dem Erlaß der EntlVO, RGZ 101/312;
- (525) andererseits ist aber die DM der DNB als "deutsches Zahlungsmittel" keine Devisen: argumentum e contrario aus Art.X (d) 2, Art.X (i) DevBewG, vgl.a. Truckenbrodt MDR 51/83; Wälde NJW 51/213; Kühne NJW 50/729; Seeger-Kelbe in Anm.zu AG Frankfurt NJW 50/750; LG Stuttgart MDR 51/559;

Falls sich die Genehmigung der Zwangsvollstreckung aus einem in der DDR erwirkten Titel nicht auf die Ausfuhr des Vollstreckungserlöses erstreckt, muß der Erlös wegen des Ausfuhrverbotes des Art.I Abs.1 (h), Art.X (g) und (i) DevBewG auf ein "gesperrtes" Konto des Gläubigers in der BRRep eingezahlt werden.

Die AllgGen der BDL Nr.75/55 (Neufassung) v.23.6.1956 (526) stellt folgende Verfügungen über Sperrkontoguthaben natürlicher Personen durch Überweisung oder Barauszahlung einzelgenehmigungsfrei:

bis zu 1.000.- DM monatlich bei Anwesenheit des Kontoinhabers oder eines unmittelbaren Familienangehörigen (Ehegatte, Eltern, Großeltern, Kinder, Enkel, Geschwister) in der BRRep;

Zahlungen bis zu 150.- DM monatlich an Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt, Hauptniederlassung oder Sitz in der BRRep;

in unbegrenzter Höhe zur Bezahlung von Steuern, öffentlichen Abgaben, sonstigen behördlich festgesetzten Geldleistungen, Gerichtskosten, Anwaltskosten und sonstigen durch Gebührenordnungen geregelten Vergütungen, von Prämien auf Versicherungsverträge außer Transportversicherungsverträgen, und auf Dausparkassenverträge in der BRRep;

in unbegrenzter Höhe zum Erwerb von Grundstücken und Erbbaurechten in der BRRep oder West-Berlin, zur Errichtung oder Wiederherstellung von Bauten in der BRRep oder West-Berlin, zum Erwerb von westdeutschen, nicht auf ausländische Währung lautenden Wertpapieren;

Alle anderen Verfügungen innerhalb der BRRep sind einzelgenehmigungsbedürftig gem. Art.I Abs.1 (c) und (d), Art.X (c) und (g) DevBewG.

II. Devisenrecht der DDR.

Die Zwangsvollstreckung aus in der BRRep erwirkten Titeln unterliegt in der DDR keinerlei devisenrechtlichen Beschränkungen. Die Einzahlung des Vollstreckungserlöses darf jedoch gem. §§ 1, 2⁺ des Gesetzes zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs (Zahlungsverkehrsg/DDR) v.15.12.1950 (527) und § 2 der 2.DfBest/Zahlungsverkehrsg/DDR v.1.10.1951 (528) nur auf ein gesperrtes Konto des Gläubigers in der DDR erfolgen. Ausgenommen sind jedoch Leistungen aus einem Arbeitsverhältnis gem. § 7 Nr.2 Zahlungsverkehrsg/DDR und § 5 DfBest/Zahlungsverkehrsg.

Folgende Verfügungen durch Überweisungen und Barauszahlungen über Sperrkontoguthaben sind durch die Richtl. zum Zahlungsverkehrsg/DDR v.30.12.1950 (529) zugelassen:

in unbegrenzter Höhe zur Bezahlung von Steuern in der DDR;

bis zu 100.- DM monatlich für Instandhaltung, Unterhaltung und Verwaltung eigener Baulichkeiten in der DDR;

in unbegrenzter Höhe zur Rückzahlung von Hypotheken und Grundschulden, zur Bezahlung von Hypothekenzinsen und Versicherungs-

(526) BAnz Nr.65/56, ber. Nr.72/56; dort wird auch ausdrücklich klargestellt, daß die Zwangsvollstreckung aus in der DDR erwirkten Urteilen nach wie vor einer Einzelgenehmigung der LZB bedarf; vgl.a. LG Essen Rpfleger 55/49;

(527) GBl/DDR I 1202;

(528) GBl/DDR I 897;

(529) GBl/DDR I 51/18;

prämien, soweit sie in Zusammenhang mit Grundbesitz in der DDR stehen;

für Unterstützungszahlungen an unterstützungsbedürftige Familienmitglieder in der DDR bis zu 200.- DM monatlich für die Einzelperson oder 300.- DM monatlich für Haushalte mit mehreren Personen;

zur Bestreitung eigener Aufenthaltskosten in der DDR bis zu 50.- DM wöchentlich für den Kontoinhaber allein oder 75.- DM wöchentlich, wenn er in Begleitung von Familienmitgliedern eingereist ist;

zur Bezahlung von Rechnungen für Frachten und Lagergeld, für Gas-, Wasser- und Elektrizitätsverbrauch, für Fernspreckgebühren, Gerichtskosten, Beiträge zu Sterbekassen und Versicherungen, ärztliche Liquidationen, sowie für die Bestattung von Familienangehörigen und Pflege ihrer Gräber in der DDR;

für den Bezug von Büchern aus der DDR.

Die Entgegennahme von Geldbeträgen von in der BRep ansässigen Schuldern darf gem. § 11 der 2.DfBest/ZahlungsverkehrsG/DDR nur durch Vermittlung der DNB erfolgen, der auch alle Forderungen gegen in der BRep ansässige Schuldner gem. § 8 ZahlungsverkehrsG/DDR anzumelden und auf Verlangen abzutreten sind. Außerdem ist die Einfuhr von DM der DNB auf Grund des § 9 des Gesetzes über Devisenverkehr und Devisenkontrolle (DevG/DDR) v.8.2.1956 (530) verboten. Ausgenommen ist die Entgegennahme von Leistungen aus einem Arbeitsverhältnis in West-Berlin (531).

Ausnahmegenehmigungen werden nach der 3.DfBest/ZahlungsverkehrsG v.12.5.1954 (532) vom Rat des Kreises erteilt.

§ 7

Territorialität des Konkurses.

Genauso wie die Einzelzwangsvollstreckung ist die Eröffnung des Konkurses eine hoheitliche Maßnahme, die aus eigener Kraft nicht über die territorialen Grenzen der Hoheitsgewalt hinaus wirken kann. Sie ist auch ein behördlicher Eingriff in einzelne Rechtsverhältnisse des Privatrechtsverkehrs aus diesen Privatrechtsverhältnissen an sich fremden Gründen. Sie ist also kein rechtsgestaltender, sondern ein rechtsvernichtender Hoheitsakt, sie unterliegt als "artfremder Eingriff" (533) genauso wie die Einsetzung eines Sequesters dem Territorialitätsprinzip (534). § 237 KO ist als Normierung dieses Grundsatzes nicht nur bei Vorhandensein zweier völlig selbständig nebeneinander stehender Staaten, sondern bereits bei Vorhandensein zweier räumlich scharf voneinander abgegrenzter Hoheitsgewalten, also auch im Verhältnis zwischen BRep und DDR anzuwenden (535).

(530) GB1/DDR I 321;

(531) § 9 ZahlungsverkehrsG/DDR; § 12 der 2.DfBest/ZahlungsverkehrsG;

(532) GB1/DDR I 495;

(533) vgl.oben § 3 III;

(534) Jansen NJW 53/1132; Neumeyer IV, S.248; Mentzel-Kuhn, 6.Aufl., Anm.5 zu § 237 KO; Jaeger, 6./7.Aufl., Anm.1 zu § 237 KO; OLG Stuttgart Rpfleger 50/471 = DRZ 50/369 = SJZ 50/593 = BB 50/545 = DB 50/358; Stellungnahme des Magistrats von Ost-Berlin, BB 50/799;

(535) a.M. wegen Gleichlauts beider Konkursordnungen OLG Celle BB 51/711; LG Leipzig BB 50/409; OLG Bamberg SJZ 49/487 = BB 49/431; LG Hanau NJW 49/673; OLG Frankfurt SJZ 50/347 = BB 50/5;

(Fortsetzung S.87)

Nicht begründen läßt sich die analoge Anwendung des § 237 KO unter Hinweis auf die VO über den Rang volkseigener Forderungen im Konkurs des Schuldners v.25.10.1951 (536) und die damit verbundene Rechtsverschiedenheit zwischen BRep und DDR (537), denn die Verschiedenheit der Rechtsordnungen in einzelnen Territorien begründet noch nicht das Vorhandensein verschiedener Hoheitsgewalten, wie andererseits Rechtseinheit zwischen zwei Staaten diese noch nicht zu einem Staat verschmilzt.

Keine Begründung für die territoriale Beschränkung der Konkurswirkungen ist auch das Devisenrecht (538). Die durch Art.I Abs.1 (c), Art.X (g) und (c) DevBewG, Art.1 Abs.1 (c) der 3.DVO/DevBewG normierte devisenrechtliche Beschränkung der Verfügungsgewalt eines in der DDR eingesetzten Konkursverwalters und die hieraus sich ergebende unterschiedliche Befriedigung der Gläubiger diesseits und jenseits der Devisengrenze ist allenfalls ein Argument für die Notwendigkeit territorialer Beschränkung der Konkurswirkungen, aber kein Beweis für die Richtigkeit dieser territorialen Beschränkung. Genausowenig wie bei der Verschiedenheit des materiellen Rechts kann man hier vom Ergebnis der Anwendung einer Norm auf die Anwendbarkeit dieser Norm schließen.

Wo eine Abwehr fremder Rechtswirkungen mit Hilfe des Territorialitätsprinzips am Platze ist, darf man auch nicht unnötig zur allgemeinen Vorbehaltsklausel greifen (539). Die Vorbehaltsklausel des Kollisionsrechts ist ja nur ein Notbehelf, sie trägt subsidiären Charakter, sie darf nur angewandt werden, wenn kein anderer Rechtsbehelf zur Abwehr der Wirkungen einer fremden Rechtsordnung vorhanden ist (540).

§ 8

Zusammenfassung.

Die zunehmende Auseinanderentwicklung der beiden deutschen Republiken, der "Bundesrepublik Deutschland" und der "Deutschen Demokratischen Republik", auf dem Gebiete der Rechtssetzung und der Rechtsprechung führt zu echten Rechtskollisionen im Sinne des Normengrenzrechts.

Da die unmittelbare Anwendung der für das internationale Kollisionsrecht geschaffenen Normen der §§ 328, 722, 723 ZPO, 24 4.DVO/EheG

- a.M. auch Würdinger SJZ 50/81, "weil der Konkurs kein Verwaltungsakt ist";
vgl. aber § 17 S.1 Westberliner G über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften v.9.1.1951 (VOBl 247), das die territoriale Beschränkung der Konkurswirkungen festlegt;
- (536) GBl/DDR I 954;
(537) so Hoffmann JR 53/158; LG Stuttgart SJZ 50/589 = BB 50/409; OLG Frankfurt NJW 51/722 = DGVZ 51/169; OLG Frankfurt MDR 52/625; Hahnenfeld NJW 56/164;
(538) so Scheuch in Anm.zu OLG Bamberg SJZ 49/487; Fröhler in Anm.zu OLG Bamberg BB 49/431; Hartmann S.53; Breimann in Anm.zu OLG Frankfurt SJZ 50/347;
(539) so § 1 Abs.3 Westberliner G über die Vollstreckung von Entscheidungen auswärtiger Gerichte; Beitzke MDR 54/321; Beitzke in Anm.zu LG Stuttgart SJZ 50/589; Schindler SchweizJahrbIntR 46/55; Beuck BB 50/632; Raape, IPR, 4.Auf., S.152; KG West BB 51/375 = DB 50/612 = DGVZ 51/103 = HW 51/374;
(540) Neumeyer IV, S.230; Entschl. III.Int.Kongr.f.Rechtsvergleichung, RabelsZ 16/486 Nr.VI; vgl.oben § 3 V.

wegen der fehlenden Auslandseigenschaft der beiden Staatsgebilde zueinander sich von selbst verbietet, der Wunsch nach Abwehr allzu starker Beeinträchtigung der eigenen Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsordnung durch Auswirkungen des fremden Rechts auf Sachverhalte mit Berührungspunkten in beiden Hoheitsgebieten für sich allein noch keine analoge Anwendbarkeit der internationalen Kollisionsnormen begründen kann und auch die Konstruktion eines "besonderen Auslandsbegriffes der ZPO" wenig überzeugend erscheint, mußten die Grundlagen für ein eigenes "interzonales" Kollisionsrecht aus der vorhandenen Faktizität, dem Nebeneinander zweier sich wie gleichwertig gegenüberstehender und räumlich eindeutig voneinander abgegrenzter Hoheitsgewalten auf dem Territorium des Deutschen Reiches entwickelt werden.

Der Unterschied zwischen interzonalem und internationalem Kollisionsrecht ist nicht etwa ein wesensmäßiger, sondern nur ein gradmäßiger; eben wegen der fehlenden Auslandseigenschaft des anderen Staatsgebildes besteht eine gewisse Fürsorgepflicht auch für die in der anderen Republik ansässigen Deutschen, die zu Rücksichtnahme auf deren nach dem fremden Recht erworbenen Rechtsstellungen zwingt und damit eine allzu intensive Abwehr des fremden Rechts verbietet.

Die Entwicklung der Grundlagen eines interzonalen Kollisionsrechts muß auch auf dem Gebiete des Zivilprozeßrechts daher auf Grund eines behutsam differenzierenden Fallrechts erfolgen; die Besonderheit der Umstände zwingt in noch viel stärkerem Maße als im internationalen Zivilprozeßrecht zu einer grundsätzlichen Anerkennung der Urteile der anderen Staatsgewalt.

1. Die Verbürgung der Gegenseitigkeit darf nicht Voraussetzung der Anerkennung sein, da hierdurch sachfremde politische Erwägungen zum Prüfungsmaßstab des Kollisionsrechts erhoben würden.
2. Für eine Nachprüfung der Gesetzesanwendung bei der Urteilsfindung durch das Gericht der fremden Hoheitsgewalt fehlt im Hinblick auf die Gleichwertigkeit und die klare Scheidung der beiden deutschen Hoheitsgewalten jegliche Befugnis; es besteht keine Imparität der beiden deutschen Teilrechtsordnungen.
3. Die Abwehr fremden Rechts wegen Verstoßes gegen ein eigenes Sitten- oder Zweckgesetz mit Hilfe einer "Vorbehaltsklausel des ordre public" ist jedem Staatswesen zuzubilligen, also auch den beiden deutschen Republiken im Verhältnis zueinander, da niemals die eigene Rechtsordnung der fremden zu weichen braucht. Im Interesse der Sicherheit des Rechtsverkehrs zwischen den Deutschen diesseits und jenseits der "Zonengrenze" ist jedoch diese Vorbehaltsklausel äußerst vorsichtig anzuwenden.
 - a) Eine Verletzung des Grundsatzes des rechtlichen Gehörs, der ein Zweckgesetz im Sinne der allgemeinen Vorbehaltsklausel darstellt, muß immer zur Ablehnung des fremden Urteils führen.
 - b) Die Annahme eines Art. 21 Halbs. 2 EGBGB entsprechenden Zweckgesetzes der Vorbehaltsklausel für die Unterhaltsregelung zwischen unehelichem Kind und Erzeuger erscheint im interzonalen Kollisionsrecht nicht angebracht, zumal die innere Rechtfertigung dieser Vorschrift auch im internationalen Kollisionsrecht heute wegen der in der BRG programmierten und in der DDR bereits durchgeführten Gleichsetzung des Unterhaltsrechts der ehelichen und unehelichen Kinder zweifelhaft erscheint.
 - c) Die in § 328 Abs. 1 Nr. 3 ZPO als Zweckgesetz der Vorbehaltsklausel niedergelegte Überbewertung des eigenen Familienrechts kann im interzonalen Kollisionsrecht keine Parallele finden; anders als im internationalen Kollisionsrecht verbietet die beiden deutschen Republiken als Folge ihres politischen An-

spruchs auf Gesamtdeutschland obliegende Fürsorgepflicht für alle Deutschen die grenzenlose Hinnahme der Gefahr hinkender Ehen und hinkender Ehelichkeit eines Kindes.

4. Da keine Hoheitsgewalt den Zugriff einer anderen Hoheitsgewalt auf ausschließlich ihrer Jurisdiktionsgewalt unterworfenen Gegenstände des Rechtsverkehrs zu dulden braucht, muß auch die Verletzung des ausschließlichen Gerichtsstandes der *lex rei sitae* der §§ 24 ZPO, 24 UWG zu einer Nichtanerkennung des fremden Urteils führen.

Während bei der Prüfung der Anerkennungsfähigkeit der auf Grund eines fremden Zivilurteils erworbenen Rechtsstellungen Privater die Sicherheit des Rechtsverkehrs im Vordergrund steht und zu einer grundsätzlichen Anerkennung dieser Rechtsstellungen führen sollte, ist es dem Wesen jeder Hoheitsgewalt fremd, der Durchsetzung der eigenen Staatsbelange einer anderen Hoheitsgewalt über deren räumliche Grenzen hinaus zu verhelfen. Die Wirkung solcher Verwaltungsakte und der zu ihrer Durchsetzung ergangenen Zivilurteile endet daher regelmäßig an den Grenzen des Hoheitsgebietes.

Dieses "Territorialitätsprinzip" des Kollisionsverwaltungsrechts, das nicht mit der völlig anders gearteten und ganz anderen Überlegungen entspringenden Vorbehaltsklausel des Kollisionsprivatrechts verwechselt werden darf, gilt überall dort, wo sich gleichgeordnete und räumlich eindeutig voneinander abgegrenzte Hoheitsgewalten gegenüberstehen, also auch im interzonalen Kollisionsrecht, und muß auch zur Abwehr der Zivilurteile führen, die auf Enteignungssachverhalte gegründet sind.

Zur Absteckung der Grenzen der territorialen Wirkung eines konfiskatorischen oder spoliativen Hoheitsaktes, zur Klärung der Frage, welche Sachen, Rechte und Rechtsverhältnisse dem Zugriff einer Hoheitsgewalt unterworfen sind, muß, da die SMAD und die DDR gesamtdeutsche Wirkung der Enteignungsmaßnahmen beanspruchen, die Belegenheit der enteigneten oder vernichteten Sache nach dem Ort des bestmöglichen Zugriffs, nach seiner tatsächlichen Belegenheit bestimmt werden. Dieser Anknüpfungspunkt des Kollisionsverwaltungsrechts muß völlig unabhängig von der rechtlichen Zuordnung, von den Anknüpfungspunkten des Kollisionsprivatrechts gefunden werden.

Die Bestimmung dieser tatsächlichen Zuordnung zu einer Hoheitsgewalt kann besonders bei verwickelten Rechtsverhältnissen zu erheblichen Schwierigkeiten führen; da wegen der Totalität jedes Enteignungsaktes eine doppelte Belegenheit eines einheitlichen Rechtsverhältnisses nicht möglich ist, muß eine ganzheitliche Belegenheit nach den Grundsätzen der wirtschaftlichen Betrachtungsweise angenommen werden. So muß z.B. eine hypothekarisch gesicherte Forderung als an ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt, dem Grundstücksort, belegen angesehen werden, obwohl rechtlich nicht die persönliche Forderung, sondern die Hypothek das Akzessorium ist.

Auch bei der Bestimmung der Belegenheit von juristischen Personen und gewerblichen Schutzrechten muß eine von der privatrechtlichen Zuordnung gänzlich losgelöste Anknüpfung für die Grenzbestimmung der Wirkungen von Konfiskationen und Sequestrationen gefunden werden. Diese Rechte und Rechtsverhältnisse sind überall dort belegen, wo sie ihre wirtschaftlichen Wirkungen äußern und nicht nur dort, wo sich der Verwaltungssitz oder Registereintrag befindet. So kann es vorkommen, daß eine im jetzigen Gebiet der DDR ansässige juristische Person ihrer Rechtsform, ihrer materiellen Vermögenswerte und ihrer gewerblichen Schutzrechte nur mit Wirkung für das Gebiet der DDR beraubt werden konnte, da sie verwaltungskollisionsrechtlich auch im

Gebiet der BRep belegen ist. Dabei tritt keine Spaltung des Unternehmens ein; der alle Vermögenswerte übernehmende Volkeigene Betrieb ist ja nach Ansicht der Rechtsprechung der DDR nicht Rechtsnachfolger des enteigneten Betriebs, sodaß die Schutzrechte und Vermögenswerte in der BRep und im Ausland dem im Westen fortbestehenden Betrieb zugesprochen werden müssen.

Die Geltendmachung der Unbeachtlichkeit eines Urteils der anderen deutschen Republik wegen Verstoßes gegen die Vorbehaltsklausel, gegen einen ausschließlichen Gerichtsstand oder gegen das Territorialitätsprinzip des Kollisionsverwaltungsrechts kann nicht im Verfahren nach §§ 722, 723 ZPO, 24 4.DVO/EheG erfolgen, da ja die Auslands-eigenschaft der anderen Republik fehlt. Auch im Verfahren nach §§ 766 oder 767 ZPO, im Devisengenehmigungsverfahren der BRep gem. Art. I Abs. 1, Art. X (g) DevBewG, Art. 1 Abs. 1 (b) der 3.DVO/DevBewG kann die Unbeachtlichkeit eines Titels der fremden Gerichtsgewalt nicht ausgesprochen werden.

Da das Urteil jeder Gerichtsgewalt die Bestimmung der Grenzen eines Rechtsverhältnisses i.S.v. § 256 ZPO enthält und da wegen Fehlens eines anderen Weges zur Beseitigung der Rechtswirkungen eines nicht anerkennungsfähigen Urteils auch das Feststellungsinteresse des Klägers bejaht werden muß, ist die Erhebung einer Feststellungsklage gem. § 256 oder §§ 638, 640 ZPO zur Klärung der Grenzen der Urteilswirkungen zulässig.

Der Gerichtsstand für eine solche Feststellungsklage muß in Analogie zu § 23 ZPO und bei Statussachen gegebenenfalls in Durchbrechung der §§ 606, 642 ZPO stets im Hoheitsgebiet der den Lebensmittelpunkt des Feststellungsklägers umfassenden Staatsgewalt gegeben sein; denn es gehört zu den Pflichten jeder Hoheitsgewalt, den ihr Gewaltunterworfenen einen Rechtsweg vor den eigenen Gerichten zur Klärung ihrer Rechtsbeziehungen zu eröffnen.

In der Zwangsvollstreckung ergeben sich noch währungsrechtliche Probleme, da ein von beiden Republiken anerkannter offizieller Umrechnungskurs ihrer gesetzlichen Zahlungsmittel (DM der Bank Deutscher Länder und DM der Deutschen Notenbank) fehlt. Da in der Zwangsvollstreckung wegen des Erfordernisses der eindeutigen Bestimmtheit der vom Schuldner zu erbringenden Leistung nur ein einheitlicher Kurs gelten kann, muß in der BRep stets der § 244 BGB allein entsprechende Wechselstubenkurs angewandt werden, während in der DDR ein offizieller, fiktiver Kurs 1:1 besteht.

Im Konkursverfahren schließlich ist wieder das Territorialitätsprinzip des Kollisionsverwaltungsrechts zu beachten; da die Konkurs-eröffnung einen hoheitlichen, "an sich artfremden" Eingriff in Privatrechtsverhältnisse darstellt, kann sie aus eigener Kraft nicht über die räumlichen Grenzen der Staatsgewalt hinaus wirken - die oft geübte Abwehr der mit den eigenen guten Sitten nicht vereinbaren Konkurseröffnungen in der anderen deutschen Republik mit Hilfe der Vorbehaltsklausel des ordre public ist daher unnötig, ja sogar unrichtig.

L e b e n s l a u f .

Ich, Ernst Wittstatt, wurde am 16. Januar 1934 zu Erlangen als Sohn der Amtsanwaltseheleute Ernst Wittstatt und Anna Johanna Friderike Margarete, geb. Altenburg, geboren. Nach dreijährigem Besuch der Volksschulen in Uffenheim und Ansbach trat ich 1943 in das Humanistische Gymnasium Ansbach ein, das ich im Jahre 1952 mit dem Zeugnis der Reife verließ.

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten München und Erlangen legte ich die erste juristische Staatsprüfung 1956/I an der Universität Erlangen mit der Gesamtnote 3,97 (befriedigend) ab.

Seit 16. August 1956 befinde ich mich im Vorbereitungsdienst als Rechtsreferendar.

Nürnberg, den 29. September 1958

Ernst Wittstatt





